

D 20 488 F

MARXISMUS DIGEST

Theoretische Beiträge
aus marxistischen
und antiimperialistischen
Zeitschriften

herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/Main

$\frac{2}{\text{'70}}$

April - Juni

Neokolonialismus

3. unveränderter Nachdruck: 2.500–3.000 Exemplare.

Marxismus-Digest. Theoretische Beiträge aus marxistischen und antiimperialistischen Zeitschriften. 3. Jahrgang.

Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main. Der Marxismus-Digest erscheint vierteljährlich. Bestellungen sind an den Buchhandel oder an das IMSF zu richten. Preis: Einzelheft DM 8.–, Jahresabonnement DM 26.– Für Studenten gilt ein ermäßigter Preis von DM 5.– für das Einzelheft, DM 16.– für das Abonnement, zuzüglich Porto. Bestellungen von Studenten können nur an das IMSF gerichtet werden.

Redaktionssekretär: Thomas Müller. Verantwortlich für den Inhalt: Dieter Schmidt.

Anschrift der Redaktion, Anzeigen: Institut für Marxistische Studien und Forschungen, 6 Frankfurt/Main, Liebigstraße 6, Tel. 0611/72 49 14. Postscheckkonto: Frankfurt 51 627.

Preis im Ausland nach dem offiziellen Umrechnungskurs der DM zur jeweiligen Landeswährung.

Abonnements sind stets für ein volles Kalenderjahr gültig. Kündigung des Abonnements ist möglich bis sechs Wochen vor Jahresende.

Herstellung Anton Hain KG, Meisenheim/Glan.

Marxismus Digest

Theoretische Beiträge aus marxistischen und
antiimperialistischen Zeitschriften

herausgegeben vom
Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)

$\frac{2}{70}$

Neokolonialismus



Institut für
Marxistische Studien und
Forschungen (IMSF), 6 Frankfurt/Main, Liebigstr. 6

Inhaltsverzeichnis

Hartmut Schilling	
Einige Aspekte des staatsmonopolistischen Charakters des Neokolonialismus und seines ökonomischen Funktionsmechanismus	171
E. Modrzinskaja	
Die ideologischen Grundlagen des Neokolonialismus	205
M. Lawritschenko	
Wer ist für die ökonomische Rückständigkeit der „dritten Welt“ verantwortlich?	217
Gertraud Liebscher	
Zur neokolonialistischen Expansion des westdeutschen Imperialismus	229
Jean Marcel	
Die neokolonialistische „Entwicklungshilfe“ des französischen Imperialismus	250
Harry Magdoff	
Ökonomische Aspekte des US-Imperialismus	272
Ali Yata	
Der Neokolonialismus in Afrika	301
Tran Duc Thao / Nguyen Van Ba	
Ursachen und Verlauf des militärischen Mißerfolgs der USA in Vietnam	316

Bitte beachten Sie die Beilagen in diesem Heft:
 Verlag Marxistische Blätter GmbH, 6 Frankfurt/Main
 Carl Hanser Verlag, 8 München 86

Hartmut Schilling

Einige Aspekte des staatsmonopolistischen Charakters des Neokolonialismus und seines ökonomischen Funktionsmechanismus

Aus: *Konjunktur und Krise*, Berlin, Hefte 1 und 3/1967

Die vorliegende Fassung wurde vom Verfasser für den „*Marxismus-Digest*“ überarbeitet. Anm. der Redaktion

In der Diskussion, die unter den marxistischen Ökonomen mit dem Ziel geführt wird, die durch die jüngste Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus aufgeworfene neue Problematik zu erfassen und die ihr zugrundeliegenden ökonomischen Gesetzmäßigkeiten genauer zu erkennen und theoretisch zu interpretieren, spielen auch die ökonomischen Beziehungen zwischen den Zentren des Weltimperialismus und seiner postkolonialen Peripherie, das System der neokolonialistischen Expansion des Imperialismus und seines inneren ökonomischen Wirkungsmechanismus eine wachsende Rolle. Das rührt nicht nur aus der Erkenntnis her, daß diese Beziehungen eine enorme politische Brisanz besitzen, die nahezu täglich durch die verschiedensten Ereignisse offenkundig gemacht wird und gerade in letzter Zeit im Zusammenhang mit der sprunghaften Steigerung der Schuldenlast der Entwicklungsländer und ihren möglichen politischen und ökonomischen Konsequenzen die Experten im wissenschaftlichen wie im politischen Bereich beschäftigt. Die Ursache für das zunehmende wissenschaftliche Interesse an dem genannten Gegenstand ist auch nicht nur darin zu sehen, daß die Erkenntnis der wachsenden allgemeinen Bedeutung der Entwicklungsländer für die Weltpolitik und die Weltwirtschaft sich allmählich immer mehr verbreitet. Vielmehr sind die Gründe dafür im Hinblick auf die konkrete Fragestellung vor allem darin zu suchen, daß sich gerade auf dem Gebiet der Beziehungen zwischen dem Imperialismus und den Entwicklungsländern der staatsmonopolistische Charakter des kapitalistischen Produktionsverhältnisses besonders frühzeitig entwickelt und besonders deutlich ausgeprägt hat. Das Tempo des Zerfalls des imperialistischen Kolonialsystems und das rasche Umsichgreifen des Einflusses des sozialistischen Weltsystems haben in diesem Teil der Welt eine solche Schärfe der Widersprüche des kapitalistischen Systems und der politischen Gegensätze hervorgerufen, daß alle Versuche des Imperialismus, die Funktionsfähigkeit seiner Ökonomik unter diesen Bedingungen zu gewährleisten und die Kontinuität der Ausbeutung und politischen Beherrschung der Entwicklungsländer auf neokolonialistischer Grundlage zu wahren, sehr bald und sehr deutlich vom aktiven und selbständigen ökonomischen Agieren des Staatsapparats der imperialistischen Länder charakterisiert wurden.

Es kann heute ohne Zweifel schon als gesicherte Erkenntnis gelten, daß das Wesen des Neokolonialismus darin besteht, daß der Imperialismus die aus dem Monopolcharakter des kapitalistischen Produktionsverhältnisses entspringende und von ihm determinierte koloniale Expansion seinen in der zweiten und dritten Etappe

der allgemeinen Krise des Kapitalismus grundlegend veränderten Existenzbedingungen (Veränderungen, die im ehemals kolonialen Bereich besonders tiefgehend und gravierend sind) anzupassen sucht und daß diese Anpassung auf staatsmonopolistischer Grundlage erfolgt. Unter den heutigen historischen Bedingungen ist keine einzige imperialistische Macht mehr in der Lage, anders als auf staatsmonopolistischer Grundlage die wirtschaftliche Expansion in den Entwicklungsländern zu gewährleisten und ihre Politik in Asien, Afrika und Lateinamerika zu betreiben. Der vollständige Übergang des monopolistischen in den staatsmonopolistischen Kapitalismus hat sich auch und gerade auf kolonialem Gebiet in den führenden kapitalistischen Ländern definitiv vollzogen. Unterschiede zwischen den einzelnen imperialistischen Mächten sind in dieser Hinsicht nur gradueller Art und lassen sich lediglich in den konkreten Erscheinungsformen, im Ausmaß der Verbindung der einzelnen Expansionsinstrumente und im Grad des Zusammenwirkens allgemeiner und spezifischer Ursachen bei der Herausbildung des staatsmonopolistischen Systems der neokolonialistischen Expansion feststellen. Sie berühren aber nicht den Charakter und den Inhalt dieses Prozesses. Wenn bei der Erörterung einiger Aspekte der von diesem Prozeß aufgeworfenen theoretischen Problematik im folgenden aus naheliegenden Gründen besonders auf Westdeutschland Bezug genommen wird, können die dabei vertretenen Auffassungen deshalb auch mit einer gewissen Berechtigung auf die entsprechenden Vorgänge im imperialistischen System als Ganzes bezogen werden.

Im ökonomischen Instrumentarium des Neokolonialismus nimmt der Kapitalexport eine zentrale Stellung ein. Bekanntlich wies bereits W. I. Lenin darauf hin, daß für den monopolistischen Kapitalismus der Export von Kapital kennzeichnend ist, im Unterschied zum Kapitalismus der freien Konkurrenz, für den der Warenexport typisch ist¹. Unter den gegenwärtigen Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus haben sich jedoch in bezug auf die Rolle des Kapitalexports beträchtliche Veränderungen vollzogen. Nicht selten wird in diesem Zusammenhang in der marxistischen Literatur von der „Erschütterung der traditionellen Grundlage der Kapitalausfuhr“ und von der „Krise im Kapitalexport“ gesprochen². Die Veränderungen betreffen vornehmlich das Gewicht des Kapitalexports in der Ökonomik des Imperialismus und sein Verhältnis zum Warenexport im allgemeinen³, den Ka-

1 W. I. Lenin, Werke, Bd. 22, S. 244

2 Vgl. zum Beispiel: S. Wygodsky, Neue Tendenzen in der Kapitalausfuhr, in: *Weltwirtschaft und internationale Beziehungen*, Moskau, Nr. 2/1966, S. 56/57.

3 Natürlich sind damit auch Veränderungen in der Position der kapitalexportierenden Länder verbunden. Kurz vor Beginn des ersten Weltkrieges betrugen die Auslandsanlagen der Monopole Großbritanniens etwa 70–80 Milliarden Mark, die Frankreichs etwa 40 Milliarden Mark, die Deutschlands etwa 30 Milliarden Mark. Mitte 1963 verfügten die Monopole der USA dagegen über Auslandsanlagen in Höhe von rund 120 Milliarden DM, die Monopole Westdeutschlands aber insgesamt nur über 5,4 Milliarden DM. Diese Summe hat sich zwar bis Mitte 1966 auf 9,2 Milliarden DM erhöht, aber nichtsdestoweniger wird das Volumen der westdeutschen privaten Auslandsanlagen selbst von bürgerlichen Experten als „verschwindend gering“ bezeichnet (vgl. G. Fritz, *Wirtschaft und Entwicklungshilfe*, Bonn, 1964, S. 10). Trotz beträchtlicher Steigerung des absoluten Um-

pitalexport in die Entwicklungsländer, das heißt den neokolonialistischen Kapitalexport, im besonderen und hier vor allem die Triebkräfte und – in Abhängigkeit davon – die Formen und Funktionen des Kapitalexports sowie seine Verflechtung mit anderen ökonomischen Instrumenten der Expansion. Solche Erscheinungen wie die Veränderungen in der „Geographie“ des Kapitalexports sind als zwangsläufige Folge der ökonomischen Veränderungen anzusehen.

Aber es ist offensichtlich, daß der Erfassung und Verarbeitung dieser Veränderungen entscheidende Bedeutung für die Ausarbeitung der ökonomischen Theorie des Neokolonialismus zukommt und ihre Resultate darüber hinaus auch für die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus im allgemeinen von Interesse sind. Die folgenden Bemerkungen stellen einen Versuch dar, die Bemühungen zahlreicher marxistischer Ökonomen bei diesem Vorhaben zu unterstützen.

Der ökonomische Funktionsmechanismus des Kapitalexports in die Entwicklungsländer

Die marxistisch-leninistische Theorie des Kapitalexports geht bekanntlich davon aus, daß die Bewegung der Kapitalexporte der imperialistischen Länder zunächst einmal ganz allgemein jenen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten folgt, die die Kapitalwanderung, unabhängig davon, ob sie im nationalen oder im internationalen Rahmen vor sich geht, ob es sich um eine Bewegung zwischen den einzelnen Sphären der Produktion oder zwischen verschiedenen Ländern handelt, bestimmen. Als Bedingungen dieser Bewegung und Wanderung des Kapitals gelten lediglich Verschiedenheit der Profitrate (und damit Streben nach Maximierung des Profits als Triebkraft der Bewegung) sowie Disponibilität und Mobilität des Kapitals (und der Arbeitskraft)⁴. Im Kapitalismus der freien Konkurrenz gewann die Kapitalwanderung auf diese Weise entscheidende Bedeutung für den Ausgleich der Profitraten der individuellen Kapitale zu einer allgemeinen Durchschnittsprofitrate. Im Prinzip waren ihre Bedingungen auch die Grundlage für den zwischenstaatlichen Kapitalverkehr⁵.

fangs der privaten Kapitalausfuhr der Monopole der imperialistischen Länder ist ihr relativer Umfang, ihre Bedeutung – gemessen an solchen objektiven Bezugsgrößen wie dem Nationaleinkommen, den Inlandsinvestitionen oder dem Warenexport – insgesamt zurückgegangen. Ohne dieses ökonomisch-theoretische und methodisch sehr wichtige Problem der objektiven Bewertung der quantitativen Entwicklung des Kapitalexports hier näher zu erörtern, sei daraufhingewiesen, daß beispielsweise in den Jahren 1908 bis 1912 die jährlichen Kapitalausfuhr der Monopole Großbritanniens etwa gleich 31,4 % des englischen Warenexports waren (S. Wygodsky, op. cit. S. 50), wogegen im Jahre 1960 die privaten Direktinvestitionen der USA im Ausland nur 15 %, diejenigen Westdeutschlands gar nur 1,5 % des jährlichen Warenexportwertes ausmachten (G. Fritz, op. cit. S. 10).

4 Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. III, Berlin 1953, S. 222/223.

5 Ebenda, S. 285. Marx hebt an dieser Stelle die Verschiedenheit der Profitrate ausdrücklich als das entscheidende Moment hervor, wenn er formuliert: „Wird Kapital ins Ausland geschickt, so ge-

Mit dem Übergang des Kapitalismus in sein monopolistisches Stadium traten in dieser Hinsicht Veränderungen vorwiegend in zwei Richtungen ein. Einmal bewirkte die zunehmende Konzentration der Produktion und des Kapitals und die darauf beruhende Monopolbildung eine Einschränkung der Mobilität des Kapitals, damit auch der Kapitalwanderung und der Möglichkeiten zur sich ständig wiederholenden Nivellierung der individuellen Profite und der Herausbildung einer allgemeinen Durchschnittsprofitrate. An ihre Stelle trat als dominierender Faktor der Monopolprofit des in großen Konzernen und Trusts konzentrierten Kapitals. Zum anderen führte die Entstehung von Monopolverbänden – in enger Beziehung zu dem zuerst genannten Moment – zu gewaltigen Dimensionen in der Akkumulation des Kapitals. Im Zuge des Monopolisierungsprozesses erreicht die Akkumulation des Kapitals eine solche Stufe, wo sie die Bedürfnisse der erweiterten Reproduktion in den Zentren des Kapitalismus übersteigt und ein relativer Kapitalüberschuß entsteht⁶.

Es erweist sich m. E. heute, wo die Erklärung des gegenwärtigen Funktionsmechanismus des neokolonialistischen Kapitalexports eine Bezugnahme auf dieses Phänomen, den relativen Kapitalüberschuß unter den Bedingungen des monopolistischen Kapitalismus, unumgänglich macht, daß Natur und Genesis eben dieses Phänomens noch verhältnismäßig wenig erforscht sind. Offenbar darf diese Kategorie nicht identifiziert werden mit der Plethora des Kapitals, die aus den „neu sich bildenden frischen Kapitalablegern“ und den „zur eigenen Aktion unfähigen Kapitalen“ herrührt⁷. Sie ist ebensowenig identisch mit dem Kapitalüberschuß, der auf Grund der Entfaltung des Widerspruchs zwischen Produktion und Markt in der zyklischen Bewegung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses als Überproduktion von Waren in Erscheinung tritt und zur Devaluation und Vernichtung von Kapital führt⁸. Sie ist auch nicht reduzierbar auf die periodische Freisetzung und Brachlegung von Geldkapital, die von den zeitlichen Bedingungen und Besonderheiten des Zirkulationsprozesses, der Art des Rückflusses des fixen Kapitals und der Art der kapitalistischen Akkumulation bewirkt werden⁹. Schließlich weist auch jene Auffassung, die sogar Überschüsse im Warenexport, das heißt eine aktive Außenhandelsbilanz, für einen Ausdruck und Gradmesser des relativen Kapitalüberschusses hält¹⁰, darauf hin, daß es bei der Erforschung dieser Kategorie als Bestandteil der marxistischen Theorie des Kapitalexports noch zahlreiche offene Fragen gibt. Sie berühren jedoch nicht die Interpretation des Mechanismus des Kapitalexports, wenn die Existenz des relativen Kapitalüberschusses vorausgesetzt wird, wie das *Lenin* mit vollem Recht für die von ihm untersuchte Entwicklungsetappe des Kapitalismus getan hat.

schiebt es nicht, weil es absolut nicht im Inland beschäftigt werden könnte. Es geschieht, weil es zu höherer Profitrate im Auslande beschäftigt werden kann“.

6 W. I. Lenin, Werke, Bd. 22, S. 245.

7 Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. III, a. a. O., S. 279.

8 Ebenda, S. 282/283.

9 R. Hilferding, *Das Finanzkapital*, Berlin 1955, S. 78/84.

10 K. Nehls, *Voraussetzungen, Formen und Bedeutung der westdeutschen Kapitalexporte 1952–1958*, Berlin 1963, S. 21.

Das überschüssige Kapital, das zwar im Inland Anlage und Verwendung (beispielsweise in der Landwirtschaft oder im sozialen Bereich) finden könnte, sich dann aber nicht verwerten, sondern die Profite auf das bereits fungierende Kapital vermindern würde, wird exportiert und zwar dorthin, wo es höhere Profite abzuwerfen verspricht als im Inland¹¹. Die damaligen Kolonien des Imperialismus und die anderen ökonomisch schwachentwickelten Länder des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems wiesen in Gestalt billiger Rohstoffvorkommen, niedriger Löhne und Bodenpreise, großer Kapitalnachfrage und dementsprechend hoher Zinsraten die günstigen Verwertungsbedingungen auf, die das anlagesuchende Kapital anzogen¹².

Auf dieser Basis entwickelte sich ein gewisser *ökonomischer Automatismus*, der die Überleitung des relativen Kapitalüberschusses in die Länder mit günstigeren Verwertungsbedingungen für das Kapital, das heißt den Kapitalexport in die Entwicklungsländer, regulierte. Er bestimmte weitgehend auch die Formen der Kapitalausfuhr: Aufkauf von Wertpapieren und Aktien der Überseegesellschaften, Anleihen der großen Banken, Direktinvestitionen zur Errichtung von Niederlassungen durch die Handelsmonopole und zur Erschließung von Rohstoffquellen durch die Industriekonzerne. Die privaten Kapitalanlagen im Ausland erreichten, wie *Lenin* vermerkt, Riesendimensionen und wurden zur Basis für die imperialistische Unterdrückung und Ausbeutung der meisten Nationen und Länder der Welt, für den Parasitismus einiger reicher Staaten¹³.

Die Wirkung dieses ökonomischen Automatismus, der unter den damaligen Bedingungen den Kapitalexport in die ökonomisch rückständigen Länder regulierte, wurde zunächst nur dadurch in gewisser Hinsicht eingeeengt, daß der monopolistische Kolonialbesitz, die Abschirmung der kolonialen Kapitalanlagesphäre der jeweiligen Metropole gegen den imperialistischen Rivalen und die konkurrierenden Monopole, die absolute Mobilität des Kapitals nicht zuließ. In der Periode zwischen den beiden Weltkriegen wirkten sich ferner die verschiedenen Maßnahmen der Devisenbewirtschaftung in den kapitalistischen Hauptländern hemmend auf die internationale Mobilität des Kapitals aus. Der Kapitalexport der Monopole wurde außerdem bereits damals in seiner Wirkungssphäre und in seinem Volumen dadurch

11 W. I. Lenin, Werke, Bd. 22, a. a. O., S. 245.

12 E. Varga stellt in diesem Zusammenhang, bezogen auf den Beginn des 20. Jahrhunderts, verallgemeinernd fest: „Kapitalanlagen in den Kolonien waren für die europäischen Kolonisatoren zweimal dreimal so lukrativ wie Investitionen in den Metropolen“. (E. Varga, *Der Kapitalismus des 20. Jahrhunderts*, Berlin 1962, S. 12). Auch V. Kollontaj betont das historische Moment in der Gestaltung dieser Bedingungen, wenn er sagt: „Die historisch wichtigste Sphäre der Anlage von ausländischem Kapital waren die ökonomisch rückständigen Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas“. (V. Kollontaj, Die Besonderheiten des Kapitalexports in der Nachkriegszeit, in: *Ekonomičeskaja gaseta*, Moskau, Nr. 50/1964, S. 21).

13 W. I. Lenin, Werke, Bd. 22, a. a. O., S. 246.

begrenzt, daß er an das Vorhandensein eines Minimums infrastruktureller Voraussetzungen¹⁴ im kapitalimportierenden Land geknüpft war.

Aber im Prinzip war unter den damaligen Bedingungen der innere Funktionsmechanismus des Kapitalexports in die ökonomisch rückständigen, kolonialen Gebiete eindeutig. Seine beiden entscheidenden Komponenten waren die Existenz eines immensen relativen Kapitalüberschusses in den führenden imperialistischen Staaten und das Vorhandensein außerordentlich günstiger Verwertungsbedingungen für das private Kapital in den Kolonien; von der einen Komponente, dem relativen Kapitalüberschuß, wurde ein *ökonomischer Druck* auf die Monopolisten ausgeübt, Kapital zu exportieren, von der anderen Komponente, den günstigen Verwertungsbedingungen in den Kolonien, ging ein starker *ökonomischer Anreiz* zum Kapitalexport aus. Den äußeren Rahmen für das Funktionieren dieses Mechanismus gewährleistete die totale Beherrschung der Welt – und später, in der ersten Etappe der allgemeinen Krise, zumindest der „dritten“ Welt – durch den Imperialismus, das Vorhandensein eines speziellen außerökonomischen Zwangsapparats des Imperialismus in den Kolonien und die nicht weniger feste Bindung der übrigen ökonomisch rückständigen Länder an den Imperialismus, selbst wenn sie formal selbständig waren. Wesentlich an diesem „klassischen“ Mechanismus war, daß der Kapitalexport unter diesen Behandlungen nahezu ausschließlich ökonomisch motiviert war, daß seine entscheidende Triebkraft in der unvermittelten, direkten Maximierung des Profits durch die Monopole bestand und daß er in gewisser Hinsicht selbstregulierend, ohne die Einwirkung exogener Faktoren, im ökonomischen Sinne automatisch verlief¹⁵.

Die Deformation des „klassischen“ Mechanismus

Beginnend mit der zweiten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus änderten sich diese Bedingungen grundlegend. Der ökonomische Automatismus des Kapitalexports in die Entwicklungsländer wurde infolgedessen – obschon nicht zerstört oder gänzlich beseitigt – so doch beträchtlich deformiert¹⁶.

Was die *allgemeinen* Ursachen für diese Entwicklung angeht, so bedürfen sie hier keiner näheren Erläuterung. Sie sind in den Wirkungen zu suchen, die von der

14 Lenin nennt sie „die elementaren Bedingungen der industriellen Entwicklung“ und spricht in diesem Zusammenhang beispielsweise von der Notwendigkeit des Vorhandenseins der hauptsächlichsten Eisenbahnlinien (W. I. Lenin, op. cit., S. 245).

15 Welchen Grad dieser Automatismus bei der Regulierung des Kapitalexports erreicht hatte, läßt sich daran erkennen, daß die bürgerlichen Theoretiker diesen Prozeß und seine Stimuli gewöhnlich als „natürlich“ bezeichnen. (Vgl. H. Giesecke, *Industrieinvestitionen in Entwicklungsländern*, Hamburg 1963, S. 11).

16 Wir haben bei dieser Feststellung den neokolonialistischen Kapitalexport der Monopole in seiner Gesamtheit im Auge. Dem widerspricht durchaus nicht, daß in bestimmten Zweigen, zum Beispiel in der Erdölwirtschaft, der Kapitalexport auch heute noch überwiegend den Gesetzmäßigkeiten des „klassischen“ Funktionsmechanismus folgt.

Entwicklung des Sozialismus zu einem Weltsystem und der Potenzierung seines Einflusses, vom Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems und von der qualitativen Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses ausgingen und noch ausgehen.

Darüber hinaus sind jedoch *spezifische Faktoren* wirksam gewesen und heute noch wirksam, die nur zum Teil mit den genannten allgemeinen Ursachen für die Veränderung der Bedingungen des Kapitalexports in die Entwicklungsländer und die daraus resultierende Deformation seines Funktionsmechanismus zusammenhängen. Sie teilen sich erstens in solche, die im Inneren der kapitalistischen Länder und zweitens in solche, die in den Entwicklungsländern wirksam waren und sind. Sie beeinflussen beide Komponenten, die den ökonomischen Funktionsmechanismus des „klassischen“ Kapitalexports bestimmen, wirken also gewissermaßen von zwei Seiten auf diesen Mechanismus ein. Bisher sind diese spezifischen Faktoren in der marxistischen Literatur nur sehr einseitig dargestellt worden.

Die inneren Faktoren, von denen hier die Rede ist, betreffen die Entwicklung des relativen Kapitalüberschusses in den kapitalistischen Hauptländern in der Nachkriegsperiode und damit die Intensität des ökonomischen Drangs bzw. Zwangs zum Export von Kapital in die Entwicklungsländer durch die Monopole. Die Entwicklung eines solchen relativen Kapitalüberschusses ist meines Erachtens in der Periode seit dem zweiten Weltkrieg so verlangsamt worden¹⁷, daß sein Gewicht, sein Druck nicht ausgereicht hat, um die „Investitionsschwelle“, die Barrieren für den Kapitalexport in die Entwicklungsländer, die im Prozeß des Zerfalls des Kolonialsystems entstanden, auf breiter Front überwinden zu können. Das betrifft – wenngleich in unterschiedlichem Grade – alle imperialistischen Länder, besonders stark aber Westdeutschland.

Bei der Begründung dieser Feststellung müßte auf eine Vielzahl von Umständen hingewiesen werden. Zwei Prozesse, die von unmittelbarer und nachhaltiger Auswirkung auf die skizzierte Entwicklung waren, verdienen es, besonders hervorgehoben zu werden: die außergewöhnlich starke und langanhaltende Investitionskonjunktur in den kapitalistischen Ländern in der Nachkriegsperiode und der Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution, der auch in unseren Tagen noch längst nicht abgeschlossen ist.

Die Nachkriegskonjunktur in den kapitalistischen Ländern, ihre Merkmale und Bestimmungsfaktoren, sind in der ökonomischen Literatur vielfach erörtert worden. Ihr lagen kriegsbedingter materieller und moralischer Verschleiß des fixen

17 Der exakte quantitative Nachweis, die Messung des relativen Kapitalüberschusses ist praktisch nicht möglich. Das von K. Nehls zur Quantifizierung benutzte Verfahren, nämlich vom Umfang des Kapitalexports auf den Umfang des Kapitalüberschusses zu schließen (vgl. K. Nehls, *Der westdeutsche Kapitalexport 1952–1958*, Dissertation, Humboldt-Universität Berlin, 1961, S. 40/41) erscheint ebenfalls als nicht tauglich, da es das, was bewiesen werden soll, bereits als Beweismittel benutzt. So bleibt in der Tat nur übrig, Anhaltspunkte für die Dimensionen des relativen Kapitalüberschusses aus der Gewichtung der seine Bildung fördernden und der ihr entgegenwirkenden Faktoren zu gewinnen. Dadurch wird das Ganze zu einer Frage der theoretischen Deduktion und in hohem Grade ein Ermeßungsproblem mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen.

Kapitals zugrunde, teilweise Kapitalvernichtung, Nachholebedarf an Konsumtionsmitteln, kriegsbedingte Disproportionen – gleichzeitig ein gesteigener Ausbeutungsgrad der Arbeiterklasse und die Realisierung der Kriegsprofite der Monopole. Die erneute Militarisierung der Wirtschaft in den imperialistischen Hauptländern, die Aufrüstung im Zeichen des „kalten“ Krieges gegen das sozialistische Lager und gleichzeitig bestimmte erzwungene Maßnahmen der Monopole im ökonomischen Wettbewerb mit dem Sozialismus trugen zu dieser Entwicklung bei. Sie wird durch solche Kennziffern wie den absoluten Umfang der Investitionen, das rasche Tempo ihrer Steigerung, die hohen Investitionsquoten, den gegenüber früher wesentlich höheren Anteil der Selbstfinanzierung der Investitionen durch die Monopole, das hohe Zinsniveau auf dem Leihkapitalmarkt und schließlich den wachsenden Umfang der von den Monopolen erzielten Profite charakterisiert¹⁸. Die sich rasch vergrößernden Möglichkeiten für eine profitable Anlage des Kapitals im Zuge dieses „Booms“ führten zur Verlangsamung der Entwicklung des relativen Kapitalüberschusses, in dem Sinne, daß die Profiterwartung im Inland nicht unbedingt von profitableren Anlagemöglichkeiten im Ausland übertroffen wurden. Der ökonomische Anreiz zum Kapitalexport in die Entwicklungsländer blieb deshalb gering.

Auf dieses Resultat der Nachkriegskonjunktur in den kapitalistischen Ländern weisen übrigens auch bürgerliche Theoretiker hin. So schreibt beispielsweise W. Guth:

„Der Anreiz zum Kapitalexport in die Entwicklungsländer ist dagegen auf der Seite der großen Industrieländer nicht allzu groß, solange im eigenen Land oder in der benachbarten, schon weitgehend entwickelten Ländern die Expansion immer noch weit schneller voranschreitet als in den wirklich entwicklungsbedürftigen Ländern anderer Erdteile“¹⁹.

Der Entwicklungshilfeexperte der westdeutschen CDU, G. Fritz, vermerkt:

„Selbstverständlich stand bei der Verwendung des neu gebildeten Kapitals in den vergangenen Jahren zunächst der Zwang im Vordergrund, die eigenen Kapazitäten wieder aufzubauen und die Betriebe zu rationalisieren. . . . Gegenüber dem vielfach höheren Risiko in den Entwicklungsländern bieten sich in der Bundesrepublik sowie in den europäischen und überseeischen Industriestaaten so vielfältige und günstige Investitionsmöglichkeiten, daß der Aufbau von Anlagen in diesen Staaten zunächst im Vordergrund stand“²⁰.

Am konkreten Beispiel Nigerias behandelt der „Rheinische Merkur“ das Problem, wobei er die Geringfügigkeit der westdeutschen Kapitalanlagen der Tatsache gegenüberstellt, „daß sich das investierte Kapital mit 30 % und mehr rentiert“. Es heißt dort:

„Ein Hemmnis für (west-)deutsche Firmen, in Nigeria zu investieren, ist teilweise wohl die Hochkonjunktur in der Bundesrepublik. Denn man braucht Kapi-

18 Vgl. dazu Maurice Dobb, Einige Züge des europäischen Sozialismus von heute, in: *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, 11/1965, S. 893.

19 W. Guth, *Der Kapitalexport in unterentwickelte Länder*, Basel – Tübingen 1957, S. 146.

20 G. Fritz, op. cit., S. 11.

tal und Führungskräfte so dringend zu Hause, daß man Chancen im Ausland nolens volens vernachlässigt“²¹.

Die gleichen Auswirkungen auf den relativen Kapitalüberschuß wie die Nachkriegskonjunktur hat der Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution in den kapitalistischen Hauptländern²². Für ihn ist charakteristisch, daß sich die Maßstäbe der Produktion enorm erweitern, das Tempo des moralischen Verschleißes des fixen Kapitals erhöht und das Bestreben der Monopole verstärkt wird, durch die Ausnutzung neuester Erkenntnisse der Wissenschaft und Technik und ihre Anwendung in der Produktion Extraprofite zu erzielen. Damit erfolgt eine beträchtliche Erweiterung der Voraussetzungen für neue große Kapitalanlagen der Monopole innerhalb der entwickelten kapitalistischen Länder²³. Sie ist begleitet von einer wesentlichen Ausdehnung des inneren Marktes in diesen Ländern, die zum Teil sogar auf eine gewisse Erhöhung des Lebensstandards zurückzuführen ist, die sich die Werktätigen in hartem Klassenkampf errungen haben. Der Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution hat auch vor der Landwirtschaft in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern nicht halt gemacht. Während für die früheren Etappen der kapitalistischen Entwicklung eine gewisse technische Rückständigkeit der Landwirtschaft charakteristisch war, erfolgt heute faktisch eine Industrialisierung des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses²⁴. Dieser Bereich, der früher hohe Schranken für eine profitable Anlage von Kapital aufwies und wesentlich zur Existenz des relativen Kapitalüberschusses beitrug, absorbiert heute Kapital in beträchtlichem Umfang.

Auf dieser Basis halten trotz zyklischer Schwankungen, Stagnationserscheinungen und partiellen Absinkens der Wachstumsraten in den kapitalistischen Hauptländern die hemmenden Wirkungen auf die Herausbildung eines solchen relativen Kapitalüberschusses, der zur Anlage von Kapital in den Entwicklungsländern drängen könnte, an. Während sich der Spielraum für die rentable Betätigung des Kapitals in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern erweitert, schwächen sich die ökonomischen Stimuli für den Kapitalexport der Monopole in den Entwicklungsländern ab. Gleichzeitig verstärkt dieser Prozeß das tendenzielle Anwachsen der Kapitalbewegungen zwischen den kapitalistischen Hauptländern²⁵. In den Jahren 1952 bis 1955 be-

21 *Rheinische Merkur*, Köln, vom 17. 9. 1965.

22 Diese These wird von Wygodsky bestritten, der schreibt: „Natürlich eröffnet die wissenschaftlich-technische Revolution neue Möglichkeiten für die Kapitalanlage innerhalb des Landes, aber unter Bedingungen, wo die Vorteile aus dem technischen Fortschritt hauptsächlich von der Monopolbourgeoisie ausgenutzt werden, bleiben diese Möglichkeiten hinter dem Akkumulationszuwachs zurück. Sie können nicht völlig realisiert werden, können das Problem des relativen Kapitalüberschusses nicht abschaffen“. (S. Wygodsky, op. cit., S. 52).

23 Vgl. dazu auch: W. Rymalow, Neue Erscheinungen im Kapitalexport der imperialistischen Länder, in: *Konjunktur und Krise*, Heft 4/1965, S. 316.

24 Siehe: K. Nehls, Zum Problem des Wirkungsmechanismus des staatsmonopolistischen Kapitalismus. . . , in: *Konjunktur und Krise*, Heft 3/1965, S. 141.

25 Diese Erscheinung ist in der marxistischen Literatur häufig und ausführlich geschildert, quantifiziert und kommentiert worden. Vgl. S. Wygodsky, op. cit., S. 55/56; W. Rymalow, op. cit., S.

trug der Anteil der Entwicklungsländer an den gesamten privaten Direktinvestitionen Westdeutschlands im Ausland noch 40 %; er ging kontinuierlich zurück und betrug 1963 noch 19 %, 1964 nur noch 13 %²⁶. In bezug auf die direkten, privaten Auslandsinvestitionen der USA bietet sich das gleiche Bild. Hier entfielen auf die Entwicklungsländer 1950 noch 51,7 %, nach kontinuierlichem Rückgang in den einzelnen Jahren 1963 nur noch 29,5 %²⁷.

Natürlich wird die Absorbierung des disponiblen Kapitals im Inneren der imperialistischen Länder selbst und die zunehmende Bewegung des Kapitals zwischen den hochentwickelten kapitalistischen Ländern nicht nur durch konjunkturelle Faktoren und den Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution bewirkt. Hierauf haben beispielsweise auch die Integrationstendenzen und -bestrebungen beträchtlichen Einfluß und zwar in doppelter Hinsicht: Sie stimulieren einmal die Kapitalausfuhr der integrierenden Länder untereinander, wobei die Monopole die „neuen“ Märkte und Kapitalanlagesphären zu „erschließen“ suchen, sowie die Kapitalexporte der Außenseiter in den integrierten Raum, wobei das Ziel in der Sicherung und im Ausbau von gefährdeten Marktpositionen und in der Umgehung wachsender Zollbarrieren besteht, zum anderen führen die von der Integration ausgelösten strukturellen Anpassungsprozesse zur Steigerung der Inlandsinvestitionen und binden damit ebenfalls wieder Kapital im Inland²⁸. Auch die Verlagerung der Rohstoffinteressen der Monopole übt ähnliche Wirkungen aus und zwar ebenfalls wieder in doppelter Hinsicht: Einmal erfährt die kapitalistische Rohstoffwirtschaft im Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution durch die tendenzielle Senkung des Rohstoffeinsatzes pro Produkt und die wachsende Bedeutung synthetischer Produktionen eine gewisse Umstrukturierung, die in der Regel zumindest bei bestimmten Rohstoffen mit einer Verminderung des spezifischen Gewichts der Entwicklungsländer (und damit ihrer Attraktivität für das anlage-suchende Kapital) verbunden ist²⁹, zum anderen richten die Monopole und die Regierungen der imperialistischen Staaten in jüngster Zeit ihr Augenmerk (und ihr Kapital) verstärkt darauf, die „politisch sicheren“ Randzonen entwickelter kapitalistischer Länder als Quellen ihrer Rohstoffversorgung zu erschließen³⁰. Das betrifft in bezug auf Eisenerz beispielsweise Labrador (Nordkanada), Queensland (Nordostaustralien) und Westaustralien, in bezug auf Bauxit die Reviere von Weipa

313–317; E. Timow, Über einige ökonomische Folgen des Zerfalls des Kolonialsystems in Afrika, in: *Ikon. misul*, Sofia, Nr. 2/1963, S. 73–75; B. Kadar, Neue Erscheinungsformen des Kapital-exports in schwachentwickelten Ländern, in: *Wirtschaftswissenschaft*, Budapest, Nr. 3/1964, S. 342.

26 Angaben nach Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Bd. 9, S. 173.

27 US Department of Commerce, Survey of Current Business, Washington, Dze. 1952, S. 8; Aug. 1964, S. 14.

28 Vgl. H. Giesecke, op. cit., S. 12.

29 Siehe W. Tschepkow, Sozialismus, Imperialismus und nationale Befreiungsbewegung, in: *Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*, Heft 6/1964, S. 556.

30 L. Karpow, Rohstoffe und Politik, in: *Neue Zeit*, Moskau, Nr. 35/1966, S. 18/19.

(Nordaustralien) und Mount Pleasant (Kanada), in bezug auf Erdöl die Kanadische Arktis, Alaska und die Schelfzonen der Nordsee, usw. usw.

Alle diese Momente zusammengenommen schwächten, wie gesagt, die ökonomischen Stimuli für den Kapitalexport der Monopole in die Entwicklungsländer und wirkten deformierend auf die erste Komponente seines „klassischen“ Funktionsmechanismus.

Man könnte versucht sein, dem die Tatsache des enormen Anwachsens des Kapitals, das der imperialistische Staatsapparat in seinen Händen konzentriert hat, entgegenzuhalten, indem man sie als die moderne Form der Existenz des relativen Kapitalüberschusses ausgibt. Dafür spräche jedoch letztlich nur der Augenschein der optisch sehr wirksamen Anhäufung großer Kapitalien. Ihre Identifizierung mit dem relativen Kapitalüberschuß ist unbegründet, denn der imperialistische Staat zentralisiert Teile des Reichtums der kapitalistischen Gesellschaft nicht deshalb in wachsendem Maße, weil es für die Monopole keine profitablen Anlagemöglichkeiten gibt, sondern weil einmal der Maßstab der Produktivkräfte, die das isolierte Einzelkapital nicht zu bewältigen vermag, und die Dimension des Reproduktionsprozesses, zum anderen die Notwendigkeit systemerhaltender Maßnahmen, die sich aus der allgemeinen historischen Krisensituation des Kapitalismus ergibt, eine solche Zentralisation und Umverteilung erzwingen. Darauf deutet im Übrigen auch die Verwendung der Mittel der kapitalistischen Budgets hin, die sich insgesamt nur zu einem geringen Teil auf Kapitalübertragung ins Ausland oder gar in die Entwicklungsländer erstreckt.

Die oben bereits erwähnten äußeren Faktoren der Deformation des „klassischen“ Funktionsmechanismus des Kapitalexports der Monopole in die Entwicklungsländer betreffen die Verschlechterung der Verwertungsbedingungen für das in den Entwicklungsländern angelegte Auslandskapital. Auf diesen Umstand ist in der Diskussion über Probleme des Neokolonialismus bereits so oft hingewiesen worden, daß es möglich ist, sich hier auf einige summarische Bemerkungen zu beschränken.

Die Verschlechterung der Verwertungsbedingungen für das Kapital, das die Monopole in den Entwicklungsländern anlegen, ist das gesetzmäßige Resultat des Zerfalls des imperialistischen Kolonialsystems, des Kampfes der Völker in den jungen Nationalstaaten um ihre ökonomische Unabhängigkeit und der Untergrabung und Durchlöcherung des imperialistischen Monopols der finanziellen Verbindung zu diesen Ländern durch das konkurrierende Auftreten und Wirken der sozialistischen Wirtschaftshilfe.

Diese Feststellung gilt m. E. mit wenigen Ausnahmen für alle Entwicklungsländer, nicht etwa nur für diejenigen, die den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg bereits beschreiten. Die drei genannten Faktoren wirken natürlich im Hinblick auf die Verschlechterung der Verwertungsbedingungen für das Auslandskapital unterschiedlich stark in den einzelnen Entwicklungsländern; ihre Wirkung ist in den nationaldemokratischen Staaten in dieser Hinsicht am stärksten und nachhaltigsten, aber sie läßt sich auch in nahezu allen anderen Entwicklungsländern nachweisen. Der Zerfall des „klassischen“ imperialistischen Kolonialsystems hat in fast allen Entwick-

lungsländern mit der Gewinnung der nationalen Eigenstaatlichkeit zur Beseitigung der außerökonomischen Sicherungen für die Kapitalanlagen der Monopole geführt³¹. Damit haben nationale Kräfte gleichzeitig ein Instrument erhalten, das sie – durchaus aus unterschiedlichen Motiven, mit unterschiedlichen Absichten und mit unterschiedlicher Konsequenz – zur Beeinflussung des Verwertungsprozesses des investierten Auslandskapital benutzen: die progressiven, konsequent-nationalen, teilweise antikapitalistischen Kräfte (wiederum in Abstufungen) beschränken das Auslandskapital in Verfolgung gesamtnationaler Interessen mit dem Ziel, die Überfremdung und Ausbeutung des Landes einzudämmen und schließlich zu beseitigen, und selbst proimperialistische, bourgeoise Kräfte, die sich in verschiedenen Entwicklungsländern an der Macht befinden, begrenzen in vielen Fällen in Verfolgung ihrer eigenen Klasseninteressen, im Zuge der kapitalistischen Konkurrenz, auf diese oder jene Art die Wirkungsmöglichkeiten und – im Endeffekt – auch den Profit des Auslandskapitals, zumindest mit dem Ziel, dem eigenen Kapital Privilegien zu verschaffen und sich selbst zu bereichern. Im gleichen Sinne und in der gleichen Differenziertheit ist die Allgemeingültigkeit des Kampfes um die Verringerung der wirtschaftlichen Abhängigkeit mit seinen Konsequenzen für die Verwertungsbedingungen des Auslandskapitals zu verstehen. Und schließlich ist auch der Effekt, der von den allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen, speziell aber von den Kreditbeziehungen der sozialistischen Länder mit einer Reihe von Entwicklungsländern auf die allgemeine Situation des Auslandskapitals, den Grad seiner Verwertung und das Ausmaß der von den Monopolen dargebrachten Konzessionen an nationale Interessen ausgeübt wird, durchaus in nahezu allen Entwicklungsländern feststellbar. Es genügt bekanntlich häufig bereits das Vorhandensein der formalen Möglichkeit der Inanspruchnahme sozialistischer Wirtschaftshilfe, ihre bloße Existenz als diskutable Alternative oder die „Androhung“ ihrer Benutzung, um diesen Effekt zu erzielen.

Im Einzelnen hat die Verschlechterung der Verwertungsbedingungen für das von den Monopolen in den Entwicklungsländern investierte Kapital vielfältige Quellen und Ursachen. Die negativ auf den Verwertungsprozeß des in den Entwicklungsländern angelegten privaten Auslandskapital einwirkenden Faktoren sind zahlreicher als gemeinhin angenommen wird und erschöpfen sich keineswegs in Konfiskationen von Auslandsbetrieben und direktem Entzug von Profiten. Sie finden sich bereits im ideologischen Bereich, wo sie das „Klima“, die „psychologische Situation“ für die

31 Von der bürgerlichen Ökonomie ist dieser Umstand sehr wohl als Tatsache registriert und in seinen Konsequenzen als gravierend bewertet worden. Eine Auswahl von Äußerungen Gieseckes veranschaulicht das: „Auf welchen Schutz kann das Auslandskapital überhaupt rechnen? Der Verlauf der Suezkrise hat gezeigt, daß das Mittel der Polizeiaktion gegen den enteignenden Staat nicht mehr anwendbar ist. . . In den kolonialen oder halbkolonialen Anlageräumen galt das Recht der Schutzmächte oder aber das internationale Recht, wie es von den Industrieländern entwickelt worden war. Dieses Recht wurde von der örtlichen Polizeitruppe – und falls diese versagte – von der Flotte durchgesetzt. . . Diese Form der Durchsetzung von Rechtsansprüchen zum Schutz des Auslandskapitals gehört damit praktisch der Vergangenheit an. . . Der Fortfall der „Kanonenboot-Diplomatie“, wie man die vergangene Form der Sicherung von Auslandsinvestitionen einmal nannte, hat ein Vakuum geschaffen. . .“ (H. Giesecke, op. cit., S. 46, 58 und 44).

Investitionen der Auslandsmonopole beeinflussen und, davon vielfach herrührend, auch die Wirtschaftspolitik der Regierungen der Entwicklungsländer gegenüber den ausländischen Investitionen. Selbst eine nur skizzenhafte, unsystematische Darstellung dieser Faktoren, auf die wir uns hier beschränken müssen, kann beispielsweise die allgemeine Aversion gegenüber dem privaten Auslandskapital nicht ignorieren, die in den Entwicklungsländern selbst dort weit verbreitet ist, wo man es aus praktischen Erwägungen zur wirtschaftlichen Entwicklung heranzuziehen sucht. Diese Aversion, die in vielen Fällen eine allgemeine Diskreditierung des kapitalistischen Systems einschließt, rührt aus der nationalistischen Ideologie, der historischen Reminiszenz an die koloniale Funktion des Auslandskapitals, der Erkenntnis der ausbeuterischen Rolle der imperialistischen Monopole und nicht zuletzt aus dem ideologischen Einfluß des Sozialismus her. Auch bürgerliche, prokapitalistische Kräfte in den Entwicklungsländern teilen diese Aversion; sie argumentieren vom Standpunkt des (eventuell auch erst potentiellen) Konkurrenten, verweisen auf Versuche der englischen, kanadischen, französischen und selbst der USA-Regierung zur Verhinderung der Überfremdung der Wirtschaft ihrer Länder, die mit dem Einströmen des Auslandskapitals eintritt, oder apostrophieren die Unzuverlässigkeit des Auslandskapitals, das die Entwicklungsländer in konjunkturellen Spannungszeiten flieht und damit ihre Schwierigkeiten vermehrt. Aus der ideologischen Haltung, mit der die Monopole beim Kapitalexport in die Entwicklungsländer heute konfrontiert werden, resultiert praktisch, zumindest wirtschaftspolitisch, die Ablehnung eines privilegierten Status für das Auslandsunternehmen und damit eine Verminderung der Attraktivität der Entwicklungsländer als Kapitalanlagesphäre, meistens jedoch noch mehr.

Bei einer Beurteilung der Faktoren, die die Verwertungsbedingungen des in den Entwicklungsländern angelegten ausländischen Privatkapitals ungünstig beeinflussen, muß auch die allgemeine politische und wirtschaftliche Situation dieser Länder in Betracht gezogen werden. Was die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse in den Entwicklungsländern angeht, so sind beispielsweise der sinkende Trend der Rohstoffpreise auf dem kapitalistischen Weltmarkt mit seinen kontraktiven Wirkungen auch auf den inneren Markt und seiner Komplizierung der Haushaltssituation der Entwicklungsländer, ihre wachsende allgemeine Verschuldung oder inflationäre Prozesse mit kostensteigernden Effekten wenig geeignet, den Kapitalexport der Monopole zu stimulieren. Auf politischem Gebiet ist die Lage dadurch charakterisiert, daß mit fortschreitender nationaler, eigenstaatlicher Entwicklung und wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten auch die sozialen Spannungen zunehmen, die sozialen Gegensätze sich vor allem im Kampf um die Entscheidung über den künftigen gesellschaftlichen Entwicklungsweg zuspitzen. Auf dieser Grundlage sind rasche Veränderungen der Klassenkonstellation, der politischen Szenerie, sind politische Schwenkungen und Machtwechsel wahrscheinlich. Sie sind in der Vergangenheit ja auch tatsächlich häufig überraschend erfolgt. Latent ist dabei in allen Entwicklungsländern die Möglichkeit zu einem raschen Übergang auf den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg vorhanden. Dieser Tatsache sind sich die Monopolisten sehr wohl bewußt und wenn sie die politische Labilität dieser Länder

beklagen, so tun sie das in voller Erkenntnis dessen, daß Stabilität der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse eine wesentliche Voraussetzung der profitablen Kapitalanlage darstellt. Das trägt wesentlich bei zu jener „psychologischen Investitionsschwelle“, jener Furcht vor dem Verlust des investierten Kapitals, die im Falle Westdeutschlands noch untermauert wird durch den Umstand, daß die deutschen Monopole in den beiden von ihnen entfesselten Weltkriegen die Beschlagnahme ihrer Auslandsanlagen und den Verlust ihres Auslandsvermögen an ihre Konkurrenten hinnehmen mußten.

Bei den einzelnen Maßnahmen, die die Regierungen der Entwicklungsländer zur Einschränkung des Auslandskapitals durchführen und die im Endeffekt eben zur konkreten Verschlechterung der Verwertungsbedingungen des angelegten Kapitals führen, wird es zweckmäßig sein, zwei Gruppen, zwei Ebenen ihrer Wirksamkeit zu unterscheiden: die betriebliche und die volkswirtschaftliche. Die Zuordnung ist dabei im Einzelfall durchaus nicht immer eindeutig, ebensowenig wie die Aufzählung der verschiedenen Maßnahmen hier vollständig sein kann.

Auf der betrieblichen Ebene handelt es sich um die staatliche Festsetzung von Mindestlöhnen, die Zulassung von Gewerkschaften, die staatliche Zwangsschlichtung von Arbeitskonflikten, Auflagen zur Indigenisierung des mittleren und leitenden Personals sowie zur Qualifizierung der Arbeiter und zur Ausbildung von Führungskadern, Einführung von Pflichtversicherungen, Veranlassung zur Schaffung sozialer Einrichtungen und zum Bau von Arbeitersiedlungen, Verordnung von Arbeitszeitregelungen und Kündigungsvorschriften, Begrenzung der Beschäftigung ausländischer Angestellter durch Fixierung eines bestimmten Anteils, Festsetzung der Aufenthaltsdauer oder Vorschriften über Quoten bei der Gehaltsüberweisung ins Ausland und über den Mindestverbrauch im Gastland. Gravierend sind ferner Preisvorschriften bzw. die Einführung von Festpreisen sowie Auflagen hinsichtlich des Bezugs von Arbeitsmaterialien und Betriebsstoffen aus nationalen Quellen und die damit korrespondierende Lizenzierung von Importen dieser Materialien. Symptomatisch ist, daß die Auslandsunternehmen in verschiedenen Fällen gezwungen wurden, ihr System von Strafen bzw. Lohnkürzungen zur Begegnung des Absentismus durch die Aussetzung von Prämien für regelmäßige Anwesenheit zu ersetzen.

Zur Palette der apostrophierten Maßnahmen zählt die Ausübung von Kontrollen verschiedenster Art über das Auslandsunternehmen, beispielsweise durch den Zwang zur Aufnahme eines oder mehrerer Staatsvertreter in das Leitungsgremium oder zur Aufnahme einer Staatsbeteiligung, d. h. zur Umwandlung des Unternehmens in einen gemischtwirtschaftlichen Betrieb. Die stärkste Form der Einschränkung ist selbstverständlich die Nationalisierung der Kapitalanlage. Selbst wenn sie gegen Entschädigung erfolgt, wird das Auslandsmonopol substantiell getroffen, da es Marktpositionen, Verbindungen usw. verliert. Die Nationalisierung erfolgt heute noch verhältnismäßig selten. Um so mehr fürchten die Monopole die sogenannte „Enteignung auf kaltem Wege“, worunter der Komplex der zahlreichen anderen Einschränkungsmaßnahmen zählt. Die westdeutsche „Fachpresse“ vermerkte schon 1959: „Hierbei ist die Möglichkeit der offiziellen Enteignung nicht das größte Risiko, sondern die Enteignung

auf kaltem Wege durch Maßnahmen wie: innerbetriebliche Schikane, Verweigerung der Aufenthaltsgenehmigung für europäische Fachkräfte, steuerliche Maßnahmen, übertriebene soziale Forderungen an europäische Betriebe, Festlegung von Zwangsverkaufspreisen, die die Rendite des Unternehmens zerstören und viele andere Möglichkeiten mehr“³². Als inoffizielle Enteignung empfinden die Monopole vor allem auch die Konkurrenz von Betrieben des staatlichen Sektors. Die Staatsbetriebe können nicht selten einen Druck auf die Preise ausüben, wenn ihnen der Staat Energie, Wasser, Baugebiete, Baustoffe usw. verbilligt zur Verfügung stellt, wenn er sie bei Ausschreibungen, Lizenzen für Importe und bei Rohstofflieferungen bevorzugt und ihnen als größter Konsument den Absatz sichert. Von den Staatsbetrieben und ihren Arbeitsbedingungen geht häufig auch ein Druck auf den Arbeitsmarkt aus, der die Auslandsmonopole mehr oder weniger stark trifft.

Einen gesonderten Komplex einschränkender Maßnahmen bilden die Steuern und Abgaben, die die nationalen Regierungen erheben. Das Ausmaß der Besteuerung der Auslandsmonopole hat sich in den Entwicklungsländern durchweg vergrößert. Dabei spielt nicht nur die Höhe der Steuern eine Rolle, sondern vor allem der Übergang zur Quellenbesteuerung der Profite, die früher am Ort der Kapitalaufbringung erfolgte³³. Erhöht wurden die Konzessionsgebühren und Royalties, die die Auslandsmonopole zu zahlen haben. Nicht selten sind die Fälle, wo nationale Regierungen (selbst bei Erdölgesellschaften) höhere Teilungsquoten des Profits zu ihren Gunsten durchsetzen konnten. Man kann einwenden, daß dagegen auch von verschiedenen Regierungen Steuervergünstigungen für Investitionen durch Auslandsunternehmen eingeräumt wurden. Sie beziehen sich in der Regel aber nur auf Erstinvestitionen (Pionierinvestitionen) und nur auf bestimmte Zweige und sind zeitlich begrenzt. Die dadurch bewirkte Reduktion der Steuereinnahmen des betreffenden Landes ist darüber hinaus oft so empfindlich, daß die Monopole sich einer solchen Vergünstigung gegenüber sehr skeptisch verhalten.

Auf der volkswirtschaftlichen Ebene wird die Verwertung des in den Entwicklungsländern angelegten Kapitals vor allem durch solche Maßnahmen beeinflusst wie Beschränkung bzw. Verbot des Transfers von Profiten und Kapital und Zwang zur Reinvestierung, durch Devisenbewirtschaftung, Zollpolitik, Genehmigungspflicht für Erweiterungsinvestitionen, Beschränkung der Investitionssphären und bestimmter Standorte und schließlich durch die Beauftragung mit bestimmten Produktionsprogrammen. Die Monopole sind gezwungen, sich in eine gewisse Entwicklungsplanung einzuordnen, die heute in allen Entwicklungsländern erfolgt³⁴. Diese Einpassung, die mehr oder weniger stark ist, geht selbst nach Ansicht westlicher Ex-

32 Afrika, Pfaffenhofen, Heft 3/1959, S. 75.

33 Entwicklungsländer, Baden-Baden, Juni 1960, S. 96 ff.

34 „In allen Entwicklungsländer findet man ein Mindestmaß an Wirtschaftsplanung, Investitionslenkung und oft auch an Gewinnlimitierung, ohne daß darum die Wirtschaftspolitik bereits unerwünscht kollektivistische Züge hätte . . . Die ausländische Niederlassung muß sich dabei völlig in die nationale Wirtschaftsentwicklung – bis zur weitgehenden Aufgabe privatwirtschaftlicher Ziele – einpassen.“ (H. Giesecke, op. cit., S. 42).

perten „*letztlich zu Lasten des Investitionszwecks*“³⁵, das heißt des Profits. Sie sprechen deshalb auch von „*grundsätzlicher Polarität der Entwicklungspolitik* (einer nationalen Regierung in asiatischen oder afrikanischen Ländern, H. S.) und den *privatwirtschaftlichen Zielen und Verhaltensweisen der zumeist aus liberalen Ländern stammenden Unternehmungen*“³⁶.

Die Auswirkung der geschilderten Situation und der genannten Maßnahmen (die selbstverständlich nicht in ihrer Totalität in allen Entwicklungsländern angewendet werden) ist doppelter Art: einmal können die Monopole angesichts dieser Lage in den Entwicklungsländern nicht mehr generell höhere Profite, günstigere Verwertungsbedingungen für ihr Kapital als im Inland erwarten, zum anderen – und das scheint mir das Entscheidende zu sein – müssen sie befürchten, ihr in die Entwicklungsländer exportiertes Kapital überhaupt zu verlieren, ist das „Risiko“ ihres neokolonialistischen Kapitalexports, wie sie es selbst nennen, beträchtlich gestiegen.

Die genannten Faktoren bewirken m. E. eine Tendenz zur überdurchschnittlichen Senkung der Profitrate des in den Entwicklungsländern fungierenden Kapitals der einzelnen Monopole, überdurchschnittlich in dem Sinne, daß die hier vor sich gehende Senkung den „normalen“ Fall der Profitrate, der eine allgemeine Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung ist, noch übersteigt. Dieses Problem ist bisher nicht umfassend untersucht worden. Es handelt sich zweifellos auch um ein recht schwieriges Problem, da sich seine Lösungsversuche kaum statistisch fundieren lassen. Bei der Deduktion der aufgestellten These ist jedoch berücksichtigt worden, und damit scheinen mir wesentliche Aspekte der künftigen Untersuchungsrichtung erfaßt zu sein, daß eine Reihe der genannten Einschränkungsmaßnahmen (z. B. Lohnerhöhungen, Einschränkungen des Auslandspersonals) die Masse des erzeugten Profits negativ berühren, andere (z. B. Sozial- und Ausbildungsaufgaben, Materialbezug aus nationalen Quellen, Anwesenheitsprämien) den notwendigen Kapitalvorschuß ausdehnen und damit die Rate des erzeugten Profits über das von der Erhöhung der organischen Zusammensetzung auf Grund der technischen Entwicklung bewirkte Maß hinaus senken, wiederum andere (Preisfixierungen, Staatskonkurrenz) den Realisierungsgrad des Profits vermindern und Maßnahmen wie Steuererhöhungen und Veränderungen der Teilungsquoten zuungunsten der Monopole den Umfang des effektiv von den Auslandsunternehmen angeeigneten Profits verringern. Dabei ist ferner zu berücksichtigen, daß Maßnahmen, die – wie Transferbeschränkungen und Reinvestitionsauflagen – die Disposition des Profits nicht zulassen, im Grunde auch die Aneignung im vollen Sinn dieser ökonomischen Kategorie in Frage stellen.

Zwei einschränkende Bemerkungen zu dieser These von der Tendenz zur überdurchschnittlichen Senkung der Profitrate des in den Entwicklungsländern angelegten Kapitals der Monopole scheinen mir angebracht. Erstens schließt sie natürlich die Erkenntnis nicht aus, daß eine Reihe von Monopolen, insbesondere auf dem Erdölsektor, wachsende Profitraten zu realisieren vermögen. Um ein einziges

35 Ebenda, S. 59.

36 Ebenda, S. 31.

Beispiel zu nennen, sei auf die Verhältnisse in der libyschen Erdölproduktion verwiesen. Die dort tätigen amerikanischen, englischen und westdeutschen Monopole erzielten einen „Weltrekord“, als es ihnen gelang, vier Jahre nach Produktionsaufnahme bereits Einnahmen zu erreichen, die ihre Investitionen überstiegen³⁷. Aber auch auf diesem Sektor machen sich starke Gegentendenzen bemerkbar, wie die Quotenheraufsetzung in verschiedenen Ländern (Algerien, Saudiarabien, Iran) und die jüngsten Maßnahmen der Regierung der Syrischen Arabischen Republik gegen die Iraque Petroleum Company beweisen. Zweitens darf diese These selbstverständlich nicht mit Aussagen über den Gesamtumfang der neokolonialistischen Ausplünderung der Entwicklungsländer durch den Imperialismus verwechselt werden. Die Masse der aus der Ausbeutung der Entwicklungsländer insgesamt erzielten Profite hat sich im Zuge der neokolonialistischen Expansion des Imperialismus beträchtlich erhöht, einmal auf Grund der Erweiterung der Masse des dort fungierenden Kapitals, zum anderen auf Grund der Verstärkung des nicht-äquivalenten Warenaustausches, der die Hauptquelle der neokolonialistischen Bereicherung darstellt. Beides ist möglich, selbst bei sinkender Tendenz der Profitrate des vom einzelnen Monopol in den Entwicklungsländern investierten Kapitals und tatsächlich auch der Fall.

Wenn wir feststellen, daß die Verwertungsbedingungen für das in den Entwicklungsländern angelegte Kapital der Monopole sich verschlechtert haben und weiter verschlechtern, daß also attraktive Verschiedenheit der Profitrate gegenüber der Inlandsanlage bzw. der Kapitalanlage in anderen Industrieländern nicht mehr unbedingt gegeben ist, so bedeutet das, daß sich auch von dieser Seite her der ökonomische Anreiz zum privaten neokolonialistischen Kapitalexport stark vermindert hat. Das Ergebnis ist, zusammengefaßt, die Deformation des bisherigen, „klassischen“ Funktionsmechanismus und die Tatsache, daß der private Kapitalexport in die Entwicklungsländer in der zweiten und dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus beträchtlich an Bedeutung verloren hat und auch quantitativ in verschiedener Hinsicht das Vorkriegsniveau nicht erreichte.

Die letzten Jahre zeigen außerdem – trotz bestimmter Schwankungen – einen tendenziellen Rückgang des absoluten Umfangs der privaten Kapitalexporte der führenden imperialistischen Staaten in die Entwicklungsländer. Diese Entwicklung ist gesetzmäßig und wird sich – bei Fortdauer der gegebenen Bedingungen – durchsetzen³⁸.

Der Imperialismus versucht, dieser Gesetzmäßigkeit entgegenzuwirken und den Prozeß der Abschwächung, Stagnation und Verminderung des neokolonialistischen Kapitalexports der Monopole durch staatsmonopolistische Stützungs- und Förderungsmaßnahmen aufzuhalten. Von der westdeutschen Regierung wurde z. B. ein ganzes System solcher Maßnahmen entwickelt. Es stellt in seiner Gesamtheit die erste Gruppe oder Ebene von Erscheinungsformen der wachsenden staatlichen Aktivität in der neokolonialistischen Expansion, des wachsenden staatsmonopolistischen

37 *The Oil and Gas Journal*, Tulsa-Oklahoma, Vol. 63, Nr. 48, S. 50.

38 Vgl. auch H. Giesecke, *Industrieinvestitionen in Entwicklungsländern*, Hamburg 1963, S. 11.

Charakters des westdeutschen Neokolonialismus dar. Das ist in doppeltem Sinne, in zweifacher Hinsicht – sachlich und historisch – zu verstehen: auf dieser Ebene der staatlichen Aktivität, mit Stützungs- und Förderungsmaßnahmen, wirkt der Staat gewissermaßen von außen, exogen auf die neokolonialistische Wirtschaftsexpansion der Monopole ein, ohne sie in ihrem Inhalt zu verändern; es handelt sich also – im Vergleich zu dem später noch darzustellenden – um einen niedrigeren, weniger qualitätsverändernden Komplex von Erscheinungsformen der wachsenden Rolle des Staates in der neokolonialistischen Expansion. Die in diesem Komplex zusammengefaßten Maßnahmen des Staates zur Unterstützung der Tätigkeit der Monopole in den Entwicklungsländern gehen auch zeitlich, im historischen Verlauf, der Entwicklung der neokolonialistischen Aktivität des Staates auf einer zweiten Ebene voraus.

Im einzelnen zielen die staatsmonopolistischen Förderungsmaßnahmen für die neokolonialistische Wirtschaftsexpansion der Monopole auf die Ausschaltung oder Paralisierung der Faktoren, die den „klassischen“ Funktionsmechanismus des Kapitalexports in die Entwicklungsländer deformieren, das heißt, sie sind einmal auf die Verminderung des „Risikos“ und die Erhöhung der „Sicherheit“ der Kapitalanlagen gerichtet, zum anderen auf die ökonomische Stimulierung, auf die Vergrößerung des materiellen Anreizes zum Kapitalexport.

Das System setzt sich bekanntlich zusammen aus staatlichen Garantien und Bürgschaften für private Exportkredite, Direktinvestitionen und beteiligungsähnliche Darlehen; bilateralen „Kapitalschutzabkommen“ bzw. „Investitionsförderungsverträgen“ mit Entwicklungsländern; Abkommen und anderen Maßnahmen zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen; steuerlichen Begünstigungen von Investitionen in Entwicklungsländern durch Bewertungsabschlag und Bildung von steuerfreien Rücklagen („Entwicklungshilfesteuergesetz“).

Aber alle diese Maßnahmen verändern, wie bereits erwähnt, weder die Eigentumsnatur noch den Charakter des Kapitalexports der Monopole. Sie zeigen jedoch andererseits, daß der private Kapitalexport völlig in ein staatsmonopolistisches System integriert wurde, sich nur noch auf den Krücken der staatlichen Förderung und Unterstützung bewegen kann. Bemerkenswert ist, daß selbst das die Deformation des „klassischen“ Funktionsmechanismus des Kapitalexports nicht aufhalten, sondern bestenfalls nur verzögern und abschwächen konnte. Die apostrophierten exogenen staatsmonopolistischen Förderungsmaßnahmen erweisen sich im Grunde genommen als wenig wirksam; ihre Resultate blieben beträchtlich hinter den Erwartungen zurück, die in sie gesetzt worden waren. Darauf wird von den westlichen Experten immer wieder hingewiesen³⁹. Selbst das mit viel Hoffnung bedachte „Entwicklungs-

39 G. Fritz betont, daß die staatlichen Förderungsmaßnahmen „sich weitgehend als unzureichend erwiesen haben . . .“ (G. Fritz, *Wirtschaft und Entwicklungshilfe*, Bonn 1964, S. 7). „Wieweit man auch über die einzelnen Förderungsmaßnahmen unterschiedliche Beurteilungen antrifft, in einem gibt es eine einhellige Auffassung: Der bisherige Anreiz hat nicht genügt, einen verstärkten Fluß von Privatinvestitionen in die Entwicklungsländer auszulösen.“ (H. Giesecke, *op. cit.*, S. 57).

hilfe-Steuergesetz“ zeitigte enttäuschende Resultate⁴⁰. In einem ersten Bericht der Bonner Regierung über seine Auswirkungen in den Jahren 1963 und 1964 wird festgestellt, „eine Steigerung der (west-)deutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern – dem Ziel des Steuergesetzes – lasse sich für die beiden Berichtsjahre nicht feststellen“⁴¹. Nur 107 Firmen mit einer Gesamtsumme des Kapitalexports von 198,5 Millionen DM nahmen die Steuervergünstigungen in Anspruch, obwohl die Steuergeschenke auf diesen Betrag 64,4 Millionen DM ausmachten⁴².

Auch neuerliche Anstrengungen in Richtung auf weitere Steuervergünstigungen und bevorzugte Abschreibungen⁴³ dürften den Trend des privaten neokolonialistischen Kapitalexports kaum korrigieren. Gesetzmäßig wird vielmehr die Aktivität des imperialistischen Staatsapparates in der neokolonialistischen Expansion auf einer neuen, qualitativ höheren Ebene wirksam, zeigt sich der staatsmonopolistische Charakter der neokolonialistischen Expansion in einer zweiten Gruppe von Erscheinungsformen, die qualitativ von der ersten unterschieden ist: der Staat stützt nicht mehr nur den Kapitalexport der Monopole, sondern wird selbst unmittelbar in den Prozeß der ökonomischen Expansion des Neokolonialismus einbezogen, wirkt als selbständige ökonomische Potenz in dieser Expansion. Gesetzmäßig tritt unter den ökonomischen Instrumenten des Neokolonialismus der direkte staatliche Kapitalexport, genauer gesagt, die staatliche Finanzierung der neokolonialistischen Expansion⁴⁴, in den Vordergrund und füllt die Lücke, die die Deformation des „klassischen“ Funktionsmechanismus des privaten Kapitalexports in den kolonialen Unterdrückungs- und Ausbeutungsmitteln des Imperialismus geöffnet hat⁴⁵.

40 „Auch das neue Gesetz darf nicht überbewertet werden. Eine wesentliche Ausweitung der (west-)deutschen Investitionen in vielen Entwicklungsländern ist trotz der in ihm enthaltenen Begünstigungen in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.“ (G. Fritz, *op. cit.*, S. 7).

41 *Frankfurter Rundschau*, 18. 1. 1967.

42 *Die Welt*, Hamburg, 12. 1. 1967.

43 *Industriekurier*, Düsseldorf, 22. 12. 1966.

44 Wir verstehen darunter neben dem staatlichen Kapitalexport auch staatliche Aufwendungen, die als „grants“, ohne Rückzahlungsverpflichtung in die Entwicklungsländer fließen. Der Einfachheit halber sprechen wir im folgenden vom „staatlichen Kapitalexport“.

45 „Es war in den zurückliegenden Jahren vielmehr so, daß der Staat in die Bresche gesprungen ist und den ausbleibenden privaten Kapitalexport ersetzt hat. Die Fragestellung lautete im Grunde also gar nicht: Staatlicher oder privater Kapitalexport, sondern vielmehr: staatlicher Kapitalexport oder kein Kapitalexport.“ (W. Guth, *Der Kapitalexport in unterentwickelte Länder*, Tübingen 1957, S. 23).

„Trotz der verschiedensten Bemühungen für einen verstärkten Fluß der Privatinvestitionen in diese Länder waren die Ergebnisse, abgesehen von einigen Ländern, deren Rohstoffindustrien große Gewinne versprochen, sehr mager. Bis zu einem gewissen Grade wurde das Versagen der Privatinvestitionen jedoch von den speziell für Entwicklungshilfe geschaffenen nationalen und internationalen Finanzinstitutionen ausgeglichen.“ (L. H. Huehne, *Trends in der Entwicklungshilfe*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, Tübingen, 120. Bd. 3. Heft, 1964, S. 530).

„Es gibt genügend Grund zur Annahme, daß mit der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus der Anteil des staatlichen Kapitals an der gesamten Ausfuhr finanzieller Mittel aus den wichtigsten kapitalistischen Ländern wachsen und der Anteil des Privatkapitals zurückgehen wird.“

Es geht damit auf dem Gebiet der Beziehungen zwischen dem Imperialismus und den Entwicklungsländern derselbe Prozeß vor sich, der die neue Entwicklungsetappe des monopolistischen Kapitalismus überhaupt charakterisiert⁴⁶.

Die neuen Triebkräfte des neokolonialistischen Kapitalexports und die Rolle des Staates

Die Schwäche des privaten Kapitalexports ist nicht die einzige und nicht die ausschlaggebende Ursache für die wachsende Rolle des staatlichen Kapitalexports im System der ökonomischen Beziehungen zwischen Imperialismus und Entwicklungsländern. Der tiefere Grund für diese Erscheinung ist das Wirksamwerden neuer Triebkräfte für den neokolonialistischen Kapitalexport.

Erstens: Der Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems und die Ausdehnung des Einflusses des sozialistischen Weltsystems haben die Positionen des Imperialismus in den Entwicklungsländern erschüttert. Die Entwicklung der antiimperialistischen, nationalen Befreiungsbewegung, die Herausbildung selbständiger nationaler Staaten auf dem Boden der ehemaligen Kolonien, ihre weltpolitische Aktivität, vor allem ihr Eintreten für eine Politik der Blockfreiheit, der friedlichen Koexistenz, des Verbots von Kernwaffen und der allgemeinen Abrüstung, ihr Kampf für die wirtschaftliche Unabhängigkeit und für tiefgreifende soziale Umgestaltungen — alles das ist zu einer großen Gefahr für den Imperialismus als ganzes und für sein System der Ausbeutung und Unterdrückung der afroasiatischen und lateinamerikanischen Völker geworden. Gleichzeitig ist in diesen Ländern das Prestige und der Einfluß des Weltsozialismus gewachsen, haben sich die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen ihnen und den sozialistischen Ländern gefestigt und sozialistische Ideen in diesen Ländern ausgebreitet. Vor allem aber hat die Tatsache, daß eine Reihe afrikanischer und asiatischer Länder definitiv den Übergang zu einer national-demokratischen Entwicklung vollzogen und Kurs auf die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung genommen hat, die Grundlagen des imperialistischen System empfindlich getroffen. Denn wenn die Völker die nationaldemokratische Entwicklung (die mitunter auch „nichtkapitalistisch“ genannt wird) konsequent zu Ende führen, bedeutet das nicht schlechthin die Zurückdrängung und schließliche Ausschaltung des Einflusses der Auslandsmonopole, sondern ist gleichbedeutend mit dem stufen-

(W. Rymalow, Neue Erscheinungen im Kapitalexport der imperialistischen Länder, in: *Konjunktur und Krise*, Heft 4/1965, S. 313).

46 „Wenn früher jene ökonomischen Maßnahmen des Staates überwogen, die den Charakter einer ‚Einnischung‘ in die Wirtschaft von außen, d. h. eines mehr außerökonomischen administrativen Zwanges trugen, so besteht das Wesentliche der heutigen Lage darin, daß die staatliche Tätigkeit auf längere Sicht berechnet in die ökonomischen Prozesse unmittelbar eingebaut und organisch aufs engste mit ihnen verbunden ist. . . Die wirtschaftliche Tätigkeit des westdeutschen Staates ist zu einem immanenten Faktor des Reproduktionsprozesses und damit zu einer im unmittelbaren Sinne ökonomischen Potenz geworden, ohne die der kapitalistische Reproduktionsprozeß nicht mehr vonstatten gehen kann“. (Autorenkollektiv, *Imperialismus heute*, Berlin 1965, S. 138).

weisen Ausscheiden dieser Länder aus dem kapitalistischen Weltwirtschaftssystem, dem sie heute — trotz ihrer Sonderstellung — noch angehören.

Aus der Konfrontation des Imperialismus mit dieser für ihn bedrohlichen Situation ergibt sich das strategische Hauptziel des Neokolonialismus. Es besteht darin, das stufenweise Ausscheiden der Entwicklungsländer aus dem kapitalistischen Weltsystem zu verhindern und auf lange Sicht zu sichern, daß sie überhaupt als Objekt der imperialistischen Ausbeutung erhalten bleiben. Im einzelnen bedeutet das den Versuch, den Einfluß des Sozialismus in den Entwicklungsländern zurückzudrängen, die Festigung ihrer politischen Selbständigkeit und die Erringung ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit nicht zulassen, den Übergang weiterer Länder auf einen national-demokratischen Entwicklungsweg zu verhindern und ihn dort, wo er bereits erfolgte, rückgängig zu machen.

Dieses Ziel ist ein primär politisches Ziel und wir sprechen deshalb zu recht von einem Primat der Politik im Neokolonialismus. Es läßt sich nicht ohne bestimmte Zugeständnisse und nicht ohne teilweisen und zeitweiligen Verzicht auf die unmittelbare Profiterzielung erreichen⁴⁷. Das Profitmotiv wird hierbei als Triebkraft des ökonomischen Handelns nur vermittelt, erst in letzter Instanz wirksam. Insofern und in diesem Sinne tritt die Systemsicherung (in ihrer neuen Qualität im Gefolge der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus) zwar nicht an der Stelle der Profitmaximierung, aber die Motivation der ökonomischen Aktivität des Kapitalismus wird nichtsdestoweniger um sie erweitert. In bezug auf das ökonomische Instrumentarium des Neokolonialismus bedeutet das, daß die politischen Bestrebungen des Imperialismus, das kardinale politische und ökonomische Interesse an der Erhaltung der Grundlagen des Ausbeutungssystems in den Entwicklungsländern und an der Zurückdrängung des sozialistischen Einflusses zu einer wichtigen Triebkraft des neokolonialistischen Kapitalexports werden⁴⁸.

47 E. Salin betonte bereits 1959 im Hinblick auf die Strategie des Imperialismus gegenüber der nationalen Befreiungsbewegung: „Erstens muß der Westen sich damit vertraut machen, daß mit kapitalistischen Rechnungen alten Stils das Problem nicht lösbar ist. . . Jetzt kann nur a-kapitalistisches Handeln die Gefahren bannen, die aus der echten Not und der geschürten Begehrlichkeit (damit ist das Streben der jungen Staaten nach voller Unabhängigkeit gemeint, d. Verf.) der Entwicklungsländer dem Westen drohen“. (E. Salin, *Unterentwickelte Länder: Begriff und Wirklichkeit*, in: *Kyklos*, Basel, Bd. XII, Heft 3, S. 423/424). Vgl. auch W. Rymalow, op. cit., S. 323.

48 Die Imperialisten betrachten den staatlichen Kapitalexport als „eine Art Garantie, daß der große revolutionäre Prozeß, der zwei Drittel der Menschheit erfaßt hat, nicht über die Ufer schlägt und uns alle verschlingt.“ (*Handbuch der Entwicklungshilfe*, Baden-Baden/Bonn, Teil II/A/30, S. 201). An anderer Stelle heißt es: „Die Emanzipation zahlreicher neuer Staaten, die bis dahin unter kolonialer Herrschaft gestanden hatten und durch ihre Position zwischen den beiden Machtblöcken besonderes Gewicht erhielten, verstärkte diese Tendenz (der Verlagerung der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus von der militärischen in die ökonomische Sphäre, d. Verf.), da diese Staaten ihre erste Aufgabe nach Erlangung der Souveränität in der wirtschaftlichen Entwicklung sahen, für die sie auf die Hilfe des Auslandes angewiesen waren. In einer dieser Entwicklung Rechnung tragenden Abwandlung des bekannten Wortes von Clausewitz kann man daher die Auslandshilfe als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln betrachten“. W. Kretsch-

Diese Triebkraft kann sich aber in den verschiedenen Formen des privaten Kapitalexports nicht oder nur sehr unvollkommen realisieren. Das Interesse des einzelnen Monopols ist voll und ganz auf die unmittelbare und maximale Erzielung von Profit gerichtet. Es ist in der Regel nicht in der Lage, die zur Erreichung der politischen Ziele des Neokolonialismus notwendigen Konzessionen zu machen, auf Profit zu verzichten, mit den Konditionen der sozialistischen Wirtschaftshilfe zu konkurrieren. Diesen Widerspruch zwischen dem strategischen Hauptziel des Neokolonialismus und den begrenzten Möglichkeiten der Monopole, diesem Ziel entsprechend zu handeln, versucht der imperialistische Staatsapparat zu lösen, indem er das politische Gesamtinteresse der Monopolbourgeoisie in seiner eigenen ökonomischen Aktivität zentralisiert und immer mehr selbst zum Träger der neokolonialistischen Expansion wird.

Das Resultat ist das gesetzmäßige Anwachsen der staatlichen Aufwendungen zur Finanzierung der neokolonialistischen Expansion⁴⁹. Die Dynamik dieses Prozesses läßt sich aus der Tatsache erkennen, daß die staatliche „Entwicklungshilfe“ der in der OECD vereinigten kapitalistischen Industrieländer sich von 3,5 Milliarden Dollar im Jahre 1956 rasch und kontinuierlich auf 6,6 Milliarden Dollar im Jahre 1963 erhöht hat⁵⁰ und seitdem weiter gestiegen ist.

Auch die folgenden Indizes machen das dynamische Anwachsen der staatlichen Aufwendungen zur Finanzierung der neokolonialistischen Expansion deutlich, wobei die schnelle Entwicklung dieses Instruments gerade durch den westdeutschen Neokolonialismus klar erkennbar ist.

mar, *Auslandshilfe als Mittel der Außenwirtschafts- und Außenpolitik*, München 1964, S. 12). L. Köllner stellt fest, daß die sogenannte Entwicklungshilfe „in steigendem Maße von politischen Absichten beherrscht werden wird“, und daß damit „die seit vier Jahrzehnten erkennbare Politisierung des internationalen Kapitalverkehrs offensichtlich einem neuen Höhepunkt zustrebt...“ (L. Köllner, *Der internationale Kapitalverkehr seit dem letzten Weltkrieg*, Frankfurt/M. 1963, S. 208).

⁴⁹ Die Monopole und ihre Organisationen selbst fordern die Erhöhung des staatlichen Kapitalexports. In einem an die westdeutsche Regierung gerichteten Schreiben der „Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsländer“, die von der Dachorganisation der westdeutschen Unternehmerverbände und Monopolorganisationen gebildet wurde, heißt es: „In der Wirtschaft ist man der Auffassung, daß der Entwicklungspolitik... auch im Bundeshaushalt das erforderliche Gewicht gegeben werden sollte. Nur so ließen sich die Wirtschaftsbeziehungen zu Übersee kontinuierlich ausbauen und gleichzeitig den außenpolitischen Notwendigkeiten Rechnung tragen.“ (*Die Welt*, Hamburg, 2. 11. 1965).

⁵⁰ OECD, *The Flow of Financial Resources to Less-developed Countries*, Paris 1965, S. 134.

Tabelle 1
Staatliche Kapitalexporte und „Grants“ in die Entwicklungsländer.
Index (Durchschnitt 1950–1955=100)

Jahr	USA	Großbritannien	Westdeutschland	
			a)	b)
1956	176	118	338	421
1957	197	138	613	286
1958	214	152	585	550
1959	210	218	698	1314
1960	249	254	736	1521
1961	325	280	1321	2064
1962	312	261	965	2071
1963	326	265	927	2251

a) Gesamte staatliche Zahlungen im Rahmen der neokolonialistischen Expansion.
b) Nur staatliche Kapitalexporte.

Quelle: OECD, *The Flow of Financial Resources* . . . , a. a. O., S. 140, 148, 149.

Zweitens: Der private Kapitalexport der Monopole stößt heute in wachsendem Maße auf die Schranke der fehlenden elementaren Bedingungen der industriellen Entwicklung, der fehlenden wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur (Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Energieerzeugung und -verteilung, Wasserversorgung, Volksbildung, Seuchenschutz usw.) in den Entwicklungsländern. Das gilt ganz besonders für Afrika. Gleichzeitig erhöht sich auf Grund der Industrialisierungsbestrebungen in den Entwicklungsländern und ihrer Versuche, am Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution teilzunehmen, die organische Zusammensetzung des Kapitals, das die Auslandsmonopole dort investieren. Die Folge davon ist ebenfalls die tendenzielle Senkung der Profitrate für die Monopole. Sie versuchen deshalb, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, indem sie den für die Investition notwendigen Kapitalvorschuß aufspalten, dem Staat die Finanzierung des infrastrukturellen Teils ihrer Projekte übertragen, ihren eigenen Anteil am vorgeschossenen Kapital niedrig halten und auf diese Weise eine höhere Profitrate aus dem Gesamtprojekt ziehen. Auch dieses Bestreben bewirkt schließlich ein Anwachsen der staatlichen Aufwendungen für die neokolonialistische Expansion, zumal die Schaffung der Infrastruktur relativ viel Mittel erfordert, die sich nur sehr langsam amortisieren und wenig oder überhaupt nicht profitabel sind.

Nicht ohne Grund hob deshalb der langjährige westdeutsche „Entwicklungshilfe-Minister“ W. Scheel die Bedeutung dieser Triebkraft für den neokolonialistischen Kapitalexport des Staates hervor, indem er erklärte: „Im Idealfall stellt

die staatliche Entwicklungshilfe des Pre-Investment für privatwirtschaftliche Investitionen dar“⁵¹.

Aus all dem ergibt sich, daß der staatliche Kapitalexport in die Entwicklungsländer nicht nur schlechthin an Bedeutung und Umfang gewonnen hat, sondern daß er – qualitativ wie quantitativ – zum ökonomischen Hauptinstrument des Neokolonialismus geworden ist. Die folgenden Zahlen verdeutlichen den quantitativen Aspekt.

Tabelle 2

Anteil der staatlichen Finanzierung an den neokolonialistischen Kapitalexporten und Zahlungen der imperialistischen Hauptmächte
(in Prozent)

	1956	1961	1963
USA	61	73	81
Westdeutschland	36	73	76
Großbritannien	33	51	57
Frankreich	58	75	79
Japan	76	61	65

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Internationale Monatszahlen, Heft 1/1963, S. 13, Kreditanstalt für Wiederaufbau, XVI. Jahresbericht, Geschäftsjahr 1964, S. 22.

Darin widerspiegelt sich, wie bereits bemerkt, auch auf diesem speziellen Teilgebiet, daß der Imperialismus den Übergang in ein umfassendes System des staatsmonopolistischen Kapitalismus endgültig vollzogen hat.

Die Funktionen der staatlichen Finanzierung der neokolonialistischen Expansion

Die theoretische Erfassung des neuen Funktionsmechanismus des Kapitalexports in die Entwicklungsländer setzt, was zunächst recht lapidar anmuten mag, die Klärung der Funktionen seiner hauptsächlichlichen Erscheinungsform, der staatlichen Finanzierung der neokolonialistischen Expansion, voraus. Das ist die Grundlage, von der aus das eigentliche Mechanismus-Problem in Angriff genommen werden kann.

Es ist bekannt und unter dem Aspekt unserer Darlegungen über die neuen Triebkräfte des neokolonialistischen Kapitalexports ohne weiteres erklärbar, daß die staatliche Finanzierung der neokolonialistischen Expansion zahlreiche politische

51 W. Scheel, Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft im Entwicklungsprozeß, in: *Handbuch der Entwicklungshilfe*, a. a. O., Teil II A/20, S. 213.

Funktionen erfüllt. Sie ist zu einem entscheidenden Instrument der Außenpolitik des Imperialismus gegenüber den Entwicklungsländern, zur wichtigsten ökonomischen Grundlage für die Ausübung von politischem Druck auf die Entwicklungsländer geworden. Man denke nur an den anmaßenden Alleinvertretungsanspruch des westdeutschen Imperialismus und die Methoden seiner Durchsetzung in den Entwicklungsländern⁵². Aber diese Frage der politischen Funktionen soll uns hier nicht näher beschäftigen. Uns interessiert ein anderer, bisher weniger beachteter, aber für die ökonomische Theorie des Neokolonialismus höchst bedeutsamer Aspekt.

Die Tatsache, daß die staatliche Finanzierung der neokolonialistischen Expansion, das heißt die sogenannte „Entwicklungshilfe“, primär an politischen Zielen, an der Erhaltung des neokolonialen Profitsystems und seiner gesellschaftlichen Grundlagen, aber nicht unbedingt am unmittelbaren Profitinteresse, an der sofortigen Maximierung des Profits orientiert ist, bedeutet natürlich weder, daß sich über sie keine Ausbeutung der Entwicklungsländer vollzieht, noch daß sie den ökonomischen Erfordernissen des modernen Kapitalismus nicht Rechnung trägt. Sie ist neben einer grundlegenden politischen – und über sie hinaus – zu einer ökonomischen Bedingung der Expansion, zu einer Bedingung des Reproduktionsprozesses des Kapitals geworden. Beide Momente, sowohl das politische (und darin einbegriffen natürlich auch der ideologische Aspekt) als auch das ökonomische, kommen in den Funktionen zum Ausdruck, die die staatlichen Aufwendungen verschiedenster Art im Rahmen der neokolonialistischen Expansion des Imperialismus erfüllen.

Über die staatlichen Kapitalexporte, die eine Form der Ausfuhr von Leihkapital darstellen, erfolgt in beträchtlichem Maße eine sichtbare Ausbeutung der Entwicklungsländer. Sie werfen Profit in Gestalt des Zinses ab. Vor allem bei den westdeutschen „Entwicklungshilfe“-Krediten spielt dieser Umstand eine große Rolle. Während beispielsweise im Jahre 1963 die USA 73 % und Großbritannien 24 % ihrer staatlichen Kredite mit Zinssätzen bis zu 3 % vergaben, entfielen auf diese Kategorie nur 2,6 % der westdeutschen Kredite⁵³. Dagegen waren 84 % der staatlichen Kredite Westdeutschlands an die Entwicklungsländer mit Zinssätzen zwischen 3 und 6 % und 13,4 % sogar mit Zinssätzen über 6 % versehen⁵⁴. Allein im Jahre 1965 bezog Westdeutschland – nach Angaben seines „Entwicklungshilfe“-Ministeriums – aus seinen staatlichen Kapitalexporten in die Entwicklungsländer Zinseinkünfte in Höhe von 178 Millionen DM⁵⁵. Nichtsdestoweniger versuchen die westdeutschen Neokolonialisten im konkreten Fall durch ihre staatlichen Kredite mit den Konditionen der sozialistischen Wirtschaftshilfe für die Entwicklungsländer zu konkurrieren. Zu diesem Zweck haben sie in der letzten Zeit ein System des „gespaltenen Zinses“ entwickelt, wobei der Kreditnehmer „den kommerziellen Zinssatz

52 Vgl. Autorenkollektiv unter Leitung von P. Friedländer und H. Schilling: *Der Neokolonialismus der westdeutschen Bundesrepublik*, Dresden 1965.

53 *DWI-Berichte*, Berlin, Nr. 18/1965, S. 9.

54 Siehe im einzelnen: Autorenkollektiv unter Leitung von P. Friedländer und H. Schilling, op. cit., S. 146.

55 *Handelsblatt* Düsseldorf, 8. 6. 1966.

in Landeswährung zahlt, das Entwicklungsland jedoch nur zur Leistung eines niedrigeren Zinssatzes in DM verpflichtet wird“⁵⁶.

Sowohl in Gestalt von Krediten als auch in ihren nichtrückzahlbaren und unverzinslichen Formen dient die staatliche Finanzierung der neokolonialistischen Expansion der Mehrwertrealisierung und der Erhöhung des Profits der Monopole. Die Betonung der selbständigen ökonomischen Rolle des Staates in der neokolonialistischen Expansion schließt ein, daß diese Aktivität natürlich im Interesse der Monopole und des Finanzkapitals auch auf ökonomischem Gebiet erfolgt. Die „Entwicklungshilfe“ des Staates wird nicht losgelöst von den ökonomischen Interessen der Monopole eingesetzt, sondern ist im Grunde genommen eine Hilfe für die Monopole.

Das zeigt sich deutlich in der marktschaffenden und markterweiternden Funktion der staatlichen Zahlungen, die es den privaten Konzernen ermöglicht, ihren Warenexport in die Entwicklungsländer auszudehnen⁵⁷. Im Jahresbericht des westdeutschen „Entwicklungshilfe“-Ministeriums für 1965 heißt es:

*„Das Jahr 1965 hat auch innerhalb der Bundesrepublik die Einsicht weiter gefestigt, daß Entwicklungshilfe auch den eigenen ökonomischen Interessen dient. (West-)Deutsche Entwicklungshilfe, in diesem Zusammenhang vornehmlich die Kapitalhilfe, fließt zum weitaus größten Teil in Form von Aufträgen an unsere Industrie zurück. Dies ist jedoch nicht das Entscheidende. Wichtiger für die (west-)deutsche Exportwirtschaft ist der Demonstrations- und Werbeeffekt, der von den Lieferungen und Leistungen im Rahmen der (west-)deutschen Entwicklungshilfe ausgeht. Wichtiger vor allem aber ist die Tatsache, daß Entwicklungshilfe die Produktivität und das Einkommen in den begünstigten Ländern steigert und damit die Absatzmöglichkeiten der Industrieländer erweitert. Die Entwicklungsländer von heute sind unsere Absatzmärkte von morgen“*⁵⁸.

Die staatliche Finanzierung der neokolonialistischen Expansion schafft den Monopolen also einmal dadurch zusätzliche Absatzmärkte, daß sie an die Lieferung von Waren aus dem „Geberland“ gebunden ist⁵⁹. Westdeutschland ist vor einigen Jahren als letztes der großen imperialistischen Länder zur Bindung großer Teile seiner bilateralen „Entwicklungshilfe“ an westdeutsche Warenlieferungen übergegangen. Das geschah zu dem Zeitpunkt, als sich seine Exportexpansion ver-

56 Tätigkeitsbericht des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit für 1965, *Handbuch der Entwicklungshilfe*, a. a. O., Teil II A 12/2, S. 6.

57 „Unsere Entwicklungshilfe ist – wie die anderer Staaten – nicht zuletzt eine stille Exportförderung auf lange Sicht“. (Frankfurter Rundschau, 19. 10. 1966). „Die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik ist gleichzeitig die größte Exportanstrengung, die (West-)Deutschland in seiner Wirtschaftsgeschichte je gemacht hat“ (Verhandlungen des Bundestages, 4. Wahlperiode, Stenogr. Bericht, Bd. 53, 94. Sitzung, v. 6. 11. 1963).

58 *Handbuch der Entwicklungshilfe*, a. a. O., Teil II A 12/2, S. 2.

59 Das ist für die Monopole deswegen besonders profitabel, weil die im Rahmen dieser Bindung gelieferten Waren gewöhnlich überhöhte Preise haben. Vgl. A. von Haller, *Die Letzten wollen die Ersten sein*, Düsseldorf-Wien. 1963, S. 115; *Europäische-Wirtschaft-Entwicklungsländer*, Bonn, Nr. 9, 1963.

langsame und die besonderen Nachkriegsfaktoren, die die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Exporte begünstigt hatten, an Wirksamkeit verloren. Nach offiziellen Angaben fließen etwa 80 % der staatlichen Mittel, die im Rahmen der neokolonialistischen Expansion eingesetzt werden, in Form von Aufträgen an die westdeutsche Industrie zurück⁶⁰. Man rechnet damit, daß es durch eine Erweiterung der Bindungsklauseln in absehbarer Zeit sogar annähernd 100 % sein werden⁶¹. Nicht zu unrecht betrachten die westdeutschen Neokolonialisten deshalb die „Entwicklungshilfe“ als eines der wichtigsten staatsmonopolistischen Instrumente zur Beeinflussung und Steuerung der Konjunktur in Westdeutschland⁶². Das wird durch die Tatsache unterstrichen, daß trotz des großen Defizits des Bonner Staatshaushaltes 1966 und 1967 keine wesentlichen Kürzungen an den Mitteln für die neokolonialistische Expansion vorgenommen wurden⁶³.

Ähnliche warenexportstimulierende Wirkungen gehen auch von den staatlichen Zahlungen Bonns an kollektiv-kolonialistische Institutionen, d. h. von der multilateralen „Entwicklungshilfe“ aus, obwohl hier keine ausdrückliche Lieferbindung erfolgt.

Der neben der Lieferbindung warenexportfördernde Demonstrations- und Werbeeffekt des staatlichen Kapitalexportes wird noch dadurch ergänzt, daß z. B. durch die sogenannte „Technische Hilfe“ westdeutsche Normen und Standards auf die Entwicklungsländer übertragen, durch die Schaffung von Mustereinrichtungen und technischen Lehrinstitutionen sowie durch die Ausbildung von Fachkräften, die im Rahmen der staatlichen „Technischen Hilfe“ erfolgen, potentielle Importeure an westdeutschen Maschinen und Ausrüstungen interessiert und damit vertraut gemacht werden⁶⁴. Das wirkt ebenso stimulierend auf den Warenexport der Monopole wie der Umstand, daß natürlich die mit westdeutschen Ausrüstungen ausge-

60 *Handbuch der Entwicklungshilfe*, a. a. O., Teil II A 30, S. 198. Befriedigt stellt die westdeutsche Presse dazu fest, daß dadurch „Arbeit und neuer Gewinn (!) für unsere Industrie“ geschaffen werden (Frankfurter Rundschau, 19. 10. 1966).

61 Ebenda.

62 Der damalige Bonner „Entwicklungshilfe“-Minister, W. Scheel, erklärte: „Sollten sich bei uns einmal Anzeichen einer gewissen Konjunkturer müdung bemerkbar machen, dann hat die Bundesregierung mit der Entwicklungshilfe ein ausgezeichnetes Instrument zur Hand, einem solchen Trend entgegenzuwirken. . . In einem solchen Falle könnte durch eine kurzfristige Erhöhung unserer Zusagen an die Entwicklungsländer, soweit diese Zusagen liefergebunden gegeben werden, eine verstärkte Nachfrage nach Investitionsgütern die Auftragsbücher unserer Industrie beleben“ (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, 15. 6. 1963).

63 In seiner 1. Regierungserklärung kündigte Bundeskanzler Kiesinger eine „unvermeidliche Steigerung der Entwicklungshilfe“ an (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. 1. 1967).

64 Von den Kadern aus den Entwicklungsländern, die in Westdeutschland ausgebildet werden, erwartet man, daß sie nach ihrer Rückkehr „ausnahmslos leitende Stellungen in Politik und Wirtschaft erhalten. Ein führender Arzt oder Ingenieur aber in Südamerika, in Australien, im Fernen Osten oder sonstwo in der Welt, der in (West-)Deutschland studiert hat und an (west-)deutschen Apparaten und Maschinen ausgebildet wurde, wird solche auch für sich und sein Land kaufen“ (Der deutsche Lehrer im Ausland, München, Nr. 3/1961, S. 54).

statteten Projekte ständige Ersatzteil- und Ergänzungslieferungen nach sich ziehen. Im übrigen ist die aus der „Technischen Hilfe“ finanzierte „Planungs-“ und Beratungstätigkeit westdeutscher Experten in den Entwicklungsländern so angelegt, daß dabei Investitionen und Lieferungen westdeutscher Firmen begünstigt werden.

Um die kaufkräftige Nachfrage in den Entwicklungsländern im Interesse der Absatzweiterung für die Monopole zu erhöhen, werden mit Hilfe staatlicher Kapitalexporte neuerdings in steigendem Maße auch Investitionen im engeren produktiven Bereich durchgeführt⁶⁵. Dieses Moment der „Produktion von Kaufkraft“ bestimmt daher auch sehr stark die Haltung des westdeutschen Neokolonialismus zur Industrialisierung in den Entwicklungsländern.

Die wachsende staatliche Finanzierung der neokolonialistischen Expansion erfolgt aber nicht nur nicht losgelöst von den Interessen der Monopole und des Finanzkapitals, sondern sie ist vielmehr bereits weitgehend zur Voraussetzung, zur Bedingung der erweiterten Reproduktion des in die Entwicklungsländer exportierten Privatkapitals geworden. Wir haben darauf schon im Zusammenhang mit der die Profitraten erhöhenden „Pre-Investment“-Funktion der staatlichen Kapitalexporte im Infrastrukturbereich hingewiesen. Die Fälle sind außerordentlich zahlreich, wo die Verbindung zwischen der Durchführung eines Energie-Projekts, dem Bau einer Bahnlinie, der Anlage eines Wasserversorgungssystems oder die Errichtung von Wohnungen, die aus der staatlichen „Entwicklungshilfe“ finanziert werden, und dem Aufschluß von Rohstofflagern, der Einrichtung einer Textilfabrik oder der Anlage von Plantagen, die von den Monopolen selbst vorgenommen werden, offenkundig wird⁶⁶. Das ganze System der „Technischen Hilfe“ ist letzten Endes darauf abgestellt, die Kosten für die Bereitstellung von Facharbeitern, für die Durchführung von geologischen u. a. Erkundungen oder für die Ausarbeitung von technischen Projektunterlagen, die für die Monopole bei ihren Investitionen in den Entwicklungsländern anfallen, auf den Staat zu übertragen und so den profitmindernden eigenen Aufwand möglichst niedrig zu halten⁶⁷.

In Gestalt der sogenannten „Mischfinanzierung“ ist dieser funktionelle Zusammenhang zwischen (staatlich finanziertem) Infrastrukturtel und (privat, d. h. von den Monopolen oder Exportunternehmen direkt finanziertem) profitabilem Produktionsteil ein und desselben Projekts in letzter Zeit sogar als System verselbstständigt worden⁶⁸. Als ideale Lösung wird das „Verbundprojekt“ angesehen, das

65 „Bei der bilateralen Kapitalhilfe tritt die Förderung der produktiven Sektoren der Entwicklungswirtschaft gegenüber dem Infrastrukturbereich immer mehr in den Vordergrund“ (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, 14. 6. 1966).

66 Vgl. H. Schilling, *EWG-Schatten über Afrika*, Berlin 1964, S. 84 und 86.

67 Bei dem von Krupp, DEMAG und anderen westdeutschen Konzernen in Indien errichteten Stahlwerk Rourkela war der Service so gering, daß „die (west-)deutsche Bundesregierung das an Beratung und Ausbildung (hat) nachholen müssen, was die Industriefirmen (aus gutem Grund, der Verf.) zu liefern unterlassen hatten“. (F. Baade, ... denn sie sollten satt werden, Oldenburg-Hamburg, 1964, S. 291).

68 Vgl. K. Engler, *Richtlinien für die staatliche Kapitalhilfe an Entwicklungsländer*, Köln-Opladen, 1965, S. 58–60.

außer der „Mischfinanzierung“ noch Maßnahmen struktureller und ideologischer Art einschließt und so ein Maximum politischer und ökonomischer Effektivität im Sinne des Neokolonialismus gewährleisten soll⁶⁹.

Als Reproduktionsbedingung des exportierten Privatkapitals fungiert die staatliche Finanzierung der neokolonialistischen Expansion auch in Form sogenannter „Umschuldungs-“ bzw. „Konsolidierungs-“Kredite. Dabei werden Kredite von privaten Konzernen und Unternehmungen an Entwicklungsländer – besonders in politisch relevanten Fällen – durch staatliche Kredite abgelöst, wenn der Schuldner seinen Tilgungs- und Zinsverpflichtungen nicht termingemäß oder überhaupt nicht nachkommen kann⁷⁰. Die privaten Monopole können sich auf diese Art und Weise an dem staatlichen Kredit schadlos halten. Ihre Forderungen bezüglich Kapitalsubstanz und Profit (in den meisten Fällen in Gestalt von Zins) werden voll gedeckt.

In einem größeren Zusammenhang betrachtet, bezogen auf die Gesamtheit der Kapitalbeziehungen zwischen Entwicklungsländern mit strukturellen und chronischen Zahlungsbilanzdefiziten und den imperialistischen Staaten, läßt sich generell feststellen, daß der Profittransfer für die Monopole überhaupt nur noch möglich ist auf Grund der staatlichen Zahlungen zu „nichtkommerziellen“ Bedingungen an diese Länder⁷¹. Das bedeutet, daß dieser „Umschuldungs-“ Mechanismus zur Grundlage der imperialistischen Kapitalbeziehungen im Rahmen der neokolonialistischen Expansion geworden ist, auch wenn er in den meisten Fällen im einzelnen nicht als ausdrückliche „Umschuldung“ in Erscheinung tritt.

69 Vgl. F.-K. Vialon, *Entwicklungspolitik durch Verbundprojekte*, in: *Handelsblatt*, Düsseldorf, 7./8. 10. 1966; W. Scheel, *Neue Wege deutscher Entwicklungspolitik*, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Bonn, 14. 6. 1966; *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21. 6. 1966.

70 Einer der spektakulärsten Fälle dieser Art war das Rourkela-Projekt in Indien. Die Kredite der westdeutschen Monopole mußten mit 5,3 % verzinst und schon getilgt werden, als das Werk noch gar nicht produzierte. „Wie zu erwarten, war Indien völlig außerstande, die vereinbarten Zahlungen zu leisten. Wieder gewährte die (west-)deutsche Bundesregierung auf Kosten des (west-)deutschen Steuerzahlers Indien einen politischen Kredit von einigen hundert Millionen DM. Davon war fast die Hälfte sofort auf Zins- und Amortisationszahlungen des gewährten Kredits (der privaten Konzerne, d. Verf.) abzubuchen“. (F. Baade, op. cit., S. 292).

71 Bezogen auf die Entwicklungsländer mit permanenten Zahlungsbilanzdefiziten stellt F. Baade fest: „In allen solchen Fällen – und Indien ist einer der wichtigsten – ist die Zahlung der vereinbarten Zinsen und Amortisationsraten für erhaltene Kredite nur eine Fiktion. In Wirklichkeit werden diese Zins- und Amortisationsraten zu Lasten des Steuerzahlers derjenigen Länder transferiert, die dem betreffenden Lande auch weiterhin Geschenke, „weiche“ Kredite oder Lebensmittelhilfe bzw. Handelsdüngerhilfe gewähren, die letzten Endes praktisch den Charakter von Geschenken haben. Das gilt übrigens nicht nur von „kommerziellen“ Krediten, die mit der Lieferung von Industrieanlagen verbunden sind, es gilt sogar von privaten Investitionen, bei denen ein Transfer von Gewinnen und schließlich eine Rückzahlung der Investitionen vorgesehen ist. Auch der Transfer, der auf den ersten Blick streng privatwirtschaftlich erscheint, wird nur dadurch ermöglicht, daß dem Lande auf Kosten der Steuerzahler der helfenden Länder immer wieder Geschenke gemacht werden“. (F. Baade, op. cit., S. 292/293).

Die Rolle der staatlichen Aufwendungen für die neokolonialistische Expansion des westdeutschen Imperialismus im Reproduktionsprozeß des exportierten Privatkapitals äußert sich ferner in der Form, daß in bestimmten Fällen mit Hilfe staatlicher Kredite die Rohstoffversorgung und Maschinenausstattung westdeutscher Privatunternehmen in Entwicklungsländern finanziert und gewährleistet wird⁷². In ähnlicher Weise stellt die westdeutsche Regierung privaten Gesellschaften „in entwicklungspolitisch bedeutsamen und förderungswürdigen“ Fällen auch staatliches Kapital aus dem sogenannten „ERP-Sondervermögen“ zur Errichtung von Auslandsniederlassungen und zum Erwerb von Beteiligungen in Entwicklungsländern zur Verfügung⁷³.

Die Tiefgründigkeit der Wandlungen im staatsmonopolistischen System der neokolonialistischen Expansion und die neue Qualität in der ökonomischen Rolle des imperialistischen Staatsapparates im Expansionsprozeß zeigt sich aber noch deutlicher im umgekehrten Fall: wenn nicht – wie bei den ERP-Darlehen – der Staat Mittel zur Verfügung stellt, die in Verantwortung, Regie und auf das Risiko des Privatunternehmers in die Entwicklungsländer exportiert werden, sondern wenn die Monopole Mittel aufbringen, die in staatliches Kapital transformiert – in Haftung und Regie des Staates zur Finanzierung der neokolonialistischen Expansion eingesetzt werden. Dabei läßt sich vor allem die Dialektik in der neuen Stufe der neokolonialistischen Aktivität des Staates erkennen, die darin besteht, daß er einerseits als selbständige ökonomische Potenz und Verkörperung der systemerhaltenden Bestrebungen der Monopolbourgeoisie im Expansionsprozeß auftritt, andererseits unmittelbar und eng mit den Monopolen zusammenwirkt und häufig auch offenkundig und im Detail die ökonomischen Interessen des Einzelmonopols (und nicht nur die der aggressiven Teile der Monopolbourgeoisie insgesamt) verfolgt.

Das unmittelbare ökonomische Zusammenwirken des westdeutschen Staates mit den Monopolen im Prozeß der neokolonialistischen Expansion ist eng mit der Tätigkeit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), der westdeutschen neokolonialistischen Zentralbank, verbunden. Die staatlichen Kapitalexperte in die Entwicklungsländer, die sie vornimmt, finanziert sie einmal aus eigenen Mitteln (d. h., aus ihrem staatlichen Grundkapital) und zum anderen aus Mitteln des westdeutschen Staatshaushalts, die ihr jeweils zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus aber, und das ist in diesem Zusammenhang relevant, finanziert sie ihre Operationen aus privaten Mitteln, d. h. aus Mitteln des Leihkapitalmarktes sowie aus Mitteln, die die Monopole speziell und gezielt für bestimmte Projekte, an denen sie interessiert sind, zur Verfügung stellen. Im Geschäftsbericht der KfW für 1960

72 Im Jahresbericht des westdeutschen „Entwicklungshilfe“-Ministeriums für 1965 heißt es: „In begründeten Fällen wurden auch Kredite bewilligt, um die Einfuhr dringend benötigter Rohstoffe, Halbfabrikate, Maschinen, Ersatzteile und dergleichen zu finanzieren (Commodity Aid and Maintenance Support). Auf diese Weise konnten auch (west-)deutsche Partnerschaftsunternehmen in Entwicklungsländern so ausgestattet werden, daß sie ihre Produktionskapazität besser ausnutzen konnten.“ (Handbuch der Entwicklungshilfe, a. a. O., Teil II A 12/2, S. 5).

73 Siehe G. Fritz, op. cit., S. 37; DWI-Berichte, Berlin, Nr. 18/1965, S. 13.

heißt es direkt: „Dabei spielen neben den eigenen und den von uns bei Kapital-sammelstellen sowie über Geld- und Kapitalmarktoperationen beschafften Geldern vor allem auch solche Mittel eine Rolle, die von den an den jeweiligen Auslands-krediten interessierten (west-)deutschen Unternehmen bzw. deren Hausbanken zur Verfügung gestellt werden“⁷⁴.

Das bedeutet, daß die KfW die zum Kapitalexport vornehmlich nach Asien und Afrika bestimmten Mittel der westdeutschen Monopole aufnimmt und sie in Auslands-kredite einer staatlichen Bank, in staatlichen Kapitalexport verwandelt. Im Falle eines Verlustes dieser Mittel haftet die Bank, hinter der der Bonner Staat mit seinem Milliarden-Haushalt steht. Die „privat“ aufgenommenen Mittel werden verzinst. Dieser Vorgang gewährleistet den Monopolen einerseits hochgradige Sicherheit und den Profit des exportierten Kapitals, andererseits die Durchsetzung ihrer ökonomischen Interessen.

Daraus läßt sich schlußfolgern, daß der Widerspruch zwischen dem aggressiven Drang der Monopole nach hohen Kapitalanlagen in Asien und Afrika und der zunehmenden Verschlechterung der Verwertungsbedingungen, vor allem der wachsenden Unsicherheit dieser Kapitalanlagen, in der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus ein solches Phänomen erzeugt, daß im staatsmonopolistischen Mechanismus der neokolonialistischen Expansion privates Kapital in staatliches Kapital transformiert und erst dann den Interessen der Monopolverbände entsprechend in den Entwicklungsländern eingesetzt wird.

Ein Beispiel für diesen Transformationsprozeß stellt der Kredit dar, den die KfW 1960 in Höhe von 208 Millionen DM an die Liberian-American-Mineral-Company (LAMCO) vergab. Dieses amerikanisch-schwedische Unternehmen beutet im Nimba-Gebirge in Liberia Vorkommen an hochwertigen Eisenerzen aus. Die KfW beteiligte sich mit ihrem Kredit, der etwa 27 % der LAMCO-Finanzierung ausmacht, an diesem Projekt, weil es „wichtige neue Bezugsmöglichkeiten für die (west-)deutsche Wirtschaft eröffnet“⁷⁵. Konkret ging es um die Sicherung der Eisenerzimporte für die westdeutschen Stahlkonzerne, die sich scheuten, zu diesem Zweck direkt zu investieren, aber durch die indirekte Finanzierung über die KfW ihre Rohstoffinteressen sicherten⁷⁶. Obwohl sie nicht selbst an der LAMCO beteiligt sind, wurden mit „den Hüttenwerken des Ruhrgebiets langfristige Abnahmeverträge über große Mengen der vorgesehenen Erzförderung geschlossen“⁷⁷. Außerdem wurden 125 Millionen DM des KfW-Kredits an den Bezug von Maschinen und Ausrüstungen in Westdeutschland

74 Kreditanstalt für Wiederaufbau, XII. Jahresbericht, Frankfurt/M. 1961, S. 45.

75 Ebenda, S. 57.

76 „Heute beuten die Amerikaner zusammen mit dem schwedischen Grängesberg-Konzern und mit der liberianischen Regierung das größte Eisenerzvorkommen des Landes im Nimba-Gebirge aus. (West-)deutsche Interessenten sind daran nicht unmittelbar beteiligt. Sie sorgten jedoch dafür, daß die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt für das Projekt einen Kredit von 50 Millionen Dollar zur Verfügung stellte. Dadurch handelte sich die (west-)deutsche Stahlindustrie zunächst für 20 Jahre das Recht auf den Bezug von jährlich mindestens 2,5 Millionen Tonnen Nimba-Erz ein.“ (Rheinischer Merkur, Köln, 24. 6. 1966).

77 KfW-Jahresbericht, a. a. O., S. 58.

gebunden⁷⁸. Der Nutzen für die westdeutsche Konzerne aus diesem staatlichen „Entwicklungshilfe“-Kredit ist also ein dreifacher: 1. erhalten sie Profit (Zins) auf ihr der KfW zur Verfügung gestelltes Kapital, 2. werden ihre Rohstoffimporte langfristig⁷⁹ gesichert und 3. realisieren sie den Profit, der in den Waren enthalten ist, die sie im Rahmen dieses Kredits liefern.

In größerem Maßstab wurde derselbe Transformationsvorgang bei der sogenannten „Entwicklungshilfe-Anleihe der deutschen Wirtschaft“ in den Jahren 1960/61 praktiziert. Dabei handelte es sich um eine Anleihe von 1179 Millionen DM, die der Bonner Staat bei den Konzernen und Banken⁸⁰ zur Finanzierung des staatlichen „Entwicklungshilfefonds“ aufnahm. Sie wird mit 5 % verzinst und besitzt – bei fünf tilgungsfreien Jahren – eine Laufzeit von 15 Jahren. Die auf diese Weise mobilisierten Mittel erscheinen im „Fonds öffentlicher Mittel für Entwicklungskredite bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau“ unter Kapitel A 6007, Titel 570 als Mittel des Bundeshaushalts⁸¹ und werden selbstverständlich auch als staatlicher Kapitalexport nach Asien und Afrika verbracht.

Mit der Besonderheit, daß das transformierende Organ eine kollektiv-kolonialistische staatsmonopolistische Institution ist, vollzieht sich dieser Prozeß ferner bei den Anleihen, die die westdeutschen (und anderen) Monopole der IBRD, der Weltbank gewähren⁸². Die Mittel treten nach ihrer Weiterleitung im Rahmen der neokolonialistischen Expansion ebenfalls wieder als öffentliche, d. h. staatliche Mittel in Erscheinung, denn bei der Weltbank handelt es sich um eine staatliche Institution.

Diese Erscheinungen charakterisieren in hohem Maße das Wesen und den inneren Mechanismus des staatsmonopolistischen Systems der westdeutschen neokolonialistischen Expansion.

Gewißermaßen einen Grenzfall, eine Verschmelzung ökonomischer und politischer Funktionen der staatlichen Finanzierung der neokolonialistischen Expansion bilden jene Maßnahmen, die der Imperialismus unternimmt, um die Sozialstruktur.

78 *Industriekurier*, Düsseldorf, 16. 1. 1962.

79 Im Hinblick auf die Verträge mit der LAMCO und die Investitionen der Delimco (eines Konsortiums westdeutscher Stahlgesellschaften) in Liberia heißt es in der westdeutschen Presse: „Das ist für die (west-)deutsche Stahlindustrie, die bisher so gut wie keine eigene ausländische Erzbasis gehabt hat, von großer Bedeutung. Sie wird dadurch nämlich vom internationalen Erzmarkt unabhängiger und kann Preisspekulationen eher ausweichen.“ (*Rheinischer Merkur*, Köln, 24. 6. 1966).

80 Mehr als die Hälfte der Summe, 703 Millionen DM, wurden von nur 172 Gesellschaften gezeichnet, Vgl. *Entwicklungsländer*, Baden-Baden, Heft 4/1961, S. 97.

81 Siehe E. Helmstädter, Finanzquellen des deutschen Entwicklungsbeitrags, in: *Entwicklungsländer*, Baden-Baden, Heft 6/1961.

82 So wurden der Weltbank u. a. im Jahre 1959 von den westdeutschen Großbanken 200 Millionen DM 1965 von 70 westdeutschen Banken unter Führung der Deutschen Bank und unter Mitwirkung der Dresdner Bank 250 Millionen DM als Anleihen gegen Obligationen zur Verfügung gestellt. Für die letztgenannte Anleihe gewährte die Weltbank den westdeutschen Finanzkapitalisten bei einer Laufzeit von 20 Jahren 5 1/2 % Zinsen, den höchsten Satz, den sie jemals gezahlt hat (*Handbuch der Entwicklungshilfe*, a. a. O., Teil III A 10/2, S. 12).

insbesondere der afrikanischen Staaten, langfristig zu seinen Gunsten umzugestalten⁸³, ein soziales Gegengewicht gegen jene Kräfte und Schichten in der afrikanischen Gesellschaft zu schaffen, die für eine nationaldemokratische Entwicklung zum Sozialismus eintreten, konterrevolutionären politischen Gruppierungen eine soziale Basis gebend und die afrikanischen und asiatischen Völker auch ideologisch auf ein kapitalistisches Entwicklungsmodell hinzulenken. Sie sind – so paradox das auf den ersten Blick erscheint – eng mit dem staatlichen Kapitalexport verknüpft und stellen eine wichtige Funktion der neokolonialistischen „Entwicklungshilfe“ dar⁸⁴. Hier zeigt sich besonders deutlich, wie eng die Lösung „operativer“ ökonomischer Aufgaben mit der Lösung langfristiger politischer, auf die Systemsicherung zielender Aufgaben im staatsmonopolistischen Mechanismus verwoben ist.

Die bürgerlichen Theoretiker des Neokolonialismus haben nicht selten die „Beürkundung“ geäußert, daß der staatliche Kapitalexport objektiv den staatlichen Sektor der Wirtschaft und die Tendenzen zur Wirtschaftsplanung in den Entwicklungsländern stärkt, die privatkapitalistischen Elemente dagegen einengt⁸⁵. Umgekehrt erblicken sie in der Ausdehnung des privaten Kapitalexports der Monopole die „natürliche“ Möglichkeit, die Sozialstruktur der Entwicklungsländer privatkapitalistisch zu durchdringen, einheimische Kapitalistenklassen zu schaffen bzw. zu stärken und den Kapitalismus fest in diesen Ländern zu verwurzeln⁸⁶. Die westdeutsche Regierung betonte bereits 1961 in einer offiziellen Erklärung: „Von privatwirtschaftlichen Investitionen erwarten wir auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe eine

83 „Die staatliche Entwicklungspolitik und unsere Kredithilfen werden auf die Dauer nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, in diesen Ländern eine wachsende Schicht von privaten Unternehmern heranzubilden, die eines Tages den Staat in seinen Wirtschaftsfunktionen ablösen kann.“ (*Handbuch der Entwicklungshilfe*, a. a. O., Teil II A 30, S. 208).

84 „Bei jeder Entwicklungsförderung sollte die Frage gestellt werden, ob eine Maßnahme das Wachsen einer Schicht von besitzenden Bauern, Handwerkern, Kaufleuten und Unternehmern begünstigt oder dazu beiträgt, die alte Gesellschaftsstruktur aufzulösen und an ihre Stelle ein besitzloses Proletariat und eine Schicht von Funktionären zu setzen.“ (A. v. Haller, *Die Letzten wollen die Ersten sein*, Düsseldorf-Wien, 1964, S. 114).

85 „Schließlich kann sich der staatliche Kapitalexport unter Umständen auch insofern ungünstig auswirken, als er den ohnehin schon starken Tendenzen zu übermäßiger staatlicher Planung in den unterentwickelten Ländern, Vorschub leistet.“ (W. Guth: op. cit., S. 24) Siehe auch: W. Röpke, *Unterentwickelte Länder*, in: *ORDO-Jahrbuch*, Band V, Düsseldorf-München, 1953, S. 68–71.

86 „Generell ist mit jeder Betätigung ausländischer Investoren eine Anregung und Stärkung der binnenwirtschaftlichen unternehmerischen Initiative verbunden. Dies ist umso notwendiger, als in diesen Entwicklungsländern ein Trend zu kollektivistischen und staatsdirigistischen Methoden besteht, dem durch eindringliche privatwirtschaftliche Beispiele entgegengewirkt werden kann.“ (G. Fritz, op. cit., S. 19/20). „Allein die Tatsache vermehrter Auslandsgründungen wirkt nach herrschender Auffassung stimulierend auf die einheimischen Wirtschaftskreise und mobilisiert damit das häufig noch sterile Inlandskapital.“ (H. Giesecke, op. cit., S. 10). „Die Direktinvestitionen der privaten Wirtschaft . . . sind notwendig, damit die Privatinitiative und ihr Nutzen für Volk und Staat allen vor Augen geführt werden.“ (H. Jelden, *Entwicklungshilfe und Privatwirtschaft*, in: *Für Sie gelesen*, Bonn, Nr. 37, S. 10).

besonders große Wirkung“⁸⁷. Im offiziellen „Handbuch der Entwicklungshilfe“ heißt es: „Neben den unmittelbaren volkswirtschaftlichen Vorteilen sind Privatinvestitionen ferner besonders geeignet, die Gründung von Mittel- und Kleinbetrieben zu fördern und so eine Schicht von mittelständischen Unternehmern heranzubilden. Dadurch wird der allmähliche Aufbau einer marktwirtschaftlichen (das heißt kapitalistischen – d. Verf.) Ordnung von unten nach oben gefördert“⁸⁸.

Angesichts der bereits dargestellten Entwicklungstendenzen des neokolonialistischen Kapitaleports versuchen die Imperialisten, diesen sozialen Effekt des privaten Kapitaleports jetzt auch durch die staatliche „Entwicklungshilfe“ zu erreichen⁸⁹. Dabei sind sie sich des „Ersatz“-charakters und der Begrenztheit der an sich systemfremden Mittel durchaus bewußt und versuchen deshalb ständig, sie durch private Investitionen wenigstens zu ergänzen⁹⁰. Nichtsdestoweniger bringt der Versuch, auf staatlichem Wege privatkapitalistische Verhältnisse zu schaffen, einen offensichtlichen Widerspruch des staatsmonopolistischen Kapitalismus zum Ausdruck. Er zeigt die historische Schwäche und Überlebtheit des kapitalistischen Systems, das seine Schranken zwar durch eine verstärkte staatsmonopolistische Entwicklung noch hinauszuschieben vermag, sie aber mit den ihm wesenseigenen Mitteln nicht mehr überspringen kann.

87 Zitiert nach G. Fritz, op. cit., S. 6.

88 *Handbuch der Entwicklungshilfe*, a. a. O., Teil II A, 17, S. 1.

89 Dazu dienen zwei hochspezialisierte Expansionsinstrumente: die sogenannte Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft) und die Finanzierung von Entwicklungsbanken in den jungen Staaten durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau.

90 „Mit staatlichen Geldern allein kann der gewünschte Effekt aber nur zum Teil erreicht werden. Die Haushaltsmittel reichen dafür nicht aus und auch der politisch-soziologische Effekt in den Empfangsstaaten wäre weniger wirkungsvoll als bei breiter privater Beteiligung.“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21. 6. 1966).

E. Modrżinskaja

Die ideologischen Grundlagen des Neokolonialismus

Aus: *Meždunarodnaja žizn*, (Internationales Leben), Moskau 3/1967

Die politische Karte der Welt hat sich entscheidend verändert. Aus der kolonialen und halbkolonialen Abhängigkeit haben sich über 1,5 Milliarden Menschen bzw. 95 Prozent der ehemals unterjochten Staaten befreit. Wenn nach dem ersten Weltkrieg zwei Drittel der Menschheit unter dem kolonialen Joch stöhnte, so sind jetzt nur noch traurige Überreste der ehemaligen Kolonialbereiche übriggeblieben, während Belgien, Italien und Japan ihre Kolonien gänzlich eingebüßt haben. Gegenwärtig befindet sich weniger als ein Prozent der Bevölkerung der Erde in unverhüllter kolonialer Abhängigkeit. Vor unseren Augen erfüllt sich praktisch die Voraussicht *Lenins* darüber, daß „... in den kommenden entscheidenden Schlachten der Weltrevolution die ursprünglich auf die nationale Befreiung gerichtete Bewegung der Mehrheit der Bevölkerung des Erdballs sich gegen den Kapitalismus und Imperialismus kehren wird.“¹

Die tiefgreifenden revolutionären Veränderungen, die sich auf den weiten Gebieten der ehemaligen Kolonialreiche vollzogen haben, sind nicht nur für die Länder und Kontinente, wo der Prozeß der Entkolonialisierung vor sich geht, sondern auch für die gesamte Menschheit von gewaltiger Bedeutung. In unserer Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus stellt der Zusammenbruch des Kolonialsystems einen wichtigen Teil des gesamten Weltrevolutionsprozesses dar. „Der unter dem Druck der nationalen Befreiungsbewegung sich vollziehende Untergang des Systems der kolonialen Sklaverei ist hinsichtlich seiner historischen Bedeutung die zweitwichtigste Erscheinung nächst der Herausbildung des Weltsystems des Sozialismus“².

Die derzeitigen revolutionären Befreiungsbewegungen unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich ihres Ausmaßes, sondern auch ihres Inhaltes grundlegend von ähnlichen Revolutionen der Vergangenheit – es sind nicht mehr Revolutionen der oberen Schicht, sondern Volksrevolutionen. Vor ihnen stehen nicht nur Aufgaben der politischen, sondern auch der wirtschaftlichen und sozialen Befreiung.

1

Der Neokolonialismus ist ein System ökonomischer, politischer und ideologischer Mittel und Methoden des Kampfes der imperialistischen Großmächte und kapitalistischen Monopole um die Aufrechterhaltung und Ausdehnung ihrer Herrschaft in den Ländern, die die politische Unabhängigkeit erlangt haben. Der Neoko-

1 W. I. Lenin, Gesamtausgabe der Werke, Bd. 44, S. 38 russ.; deutsch: Werke, Bd. 32, S. 505.

2 „Programmatische Dokumente des Kampfes für Frieden, Demokratie und Sozialismus“, Gopolitizdat, Moskau 1961, S. 64.

lonialismus ist keine leere Phrase — er ist der Nachfolger des klassischen Kolonialismus.

So ist auch die Ideologie des Neokolonialismus in gewissem Grade die Fortsetzung und Anpassung der Ideologie des Kolonialismus an die neuen Bedingungen der Epoche des Zerfalls des Kolonialsystems. Obwohl auch der Neokolonialismus die früheren Mittel der Unterjochung anwendet und die militärischen Interventionen der Neokolonisatoren sich durch die gleiche Grausamkeit auszeichnen, wie die verfallsbrüchigen Feldzüge der Konquistadoren, sind raffiniertere Methoden der indirekten Kontrolle und Unterjochung zum Hauptinstrument des Neokolonialismus geworden.

Mit der Ausarbeitung von neuen Doktrinen versuchen die Ideologen des Imperialismus, nicht nur die neue imperialistische Politik in den befreiten Ländern propagandistisch zu vernebeln, sondern auch gewisse ideologische Grundlagen (und sogar Rezepte) dieser Politik auszuarbeiten, sie zu einem Instrument der praktischen Tätigkeit zu machen.

Das Endziel der imperialistischen Monopole hat sich nicht geändert, sie sind nach wie vor bestrebt, durch schonungslose Ausbeutung der Völker Asiens und Afrikas Mehrprofite zu erzielen. Aus diesem Grunde möchten sie die politische Unabhängigkeit in eine leere Formalität verkehren, die befreiten Länder im System der kapitalistischen Wirtschaft halten und die Durchführung grundlegender sozialökonomischer Umgestaltungen sowie den Übergang dieser Völker auf den Weg der nichtkapitalistischen Entwicklung behindern.

Die Ideologen des Neokolonialismus haben zwei Versionen in Umlauf gesetzt, die ihrer Meinung nach die Wachsamkeit der Völker einschläfern sollen. Erstens nutzen sie die offenkundige Tatsache, daß zwei Drittel der Länder der ehemaligen kolonialen Peripherie des Imperialismus die Unabhängigkeit erlangt haben, ohne zum bewaffneten Kampf ihre Zuflucht zu nehmen. Darauf gestützt, behaupten sie, die imperialistischen Großmächte hätten selbst, aus eigenem Antrieb, ihre Kolonien die Freiheit gegeben. Sie wollen die Völker dazu bringen, zu vergessen, daß in den Nachkriegsjahren über die Kontinente Asiens und Afrikas eine Woge von Befreiungsrevolutionen hinweggerollt ist, unter deren Druck die Kolonialmächte sich hie und da beeilten, ihren Kolonien die politische Freiheit zu gewähren, um die ökonomischen Hebel der Herrschaft in der Hand zu behalten. Die Ideologen des Neokolonialismus verschweigen in diesem Zusammenhang natürlich die große Hilfe und Unterstützung durch die Sowjetunion und das gesamte sozialistische System, dessen Existenz allein schon revolutionierend auf die Millionenmassen der sich befreienden Kontinente einwirkte und die Pläne der Rückkehr zur Epoche der kolonialen Eroberungen durchkreuzte.

Zweitens wird in den Arbeiten der Verfechter des Neokolonialismus hervorgehoben, der Kolonialismus sei tot. Hierbei trennen sie, wie es bürgerliche Ideologen häufig tun, die Wirtschaft von der Politik, sie betrachten den Kolonialismus lediglich als System der außenpolitischen Unterdrückung (Expansion); da diese beseitigt sei, so sagen sie, ist es auch mit dem Kolonialismus vorbei. Das Wesen des Kolonialismus, d. h. die ökonomische Ausbeutung zu übergehen — das bedeutet den Grund zu legen für neue ideologische Theorien der Herrschaft in den Ländern der ehemaligen kolonialen Peripherie.

Die Ideologie des Neokolonialismus ist berufen, die Methoden zur Festigung der Herrschaft der imperialistischen Monopole unter den neuen Bedingungen zu begründen und auszuarbeiten. Vor allen Dingen soll sie das Verbleiben der Entwicklungsländer im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem rechtfertigen, um die wirtschaftliche Entwicklung aufzuhalten und ihr die gewünschte Richtung zu geben.

In politischer Hinsicht ist die Ideologie des Neokolonialismus vor allem eine Ideologie des Antikommunismus, die die Grundlagen der Demokratie und Einheit der antiimperialistischen Kräfte sowohl im nationalen Rahmen als auch im internationalen Maßstab untergräbt; sie ist die Ideologie des imperialistischen Blocks mit der einheimischen Reaktion; eine Ideologie der Heuchelei, die mit den lauten Phrasen vom Fortschritt, Demokratie und Freiheit die reaktionärsten Ziele tarnt.

Das Umschwenken der Verfechter des Neokolonialismus zeigt sich besonders deutlich in ihrer Einstellung zu den Problemen der politischen Unabhängigkeit der Nationen und zu den jungen Nationen selbst. War vor anderthalb bis zwei Jahrzehnten die dominierende Konzeption des Imperialismus der offene Rassismus, so wurde dieser jetzt durch den Psychorassismus abgelöst. Die Apologeten des Imperialismus, die die Gleichheit der Rassen heuchlerisch anerkennen, behaupten zugleich, daß einige Rassen in Anbetracht der Besonderheiten ihrer psychischen Beschaffenheit des väterlichen Schutzes bedürfen. Neben ihrem Hauptteil — die imperialistischen Staaten als Wohltäter der ehemaligen Kolonialvölker auszugeben — möchten die Psychorassisten indirekt die gesamte Geschichte der Kolonialherrschaft streichen. „Die Selbstverwaltung ist das einzig wahre Ziel des Kolonialsystems“, — behauptet P. Griffiths³.

Noch vor gar nicht langer Zeit wurde die Souveränität — natürlich war hier die Souveränität der Länder Asiens und Afrikas gemeint — als „unmoralisch“ bezeichnet. Die heutigen Ideologen des Imperialismus predigen im wesentlichen das Gleiche, aber in raffinierteren verdeckteren Formen. Sie bezeichnen die Souveränität als „veraltete intellektuelle Konstruktion“. Indem sie das Problem der Nationen absichtlich von der konkreten historischen Wirklichkeit, von der realen Gemeinschaft der Menschen trennen, versuchen sie, dieses Problem als Gebiet des „kollektiven und individuellen Bewußtseins“ auszulegen. Diese nebelhaften Überlegungen werden ganz deutlich, wenn es sich um konkrete Empfehlungen und Schlußfolgerungen handelt.

Die veraltete Idee der nationalen Souveränität, schreibt der amerikanische Professor W. Elliot, bildet die größte Gefahr für die Erhaltung der Ressourcen der „zivilisiertesten Völker . . . Das veraltete, auf der Konzeption der Souveränität beruhende Völkerrecht ist fast eine Fiktion, wenn diese Konzeption auf Staaten angewendet wird, die keine realen Fähigkeiten für die Erhaltung ihrer Ressourcen besitzen.“ Und weiter heißt es noch offener: „Die Länder der NATO müßten eine neue Konzeption des gesetzlichen Eigentums und der Kontrolle über die lebenswichtigen Weltressourcen, wie es beispielsweise das Erdöl ist, entwickeln“⁴.

3 P. Griffiths, *The British impact of India*, London, 1952, S. 356.

4 W. Elliot, *Colonialism, Freedom and Responsibility*, in: „*The idea of colonialism*“, New York 1958, S. 444, 445, 447.

Namentlich die Erdölprofite und das Erdöl als strategische Ware müssen die Strategen der NATO hüten, empfiehlt W. Elliot. Das internationale Erdölkartell, das wie ein riesenhafter Krake die Wirtschaft vieler unabhängiger junger Staaten umschlingt und würgt, pumpt aus ihnen Milliardenprofite heraus. In den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens liegen rund 70 Prozent der erschlossenen Erdölreserven der Welt, das sind über 29 Milliarden Tonnen. Schon vor dreißig Jahren, im Jahre 1937 wurden im Nahen und Mittleren Osten 15,7 Millionen Tonnen gefördert, im Jahre 1946 waren es 34,3 Millionen und im Jahre 1966 468,3 Millionen Tonnen Erdöl. Nach ganz vorsichtigen Schätzungen, und wenn die Selbstkosten für die Förderung einer Tonne Erdöl weniger als einen Dollar betragen, erhalten die Monopole mindestens 5–6 Dollar Reingewinn⁵. Wenn folglich die Erdölmonopole im Vorkriegsjahr 1937 mehr als 100 Millionen Dollar Reingewinn erzielten, so nähert sich die Summe ihrer Profite im Jahre 1966 der Dreimilliardengrenze. Nach einer solchen Schätzung begreift man den Sinn des Geredes über die Überholtheit der Souveränität.

Mehr noch, viele Ideologen des Neokolonialismus (M. Adler, W. Friedmann, N. Angell und andere) greifen die Souveränität im rein politischen Sinne an. Sie entstellen den Begriff der Souveränität, identifizieren sie mit Anarchie und Stärke und erklären sie zur ursprünglichen Quelle der Entstehung von Kriegen. Die Haltlosigkeit solcher Konzeptionen liegt klar auf der Hand; Kriege wurden auf dem Erdball lange vor Entstehung der Nationen geführt, ihre Quelle aber sind die räuberischen Interessen der Ausbeuterklassen. Souveränität mit Stärke zu identifizieren, bedeutet die Stärke als selbständigen Faktor der internationalen Beziehungen zu betrachten, was durch den gesamten Verlauf der historischen Entwicklung widerlegt wird.

Anstelle der nationalen Souveränität empfehlen sie, eine übernationale Gesellschaft, regionale Verbände und letzten Endes eine Weltregierung zu bilden. Denn, so behaupten sie, die gigantische Entwicklung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die gegenwärtig in der Welt vor sich gehende wissenschaftlich-technische Revolution, schaffen nicht nur die Voraussetzungen, sondern bedingen sogar die Unvermeidlichkeit der Schaffung einer kosmopolitischen „Weltförderer“. Begreiflicherweise verschweigen die Ideologen des Imperialismus hierbei den ausbeuterischen Charakter der internationalen Beziehungen des monopolistischen Kapitals und die offenkundige Tatsache, daß die Früchte der wissenschaftlich-technischen Revolution bisher hauptsächlich von den Monopolgiganten geerntet wurden; in der Zwischenzeit hat sich der Abstand im Entwicklungsniveau der jungen Staaten und der imperialistischen Großmächte noch mehr vergrößert.

Die Apologeten des Imperialismus, die sich gegen das Prinzip der Souveränität wenden, greifen in erster Linie das Recht der Völker an, die Form der Regierung frei zu wählen, das Recht, die Wege der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklung zu bestimmen, Rechte, deren Verwirklichung erst in der heutigen

⁵ Nach den Angaben der „Chase Manhattan Banc“ betrugen die durchschnittlichen Selbstkosten für die Gewinnung von einem Faß Erdöl in der Zeit von 1950–1963: im Nahen Osten – 0,14 Dollar, in Venezuela – 0,41 und in den USA – 1,65 Dollar. Vgl. Lihayr Miksashi, *A Financial Analysis of Middle Eastern Oil Concessions, 1901–1965*, New York, 1966, S. 168.

Epoche – der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus – in vollem Maße möglich geworden ist.

2

Der Neokolonialismus stellte raffiniertere und verdecktere Methoden der Ausplünderung und Unterjochung in den Dienst seiner Expansionsziele. Gleichzeitig jedoch ist die Menschheit Zeuge einer weitgehenden militärischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der jungen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, der direkten Intervention, was am Beispiel Vietnams, der Dominikanischen Republik, des Kongos und einer Reihe anderer Staaten deutlich wird. Der Export der Konterrevolution ist nach wie vor Bestandteil, Instrument des derzeitigen Imperialismus.

Zur Begründung dieser Politik bedient man sich der neofaschistischen Theorie, wonach den „kommunistischen Verschwörungen“ entgegengewirkt werden müsse. Hierbei wird jeder als „Kommunist“ und „Verschwörer“ bezeichnet, der für nationale Unabhängigkeit, gegen das Diktat der imperialistischen Monopole, gegen die Einbeziehung der jungen Staaten in die imperialistischen Militärblöcke und Verbände ankämpft. Als Kampf gegen die „Umtriebe der Kommunisten“ bezeichneten die Ideologen des Neokolonialismus beispielsweise die amerikanische Intervention in der Dominikanischen Republik. Ende des Jahres 1965 wurde die Doktrin der Einmischung legalisiert: Das Repräsentantenhaus der USA nahm im September 1965 eine spezielle Resolution an, in der das Recht verkündet wurde, in jedes beliebige lateinamerikanische Land unter dem Vorwand der Bekämpfung des Kommunismus einzudringen.

Gleichzeitig wird in den USA eine Massenausbildung von Streitkräften zur Bekämpfung von Partisanen durchgeführt. Diese Spezialtruppen sind, nach Eingeständnissen der amerikanischen Presse, bereits in fünfzig Ländern der Welt in Aktion, darunter im Kongo, in Thailand und in einer Reihe anderer Länder. Die amerikanische Presse berichtete, die Aufgabe dieser Truppen sei es, „den Partisanen die Unterstützung durch das Volk zu nehmen . . . Dann werden sie umkommen, wie ein Fisch ohne Wasser“. Eine offensichtlich unerfüllbare Aufgabe, denn die Partisanen sind das Volk.

Als eine gegen die Partisanen gerichtete Aktion haben die amerikanischen Imperialisten auch den Krieg in Vietnam angefangen. Die Generale des Pentagon haben zur Zeit über eine Million Soldaten, mehrere tausend Flugzeuge und eine gewaltige Menge Kriegstechnik unter ihren Oberbefehl konzentriert. Das vietnamesische Abenteuer wird von der 7. Flotte der amerikanischen Kriegsmarine und durch das Netz der zahlreichen Militärstützpunkte in Thailand, auf Guam und den Philippinen sowie in Japan unterstützt. Trotzdem gelingt es den Interventen nicht, „den Partisanen die Unterstützung durch das Volk zu nehmen“. So wird unter dem Vorwand, den „Export der Revolution“ zu bekämpfen, der Export der Konterrevolution verwirklicht und das in den grausamsten, barbarischen Formen.

Die Ideologie des Neokolonialismus ist nicht nur eine Ideologie des Antikommunismus, sondern auch des Kampfes gegen die sozialökonomischen Umgestaltungen, die von den Völkern in der allgemeindemokratischen Etappe der Befreiungsrevolutionen

sofort nach der Erringung der politischen Unabhängigkeit begonnen wurden. Hierbei betrachten die Neokolonisatoren den Kampf gegen die Ideen des Kommunismus und gegen die grundlegenden sozialökonomischen Umgestaltungen als einheitliches Ganzes. Und das ist kein Zufall. Sie sind sich darüber klar, daß die Voraussetzung für den Erfolg dieser Umgestaltungen die Schaffung einer geschlossenen nationalen Front, die antiimperialistische Einheit des Volkes ist. Die antikommunistische Propaganda soll diese Front und diese Einheit von innen heraus sprengen. Die Spaltung der antiimperialistischen Einheit der Völker und die Loslösung der jungen Staaten von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten sind zwei Seiten der einheitlichen Taktik der Neokolonisatoren. Denn Freundschaft mit den Ländern des Sozialismus, die uneigennützige Hilfe der sozialistischen Staaten sind ein entscheidender Faktor der Aufrechterhaltung der wahren Unabhängigkeit der jungen Staaten.

„Unsere psychologische Offensive muß den Konflikt zwischen Kommunismus und Nationalismus betonen“, erklären die führenden amerikanischen Ideologen des Neokolonialismus⁶. Man muß das Volk davon überzeugen, pflichtet ihnen F. Low, der ehemalige Redakteur der Zeitung „Times of India“ bei, – „daß ihr Feind der Kommunismus und nicht der Kolonialismus ist . . ., daß der wirkliche Inhalt des Kampfes nicht in dem Kampf des asiatischen Nationalismus gegen den Westen, sondern im Kampf des asiatischen Nationalismus gegen den Kommunismus besteht“⁷.

In diesen Behauptungen ist unschwer das Bestreben zu erkennen, weitgehend den Nationalismus auszunutzen. Der bedeutende amerikanische Historiker und Soziologe G. Cohn bezeichnete unsere Epoche sogar als das „Jahrhundert des Nationalismus“.

Theoretisch gründen sich solche „wissenschaftlichen“ Untersuchungen auf die völlige Loslösung der derzeitigen Befreiungsbewegungen von dem weltweiten revolutionären Prozeß, auf der Ignorierung des Klasseninhaltes dieser Bewegungen. Diese Revolutionen indes gehen vom ganzen Volk aus und nicht nur von den oberen Schichten; in ihrem Verlauf werden nicht nur Aufgaben der politischen, sondern auch der ökonomischen und sozialen Befreiung der Völker gestellt. Unter den Bedingungen der breiten Entfaltung dieser Bewegung und des Vorhandenseins des sozialistischen Weltsystems wird die Verwirklichung dieser Aufgaben der Befreiungsrevolutionen zu einer realen Möglichkeit.

Vor allen Dingen ist die Nation keine abstrakte Kategorie, die Nation kann nicht ohne Klassen existieren und die Arbeiterklasse ist ihr unabtrennbarer Teil. Deshalb halten auch die Versuche, den Nationalismus als eine außerhalb der Klassen stehende Kategorie darzustellen, keiner Kritik stand. Was die Arbeiterklasse und ihre Parteien angeht, so beruht ihre Ideologie der nationalen Frage nicht auf den Ideen der nationalen Isoliertheit, nicht auf der Propaganda des nationalen Joches, der nationalen Feindschaft und nationalen Versklavung, sondern der Befreiung, der Gleichberechtigung und des Aufblühens der Nationen, der nationalen und internationalen Einheit.

6 R. Strauß – Hupé, W. Kintner, S. Possony, *A Forward Strategy for America*, New York, 1965, S. 275.

7 E. F. Low, *Struggle for Asia*. London, S. 132, 159.

Die Ideen des Kommunismus zur Nation in Gegensatz zu stellen, bedeutet daher eine gröbliche Verdrehung der historischen Fakten und der gegenwärtigen Wirklichkeit⁸.

In ihrem Bestreben, die jungen Staaten daran zu hindern, den nichtkapitalistischen Weg der Entwicklung zu beschreiten, richten sich die Ideologen des Imperialismus nicht nur gegen die sich festigenden Beziehungen der jungen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas mit den Staaten des sozialistischen Lagers, sondern auch gegen die Ideen des Sozialismus, die in diesen Ländern so weite Verbreitung gefunden haben.

Die Unterstützung, die sie einer Reihe von Theorien des nationalen Sozialismus in den Ländern Asiens und Afrikas gewähren, richtet sich gegen die Verbreitung der Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus. Die Neokolonisatoren sind nur bereit, die Ideen des Pseudosozialismus zu dulden, die heute an die Theorien des sogenannten „demokratischen Sozialismus“ anknüpfen, in dem, außer dem sozialistischen Aushängeschild, nichts vom Sozialismus vorhanden ist.

3

Wie oben bereits ausgeführt wurde, trennen die Ideologen des Imperialismus die ökonomische Unterdrückung von der außenpolitischen Expansion. Sie behaupten zwar auf dieser Grundlage, daß der „Kolonialismus tot sei“, versuchen aber trotzdem, die Notwendigkeit neuer, besser getarnter Formen der wirtschaftlichen Ausbeutung der Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas theoretisch zu begründen. Sie sind von der Apologie der imperialistischen (auf der Ausbeutung beruhenden) internationalen Arbeitsteilung dazu übergegangen, die Wirtschaftshilfe des Westens, die Reize und Vorteile, die gemischte Gesellschaften bieten können, heuchlerisch zu propagieren, Rezepte und Modelle zu empfehlen, die angeblich einen Aufschwung herbeiführen können.

Die „beständigste“ Schule der bürgerlichen Ideologie ist die sogenannte Schule der Funktionalisten, deren Begründer D. Mitrany seine Absichten bereits im Jahr 1933 darzulegen begann⁹. In einer der letzten, und vielleicht vollständigsten Arbeiten der Funktionalisten – in dem Buch von James F. Sewell, „*Der Funktionalismus und die Weltpolitik*“ – wird eine Konzeption dargelegt über die weitgehende Ausnutzung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, darunter im Rahmen der UN und ihrer spezialisierten Organe, mit dem Ziel, die Wirtschaft der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas mit der Wirtschaft der Imperialismus zu integrieren¹⁰. Die Menschheit, behauptet der Verfasser, befindet sich „in einer Übergangsperiode zwischen dem institutionellen System der internationalen Existenz und dem konstitutionellen System der internationalen Zusammenarbeit“.

Es geht nicht nur darum, die Wirtschaft dieser Länder enger an den Imperialismus zu binden und sie als Quelle von Mehrprofiten zu bewahren, sondern auch

8 Näheres siehe M. Dshunusow, Zwei Ideologien und zweierlei Politik in der nationalen Frage, in: „Internationales Leben“, 1966, Nr. 10, S. 55–67.

9 Vgl. D. Mitrany, *The Road to Security*, London, 1944.

10 Vgl. J. P. Sewell, *Functionalism and World Politics*, Princeton, New Jersey, 1966.

darum, enge Geschäftsbeziehungen mit den reaktionärsten Schichten der Gesellschaft der jungen Staaten aufzunehmen. Die Appelle *F. Larkens*, des Leiters der Gruppe für wirtschaftliche Forschungen der EWG, die sich auf die „systematische Heranziehung der örtlichen Elite zur Verwaltung der neuen Betriebe sowie die Heranziehung des örtlichen Kapitals“ beziehen, sollen nicht nur das Auslandskapital vor der Nationalisierung schützen, sondern auch ideologisch Gleichgesinnte in diesen Ländern schaffen.

Bis vor kurzem galt Nigeria als Schaufenster der westlichen Hilfe und des Privatunternehmertums in Afrika. Namentlich hier wurden die Muster für die Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten mit den afrikanischen Staaten ausgearbeitet. Einer der Analytiker dieser Zusammenarbeit war *Robert Fleming*, der in Nigeria nach dem Programm des Rockefeller-Fonds arbeitete. „*Er (Fleming)*“, – so lesen wir in einer kollektiven Arbeit der Tucker-Universität der USA – „ist ein echter Missionar des privaten Unternehmertums. Seit zwei Jahren untersucht er die Entwicklungsbedingungen des Privatunternehmertums und stellt fest, welche Betriebe gewinnbringend seien und die örtlichen Finanzen mit der Auslandshilfe vereinigen könnten. Er plädiert zugunsten der Vereinigung des Eigentums und der Verwaltung, indem er davon ausgeht, daß sich die Leitung der Verwaltung in den Händen der Nigerianer befinden wird“¹¹.

Diese theoretischen Untersuchungen der Ideologen des Imperialismus, die zudem von den Monopolen finanziert werden, sollen deren praktische Tätigkeit unterstützen. Die amerikanischen Kapitalinvestitionen im Ausland betragen fast 100 Milliarden Dollar, sie sind im Vergleich zur Vorkriegszeit um ungefähr das neunfache angewachsen. Fast die Hälfte dieser Summe besteht aus amerikanischen Privatinvestitionen. Mehr als 100 Milliarden Dollar betragen die privaten und staatlichen Kredite, die nach dem sogenannten Hilfeprogramm gewährt wurden. Ein großer Teil dieser Summe – die staatlichen Kredite und die staatliche Hilfe – lastet naturgemäß auf den Schultern der amerikanischen Steuerzahler. Der Zweck dieser Hilfe besteht letztlich darin, für die imperialistischen Monopole günstige Voraussetzungen auf den Kontinenten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu schaffen. Die Monopole versuchen offensichtlich, gestützt auf die Empfehlungen der Ideologen, ihre Investitionen in den jungen Staaten mit einem nationalen Aushängeschild zu tarnen.

Unmittelbar auf die relativ zahlreichen theoretischen Forschungen der bürgerlichen Ideologen – auf die Theorien der „relativen Produktionskosten“, verschiedener „infrastrukturellen Konzeptionen“, des „circulus vitiosus der Armut“ usw. – folgte die Theorie der „Wachstumsstadien“ des bekannten amerikanischen Ökonomen und Politikers *W. Rostow*. Ohne die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung der jungen Staaten von der Hand zu weisen, empfiehlt *Rostow* praktisch, nur die Landwirtschaft und die Kleinindustrie bei freier Zulassung ausländischen Kapitals zu entwickeln. Er gibt zwar zu, daß die Einmischung des Staates in die Wirtschaft wichtig ist, beschränkt diese Einmischung aber auf die Sphäre der Infrastruktur, was die Tätigkeit des Privatkapitals erleichtern soll.

¹¹ „*The Nigerian Political Scene*“, Durham, London, 1962 S. 245.

Interessant sind die zahlreichen Doktrinen der Wirtschaftshilfe der USA für die Länder der „dritten Welt“, die von den ersten Tagen an in engem Kontakt mit den konkreten außenpolitischen Schritten der USA ausgearbeitet wurden. Sie laufen alle auf dasselbe hinaus: die wirtschaftliche, militärische und technische Hilfe sind ein wichtiges Instrument der nationalen Politik der USA. Diese Doktrinen unterscheiden sich voneinander nur hinsichtlich der verschiedenen Methoden der Kreditgewährung, des Grades und der Zeit, in der sie als Druckmittel benutzt werden, um sofortige oder spätere politische Vorzüge in den Ländern zu erhalten, denen diese Hilfe gewährt wird.

Die wichtigste Aufgabe der Entwicklungsländer ist die Überwindung der Rückständigkeit, die Beseitigung des kolonialen Erbes, die Verminderung und Aufhebung des gewaltigen Unterschiedes im Entwicklungsstand der Produktivkräfte und hinsichtlich der Pro-Kopf-Einkünfte der Bevölkerung, der zwischen den hochentwickelten Industriemächten und den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas besteht. Die bürgerlichen Ideologen versuchen, diese gerechtfertigten Bestrebungen auszunutzen, um den Völkern den kapitalistischen Weg der Entwicklung aufzudrängen. Zu diesem Zweck wurde die ultramoderne Theorie der „Modernisierung“ in Umlauf gesetzt, deren Zusammenhang mit der Konzeption der „wirtschaftlichen Wachstumsstadien“ *Walt Rostows* keinem Zweifel unterliegt: die gleiche geflissentliche Abstraktheit und unsoziale Auslegung der technisch-ökonomischen Probleme, die das grundlegende soziologische Problem – die Frage nach den Produktionsverhältnissen und dem Charakter des Eigentums – ignoriert.

Von großem Interesse ist in dieser Hinsicht der Bericht des amerikanischen Soziologen *Reinhard Bendix* auf dem VI. Internationalen Soziologen-Kongreß in Evian (*Towards a definition of modernisation*). Den Prozeß der Modernisierung identifiziert der Verfasser im wesentlichen mit dem Entwicklungsprozeß des Kapitalismus. Er empfiehlt die technisch-ökonomische Rückständigkeit durch Nachahmung der Entwicklung in den Ländern des kapitalistischen Westens zu überwinden. Gleichzeitig versucht *R. Bendix* Zweifel an der Effektivität des Staates zu erwecken, der unter bestimmten Bedingungen zur materiellen Grundlage für den Zusammenschluß der antiimperialistischen, antikapitalistischen Kräfte werden kann und fähig ist, wichtige ökonomische Funktionen zu übernehmen. Für den schlimmsten Fall empfiehlt *R. Bendix*, diesen Staat zum Teilhaber des privatkapitalistischen Unternehmertums zu machen.

Mit noch größerer Offenherzigkeit sprach darüber der Direktor des Ölmonopols „Standard Oil Company“ *David Shepard* während seines Vortrages in der Columbia-Universität¹². *David Shepard* unterstrich, daß das Streben nach einem besseren Leben, nach materiellem Wohlstand in den unterentwickelten Ländern einen guten Boden für die Entwicklung des Privatunternehmens abgibt und zog hierbei gegen jene Faktoren zu Felde, die seiner Ansicht nach das Haupthindernis für die Entwicklung des Kapitalismus in diesen Ländern darstellen; das ist der „statism“ und

¹² David A. Shepard, The Problem of Progress, in: *Vital speeches of the day*, Nr. 6, 1966, S. 179.

die auslandsfeindlichen (lies antiimperialistischen) Tendenzen. „Das ist es, was dem big business die größten Kopfschmerzen bereitet“, sagte er.

Folglich empfehlen die Ideologen des Imperialismus, die jungen Staaten auf einen solchen Weg der Modernisierung zu bringen, der mit echter nationaler Unabhängigkeit nichts gemein hat. „Die Gewinnung der Schlacht auf dem Gebiet der Modernisierung in den Entwicklungsländern“, – erklärte Professor L. Blumenfeld – ist eine lebenswichtige Aufgabe der USA. Hier findet die Frage nach dem Sieg über den Kommunismus eine klare und konkrete Verkörperung. Unsere derzeitigen Kapitalinvestitionen in diesen Ländern sind ein hohes Spiel, wobei unsere finanziellen Interessen nur einen seiner Aspekte darstellen“¹³.

4

Noch bevor die Unabhängigkeit – unter dem Druck der Massen – den Ländern Asiens und Afrikas gewährt wurde, begannen die imperialistischen Großmächte sich sehr darum zu bemühen, die nationale Elite in diesen Staaten zu formieren und sich „willfährig“ zu machen. Die soziale und politische Stütze der Kolonisatoren in den ehemaligen Kolonien waren lange Zeit hindurch die Stammeshäuptlinge, die Feudalherren, die einheimische Bourgeoisie (dort, wo sich eine solche formiert hatte), und die subalternen Beamten des kolonialen Verwaltungsapparates. Nach Erlangung der Unabhängigkeit erfolgten einige Veränderungen und eine Umgruppierung der Kräfte, die auf das Auslandskapital, auf die „ehemaligen“ Herren orientiert waren. Besonders große Hoffnungen setzen die Imperialisten hierbei auf die sogenannte bürokratische Bourgeoisie und die Intelligenz – auf die „neue Elite“ in den Ländern Asiens und Afrikas.

In Anbetracht der geringen klassenmäßigen Differenzierung und in erster Linie der Schwäche der nationalen Bourgeoisie beilegen sich die Ideologen des Imperialismus, die historische Gesetzmäßigkeit der Einheit ihrer Ziele mit der aufkommenden nationalen Intelligenz zu begründen und zu beweisen, daß das bürokratische Kapital die Basis für eine Erweiterung des Handels- und Industriekapitals ist.

Die Quelle für die Bildung des bürokratischen Kapitals sind die ungewöhnlich hohen Gehälter der Staatsfunktionäre und Parlamentarier, der höheren Beamten und technischen Spezialisten in den jungen Staaten. Auf der einen Seite blieben die hohen Gehälter aus der Zeit des kolonialen Verwaltungsapparates und auf der anderen Seite die äußerst geringe Schicht gebildeter Menschen in diesen Ländern bestehen. In Kamerun beispielsweise erhält ein Parlamentsabgeordneter monatlich 185 000 Franc, während das jährlich durchschnittlich pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung 25 000 Franc ausmacht. In Nigeria beträgt das übliche Einkommen eines hochgestellten Beamten 5 bis 6 000 Pfund Sterling im Jahr, während der Jahresverdienst der Arbeiter und untergeordneten Angestellten 80–90 Pfund St. nicht übersteigt. Die als Erbe der kolonialen Zeit überkommene Korruption ergänzt das Bild der materiellen und sozialen Kluft, die zwischen der herrschenden Elite und den breiten Schichten der Bevölkerung besteht.

13 „American Defense Policy“, Baltimore, 1965, S. 18.

Gezielt auf namentlich diese Kreise wurde die Theorie der ideellen, kulturellen und geistigen Verwandtschaft der gebildeten Kreise der afrikanischen und asiatischen Gesellschaft mit dem Westen in Umlauf gesetzt. Die Mehrzahl der Vertreter der älteren Generation dieser Elite genoß ihre Ausbildung in der Tat an den Universitäten von London, Paris, Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten. Für diese Kreise bestimmt sind die Theorien der „Synthese“, der „Zusammenarbeit“ und der „gegenseitigen Befruchtung“ der Kulturen sowie auch der ideologischen Vereinigung des Westens und Ostens auf der Grundlage des Fideismus. Die bürgerlichen Theoretiker behaupten hierbei, daß jeder afrikanische oder asiatische Vertreter der Intelligenz eher einen Repräsentanten des Westens als einen Bauern oder Arbeiter seines eigenen Landes verstehen würde. Zugleich versucht man mit Hilfe eines mächtigen Propagandaapparates der afrikanischen und asiatischen Intelligenz das „süße Leben“ schmackhaft zu machen. Die Propagandisten versuchen schließlich der afrikanischen und asiatischen Elite die Überzeugung einzuflößen, daß sie für ihre gehobene Stellung (für das Wissen, die erstmalige Zuweisung der Posten usw.) dem Westen verpflichtet ist.

Der bekannte amerikanische Ideologe, der sich mit den Problemen der Beziehungen mit den Ländern der „dritten Welt“ befaßt, der Professor für internationale Politik der Universität in Georgetown, USA, S. Possony, schrieb über die neue „herrschende Klasse“ folgendes: „Der richtige Kurs für den Westen besteht nicht im Zurückweichen und nicht im Weggehen, sondern in der Ausarbeitung annehmbarer Lösungen, um bleiben zu können; nicht in der Verminderung, sondern in der Erweiterung der Zusammenarbeit; nicht in einer Politik, die auf eine politische Trennung hinausläuft, sondern in einer Politik, deren Ziel die Schaffung einer stärkeren Einheit ist“¹⁴.

Die imperialistischen Ideologen rechnen damit, nach der Erringung der politischen Unabhängigkeit durch die jungen Staaten, deren nationale Isolierung, die Polarisierung, die Streitigkeiten und Zwistigkeiten in den Parteien und der gesamten Gesellschaft weitgehend auszunutzen. Hierbei machen sie in eigennütziger Absicht sogar von einigen Merkmalen des Nationalismus der unterdrückten Nationen, genauer der ausbeutenden Schichten dieser Nationen, Gebrauch. Sie rechnen hierbei damit, daß die Klassen- und materiellen Interessen der herrschenden Kreise letztlich die Oberhand über die Ideen der nationalen Souveränität gewinnen werden. „Die einzig effektive Taktik der weißen Liberalen“ – so heißt es in dem Organ des Königlichen Instituts für internationale Beziehungen – „muß in der Übergangszeit zwischen der europäischen und afrikanischen Verwaltung das Bündnis mit den Kräften des Nationalismus sein, mit denen sie sympathisieren“¹⁵. Mit den Kräften des Nationalismus meinen die Autoren natürlich in erster Linie die auf den Westen orientierte Intelligenz, die nationale Bourgeoisie, die Feudalherren und die Stammeshäuptlinge.

Ein gewisser Teil der einheimischen Intelligenz, besonders aus dem Landadel und dem verbürgerlichten und korrumpierten Beamtentum, ist in der Tat eine Reserve, aus der der Imperialismus eine ihm ergebene Agentur aufbauen kann. Unter den

14 S. T. Possony, Colonial problems in perspective, in: „The idea of colonialism“, S. 43.

15 „The World Today“, January 1963, S. 4.

Schichten der asiatischen und afrikanischen Intelligenz haben sich jedoch in den letzten Jahren erhebliche Verschiebungen, eine sowohl hinsichtlich der Entstehung als auch hinsichtlich der politischen Anschauungen tiefgreifende Demokratisierung ergeben. Die Einbeziehung in den aktiven antiimperialistischen Kampf, der Einfluß des Sozialismus, die Bewußtseinsänderung der Menschen unter der Einwirkung der gewaltigen Erfolge beim Aufbau einer völlig neuen Gesellschaft in der Sowjetunion und in den anderen sozialistischen Ländern — all das verstärkt die revolutionären und die Befreiungstendenzen der breiten Schichten der Intelligenz der jungen Staaten.

Ausgehend von den historischen Erfahrungen des amerikanischen Volkes im Kampf für die Unabhängigkeit, behaupten die Ideologen des Neokolonialismus, daß gerade in den USA die wahre Demokratie in der Praxis verwirklicht wurde, daß namentlich die USA in dieser Hinsicht den jungen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas als Vorbild dienen können. Die demokratischen Prinzipien, für die das amerikanische Volk seinerzeit gekämpft hat, werden jetzt nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch auf den weiten Kontinenten, die eben erst die Unabhängigkeit erlangt haben, mit Füßen getreten.

Die Verherrlichung der Demokratie und gleichzeitige Ausrufung des Kampfes gegen Bürgerkriege, gegen die „innere Aggression“ ist wissenschaftlich gesehen, eine reine Sophistik und in der Praxis eine Demagogie, die den Kampf gegen Demokratie und Fortschritt verschleiern soll.

Die Ideologie des Neokolonialismus ist nur eine verfeinerte Form der Rechtfertigung von Raub und Gewalt unter den neuen Bedingungen. Der Imperialismus und seine Apologeten können die völlige Befreiung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas aufhalten, aber nicht verhindern. Die Zusammenbruch des Kolonialsystems des Imperialismus ist zu einer Realität geworden. Sein Zerfall wird zu einem wichtigen Glied des Weltrevolutionsprozesses. Ungeachtet der zeitweiligen Abweichungen, der Zickzackwege und Schwierigkeiten sammelt die Befreiungsbewegung der Völker neue Kräfte.

Die Menschheit ist Zeuge des unveränderlichen Charakters der bestimmenden Haupttendenzen dieser Bewegung: der bisher nicht gekannten Aktivität der Volksmassen, der Konsolidierung der nationalen Kräfte und der ständig wachsenden Rolle der (zahlenmäßig relativ schwachen) Arbeiterklasse, der Diskreditierung des Kapitalismus als des alternativen Entwicklungsweges und der wachsenden Popularität der Ideen der sozialistischen Neuordnung der Gesellschaft, der erstarkenden Einheit der jungen unabhängigen Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten und den revolutionären Kräften der Gegenwart.

M. Lawritschenko

Wer ist für die ökonomische Rückständigkeit der „dritten Welt“ verantwortlich?

Aus: *Meždunarodnaja žizn* (Internationales Leben), Moskau, 8/1968

In einer Rede am 1. Mai 1968 in Philadelphia zum Thema „Der Aufbau einer gerechten Weltordnung“ erklärte der Milliardär Nelson Rockefeller, Gouverneur des Staates New York: „Was die in industrieller Hinsicht unterentwickelten Länder betrifft, so haben wir in den letzten Jahren immer mehr feststellen können, daß nicht die Unterteilung in Ost und West, sondern die Unterteilung in Nord und Süd, in Arme und Reiche, die wirklich tiefgreifende Unterteilung unserer Erde darstellt“¹. Diese Behauptung Nelson Rockefellers ist nicht gerade neu. Die von den bürgerlichen Ideologen ausgearbeitete Konzeption der Unterteilung der Länder (unabhängig von ihren Gesellschaftssystemen) in „arme“ und „reiche“ hat schon weite Verbreitung gefunden.

Die Feststellung der unbestrittenen Tatsache von der Armut der einen und dem Reichtum der anderen Länder erklärt an sich noch wenig. Ja, möglicherweise soll sie auch gar nicht Licht auf andere ebenso unbestrittene Wahrheiten werfen, sondern sie verdunkeln. Diese Konzeption dient vor allem als Ausgangspunkt für die Leugnung des grundsätzlichen Unterschiedes im Verhältnis der sozialistischen Staaten und der ehemaligen Kolonialmächte zur „dritten Welt“. Sie ist ferner dazu berufen, die Interessen der sozialistischen und der Entwicklungsländer einander künstlich entgegenzustellen und letzten Endes die Aufmerksamkeit der letzteren von der fortwährenden Ausbeutung ihrer Menschen und Naturschätze durch die imperialistischen Monopole abzulenken sowie eine Festigung des Bündnisses zwischen den Kräften des Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegung zu verhindern.

Eine so entstellte Behandlung des Problems macht ernsthafte Erläuterungen notwendig. Die eingehende Beschäftigung mit den Grundlagen der irrigen Theorie von der Teilung der Welt in „Arme“, und „Reiche“ ist jetzt um so wichtiger, als sie in einzelnen Ländern der „dritten Welt“ schon weit verbreitet ist. Von der Bestimmung der wahren Ursachen und der Schuldigen an der Rückständigkeit der „dritten Welt“ hängt zudem auch die Beantwortung der Frage ab, zu wessen Lasten diese Rückständigkeit überwunden werden muß.

Das verhängnisvolle Erbe des Kolonialismus

Nachdem die Kolonialherren einst mit Feuer und Schwert drei große Kontinente unterworfen hatten, machten sie diese zu ihren Agrarrohstofflieferanten. Die Zerstörung der Produktivkräfte auf diesen Kontinenten erreichte phantasti-

¹ Nelson Rockefeller, *The Building of the Just World Order*, Press Release, Philadelphia, Pennsylvania, May 1, 1968.

sche Ausmaße. Die durchschnittliche Lebenserwartung in den Kolonien sank auf 26 bis 28 Jahre. Zwei bis drei Generationen der Insassen der Kolonialzuchthäuser sicherten den Wohlstand von nur einer Generation britischer, französischer, amerikanischer, belgischer, holländischer und sonstiger Kolonialherren. „In dem halben Jahrhundert der belgischen Kolonialherrschaft im Kongo wurde die Bevölkerung durch Strafexpeditionen, Hunger und Krankheit um mehr als die Hälfte dezimiert“².

Durch die Raubwirtschaft der Imperialisten entstand eine ungeheure Differenz zwischen dem Produktionsstand in den kapitalistischen Industriestaaten und in den Entwicklungsländern der „dritten Welt“. Dies ist klar zu ersehen aus der Kennziffer des Nationaleinkommens je Kopf der Bevölkerung im Jahresdurchschnitt, das in den entwickelten kapitalistischen Staaten um etwa das 15fache höher ist als in jenen Ländern. In der „dritten Welt“ bildet sich eine echte Nahrungsmittelkrise heraus, die sich weiter verstärkt und auf die Zerstörung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft sowie auf ihre unwahrscheinliche technische Rückständigkeit zurückzuführen ist.

Unter den entwickelten kapitalistischen Ländern ist es dabei schwer, ein Land zu finden, das sich hinsichtlich seiner Naturreichtümer mit den Ländern der „dritten Welt“ vergleichen könnte. Auf den afrikanischen Kontinent entfallen beispielsweise 90 Prozent der in der kapitalistischen Welt geförderten Diamanten und 81 Prozent Kobalt; ferner Platin – 62 Prozent, Gold – 70, Magnesium und Chrom – etwa 50, Mangan – 36, Kupfer – 27 Prozent sowie bei Antimon und Phosphate – ein Drittel der Weltproduktion. Afrika spielt auch in der Erzeugung von pflanzlichen Rohstoffen und Lebensmitteln eine wichtige Rolle. Auf Afrika entfallen zwei Drittel der Erzeugung von Palmenöl, Sisal, Kakao usw. der kapitalistischen Ländern. Die gewaltigen potentiellen Reserven an Wasserkraft übersteigen ganz beträchtlich die Ressourcen jedes anderen Kontinents³. Über unermeßliche Reichtümer verfügen auch die Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas.

Die Notlage der afrikanischen wie auch der asiatischen und lateinamerikanischen Länder ist dadurch zu erklären, daß die westlichen Monopole viele Jahre lang Rohstoffe zu Schleuderpreisen ausführten und die Völker der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas im Elend zurückließen. Man muß sich der in der Konferenz der Minister von 77 Entwicklungsländern in Algier (Oktober 1967) geäußerten Meinung anschließen, daß die Hauptursache der ökonomischen Rückständigkeit der Entwicklungsländer der langjährige Raubbau an ihren Reichtümern durch die Kolonialherren ist⁴.

Die gewaltigen Unterschiede im ökonomischen Entwicklungsniveau der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas einerseits und den entwickelten kapitalistischen Staaten andererseits vergrößern sich immer mehr. Der Anteil der afro-asiatischen und

² Vgl. die Deklaration „Über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker“, in: *Die Sowjetunion in der UNO*, Moskau, 1965, S. 596.

³ Vgl. „*The United States and African*“, Edited by Walter Goldschmidt, Columbia University, 1964, S. 160 ff.

⁴ Vgl. U.N. Doc. MM. 77/1/20, October 30, 1967

lateinamerikanischen Länder an der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt hat sich nur unwesentlich vergrößert: von 10,4 Prozent im Jahre 1958 auf 11,8 Prozent im Jahre 1966; und das Wachstumstempo verlangsamt sich.

Während die entwickelten kapitalistischen Länder das Nationaleinkommen je Kopf der Bevölkerung jährlich um etwa 60 Dollar vergrößern, beläuft sich das durchschnittliche Wachstum des Nationaleinkommens in den Entwicklungsländern je Kopf der Bevölkerung auf weniger als 2 Dollar im Jahr. Die imperialistischen Monopole denken nicht daran, die Verluste zu ersetzen, die den Ländern der „dritten Welt“ zugefügt wurden. Im Gegenteil, sie versuchen, sich den neuen Bedingungen anzupassen und ihre Herrschaft in den ehemaligen Kolonien aufrechtzuerhalten sowie das System der kolonialen Unterdrückung und Ausbeutung zu „modernisieren“.

Räuberischer Handel, räuberische „Hilfe“

Geht man von der allgemein anerkannten These aus, daß der Hauptfaktor der wirtschaftlichen Entwicklung und der Hebung des Lebensstandards der Entwicklungsländer die Ausnutzung ihrer eigenen Ressourcen und Reichtümer ist, so sind sie heute praktisch von zwei bis drei industriellen und landwirtschaftlichen Rohstoff-erzeugnissen abhängig, die für den Export hergestellt werden. So bestand der Export Boliviens beispielsweise 1964 wertmäßig zu 73 Prozent aus Zinn; 33,5 Prozent des Exports Venezuelas entfielen auf Erdöl; 53,1 Prozent des Exports Brasiliens auf Kaffee; 86 Prozent des Exports Liberias auf Kautschuk und Eisenerz; mehr als 90 Prozent des Exports Gambias auf Erdnüsse und ihre Produkte (1966); 71,9 Prozent des Exports Kolumbiens auf Kaffee und 67,3 Prozent des Exports Burmas auf Reis (1961).

Diese Sachlage ist auch durch die Schuld der Kolonisatoren entstanden, die seinerzeit in diesen Ländern nur jene Wirtschaftszweige kultivierten, die verhältnismäßig leicht hohe Profite abwarfen und den Binnenmarkt der Kolonialmächte sicherten. Nach der Befreiung hätte die harmonische Entwicklung der Wirtschaft der Entwicklungsländer und ihre Diversifikation theoretisch durch die Einnahmen aus dem Export dieser wenigen Rohstoffarten finanziert werden müssen. Dies wäre auch geschehen, wenn die wichtigsten Rohstoffkäufer (80–90 Prozent) und Lieferer von Industriewaren in diese Länder nicht die internationalen imperialistischen Monopole gewesen wären, die eine Politik der Herabsetzung der Preise für die erstgenannten Waren und einer Erhöhung der Preise für die letztgenannten Waren durchführten.

So wurde eine Tonne Kakaobohnen in Ghana im Jahre 1963 für 196 Pfund Sterling gekauft, während der Preis 1965 auf 130 Pfund herabgesetzt wurde. Der Preis für eine Tonne Sisal aus Tansania sank von 143,7 Pfund Sterling im Jahre 1963 auf 81,5 Pfund im Jahre 1966. Seit 1960 sinken die Preise für Naturkautschuk, der eine lebenswichtige Rolle bei der Entwicklung der Wirtschaft einer Reihe Entwicklungsländer spielt, fortlaufend. Während eine Tonne Kautschuk 1960 786 Dollar kostete, sank ihr Preis bis 1967 auf nur 391 Dollar. Die acht Teilnehmerstaaten des

„Colombo-Plans“ (Indonesien, Malaysia, Ceylon, Burma, Kambodscha, Laos, Thailand und Südvietnam) liefern mehr als 85 Prozent der Welterzeugung von Naturkautschuk. Das Sinken der Preise je Pfund Kautschuk um 6 Cent (oder 25 Prozent), das im Jahre 1967 zu beobachten war, bedeutete für diese Länder einen Verlust von 238 Millionen Dollar allein im abgelaufenen Jahr.

Der Leiter der Delegation Malaysias auf der XVIII. Tagung der Teilnehmerländer des „Colombo-Plans“ (Rangun, Dezember 1967), Dr. *Laim Swi Aan*, erklärte, die unterentwickelten Länder würden durch die ungleichmäßigen Handelsbedingungen immer ärmer. „Allein durch das Sinken der Kautschukpreise auf dem von den entwickelten Ländern kontrollierten Weltmarkt hat Malaysia beispielsweise in diesem Jahr (1967) 6mal mehr eingeblüßt als es durch die Hilfe auf Grund des Colombo-Plans erhalten hat“⁵.

Bekanntlich wird die Finanz„hilfe“ im Rahmen des Colombo-Plans von den Vereinigten Staaten sowie von England und Japan erwiesen, die zugleich die Hauptkäufer von Kautschuk sind. Diese „Partner“, die eine nichtgleichberechtigte räuberische Handelspolitik verfolgen, „verdienen“ auf diese Weise ungeheure Summen und lassen danach nur einen ganz geringfügigen Teil diesen Ländern in Form einer „Hilfe“ wieder zukommen, die zudem gegen Wucherzinsen gewährt wird. So erfolgt eine doppelte Beraubung der Entwicklungsländer. Eine ähnliche Lage besteht auch auf den anderen Märkten der wichtigsten industriellen und landwirtschaftlichen Rohstoffe.

Die hier angeführten detaillierten offiziellen Angaben sind notwendig, um Licht in das Dunkel der pseudoökonomischen Behauptungen der westlichen Geschäftsmacher zu bringen, in dem man sich leichter verliert als in den Dschungeln des Kongo und Amazonas.

Es ist eine paradoxe Lage entstanden: im Augenblick der Eroberung der politischen Unabhängigkeit haben die Völker der Entwicklungsländer die Erzeugung von Rohstoff- und Halbfertigwaren für den Export wesentlich erhöht, erhalten jedoch dafür einen geringeren Devisenerlös. So beläuft sich nach offiziellen Angaben der UNO der jährliche Rückgang der Kaufkraft des Exports der Entwicklungsländer im Durchschnitt auf 2,5 Md. Dollar. Das bedeutet, daß die Verluste, die gegenwärtig allein aus dem Handel mit den imperialistischen Staaten entstehen, fast die Hälfte der Mittel ausmachen, die die Entwicklungsländer in Form von staatlicher Hilfe erhalten.

Der Präsident Senegals, *L. S. Senghor*, erklärte kürzlich, in den letzten neun Jahren habe sich das Naturalvolumen des senegalesischen Exports um das Doppelte vergrößert, während die wertmäßige Erhöhung nur 37 Prozent beträgt⁶. „Durch das Absinken der Preise unserer Exportproduktion“, stellt auch der Minister für Auswärtige Angelegenheiten Brasiliens, *Jose Magalhaes Pinto* fest, „haben wir seit

5 „The Guardian“ Rangoon, December 8, 1967

6 Vgl. „VI^e Congrès de l'Union progressiste sénégalaise“, Rapport de politique générale, in: *Politique, nation et développement moderne*, Dakar, 1968, p. 31.

1950 ebenso viel verloren, wie wir während dieser Zeit in Form von Auslandshilfe erhalten haben“.

Analoge Prozesse vollziehen sich auf allen drei Kontinenten: Asien, Afrika und Lateinamerika. Auf der in Delhi durchgeführten zweiten UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung sprach die Mehrzahl der Vertreter der Entwicklungsländer, der VAR, des Libanon, Indonesiens, Indiens, Mexikos, Kolumbiens, der Philippinen usw., von einer fortschreitenden Verschlechterung der Handelsbedingungen für die Länder der „dritten Welt“ durch die Diskriminierung, die von den hochentwickelten kapitalistischen Staaten durchgeführt wird. So stellte beispielsweise der Vertreter des Libanon, *Hakim*, im Hinblick auf die Tatsache, daß über Rohstoffwaren so gut wie überhaupt keine internationalen Vereinbarungen erzielt worden sind, fest, wenn es so weiter geht, dann sind Jahrhunderte notwendig, bevor feste und gerechte Preise für Rohstoffe auf den internationalen Märkten gesichert sind. Der Delegationsleiter der VAR, der Minister für Planung *Abdel Moueïm Kaisuni*, betonte, daß die Empfehlungen der ersten UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (Genf 1964) von den Westmächten nicht verwirklicht worden seien. Er sprach sich dafür aus, die Prinzipien eines Abkommens über die Exportbedingungen für Kakao, Kautschuk und Zucker auszuarbeiten.

Der Delegationsleiter Marokkos, *Larani*, kritisierte die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), deren Politik zu einer völligen Einstellung des Exports vieler landwirtschaftlicher Waren aus Marokko geführt hat. Der Minister für Handel und Industrie Kenias, *Ivayi Kibaki*, traf die Feststellung, die „Kennedy-Runde“ habe in den Entwicklungsländern die Hoffnung auf eine Liberalisierung des Handels zunichte gemacht, denn die entwickelten Staaten seien nur an einem Austausch von Präferenzen untereinander interessiert.

Der Minister für Wirtschaft und Außenhandel Syriens, *Suhei al-Mani*, erklärte, daß der Imperialismus, der die unterentwickelten Länder in der Vergangenheit durch direkte Beherrschung und Besetzung ihrer Territorien unterdrückt habe, sie jetzt durch die internationalen Monopole ausbeute. Der egoistische Charakter der imperialistischen Regionalblocks der entwickelten Staaten liegt auf der Hand. Diese Blocks sind dazu berufen, den Konkurrenzkampf unter ihren Teilnehmern abzuschwächen und eine gemeinsame Plattform für die Verwirklichung der traditionellen Handelspolitik zu gewährleisten. Die Entwicklungsländer, sagte *al-Mani*, können dieser Herausforderung nur mit einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit untereinander begegnen. Die Entwicklungsländer müssen sich gegenseitig Präferenzen gewähren, den Import minder wichtiger Waren aus den kapitalistischen Ländern einschränken und, insofern keine internationalen Warenabkommen erzielt werden können, untereinander Vereinbarungen über die Preise treffen, zu denen sie ihre Rohstoffe an die entwickelten Staaten verkaufen.

Die Gedanken des syrischen Vertreters sind sehr vielversprechend. Wenn die Entwicklungsländer mit den imperialistischen Monopolen Beziehungen aufnehmen müssen, so werden sie selbst bei vielen Rohstoffarten als Monopollieferer in Erscheinung treten. Ihre einheitliche Politik auf dem Gebiet der Preise würde den imperialistischen Westen, der gegenwärtig die politische Uneinigkeit der „dritten Welt“ in hohem

Grade für seine eigennützigen Zwecke ausnutzt, zu erhöhten Ausgaben zwingen. Die wachsenden Deviseneingänge für den Export würden es ermöglichen, auf die sogenannte Hilfe der imperialistischen Staaten, teilweise oder vollständig, zu verzichten.

Die Regelung der Auslandsverschuldung wurde in der Tat zu einer der Hauptsorgen der Entwicklungsländer. Wie eine Lawine wachsen die ungeheuren Zahlungsbeträge auf Grund der von den imperialistischen Staaten erhaltenen Anleihen und Kredite. Die „dritte Welt“ sieht sich genötigt, einen immer größeren Teil ihres Nationalprodukts nicht für die Entwicklung, sondern für die Tilgung der Schulden an die ausländischen Kreditgeber zu verwenden.

Die ausländischen Staatsschulden der Entwicklungsländer sind von 10 Md. Dollar im Jahre 1955 auf 40. Md. Dollar im Jahre 1966 angewachsen. Mitte der 50er Jahre beliefen sich die Zahlungen auf Grund der Schulden im Durchschnitt auf eine halbe Milliarde Dollar im Jahr, während sie gegenwärtig auf jährlich 4 Milliarden Dollar angewachsen sind. Sofern keine konkreten und wirksamen Maßnahmen getroffen werden, wird das Wachstum der Verschuldung unvermindert anhalten und gegen Ende des jetzigen Jahrzehnts das gesamte gepriesene Hilfsprogramm der imperialistischen Staaten für die Entwicklungsländer zunichte machen. Bereits heute sind ihre Staatsschulden der Summe aller staatlichen Kredite und Subventionen gleich, die sie von den imperialistischen Staaten erhalten haben.

Im Bestreben, die Entwicklungsländer ökonomisch zu erdrosseln, stellen die Neokolonialisten immer härtere und belastendere Bedingungen für ihre Anleihen, deren Zinsen gegenwärtig zwischen 6,5 und 8 Prozent schwanken. Eine solche Tendenz ist nicht nur bei den Privatbanken zu beobachten, sondern auch bei der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

All dies bestätigt, daß eines der wichtigsten Gegenwartsprobleme, die für die künftige ökonomische Entwicklung der Länder der „dritten Welt“ von lebenswichtiger Bedeutung sind, die Ausarbeitung solcher internationaler Maßnahmen ist, die die Entwicklungsländer vor der von den imperialistischen Staaten sowohl mittels des Mechanismus der Preise auf dem kapitalistischen Weltmarkt als auch durch die weitgehende Anwendung des Systems der staatlichen Kredite vorgenommenen wirtschaftlichen Ausplünderung bewahren würden.

Ein „Nein!“ den Mehrprofiten der ausländischen Monopole

Im Bericht des Sonderausschusses für Fragen der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an die Kolonialländer und -völker, die auf der XXII. Tagung der UNO-Vollversammlung angenommen wurde, heißt es, daß die Profitrate der amerikanischen Monopole bei Kapitalinvestitionen im Inland 8 bis 12 Prozent im Jahr beträgt, bei den Investitionen in den Entwicklungsländern dagegen 22 bis 30 Prozent und mehr. Die ausländischen Gesellschaften erhalten das von ihnen investierte Kapital in kaum vier bis fünf Jahren zurück. In Anbetracht dessen, daß die Erzeugung der überwiegenden Mehrheit der Industrie-

und Rohstoffwaren in den Entwicklungsländern sich gegenwärtig in den Händen ausländischer Monopole befindet, besteht eine der Hauptaufgaben darin, effektive Maßnahmen zu ergreifen, deren Ziel es ist, den Monopolen die Mehrprofite aus der Ausbeutung der Reichtümer der Entwicklungsländer zu entziehen sowie deren maximale ökonomische Entwicklung und die Erhöhung des Lebensstandards der Völker dieser Länder zu gewährleisten. Dies ist eine der unbedingten Voraussetzungen für den Erfolg des Kampfes um die wirtschaftliche Unabhängigkeit.

Die Einleitung des Prozesses einer Begrenzung der Mehrprofite der Monopole kann im Nahen Osten beobachtet werden, wo sich 60 Prozent des Erdölvorkommens der Welt befinden. Die Erdölschätze der Länder des Nahen Ostens befinden sich in den Händen von acht gigantischen Erdölgesellschaften: fünf amerikanischen (die 60 Prozent der Erdölerzeugung kontrollieren) und drei englischen (30 Prozent). Die Selbstkosten des Erdöls sind in diesem Gebiet um ein Vielfaches geringer als in irgendeinem anderen Teil der Welt. Dies ist insbesondere dadurch zu erklären, daß der Arbeitslohn in den Erdölunternehmen des Nahen Ostens einer der niedrigsten der Welt ist. Er beträgt gewöhnlich nur ein Fünftel oder Sechstel des Lohns eines Erdölarbeiters in den USA. Infolgedessen „verdienen“ die amerikanischen Monopole am arabischen Erdöl 1200 Millionen Dollar im Jahr und die englischen 600 Millionen Dollar⁷.

Der bekannte arabische Experte für Fragen des Erdöls, *Abdala at-Tariki*, bestätigt diese Angaben, indem er folgende Berechnungen anstellt: „Die Kosten unarbeiteten arabischen Erdöls belaufen sich für die amerikanischen und englischen Gesellschaften in den arabischen Häfen auf nur 5 Cent. Was ihre Einkünfte betrifft, so betragen sie 80 Cent je Barrel gewonnenes Erdöl. Dem bleibt nur hinzuzufügen, daß der Preis für ein Barrel Erdöl, wenn dieses bereits nach Europa befördert und dort verarbeitet worden ist für jeden Verbraucher annähernd 11 Dollar beträgt . . . Die Nettoeinnahmen der amerikanischen und europäischen Erdölgesellschaften, die sie aus der Erdölförderung in den arabischen Ländern erzielen, beliefen sich allein im Jahre 1966 auf 2500 Millionen Dollar“⁸.

In den wichtigsten erdölfördernden arabischen Ländern bilden die Gewinnabführungen der ausländischen Gesellschaften 75 bis 98 Prozent des Einnahmeteils des Regierungshaushalts⁹. Es ist deshalb ganz natürlich, daß die Regierungen der Erzeugerländer bestrebt sind, die entstandene Lage auszunutzen, um den imperialistischen Erdölmonopolen die Mehrprofite zu entziehen und so die Deviseneingänge zu erhöhen. Die Erreichung dieses Ziels wird durch die wachsenden Widersprüche und den Kampf zwischen den imperialistischen Mächten auf den Weltmärkten erleichtert.

Es muß ferner erwähnt werden, daß der Erdölverbrauch Westeuropas sich mit schwindelerregender Schnelligkeit vergrößert, so daß es zunehmend vom Import,

⁷ Vgl. U. N. General Assembly, XXII. Session, Doc. A/6868/Add. 1, October 30, New York, 1967.

⁸ Vgl. „*Al-Hourria*“, Beirut, 19 Juni 1967.

⁹ Vgl. „*The Wall-Street Journal*“, New York, June 12, 1967.

in erster Linie aus den Ländern des Nahen Ostens, abhängig wird. Während Westeuropa 1960 aus diesem Gebiet 300 Millionen Tonnen Erdöl importierte, wird es nach Berechnungen von Sachverständigen der EWG im Jahre 1980 1 bis 1,5 Milliarden Tonnen importieren, das heißt die Erdöleinfuhr um das Drei- bis Fünffache vergrößern¹⁰. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die arabischen Länder seine Hauptlieferer bleiben werden.

Sehr groß ist die Abhängigkeit Großbritanniens vom Nahen Osten. Die Einstellung der Erdöllieferungen an die Britischen Inseln sowie an die englischen Militär- und Flottenstützpunkte wäre ein schwerer Schlag für dieses Land. Die aggressiven herrschenden Kreise der USA, die die Ansprüche der israelischen Expansionisten unterstützen, gehen ebenfalls ein hohes Risiko ein, denn obgleich die Vereinigten Staaten lediglich etwa eine halbe Million Barrels Erdöl pro Tag einführen, sind ihre Flotten und Seestützpunkte fast vollständig vom arabischen Erdöl abhängig. Allem Anschein nach kann in der nächsten Zeit eine Revision der alten Verträge über die Verteilung der Profite unter den Kolonisatoren eintreten.

Einzelne kapitalistische Monopole arbeiten bereits auf der Grundlage neuer Abkommen, die die Lage der Entwicklungsländer erheblich verbessern, zugleich aber auch den ausländischen Gesellschaften die Möglichkeit bieten, normale Profite zu erhalten. Als Beispiel sei auf die Maßnahmen der Regierung des Iran und des Irak verwiesen. Bekanntlich schloß die Regierung Irans im September 1954 ein Abkommen mit dem Internationalen Erdölkonsortium ab, in dessen Unternehmen 1965 mehr als 95 Prozent des iranischen Erdöls gewonnen wurden. Gemäß diesem Vertrag wurden die Einnahmen nach dem Prinzip „50 : 50“ aufgeteilt. Damit wurden die imperialistischen Mächte völlig zufriedengestellt, während dem iranischen Volk ein schwerer ökonomischer Verlust zugefügt wurde.

Nach scharfem Kampf zwang die Regierung des Iran das Konsortium zu einer Erhöhung der Abführungen an den Iran. Die Folge ist, daß die Valutaeingänge des Iran aus dem Export von Erdölprodukten, die 1965 512 Millionen Dollar betrugen, in diesem Jahr laut Erklärung des Premierministers *Hoveida* bereits auf 904 Millionen Dollar steigen werden.

Im August 1957 schloß die Iranische nationale Erdölgesellschaft (INNC) mit der italienischen Erdölgesellschaft „AGIP“ ein Abkommen, auf dessen Grundlage die iranisch-italienische Aktiengesellschaft („SIRIP“) für die Förderung und Verarbeitung von Erdöl und den Export von Erdölprodukten geschaffen wurde. Der Anteil des Iran an den Einkünften der Gesellschaft beträgt 75 Prozent. Zu den gleichen Bedingungen wurde 1958 ein weiteres Abkommen mit einer anderen ausländischen Gesellschaft geschlossen.

Anfang 1965 beschloß die iranische Regierung, mit interessierten ausländischen Gesellschaften neue Verträge über die gemeinsame Ausbeutung der Erdölvorkommen des Schelfs des Persischen Golfes abzuschließen. Am 27. August 1966 unterzeichnete die INNC mit der französischen staatlichen Erdölgesellschaft „ERAP“ ein Abkommen über die Durchführung von Schürfarbeiten und die Ausbeutung der Erdölvorkom-

¹⁰ Vgl. „*Entreprise*“, Paris, 14 Octobre 1967.

men zwischen Linga und Bender-Abbas im Gebiet des Persischen Golfes sowie in der zentraliranischen Wüste. „Dies ist ein einzigartiges Abkommen, unterzeichnet von einem Entwicklungsland und einem kapitalistischen entwickelten Land, das auf die Verteilung der Erdölprofite in der Welt revolutionierend wirkte“, erklärte der Vorsitzende der INNC *Manutchehr Eghbal*. „Erstmals in der Weltgeschichte wird ein Land, das im Besitz von Erdölvorkommen ist, 89 Prozent des Gesamtgewinns und die Auftragnehmer 11 Prozent erhalten“.

Das Abkommen sprengte die Monopolstellung des Internationalen Konsortiums und versetzte der Formel „50 : 50“ einen schweren Schlag, indem es den Konkurrenzkampf der Erdölmonopole verschärfte. Der Iran nimmt nach wie vor intensiv Auslandskapital für die Erdölförderung in Anspruch, jedoch bereits zu günstigen Bedingungen. Zugleich wird die nationale Erdölindustrie gefestigt.

Das Beispiel des Iran übte großen Einfluß auf den Kampf der anderen erdölfördernden Länder des Nahen und Mittleren Ostens gegen die ausländischen Erdölmonopole aus. Am 4. Februar 1968 unterzeichnete die Erdölgesellschaft der irakischen Regierung ebenfalls ein Abkommen mit der „ERAP“ auf der Grundlage der Formel „89 : 11“.

Allein von den Entwicklungsländern selbst hängt es jetzt ab, daß diese Erfahrungen auf andere Wirtschaftszweige übertragen werden. Die Tatsache, daß den ausländischen Monopolen die Mehrprofite aus der Ausbeutung der Naturschätze der „dritten Welt“ entzogen werden, ist ein überaus wichtiger Faktor bei der Schaffung der nationalen Industrie und der raschen ökonomischen Entwicklung der jungen Staaten.

Das Schicksal der „dritten Welt“ liegt in ihren eigenen Händen

Eine vorrangige Aufgabe jedes der Entwicklungsländer im einzelnen und aller Länder der „dritten Welt“ zusammen ist, wie aus den Ausführungen der Mehrzahl der führenden Persönlichkeiten dieser Länder hervorgeht, die Ausarbeitung eines konkreten Programms für die völlige und endgültige Ausrottung aller Arten und Formen des Kolonialismus und Neokolonialismus sowie die Festlegung von Maßnahmen und Fristen für die Realisierung dieses Vorhabens. Nach den in letzter Zeit gemachten Äußerungen in der UNO, auf der Konferenz der 77 Länder in Algier und auf der UNCTAD-II in Delhi wurden in erster Linie drei Hauptforderungen gestellt:

- die Einstellung der Ausplünderung der Länder der „dritten Welt“ mit Hilfe eines nichtäquivalenten Austauschs durch die imperialistischen Monopole;
- der Entzug der räuberischen Mehrprofite der Monopole, die sie aus der Ausbeutung der Naturreichtümer der Entwicklungsländer bis jetzt erzielen;
- die Forderung an die imperialistischen Staaten, auf die Wucherzinsen zu verzichten, die sie bei der Gewährung von Anleihen und Krediten erheben.

Die Verwirklichung dieser Forderungen würde nur die Einführung der allgemein anerkannten Handelsbedingungen sowie die Herstellung von Wirtschafts- und

Finanzbeziehungen zwischen den souveränen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas einerseits und kapitalistischen Staaten andererseits, bedeuten.

Bei der Ausarbeitung des Systems der neuen Wirtschaftsbeziehungen muß jedoch auch jene unbestrittene Tatsache in Betracht gezogen werden, daß die entwickelten kapitalistischen Staaten einzig und allein an der gegenwärtigen ökonomischen Rückständigkeit und am niedrigen Lebensstandard der Völker der Entwicklungsländer schuld sind. Eben deshalb ist es ihre Pflicht (und die öffentliche Meinung der Welt fordert dies auch von ihnen), mit ihren ehemaligen Kolonien und den abhängigen Ländern nicht nur Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Vorteils zu unterhalten, sondern ihnen auch zu Vorzugsbedingungen Finanz- und Wirtschaftshilfe zu erweisen, um so, wenn auch nur zum Teil, einen Ersatz für jene gewaltigen Werte zu bieten, die aus diesen Ländern in der Zeit der kolonialen und neokolonialen Herrschaft ausgeführt wurden. *„Europa und die USA haben die Naturreichtümer der dritten Welt ausgeplündert“,* sagte der Vorsitzende der Revolutionsregierung Algeriens, H. Boumedienne, auf der Konferenz von 77 Entwicklungsländern in Algier. *„Die entwickelten westlichen Länder sind im wahrsten Sinne des Wortes Kraken, deren Fangarme die sich entwickelnde Welt immer enger umschlingen . . . und wir müssen den Beitrag, den wir von den industriell entwickelten Ländern fordern, ganz einfach als eine nur zu einem geringen Teil erfolgende Ersetzung jener Schuld betrachten, die die westlichen Länder durch ihre schändliche Ausbeutung auf sich geladen haben.“*

Die Sowjetunion, die wirtschaftliche und technische Hilfe auf der Grundlage des beiderseitigen Vorteils erweist, erfüllt nur ihre internationale Pflicht. Aus den oben dargelegten grundsätzlichen Erwägungen heraus kann die UdSSR keinerlei moralische oder materielle Verantwortlichkeit für die schwierige wirtschaftliche Lage der Entwicklungsländer übernehmen. Sie hat die Reichtümer dieser Länder während der Kolonialzeit nicht ausgebeutet und wendet sich aktiv gegen alle und jegliche Methoden ihrer weiteren Ausplünderung durch die Monopole. Die Erfahrungen der gegenwärtigen internationalen Beziehungen bestätigen in überzeugender Weise, daß die Standpunkte der Entwicklungsländer und der sozialistischen Länder in allen Grundfragen des internationalen Handels im wesentlichen übereinstimmen.

In einem Artikel des Ministers für Handel Indiens, des Vorsitzenden des UNCTAD-II, Dinesh Singh, heißt es: *„Die sozialistischen Länder Osteuropas haben sich in lobenswerter Weise dafür eingesetzt, die potentiellen Möglichkeiten der einzigartigen Besonderheiten ihres sozialökonomischen Systems zum Wohle der wirtschaftlichen Entwicklung der Entwicklungsländer einzusetzen. Die Mehrzahl von ihnen hat die Aufgaben, die von ihnen auf der Ersten UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung im Hinblick auf den Import einiger Rohstoffarten aus den Entwicklungsländern übereinstimmend verkündet wurden, erfüllt und viele sogar übererfüllt. Zahlreiche dieser Länder haben auch die Zölle für den Import aus den Entwicklungsländern abgeschafft.“*

Zu erwähnen ist, daß die imperialistischen Mächte, in erster Linie die USA, die Erfüllung der Beschlüsse der UNCTAD-I (Genf 1964) einfach sabotieren und die

Annahme konstruktiver, gerechter Beschlüsse in Delhi hintertrieben haben. Dies geschah nicht zuletzt infolge fehlender Einmütigkeit unter den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, infolge der Tatsache, daß sie es häufig nicht verstanden, sich über die sie trennenden zeitweiligen politischen Meinungsverschiedenheiten hinwegzusetzen und weil einige von ihnen an der irrigen These von der Aufteilung der Welt in „Arme“ und „Reiche“ festhielten.

Die Sowjetunion verfolgt hinsichtlich der Länder der „dritten Welt“ konsequent die in den Beschlüssen des XXIII. Parteitages und im Programm der KPdSU gewiesene politische Linie. Im Programm heißt es u. a.: *„Die KPdSU betrachtet das brüderliche Bündnis mit den Völkern, die das koloniale und halbkoloniale Joch abgeschüttelt haben, als einen der Grundpfeiler ihrer internationalen Politik. Dieses Bündnis beruht auf der Gemeinsamkeit, die zwischen den Lebensinteressen des Weltsozialismus und der weltumspannenden nationalen Befreiungsbewegung besteht. Die KPdSU betrachtet es als ihre internationale Pflicht, die Völker, die den Weg der Erringung und Festigung der nationalen Unabhängigkeit gehen, sowie alle Völker, die für die vollständige Beseitigung des Kolonialsystems kämpfen, zu unterstützen.“*

Der Hinweis genügt, daß in 34 Entwicklungsländern mit Hilfe der UdSSR etwa 600 Industrie-, Landwirtschafts- und Ausbildungsobjekte errichtet werden, von denen mehr als 220 fertiggestellt worden sind. In Wertform ausgedrückt übersteigt die sowjetische Hilfe 4 Milliarden Dollar. Um das Problem der nationalen Kader in den Entwicklungsländern innerhalb kürzester Frist zu lösen, werden mit Hilfe der UdSSR etwa 100 Hoch- und Mittelschulen sowie Ausbildungszentren geschaffen, von denen 50 bereits fertiggestellt worden sind und ihre Tätigkeit aufgenommen haben. Abgesehen davon wurden innerhalb weniger Jahre im Prozeß des Aufbaus der mit Hilfe der UdSSR errichteten Objekte über 120 000 hochqualifizierte Arbeiter und Techniker ausgebildet. 17 000 Jugendliche aus den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas haben eine Hochschulausbildung in der Sowjetunion erhalten.

Die Sowjetunion vertritt jedoch die Ansicht, daß ohne sozialökonomische Umgestaltungen in den Entwicklungsländern und ohne ihren entschlossenen Kampf gegen die Herrschaft der imperialistischen Monopole keinerlei auswärtige Hilfe imstande ist, das Problem ihrer beschleunigten Entwicklung zu lösen.

Jene, die versuchen, den Standpunkt der sozialistischen Länder in der Frage der Abführung eines bestimmten Teils des Nationaleinkommens zugunsten der „dritten Welt“ zu verdächtigen, müssen begreifen, daß bei den vielen Kanälen, aus denen die Profite aus den Entwicklungsländern in den Westen abfließen, ein solches Verfahren im Grunde nur ein Hinüberleiten des Nationaleinkommens der Länder des Sozialismus in die Safes der westlichen Monopole bedeuten kann.

Eine Vereinigung der Anstrengungen zur Schließung dieser Kanäle, die Ersetzung der vom Imperialismus verursachten Schäden, die effektive Ausnutzung der uneigennützigen Hilfe aus dem Ausland und die größtmögliche Mobilisierung der inneren Reserven — das sind unserer Ansicht nach die Hebel, die den Entwicklungsländern helfen werden, die ökonomische Rückständigkeit zu überwinden und die

Unterschiede im Niveau ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber den entwickelten kapitalistischen Ländern zu verringern. Die Zusammenarbeit mit der Welt des Sozialismus ist ihnen sicher. Jetzt hängt viel von ihnen selbst ab.

Gertraud Liebscher

Zur neokolonialistischen Expansion des westdeutschen Imperialismus

Aus: *Dokumentation der Zeit*, Berlin, Heft 416/2. Oktoberheft/1968

Mit der Konzipierung eines Zehn-Jahres-Programms für Entwicklungshilfe, das unter der maßgeblichen Leitung des SPD-Ministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, H. J. Wischniewski, im Mai 1968 zur Richtschnur für die Arbeit des Ministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit deklariert wurde, ist die Politik der westdeutschen Bundesrepublik gegenüber den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in ein neues Stadium getreten. Aus bisherigen Veröffentlichungen über Einzelheiten dieses Zehn-Jahres-Programms wird ersichtlich, daß es Bonn in erster Linie um einen gezielteren Einsatz der neokolonialistischen Mittel und Methoden im Zusammenhang mit traditionellen und neuen Formen des staatlichen und privaten Kapitalexportes geht¹.

Wie in einem Kommentar zu diesem Zehn-Jahres-Programm in der Zeitschrift „*Entwicklung und Zusammenarbeit*“, Bonn 1968, Nr. 5, zu lesen war, ist man jetzt in Bonn der Überzeugung, daß damit der „*Übergang von einer vorwiegend taktisch orientierten zu einer strategisch konzipierten Entwicklungspolitik*“ vollzogen wurde, der eine große Rolle für die praktische Zusammenarbeit Bonns mit der sogenannten Dritten Welt spielen soll.

In der Tat haben sich in den letzten Jahren in der neokolonialistischen Politik Bonns Veränderungen ergeben, die faktisch eine neue Etappe der neokolonialistischen Expansion einleiten.

Diese Veränderungen stehen in engem Zusammenhang mit dem Bestreben der Bonner Politik, im Rahmen der USA-Globalstrategie die außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik zu den Entwicklungsländern verstärkt ihren machtpolitischen Interessen unterzuordnen, sie wirksamer als bisher ihrem Aggressions- und Revanchekurs gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder sowie gegen fortschrittliche Bewegungen in der Welt nutzbar zu machen sowie die politische, ideologische und ökonomische Abhängigkeit der Entwicklungsländer vom westdeutschen Imperialismus zu erhöhen. Erst kürzlich wurde diese Zielsetzung bestätigt, als die westdeutsche Bundesregierung im Juni 1968 in Antwort auf eine Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zur Außenpolitik erklärte:

¹ Die wichtigsten Einzelheiten darüber wurden bisher in „*Entwicklung und Zusammenarbeit*“, Bonn 1968, Nr. 5: „*Der Volkswirt*“, Frankfurt (Main), 28. 6. 1968, Nr. 26, veröffentlicht. Wie „*Die Welt*“, Hamburg, vom 6. 9. 1968 mitteilte, ist die detaillierte Ausarbeitung dieses Programms noch nicht abgeschlossen.

„Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die Entwicklungspolitik im hohen Maße mitentscheidend über unsere künftige Stellung als Partner im Konzert der Nationen und damit über unsere wirtschaftlichen und politischen Entfaltungsmöglichkeiten“².

Während Bonn einerseits vermehrt bereit ist, den nordamerikanischen Verbündeten bei seinen globalstrategischen Aktionen in verschiedenen Regionen der Welt zu entlasten, so u. a. durch die als Devisenausgleich getarnte direkte Finanzierung der militärischen Aggression der USA gegen das vietnamesische Volk, durch die politische, moralische und ökonomische Unterstützung reaktionärer Regimes in Asien und Afrika (Südkorea, Südvietnam, Taiwan, Südafrika u. a.), durch Stärkung konterrevolutionärer Kräfte in Ländern, wo reaktionäre Staatsstreichs durchgeführt wurden (Ghana, Indonesien) bemüht es sich andererseits, die Wahrnehmung gesamtimperialistischer Interessen stärker denn je mit den eigenen Expansionsbestrebungen in Übereinstimmung zu bringen.

Im einzelnen bedeutet das:

1. für die staatsmonopolistische Wirtschaft in Westdeutschland neue Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlagesphären zur Erreichung von Höchstprofitten zu erschließen;
2. für das imperialistische Deutschland-Bild zu werben, d. h., den afroasiatischen und lateinamerikanischen Staaten den friedensbedrohenden Alleinvertretungsanspruch Bonn aufzuzwingen und die DDR zu isolieren;
3. sich in den befreiten Staaten eine führende Stellung unter den imperialistischen Großmächten bei der Forcierung der Konterrevolution und im Kampf gegen den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg zu erobern;
4. auch in diesem Bereich der Weltpolitik der Funktion als antikommunistischer Speerspitze gerecht zu werden. Hierbei geht es u. a. darum, das sich festigende Bündnis zwischen den Entwicklungsländern und den sozialistischen Staaten auf antiimperialistischer Grundlage zu zerstören.

Ohne Zweifel gibt sich Bonn dabei der Hoffnung hin, daß durch diese Verflechtung gesamtimperialistischer und eigenständiger machtpolitischer Interessen gegenüber der Dritten Welt die Stellung des westdeutschen Imperialismus im allgemeinen und im besonderen in Asien, Afrika und Lateinamerika aufgewertet wird, um den von *Franz Josef Strauß* skizzierten Widerspruch der Bonner Wirklichkeit – ökonomisch ein Riese und politisch ein Zwerg – u. a. auch mit Hilfe der Entwicklungspolitik zu überwinden.

Mehrere Erklärungen des westdeutschen Bundeskanzlers und von Mitgliedern seines Kabinetts hinsichtlich der „wichtigsten Schlüsselfunktion der ‚Entwicklungspolitik‘ für die künftige Stellung Westdeutschlands in der Welt“, ihrer Priorität als Staatsaufgabe und Rolle als wichtigste Verbindung Bonns zu den „Schwerpunkten“ der internationalen Spannungen, machen dies deutlich. (Vgl. „Ost-West-Kurier“,

² Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, 21. 6. 1968, Nr. 77

Frankfurt (Main), 24. 6. 1967; Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, 124. Sitzung, Bonn, 11. 10. 1967, S. 6250, 6253).

Obwohl das Hauptaktionsfeld des westdeutschen Monopolkapitals weiterhin in Europa liegt, im antikommunistischen Kampf gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder (die ČSSR-Ereignisse veranschaulichen dies sehr deutlich), wird gleichzeitig Kurs darauf genommen, die sogenannte Dritte Welt stärker in die machtpolitischen Aktionen einzubeziehen und zu koordinierten Manövern gegen den Sozialismus und die nationale Befreiungsbewegung überzugehen. Das Sonderbündnis USA-Westdeutschland sowie das kollektive Zusammenwirken mit anderen imperialistischen Mächten auf diesem speziellen Gebiet der Außenpolitik und Außenwirtschaft erhält dadurch neue Akzentuierungen, die den dialektischen Widerspruch zwischen eigenständigen und gesamtimperialistischen Interessen weiter zuspitzt.

Faktoren, die die Veränderung der strategischen und taktischen Konzeption der Entwicklungshilfe beeinflussen

Das imperialistische Großmachtengagement der westdeutschen Bundesrepublik gegenüber den Staaten Asiens und Lateinamerikas ist die Antwort auf die bisherigen Ergebnisse der staatsmonopolistisch-neokolonialistischen Expansion, die die gehegten Erwartungen nur ungenügend erfüllte.

Die in den 50er Jahren vorwiegend auf Exportförderung und tagespolitische Ergebnisse abzielende spontane neokolonialistische Expansion hat weder zu der erwünschten Festigung der politischen und ökonomischen Bindungen zwischen Bonn und den Entwicklungsländern beigetragen, noch die mit großem propagandistischem Aufwand betriebene „antikoloniale“ Haltung glaubhaft gemacht, mit der Bonn sich vom Makel des Neokolonialismus befreien wollte.

Besonders deutlich offenbarte sich diese Tatsache anlässlich der Krise in den westdeutsch-arabischen Beziehungen im Jahre 1965, als 10 arabische Staaten aus Protest gegen die westdeutsche Begünstigung des imperialistischen Regimes Israels die diplomatischen Beziehungen zur BRD abbrachen.

Auch ist es Bonn nicht gelungen, die mit dem Kapitalexport gekoppelte Hallstein-Doktrin voll wirksam werden zu lassen. Trotz des massiven politischen und ökonomischen Drucks auf die Entwicklungsländer stellte die DDR vielfältige Kontakte und Beziehungen zu den afro-asiatischen Staaten her und entwickelte solide Grundlagen für eine echte Partnerschaft im Interesse des beiderseitigen Vorteils und einer fortschrittlichen Entwicklung. Das mußte sogar Außenminister *Brandt* anerkennen, als er vor den afrikanischen Missionschefs in Bonn am 15. Mai 1968 sagte, daß die afrikanischen Staaten „ihren Handel und ihren kulturellen Austausch auch mit dem anderen Teil Deutschland entwickeln wollen“³.

³ Bulletin . . . , 16. 5. 1968.

Der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, H. J. Wischniewski, stellte am 8. Juli 1968 in einer Rede vor der Evangelischen Akademie in Tutzing, in der er den Zehnjahresplan ausführlich begründete, fest:

„Wenn wir die Entwicklungsländer durch Bindung unserer Hilfe an politische Gegenleistungen in eine gewisse Zwangslage versetzen, können emotionale Reaktionen eintreten, die sowohl die guten oder zumindest neutrale Beziehungen als auch die bisherigen Leistungen erheblich beeinträchtigen können. Auch dann, wenn unsere Hilfe für das Entwicklungsland sehr wesentlich ist, hat ihr Entzug keineswegs immer die Folge, daß die Regierung des Landes von einer Haltung, die sie für richtig hält, Abstand nimmt. ... Obschon die deutsche Militärhilfe Tanganjika sehr wichtig gewesen war, entschloß sich Staatspräsident Nyerere trotzdem nach der Einigung mit Sansibar zur Zulassung eines DDR-Generalkonsulats“⁴.

Die von Bonn mit Vehemenz verfolgte Erpressertaktik, in der Dritten Welt durch Gewährung von Krediten Verbündete für sein Aggressions- und Revancheprogramm gegenüber der DDR und anderen sozialistischen Ländern zu werben, konnte nicht in dem Maße realisiert werden, wie ursprünglich angenommen wurde.

Auch haben sich die traditionellen Formen der antikommunistischen Propaganda (offene Hetze gegen die sozialistischen Staaten) nicht bewährt. Obwohl die westdeutschen Politiker und ihre Helfershelfer im Rahmen der neokolonialistischen Expansion nichts unversucht lassen, um den Umfang und die Qualität der Hilfe der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder gegenüber den Entwicklungsländern zu diskreditieren, die antiimperialistischen Grundlagen des Bündnisses zwischen den sozialistischen Staaten und den befreiten Ländern Asiens und Afrikas zu erschüttern, wird in der überwiegenden Mehrzahl dieser Länder die sozialistische Hilfe geschätzt und als wirksamer Faktor für den Aufbau der nationalen Wirtschaft und zur Verteidigung der teuer errungenen Souveränität betrachtet.

Des weiteren hat es in Bonn lange gedauert, wie Dr. Sonnenhol, bisheriger Ministerialdirektor im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und jetzt Botschafter der Bundesrepublik in der Republik Südafrika, ausführte, bis dort begriffen wurde:

„daß das Entwicklungsproblem nicht quantitativer, sondern qualitativer Natur ist, daß es keine monokausalen Ursachen hat und daß deshalb auch nicht einseitige Patentrezepte seiner Lösung dienen können“⁵.

Dahinter verbirgt sich das Eingeständnis, daß die bisherige langfristige Einflußnahme auf die politische und sozial-ökonomische Gesamtentwicklung in der Dritten Welt nicht die erwarteten Ergebnisse brachte. Der Westen – und damit auch Bonn – hat weder eine politische Übereinstimmung in wichtigen Fragen der internationalen

Angelegenheiten erreicht (im Sinne einer Anlehnung an das militärpolitische Paktensystem des imperialistischen Lagers und damit der Aufgabe der Neutralitätspolitik), noch entsprechende Grundlagen schaffen können, um die Möglichkeit nationaler oder nationalrevolutionärer Umwälzungen auszuschalten. Die Entwicklungsprobleme in der Dritten Welt hatten sich als vielschichtig und nicht so ohne weiteres beeinflussbar erwiesen, wie sie anfänglich in der Bundesrepublik eingeschätzt wurden.

Andererseits trat deutlich hervor, daß die durch den Kolonialismus verursachte ökonomisch-technische Rückständigkeit der Entwicklungsländer Lösungen erfordert, die nur allmähliche Ergebnisse zeitigen, wobei u. a. für das Monopolkapital in den Entwicklungsländern zeitweise günstige Bedingungen entstehen können (Kapitalmangel, Marktabhängigkeit, Ernährungsabhängigkeit), die eine verstärkte Einflußnahme erleichtern.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist das in den vergangenen Jahren forcierte Eindringen und Einwirken der imperialistischen Großmächte in eine Reihe afro-asiatischer Staaten. In diesem Zusammenhang sei nur an die militärische Eskalation der USA-Aggression gegen das vietnamesische Volk, an die Israel-Aggression gegen die arabischen Staaten 1967 sowie an die Staatsstriche in Ghana und Indonesien erinnert, um auf einige wesentliche Ereignisse aufmerksam zu machen. Auch die durch die reaktionären Umtriebe der Mao-Clique in der Volksrepublik China hervorgerufene Spaltung der kommunistischen Weltbewegung und Förderung anarchosyndikalistischer Strömungen in den fortschrittlichen Bewegungen der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas beeinträchtigen wesentlich den Kampf um den nationaldemokratischen Fortschritt.

Diese zeitweiligen Mißerfolge der fortschrittlichen Kräfte in einzelnen Ländern und Regionen der Dritten Welt sind ernsthafte Rückschläge. Doch der Trend zum historischen Fortschritt ist auf die Dauer nicht aufzuhalten. In den Entwicklungsländern vollzieht sich, unterschiedlich im Tempo, Ausmaß und den bisherigen Ergebnissen, die Polarisierung der Klassenkräfte, die auf ein quantitatives und qualitatives Anwachsen der fortschrittlichen Kräfte – auf lange Sicht berechnet – hinauslaufen. Diese historische Gesetzmäßigkeit bricht sich immer mehr Bahn, nicht zuletzt deshalb, weil die sozialistischen Staaten existieren, einen anhaltenden Einfluß auf die Weltentwicklung ausüben und die fortschrittlichen Kräfte tätig unterstützen. Andererseits zeigt sich immer deutlicher, daß die imperialistischen Pläne zur Unterdrückung und Ausbeutung der Dritten Welt zum politischen, ökonomischen und finanziellen Potential des imperialistischen Systems in Widerspruch geraten, was faktisch zu einer allgemeinen Schwächung der Grundlagen für die neokolonialistische Expansion führt.

In bezug auf die ökonomischen Erwartungen, die an die neokolonialistische Expansion geknüpft wurden, erfüllten sich nicht die Hoffnungen Bonns. Den Expansionsbestrebungen auf ökonomischem Gebiet sind ebenfalls Schranken gesetzt. Dabei darf natürlich nicht übersehen werden, daß die Ausbeutungsquote nach wie vor sehr hoch ist und sich das neokolonialistische Geschäft äußerst profitgünstig gestaltet.

⁴ Bulletin . . . , 11. 7. 1968, Nr. 88

⁵ G. A. Sonnenhol, Erfahrungen mit der Entwicklungspolitik, in: *Außenpolitik*, Freiburg, Heft 3/1968, S. 159

Die imperialistische Handelspolitik, verbunden mit dem Preisdiktat für Rohwaren, Kontingentierungen, hohen Zolltarifen u. a. m. hat in einigen Ländern zur akuten Krise der Handelsbilanz geführt. So betrug das indische Defizit im Handel mit Westdeutschland in den letzten Jahren fast 7,5 Mrd. Rupien. Verschärft wird diese Tendenz durch die imperialistische Politik, der wachsenden Industriewarenproduktion in der Dritten Welt nicht die notwendigen Absatzchancen auf den eigenen Märkten einzuräumen. Außerdem hat die mit der imperialistischen Handelspolitik verbundene Finanzpolitik ebenso wie die Kreditpolitik überhaupt enorm zur Verschuldung der Entwicklungsländer beigetragen. Bis 1971 macht sich eine Umschuldung der von Bonn gewährten Kredite in Höhe von 3 Mrd. DM notwendig. Durch die defizitäre Handelsbilanz der einzelnen Entwicklungsländer vermindert sich zugleich ihre Fähigkeit, die Schulden abzutragen, da bisher der Außenhandel immer noch ihre wichtigste Akkumulationsquelle ist.

So „vorteilhaft“, d. h. profitgünstig, die mit der neokolonialistischen Expansion verbundene Schaffung neuer Formen von Ausbeutungsverhältnissen auch sein mag, so wenig sind sie auf der Dauer geeignet, die Entwicklungsländer für das imperialistische System in Westdeutschland als Ausbeutungsobjekte von morgen zu erhalten. Angesichts der wachsenden Konkurrenz unter den imperialistischen Staaten hat sich die Widersprüchlichkeit und Labilität in den vom Neokolonialismus geprägten ökonomischen Beziehungen zu den Entwicklungsländern nur noch verstärkt.

Es ist demnach ein ganzer Katalog in sich verwobener, oft widersprüchlicher Faktoren auf politischer und ökonomischer Ebene, der in gewissem Maße mitbestimmend war für die in den letzten Jahren vollzogenen Veränderungen auf dem Gebiet der neokolonialistischen Expansion.

Um die strategische Nuancierung der Entwicklungspolitik entsprechend taktisch zu untermauern, bemüht sich Bonn, das von ihm geschaffene Instrumentarium zur Forcierung des Waren-Kapitalexports und der politisch-ideologischen Einmischung noch stärker zu kombinieren und komplex einzusetzen.

Das neue ideologische Credo des westdeutschen Neokolonialismus

Schon unter dem FDP-Minister *Walter Scheel* deutete sich an, daß die von bürgerlichen Politikern in Asien und Afrika propagierte Theorie von der angeblichen Teilung der Welt in „Arme“ und „Reiche“ bei der ideologischen Motivierung der neokolonialistischen Politik an Kurswert gewann. Als der SPD-Minister *H. J. Wischnewski* im Dezember 1966 das Amt des Ministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit übernahm, wurde diese neokolonialistische Variante der Konvergenztheorie zur offiziellen ideologischen Doktrin erhoben.

Der theoretische Leitgedanke dieser Auffassungen gipfelt in der Behauptung, der Ost-West-Konflikt (d. h. die Auseinandersetzung zwischen dem sozialistischen und kapitalistischen System) bestimmen nicht mehr und nicht ausschließlich den revolutionären Weltprozeß, sondern werden vom Nord-Süd-Konflikt überlagert, wenn

nicht gar ersetzt. Bundeskanzler *Kiesinger* interpretierte diese Auffassung in seinem Rechenschaftsbericht anlässlich der Zweiten Lesung des Haushaltsgesetzes 1968 vor dem Bundestag am 2. April wie folgt:

„... für einen großen Teil der Völker dieser Erde gibt es einen Gegensatz, den sie für wichtiger nehmen als den Ost-West-Gegensatz. Die Völker Asiens, Afrikas, Lateinamerikas – eben wurde es auf der Konferenz in Neu-Delhi wieder ausgesprochen – sprechen mehr von einem Gegensatz des Nordens zum Süden, einem Gegensatz des, wie sie meinen, privilegierten industriellen Nordens unseres Planeten zu dem unterentwickelten Süden. Das müssen wir als ein ganz ernstes Faktum zur Kenntnis nehmen... Wir wissen, daß auch das Schicksal des industrialisierten nördlichen Gürtels unseres Planeten davon abhängig ist, daß im südlichen Teil unserer Erde eine gedeihliche und gesunde wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung stattfindet, eine Entwicklung, so meinen wir, die zur vollen inneren und äußeren Freiheit jener Völker führen wird“⁶.

Und bei *Gerhard Jahn*, Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministers des Auswärtigen, hieß es in einem Vortrag vor der Arbeitsgemeinschaft für Internationalen Kulturaustausch in Bonn am 10. Juli 1968:

„Asien, Afrika und Lateinamerika – das sind die Regionen, die man von einigen Ausnahmen abgesehen – auch die Entwicklungsländer nennt oder als ‚die Dritte Welt‘ zu bezeichnen sich angewöhnt hat. Sie bilden den entwicklungsbedürftigen und entwicklungsfähigen ‚Süden‘ der Erde gegenüber den leistungsfähigen, hochentwickelten Industrienationen des ‚Nordens‘. Hier, an dieser Trennungslinie droht jene Spaltung dieser Welt, die stärker als der überkommene Ost-West-Gegensatz das Bild der nächsten 30 Jahre, des letzten Drittels dieses Jahrhunderts, bestimmen wird...“⁷

In apologetischer Manier schlußfolgert *Wischnewski*:

„Schon heute stehen einem Weißen zwei Farbige gegenüber. In 33 Jahren wird das Verhältnis sogar vier zu eins sein. Die Menschen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas wollen einen ähnlichen Lebensstandard erreichen, wie wir ihn haben. In diesem Willen steckt die Gefahr und eine Chance – je nachdem, wie wir darauf reagieren. Wenn wir nichts tun und sagen, das geht uns nichts an, dann werden sich die vielen Armen mit Gewalt nehmen, was wir wenigen Reichen haben. Wenn wir aber unsere Chance nutzen, nämlich die Chance, am Aufbauprozess in den Entwicklungsländern dabeizusein, mitzuarbeiten, dann werden wir unseren Lebensstandard nicht nur halten, sondern sogar noch verbessern können“⁸.

Mit der Behauptung, das Streben der unterentwickelten Länder nach Hebung des Lebensstandards bedrohe alle Industrieländer gleichermaßen, die kapitalisti-

⁶ Bulletin..., 4. 4. 1968, Nr. 44

⁷ Bulletin..., 20. 7. 1968, Nr. 92

⁸ Deutsche Einheit, Bonn, 13. 4. 1968

schen wie sozialistischen, ist gleichzeitig die Hauptfunktion dieser „Theorie“ umrissen: Indem sie die lebenswichtigen ökonomischen Probleme der Entwicklungsländer in unzulässiger Weise verzerrt und auf deren Armut reduziert, die angeblich Auflehnung, wenn nicht gar Krieg gegen die „Reichen“ gebiert, suggeriert sie den befreiten Völkern den Gedanken, daß die industriell entwickelten Staaten von gleichen Positionen aus ihre Beziehungen zu den Entwicklungsländern gestalten. Sie versucht somit die prinzipiell anders gearteten Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und den Entwicklungsländern zu entstellen und die Verantwortung für die ökonomische Lage in der Dritten Welt und die Ausweitung des Produktionsgefälles auf die sozialistischen Länder abzuwälzen. Der seit Jahren forcierte Prozeß der „Entideologisierung“ in den sozialistischen Ländern soll dadurch unterstützt und das Bündnis zwischen sozialistischen Staaten und nationaler Befreiungsbewegung geschwächt werden. Ist erst einmal Mißtrauen und Zwietracht zwischen den beiden bedeutendsten revolutionären Strömungen unserer Zeit gesät – eine Gleichsetzung zwischen den industriell entwickelten Staaten des imperialistischen und sozialistischen Systems begünstigt ein solches Verhalten – könnten die imperialistischen Kreise, so meinen sie, mit den Forderungen der Entwicklungsländer sehr schnell fertig werden.

Die so harmlos klingende Feststellung über die Teilung der Welt in Arme und Reiche entpuppt sich bei näherem Hinschauen als raffinierter antikommunistischer Trick, von dem einzig und allein die imperialistischen Kräfte profitieren, denen weder daran gelegen ist, die Not und den Hunger in der Dritten Welt zu lindern, noch deren ökonomische Abhängigkeit und diskriminierende Stellung im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem zu beseitigen.

„Entwicklungshilfe“ und Ostpolitik

Anknüpfend an die spezifische antikommunistische Funktion der Nord-Süd-Theorie versucht Bonn, die neokolonialistische Expansion einerseits in den Dienst der Ostpolitik zu stellen und andererseits seine Stellung in der Dritten Welt aufzuwerten.

Den Startschuß dazu von offizieller Seite gab Bundeskanzler Kiesinger, als er am 23. Juni 1967 auf der Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bad Godesberg sagte:

„Ich meine in allem Ernst und ohne utopische Illusion, daß in wohlverstandene eigenem Interesse Ost und West davon abgehen sollen, die Entwicklungshilfe als eine Waffe im Kampf der Systeme zu betrachten, sie sollten statt dessen ihre Anstrengungen koordinieren und sich zu praktischer Zusammenarbeit entschließen“⁹.

9 Bulletin . . . , 27. 6. 1967

In der Großen Anfrage der CDU/CSU und SPD zur „Entwicklungspolitik“ im Oktober 1967 haben sowohl Wischnewski als auch andere diese Haltung bekräftigt. Der SPD-Abgeordnete Brück sagte u. a.:

„Außerdem meine ich, daß die Entwicklungshilfe keine Waffe mehr in den Auseinandersetzungen zwischen Ost und West sein kann. Wir haben auf einer Parlamentarier-Konferenz auf dem Petersberg im April dieses Jahres eine Entschließung gefaßt, in der es heißt, daß die Entwicklungshilfe kein Feld des Wettbewerbs zwischen Ost und West sein sollte, sondern ein Feld der Zusammenarbeit. Nun bin ich kein Illusionist, der glaubt, daß wir morgen mit den kommunistischen Ländern in den Entwicklungsländern ohne weiteres zusammenarbeiten können. Das wird sicherlich nicht einfach sein“¹⁰.

Seitdem hat es wiederholt von offizieller Seite und auch aus westdeutschen Unternehmerkreisen Erklärungen zur „Zusammenarbeit mit sozialistischen Ländern“ gegeben.

Die westdeutschen Politiker wollen die Weltöffentlichkeit ernsthaft glauben machen, daß ihnen mit dieser Losung daran gelegen ist, „große Energien freizumachen, die für die Entwicklungsländer geradezu lebensrettend sein können“, wie Wischnewski in seiner Rede über das „Zehn-Jahres-Programm für Entwicklungshilfe“ vor der Evangelischen Akademie Tutzing am 8. Juli 1968 unterstrich¹¹.

Wir haben es hier mit der gleichen raffinierten Demagogie zu tun, die die vom Kiesinger/Strauß-Kabinett entwickelte sogenannte Europa-Politik im allgemeinen und die neue Ostpolitik im besonderen auszeichnet. Ebenso wie versucht wird, u. a. die Expansionspolitik gegen die sozialistischen Länder zu verschleiern, werden von den westdeutschen Politikern Anstrengungen unternommen, die neokolonialistische Expansionspolitik mit neuen Lösungen zu tarnen. Aus der oben zitierten Rede Wischnewskis wird aber auch klar, worum es Bonn in Wirklichkeit geht:

„Wenn eine Kooperation hier zustande kommt – und das will ich hoffen –, haben entwicklungspolitische Notwendigkeiten damit außenpolitische Entscheidungen bewirkt, die sich auch in anderen Bereichen fruchtbar auswirken können“¹².

In dieser Reaktion tritt die wirkliche Absicht Bonns zutage, die sozialistischen Länder zu „geeigneten“ Partnern des westdeutschen Imperialismus sowohl in der Dritten Welt als auch in anderen Teilen, vor allem in Europa, zu machen. Das Ende dieses Weges wäre auch das Ende des Sozialismus und damit das Ende jeder echten Hilfe und Unterstützung für die Entwicklungsländer.

Wie alle ideologischen und politischen Diversions- und Interventionsakte gegen die sozialistischen Länder zielt diese neue Variante der „Umklammerung“ auf die allmähliche Beseitigung der sozialistischen Errungenschaften ab; denn solange das west-

¹⁰ Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, 124. Sitzung, Bonn, 11. 10. 1967

¹¹ Bulletin . . . , 11. 7. 1968, Nr. 88

¹² ebenda

deutsche Monopolkapital regiert und die Politik Bonns den Profit- und Großmachtinteressen dieser Klasse unterworfen ist, kann es keine Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern und Bonn geben.

Doch diese These wird nicht in allen sozialistischen Ländern akzeptiert. In der jugoslawischen Zeitschrift „*Internationale Politik*“ (Belgrad, 5. 2. 1968, Heft 428) war u. a. zu lesen:

„Die Probleme der Weiterentwicklung der Entwicklungsländer erfordern aber eine flexiblere Auffindung neuer Möglichkeiten zum gemeinsamen Einsatz der materiellen und finanziellen Mittel – sowohl von den entwickelten westlichen als auch von den sozialistischen Ländern – und auch ein gemeinsames Auftreten wäre möglich.“

Solche Stimmen veranlaßten Wischniewski im März 1968, vor der Jahrestagung der Carl-Duisberg-Gesellschaft, die sich in den letzten 10 Jahren um die Aus- und Weiterbildung von über 12 000 Führungs- und Fachkräften aus Asien, Afrika und Lateinamerika im Sinne des westdeutschen Monopolkapitals „verdient“ machte, auszuführen:

„Wir sollten rasch beginnen, . . . und den Dialog mit dem Osten in dieser Frage suchen. Es gibt Anzeichen, daß wir nicht ohne Antwort bleiben werden“¹³.

Die Carl-Duisburg-Gesellschaft wurde bereits in diese neue Kampagne der Bonner Politiker eingeschaltet. Im Frühjahr 1968 hielten sich 9 Führungskräfte aus Rumänien für etwa 3 Monate in der Bundesrepublik auf. Die ČSSR hatte zu diesem Zeitpunkt die Bitte an die Gesellschaft gerichtet, ein Ausbildungsprogramm für Kräfte ihres Landes zu entwickeln. Aus Jugoslawien wurden etwa 40 Teilnehmer erwartet.

Bonner „Entspannungspolitik“ und Hallstein-Doktrin

In diesem Sinne ist Bonn dabei, das von ihm entwickelte politische Instrumentarium auf außenpolitischem Gebiet demagogisch zu verfeinern, um es „besser“ aufeinander abzustimmen. Einige neue Akzente sind vor allem auf dem Gebiet der außenpolitischen Agitation zu registrieren.

Zeichnete sich die neokolonialistische Expansion des westdeutschen Imperialismus von Anfang an dadurch aus, daß sie völlig in den Dienst der aggressiven Deutschland- und Ostpolitik gestellt wurde – die enge Koppelung zwischen Kapital-Warenexport und Hallstein-Doktrin beweist das –, so hält dieser Trend im erweiterten Maße unvermindert an. „Neu“ ist lediglich die Tatsache, daß Bonn gegenwärtig die Erpresserpolitik mit seinen demagogischen Friedens- und Entspannungsinitiativen verbindet. Besonders aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die Rede Außenminister Willy Brandts, die er am 15. Mai 1968 in Bonn vor den Missionschefs afrikanischer Länder südlich der Sahara gehalten hat. Aus ihr ist folgendes zu entnehmen:

¹³ Der Tagesspiegel, Westberlin, 23. 3. 1968

1. Die Teilung Europas, d. h. die Existenz von sozialistischen Staaten in Europa, und die „Spaltung Deutschlands“, d. h. die Existenz der DDR bedrohen angeblich den Frieden in der Welt und binden zahlreiche Mittel für militärische Zwecke.

In der Sprache Brandts heißt das:

„Die Teilung Europas und die Spaltung Deutschlands gehören zusammen. Unsere Entspannungspolitik ist deshalb konkret vor allem auf eine europäische Friedensordnung ausgerichtet. Die Bundesregierung hat keinen Zweifel daran bestehen lassen, daß sie den friedlichen Ausgleich mit allen osteuropäischen Nachbarn wünscht. Es geht dabei um verbesserte Beziehungen der Sowjetunion, um normale Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten und um einen modus vivendi zwischen den Teilen Deutschlands. Diese Bundesregierung hat bewiesen, daß ihre Entspannungspolitik nicht nur aus schönen Worten besteht, sie hat eine Reihe von konkreten Vorschlägen gemacht, wie die militärische Konfrontation schrittweise abgebaut werden könnte, wie die politischen Spannungen zu beseitigen wären, wie sich das Leben der Menschen erleichtern ließe, um so eine Atmosphäre des Vertrauens entstehen zu lassen und eine gedeihliche Zusammenarbeit möglich zu machen. Wir haben allen Staaten Osteuropas den Austausch gegenseitiger Gewaltverzichtserklärungen angeboten und uns bereit erklärt, den anderen Teil Deutschlands in dieses Angebot einzubeziehen“¹⁴.

Was das imperialistische Bonn unter europäischer Friedensordnung und „friedlichem Ausgleich“ versteht, ist in dem Buch von Strauß „Entwurf für Europa“ vorgezeichnet. Die Praktiken Bonns bewegen sich auf dieser Linie: Nach wir vor halten die westdeutschen Politiker an der Forderung nach Grenzrevision in Europa fest, bekennen sich zum Münchner Abkommen, betreiben eine forcierte, ideologische und ökonomische Einmischung in die Angelegenheiten der sozialistischen Staaten und sind nicht gewillt, den Alleinvertretungsstandpunkt aufzugeben.

2. Eine europäische Friedensordnung (ein vereintes Europa unter Hegemonie des westdeutschen Imperialismus) und ein vereintes Deutschland (im Sinne der imperialistischen Annexion der DDR) würden enorme Mittel freisetzen, die den Entwicklungsländern zugutekommen könnten.

In der Sprache Brandts heißt das:

„Es muß jedem einleuchten, daß ein friedlich geeintes Europa wesentlich mehr zu leisten imstande wäre.“

Was für ein nicht mehr verfeindetes Europa gilt, gilt erst recht für ein geeintes Deutschland. Wenn einer unserer Arme nicht ständig festgebunden wäre durch die erzwungene Teilung, wenn wir nicht gezwungen wären, gewaltige Beträge in die Verteidigung zu stecken, dann könnten wir ein Vielfaches an Kräften freimachen für die gemeinsamen Aufgaben zum Wohle der Menschheit. Das sollten die Regierungen der Entwicklungsländer sich vor Augen halten, wenn sie über Fragen der europäischen Politik zu urteilen haben“¹⁵.

¹⁴ Bulletin . . . , 16. 5. 1968

¹⁵ ebenda

Hält man sich vor Augen, für welche üble Zwecke die Entwicklungsländer mißbraucht werden sollen, wird die Anspielung auf Freisetzung umfangreicher Mittel so erfaßt, wie sie in Wirklichkeit gemeint ist: als ein Köder, mit dem diese Länder für die Bonner Großmachtpolitik gewonnen werden sollen.

Angesichts der Tatsache, daß das vom Kolonialismus hinterlassene Erbe auf ökonomischem Gebiet äußerste Anstrengungen und umfangreiche finanzielle Mittel erfordert, bedeutet diese Argumentation ein niederträchtiges und menschliches Ausspielen der ernsthaften Nöte der Entwicklungsländer.

Die Propagierung der Hallstein-Doktrin erfährt auf diese Weise ebenfalls eine neue Akzentuierung, die mit einer größeren Flexibilität bei ihrer Handhabung parallel läuft.

Wie bereits dargelegt, bildete die Hallstein-Doktrin das politische Kernstück der neokolonialistischen „Entwicklungshilfe“-Politik. Um so schwerer mußte es Bonn treffen, als festgestellt wurde, daß die als Entwicklungshilfe ausgewiesene Summe von 36 Mrd. DM (*Der Volkswirt*, Frankfurt (Main), 25. 8. 1967, Nr. 34) nicht die politischen Ergebnisse brachte, die erwartet wurden.

Dieses Dilemma zeichnete sich ebenfalls besonders deutlich in der westdeutschen Nah-Ost-Krise im Frühjahr 1965 ab. Seitdem haben sich die Diskussionen in den Reihen der Bonner Politiker und in der westdeutschen Monopolpresse um die Problematik Entwicklungshilfe und Außenpolitik verstärkt. Dem Wesen nach geht es hierbei um die Beantwortung der Frage, welchen unmittelbaren politischen Nutzen, speziell im Hinblick auf die Durchsetzung eines imperialistischen Deutschlandbildes, solche Waren- und Kapitalexporte bringen. Einige, darunter der erste Botschafter Bonn in Israel und damalige Ministerialdirigent im Auswärtigen Amt, *Rolf Friedemann Pauls*, mit dem sich *Wischnewski* in seiner Rede in Tutzing auseinandersetzt, trat für eine enge „außenpolitische Bindung der westdeutschen Entwicklungshilfe“ mit folgender Begründung auf:

*„Für jede Regierung ist die Entwicklungshilfe, da sie nach außen wirkt, auch von außenpolitischem Belang. Für kein Land jedoch von solch außenpolitischer Bedeutung wie für Deutschland, da kein anderes Geberland die Teilung seiner Nation zu überwinden hat“*¹⁶.

Schon die Bundestagsdebatte im Oktober 1967 machte klar, daß der Standpunkt *Pauls* nicht von allen Politikern Bonn akzeptiert wurde. Der SPD-Abgeordnete *Brück*, der FDP-Abgeordnete *Ertl* u. a. befürworteten dagegen ein flexibles Verhältnis zwischen Entwicklungspolitik und Außenpolitik, wobei die spezifischen Belange beider Seiten genügend berücksichtigt werden sollten.

Brück:

*„Entwicklungshilfe kann keine außenpolitische Feuerwehr sein. Sie kann keine kurzfristigen Ziele verfolgen“*¹⁷.

¹⁶ *Bulletin* . . . , 11. 7. 1968, Nr. 88

¹⁷ *Deutscher Bundestag*, 5. Wahlperiode, 124. Sitzung, Bonn, 11. 10. 1967

Ertl:

„Ich betone noch einmal: Entwicklungshilfe muß langfristig betrieben werden. Sie kann daher nicht dem Auf und Ab der Außenpolitik unterworfen werden, denn die Außenpolitik und die Beziehungen der Völker untereinander sind ja einem sehr raschen Wechsel unterworfen. Wir müssen daher von uns aus dafür Sorge tragen, daß wir nicht durch eine langfristig angesetzte Entwicklungspolitik ständig in Spannungen oder in veränderte Situationen mit hineingezogen werden.“

*Wir glauben auch – und ich unterstreiche das, was der Kollege Brück hier gesagt hat –, daß es unserem Ansehen und unserer Stellung in der Welt nützlich sein kann und nützlich sein wird, wenn wir eine konstruktive Entwicklungspolitik betreiben“*¹⁸.

Wischnewski hat vor seinem Weggang aus dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit besonderen Wert darauf gelegt, daß diese Frage geklärt wird, und in seiner Rede in Tutzing dazu grundlegende Ausführungen gemacht:

– *„Die Erfahrungen, die wir mittlerweile in der entwicklungspolitischen Arbeit gewonnen haben, lassen uns eher zu dem Schluß kommen, daß der ursprünglich sehr starken außenpolitischen Fixierung der Entwicklungspolitik einige Fehleinschätzungen zugrunde liegen.“*

– *„Das Instrumentarium der Reaktionen muß den Aktionen anpaßbar, sehr flexibel sein.“*

– *„Bei kurzfristigen außenpolitischen Aktionen und Reaktionen kann die Entwicklungspolitik keinerlei Unterstützung bieten, wenn man nicht Gefahr laufen will, große Investitionen an Zeit, Geld und Arbeit erheblich zu gefährden.“*

– *„Aus diesen Überlegungen ergibt sich nicht, daß die Entwicklungspolitik nun gar nichts mehr mit der Außenpolitik zu tun hat. Denn Außenpolitik zielt ja keineswegs nur auf kurzfristige Bindungen und Entscheidungen, sondern mehr noch auf langfristige politische Beziehungen ab. Und hier nun ist gerade die Entwicklungspolitik ein sehr fruchtbares Bindeglied zu rund 100 Entwicklungsnationen der Welt. Indem durch gute wirtschaftliche Zusammenarbeit eine Vertrauensbasis geschaffen wird, wird auch der Boden für politisches Verständnis geebnet. Die jungen Nationen lassen sich nicht – das haben wir immer wieder feststellen können – unter Druck setzen. Sie respektieren im Gegenteil, wenn die Bundesrepublik zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereit ist, ohne politische Entscheidungen zu fordern. Dann bringen diese Länder um so eher Verständnis für unsere eigene politische Situation auf, soweit sie unsere Politik als glaubwürdig akzeptieren“*¹⁹.

Von dieser neuen Taktik, der Dritten Welt ihren Aggressions- und Revanchekurs in angepaßter Sprachregelung anzubieten, versprechen sich die Bonner Politiker eine bessere Wirkung. Waren sie früher nicht in der Lage die Aufnahme von Beziehungen und Kontakten zwischen der DDR und den befreiten Staaten Asiens und Afrikas

¹⁸ ebenda

¹⁹ *Bulletin* . . . , 11. 7. 1968, Nr. 88

gänzlich zu verhindern, soll ihnen diese „neue“ Form der Erpresserpolitik helfen, einer weiteren Vertiefung und Verbreitung dieser Beziehungen entgegenzuwirken.

Eine Abkehr von der Hallstein-Doktrin, wie in einigen westdeutschen Presseorganen zu lesen war, wird es aber keineswegs geben. Im Gegenteil. Gegenwärtig, wo die herrschenden Kreise in Bonn durch die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zur Aufgabe der Hallstein-Doktrin gegenüber den sozialistischen Staaten gezwungen wurden – die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der SFRJ und der BRD erfolgte Anfang des Jahres, wobei es Bonn nicht gelungen ist, Jugoslawien zum Abbruch der Beziehungen zur DDR zu bewegen –, klammern sie sich besonders an diese Doktrin.

Zu diesem Zeitpunkt war in der „Welt“ zu lesen:

„Die Wiederaufnahme der vor zehn Jahren abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Belgrad bedeutet nicht, daß die Bundesregierung von nun an die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Ostberlin durch andere Staaten nicht mehr als unfreundlichen Akt gegen die Bundesrepublik betrachten werde“²⁰.

Die rege Reisetätigkeit führender Bonner Politiker in die Länder der Dritten Welt, z. B. des CDU-CSU-Fraktionsvorsitzenden Barzel Anfang 1968 nach Indien, Bundestagspräsident Gerstenmaiers in der zweiten Maihälfte nach Indonesien, des Ministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Wischniewski, nach Ghana, Guinea und die VAR, Bundesaußenminister Brandts nach Marokko, Bundeskanzler Kiesingers im September 1968 nach Afghanistan, Iran, Türkei, unterstreicht, daß diese Länder verstärkt auf die Linie der Hallstein-Doktrin festgelegt werden sollen.

Erneute Bekräftigung der sozialökonomischen Hauptfunktion der „Entwicklungshilfe“

Auch wenn die Bonner Politiker in demagogischer Absicht nicht müde werden, der Welt zu versichern: *„Unser Verhältnis zu den einzelnen Staaten ist von dem Prinzip der Nichteinmischung in ihre inneren und äußeren Angelegenheiten geleitet, vom Prinzip der Gegenseitigkeit und der Gleichberechtigung“²¹*, so sprechen die Fakten eindeutig dagegen.

Genau so wie sie bestrebt sind, die Außenpolitik der Entwicklungsländer in ihrem Sinne zu beeinflussen, lassen sie nichts unversucht, ihr Modell der freien Marktwirtschaft in die Dritte Welt zu exportieren. Sie lehnen sich damit an das 1965 von der CDU geschaffene Entwicklungshilfe-Programm an, dessen Kernstück die proimperialistische Einflußnahme auf die Sozialstruktur darstellt. Dort hieß es:

„Die Zukunft der freien Welt hängt entscheidend davon ab, ob es ihr gelingt, eine wirksame Methode für den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau der Entwicklungsländer zu finden, die gleichzeitig die Völker dieser Länder vom Wert der freiheitlich-demokratischen Ordnung überzeugt“²².

Von Wischniewski wurde diese These wiederholt, als er im Oktober 1967 in der Erklärung der Bundesregierung vor dem Bundestag sagte:

„Entwicklungspolitik zielt ab auf ein sich schließlich selbst tragendes wirtschaftliches Wachstum und die hiermit zusammenhängenden gesellschaftlichen Veränderungen in der Entwicklungswelt“²³.

Die massive Werbung für das privatkapitalistische Unternehmertum und seine führende Rolle im Wirtschaftsmechanismus der Entwicklungsländer ist längst integrierter Bestandteil der neokolonialistischen Expansion geworden. Skrupellos werden dabei die auf sozialistischer oder antikapitalistischer Grundlage errungenen wirtschaftlichen Erfolge verfälscht bzw. diese sozialökonomischen Strukturen „stationär“ oder „stagnierender“ Tendenzen beschuldigt. Wirtschaftsminister Schiller benutzte sein Auftreten vor der Welthandelskonferenz in Neu Delhi, um dieser Werbung in den Entwicklungsländern zum Durchbruch zu verhelfen:

„... der soziale Strukturwandel (ist) in den Entwicklungsländern nicht zu umgehen. Entwicklung ist nicht nur ein technologisches, sondern in erster Linie ein Problem sozialer Reformen. Alle Hilfe für diese Länder wird umsonst sein, wenn sie nur alte Sozialstrukturen aufrechterhält oder wenn der Verlauf der Entwicklung nur auf eine Art Basarkapitalismus hinausläuft“²⁴.

Nach Meinung der Bonner Politiker bietet eine auf privatkapitalistischer Grundlage beruhende ökonomische Entwicklung – und nur so wird das wirtschaftliche Wachstum interpretiert – die Garantie, daß diese Länder dem kapitalistischen Wirtschaftssystem erhalten bleiben. Proimperialistische politische Haltungen könnten dann ebenfalls eher erpreßt werden. Die verschiedenen Formen der sogenannten Entwicklungshilfe werden dieser konterrevolutionären Strategie untergeordnet.

Auf diese Weise greift Bonn direkt ein in die Auseinandersetzung um den einschlagenden Entwicklungsweg und versucht sie zugunsten neokolonialistischer Zielsetzung zu beeinflussen.

Regionale Schwerpunktbildung

Im Zuge der politischen und ökonomischen „Effektivierung“ der Entwicklungshilfe, der engeren Verflechtung außenpolitischer und außenwirtschaftlicher Ak-

20 Die Welt, Hamburg, 1. 2. 1968, Ausg. B.

21 W. Brandt, *Friedenspolitik in Europa*, S. Fischer-Verlag, Frankfurt (Main), 1968, S. 204.

22 CDU und Entwicklungshilfe, in: *Handbuch der Entwicklungshilfe*, Baden-Baden, II A 32, S. 2.

23 Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, 124. Sitzung, Bonn, 11. 10. 1967

24 Bulletin . . . , 7. 2. 1968, Nr. 16

tionen zur Durchsetzung ihres expansiven Programms sind die Bonner Politiker bestrebt, die regionale Wirksamkeit ihrer neokolonialistischen Expansion zu erhöhen.

Nicht selten mußten sie sich in der Vergangenheit aus ihren eigenen Reihen den Vorwurf anhören, eine „Gießkannen-Politik“ zu betreiben, die sich politisch und ökonomisch nicht in entsprechendem Maße auszahle. Die neokolonialistische Praktik Bonns, bei Entstehen von unabhängigen Staaten in Asien oder Afrika mit Hilfe des Scheckbuchs sogleich präsent zu sein, um nicht zuzulassen, daß die DDR ihre Kontakte und Beziehungen zu dieser Staatengruppe ausweitet, zog bekanntlich eine gewisse breite Streuung staatlicher Kredite und Anleihen nach sich.

Die „Entwicklungskredite“ verteilen sich bis 1966 auf insgesamt 91 Länder, 77,5 Prozent der Gesamtsumme floß jedoch in 25 Länder. Obwohl diese Zahlen eine gewisse Schwerpunktbildung ausweisen, wollte man sich in Bonn damit nicht zufrieden geben, zumal die sogenannte Entwicklungshilfe mit der zunehmenden Steigerung der Lebenshaltungskosten im eigenen Lande und der wachsenden ökonomischen Labilität in das Schußfeld innerpolitischer Auseinandersetzungen geriet. Politiker wie Brandt sahen sich deshalb vor die Aufgabe gestellt, die bisherigen neokolonialistischen Praktiken zu verteidigen. In einem Interview mit der Wochenzeitschrift „Christ und Welt“ sagte er:

„Unsere Präsenz durch Botschaften in nahezu allen Hauptstädten Afrikas hat sich politisch bewährt. Wir freuen uns auch, daß Bonn heute neben Washington der Regierungssitz mit der größten Zahl afrikanischer Botschaften ist. Das hat sich für unsere Beziehungen positiv ausgewirkt. Jedenfalls würde es ungünstig wirken, wenn wir uns aus zahlreichen Hauptstädten wieder zurückzögen“²⁵.

In der Tat, die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu fast allen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und die damit verbundenen wirtschaftlichen Kontakte geben dem westdeutschen Imperialismus gewisse Vorteile in die Hand, um die er früher erbittert gekämpft hatte. Auf diese Weise hat er sich in traditionellen Einflußsphären anderer imperialistischer Großmächte (z. B. Südasien, Westafrika) einen Platz erobert, den er nicht so ohne weiteres aufgeben möchte. Andererseits „belastet“ eine derartige breite Streuung sein Potential, und der Akzent der Schwerpunktbildung rückte mehr und mehr in das Zentrum seiner Aufmerksamkeit. Bei der Konzipierung des Zehn-Jahres-Programms der Entwicklungshilfe legte er deshalb auf eine neue, differenzierte politische und ökonomische Taktik gegenüber den einzelnen Kontinenten großen Wert. Der bereits zitierte Gerhard Jahn formulierte dazu den offiziellen Bonner Standpunkt, als er sagte:

„Regionale Schwerpunktbildung bedeutet daher wohl nicht, das Gewicht unserer politischen Bemühungen auf eine Region auf Kosten der anderen zu legen, sondern innerhalb der Region Prioritäten zu setzen, unsere Bemühungen radikal zu begrenzen auf die wichtigsten, für die Zukunft ihres Kontinents entscheidenden Zentren der Entwicklung, ohne die anderen dabei völlig zu vernachlässigen. Eine solche Ent-

scheidung dürfte zur Zeit in Lateinamerika und Asien leichter fallen als in Afrika, wo sich entsprechende Entwicklungen noch nicht abzeichnen“²⁶.

Von der politischen Zielsetzung her und dem aggressiven Bestreben geleitet, die USA im Rahmen der Globalstrategie in Südostasien stärker als bisher finanziell zu „entlasten“, kommt der Asien-Politik besondere Bedeutung zu. Sie wurde von Außenminister Brandt am 8. März 1968 beim „Liebesmahl“ des Ostasiatischen Vereins in Hamburg wie folgt umrissen:

„Die Bedeutung Asiens – dieses von Krisen geschüttelten und zugleich im Aufbau begriffenen volkreichsten Erdteils – für das Weltgeschehen und damit auch für uns, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden“²⁷.

Hier wird eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß Bonn sich vollinhaltlich mit dem Ziel des USA-Imperialismus solidarisiert, in Asien, speziell in Südostasien, eine wichtige Entscheidung zugunsten des imperialistischen Systems herbeizuführen. Da Bonn gegenwärtig nicht in der Lage ist, offen an der militärischen Intervention gegen das vietnamesische Volk teilzunehmen, versucht es einerseits, durch seine politische und finanzielle Bündnistreue zu den USA in der Vietnam-Aggression präsent zu sein und die reaktionären Kräfte zu unterstützen, andererseits verstärkt es seine Bemühungen, die vorhandenen neutralistischen Positionen bestimmter Länder Asiens, u. a. Indiens, politisch und ökonomisch zu untergraben. Im Zehn-Jahres-Programm rangiert deshalb Asien in der Vergabe von Finanzhilfe, d. h. vorzugsweise staatlichen Kapitaleports, an erster Stelle.

Hinsichtlich der „neuen“ Lateinamerika-Politik äußerte Gerhard Jahn:

„Lateinamerika mit seiner tiefverwurzelten Deutschfreundlichkeit und seinem Bewußtsein der geistigen und politischen Zugehörigkeit zum freien Westen und in seiner Stellung als ‚nearest to take off‘ und als Partner für enge wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit ist immer stärker, besonders seit der Machtübernahme Fidel Castros und der Entfremdung zu den Vereinigten Staaten, in die Reichweite der deutschen Politik geraten. Am beiderseitigen Nutzen der Zusammenarbeit gemessen, liegt hier wohl das dankbarste Feld“²⁸.

Auch in Lateinamerika stehen die Interessen der USA-Globalstrategie im Vordergrund. Während den USA durch die Aggression gegen Vietnam in bestimmtem Maße die Hände gebunden sind und sie in Lateinamerika immer mehr Prestige verlieren, versucht der westdeutsche Imperialismus, das lateinamerikanische Terrain für die politischen Ziele des imperialistischen Systems zu gewinnen. Gleichzeitig aber wird die als „enge wirtschaftliche Zusammenarbeit“ umschriebene eigene ökonomische Expansion der westdeutschen Monopole verstärkt betrieben. Dazu dient die im Zehn-Jahres-Programm dargelegte Konzentrierung auf die „Misch-

26 Bulletin . . . , 20. 7. 1968, Nr. 92

27 Bulletin . . . , 9. 3. 1968, Nr. 32

28 Bulletin . . . , 20. 7. 1968, Nr. 92

finanzierung“ für Lateinamerika, die in der Endkonsequenz auf eine Bevorzugung privater Direktinvestitionen hinausläuft.

Der politische Schwerpunkt für Afrika wurde von Jahn folgendermaßen umrissen:

„Afrika liegt uns am nächsten und ist Europa historisch am engsten verbunden; es ist damit das natürlichste Feld deutscher und europäischer Interessen. Seine 40 unabhängigen Staaten besitzen ein Gewicht, das wir nicht vernachlässigen dürfen. Mit seinen unterschiedlichen Kolonialtraditionen und den akuten Schwierigkeiten der Entkolonialisierung, der Ersetzung der Führungsschichten aus den eigenen Reihen, sein unvorbereiteter Wurf in die Verantwortung, unterentwickeltes Staats- und Nationalbewußtsein und das Fehlen verbindlicher Leitbilder zwischen Wall-Street, sozialer Marktwirtschaft, Moskau, Belgrad, Peking und Tel Aviv wird es uns noch jahrzehntelang als Hort der Unruhe und des Unfriedens begegnen. Hier liegt auch für uns eine große Verantwortung“²⁹.

Bonn ist sich offenbar bewußt, daß sich der afrikanische Kontinent in einer Umbruchsituation befindet, in der die Entscheidungen über den einzuschlagenden Entwicklungsweg im großen und ganzen noch ausstehen. Diesen Prozeß im Sinne des Neokolonialismus zu beeinflussen, soll in den nächsten 10 Jahren vorrangig durch die technische Hilfe und Bildungshilfe betrieben werden. Das bedeutet nichts anderes, als daß sich Bonn gleich mit Beginn der Herausbildung industrieller Grundlagen in den einzelnen afrikanischen Staaten ein solches Mitspracherecht sichern möchte, daß ihm Afrika in Zukunft als politische und ökonomische Einflußsphäre größten Umfangs vorbehalten bleibt.

Effektivierung des ökonomischen Instrumentariums

Die regionale Schwerpunktbildung beweist, daß Bonn mit seiner Entwicklungspolitik in das Stadium der differenzierten Anwendung der verschiedensten Mittel und Methoden getreten ist. Doch sollte dabei nicht übersehen werden, daß sich im Unterschied zu den Adenauer- und Erhard-Regierungen die wirtschaftliche Gesamtlage des westdeutschen Imperialismus infolge der sich verschärfenden inneren und äußeren Widersprüche im imperialistischen System (u. a. durch die wachsende Konkurrenz zwischen den imperialistischen Staaten) und einer kostspieligen Rüstungs- und Außenpolitik verschlechtert hat. Das heißt, die ökonomischen Grundlagen für eine verstärkte ökonomische Expansion nach außen werden in Anbetracht der Krisenerscheinungen in der westdeutschen Wirtschaft generell erschüttert.

Die Effektivierung des ökonomischen Instrumentariums sowohl von Region zu Region als auch im Rahmen des neokolonialistischen Systems vollzieht sich folglich einerseits auf dem Hintergrund der veränderten Weltlage – vorwiegend durch das imperialistische Bestreben diktiert, in eine Offensive gegen die Kräfte des Sozia-

lismus und der Demokratie zu kommen – und ergibt sich andererseits aus der veränderten, teilweise geschwächten ökonomischen Ausgangsposition des westdeutschen Imperialismus heraus, wobei auch Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution eine Rolle spielen.

Nach wie vor gilt die ökonomische Maxime des westdeutschen Neokolonialismus, die Entwicklungsländer als entscheidende westdeutsche Marktreserve der Gegenwart und Zukunft sowie auf der Beschaffungs- und Absatzseite zu erhalten. Nach Wischnewski soll sich die Entwicklungshilfe, wie er in einer Erklärung am 11. Oktober 1967 vor dem Bundestag betonte, als „stabilisierender Faktor in Zeiten zurückbleibenden Wachstums“ erweisen.

Diesen Trend weiter zu stimulieren und auszubauen, dienen vor allem die im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung bereitgestellten Mittel. Danach erhöht sich der Anteil der Entwicklungshilfe am Gesamthaushalt bis 1971 wie folgt³⁰:

1967 =	1,7 Mrd. DM
1968 =	2,1 Mrd. DM
1969 =	2,3 Mrd. DM
1970 =	2,4 Mrd. DM
1971 =	2,6 Mrd. DM

Inwieweit sich diese Steigerung der Entwicklungshilfe weiter fortsetzen oder in der Tendenz rückläufig sein wird, bleibt abzuwarten. Auch sind im Zusammenhang mit dem Zehn-Jahres-Programm (bis 1980) keine Zahlen genannt worden.

Dagegen gibt es eine Reihe Hinweise über Schwerpunktbildungen im Rahmen des ökonomischen Instrumentariums. Der Einfluß auf den Agrarsektor in den Entwicklungsländern gewinnt an Priorität. Vergleicht man die Aufgabenstellung mit vorangegangenen Entwicklungen, vorwiegend im industriellen Bereich mit Hilfe von Lieferungen an Maschinen und Industrieanordnungen das neokolonialistische Geschäft profitabel zu gestalten, kann man eine Umorientierung eindeutig ablesen. In offiziellen Stellungnahmen wird immer wieder hervorgehoben, daß diese Umorientierung durch das niedrige Niveau der Agrarproduktion in den Entwicklungsländern und der daraus resultierenden „Hunger-Katastrophe“ für die „Dritte Welt“ bedingt sei, d. h., die westlichen Industriestaaten aus reinem Altruismus dazu übergangen, die landwirtschaftliche Produktion in Gang zu bringen. In Wirklichkeit aber wollen die westdeutschen Monopole durch die Einflußnahme auf die Agrarproduktion die Tendenz zur Industrialisierung in der Dritten Welt eindämmen, da die Entwicklung einer unabhängigen nationalen Wirtschaft und neokolonialistische Ausbeutung unvereinbar sind.

Auf der gleichen Ebene liegt das in den vergangenen Wochen mit großem propagandistischen Aufwand erklärte Vorhaben, das Tabu Geburtenkontrolle fallen zu lassen und zunächst auf dem Gebiet der Beratung und Information im Rahmen der Familienplanung wirksam zu werden.

Ein weiterer Schwerpunkt soll nach Angaben Wischnewskis im Zehn-Jahres-Programm die produktionswirksame und projektgebundene Kapitalhilfe werden, d. h., Kapital- und Warenexport sollen möglichst schnell Profit abwerfen. Dabei spielt der Umstand keine untergeordnete Rolle, daß das Verschuldungsproblem immer prekärer wird. Von den rund 10 Milliarden Dollar, die den Entwicklungsländern gegenwärtig aus langfristigen öffentlichen und privaten Leistungen der westlichen Industriestaaten jährlich zufließen, müssen 4 Milliarden Dollar für den Schuldendienst verwendet werden. Auf dieser Basis lassen sich keine stabilen Wirtschaftsbeziehungen zur Dritten Welt entwickeln, die – langfristig betrachtet – neokolonialistischen Profit abwerfen.

Die Diskussion um die Frage sind in vollem Gange. Sie reichen von der Forderung nach sogenannten weichen Kreditbedingungen (Laufzeiten von etwa 20 Jahren bei einem Durchschnittszins von 3,3 Prozent) bis hin zur Partnerschaft mit dem Auslandskapital sowohl auf dem Produktions- als auch Handelssektor. Die Ergänzung des „Entwicklungshilfesteuergesetzes“, das in Geltungsdauer und Wirkungsbereich erweitert wurde und das sich nun auch auf Investitionen in Grund und Boden, Banken, Versicherungen und über die „Deutsche Entwicklungsgesellschaft“ abgewinkelte Beteiligungen erstreckt, ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Effektivierung der privaten Direktinvestitionen von Bonn verstärkt betrieben wird.

Weiterhin scheint wichtig, das Verhältnis von bilateraler und multilateraler „Hilfe“ zu verfolgen. Aus den vorangegangenen Darlegungen ergibt sich, daß dieses Verhältnis im Zuge der verstärkten Durchsetzung eigenständiger neokolonialistischer Zielsetzungen Verschiebungen erfahren wird. Nach dem „Volkswirt“ vom 28. Juni 1968 ist im Zehn-Jahres-Programm „der Vorrang der bilateralen Zusammenarbeit vor dem multilateralen Engagement“ eindeutig formuliert. Es bleibt abzuwarten, welche Ergebnisse der bisherige Stand von 80 (bilateral) zu 20 (multilateral) in Zukunft ausweisen wird. Wichtig scheint, daß der westdeutsche Imperialismus trotz des Drängens von Seiten Frankreichs und der USA nicht gewillt ist, seinen finanziellen „Einsatz“ in den multilateralen Institutionen des Neokolonialismus (Weltbank, Entwicklungsfonds der EWG u. a.) zu erhöhen.

Und nicht zuletzt ist Bonn darauf aus, den als Entwicklungshilfe getarnten Waren- und Kapitalexport nach Übersee stärker als in der Vergangenheit als „Konjunkturspritze“ wirken zu lassen.

Der Übergang zu einer langfristigen Konzipierung der Entwicklungspolitik, der durch eine Erhöhung des politischen und ökonomischen Effekts, verknüpft mit sozialökonomischen Wirkungen, charakterisiert wird und eine verstärkte Koordinierung der verschiedenen Aktionen auf außenpolitischem Gebiet und differenzierte und flexible Handhabung des neokolonialistischen Instrumentariums zur Folge hat, bedeutet eine neue Herausforderung an die sogenannte Dritte Welt. Er steht in völligem Einklang mit der neuen Phase der Expansion nach innen und außen und zeigt, daß der westdeutsche Neokolonialismus mit verstärktem Kräfteinsatz jeglicher Art den Widerspruch zwischen den gesamtimperialistischen und den eigenständigen Interessen zu seinen Gunsten lösen möchte, was einerseits unweigerlich zu neuen Konflikten und Zusammenstößen zwischen den imperialistischen Großmächten füh-

ren und andererseits die Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und nationaler Befreiungsbewegung zuspitzen wird.

Die alten Mittel und Methoden waren früher daher nicht ausreichend; haben sich teilweise entlarvt oder brachten nicht den politischen und ökonomischen Profit, der erwartet worden war. Deshalb besteht zwischen dem Übergang zu einer „neuen“ Entwicklungspolitik und dem Eintritt rechter Führer der westdeutschen Sozialdemokratie in das Bonner Kabinett ein enger Zusammenhang. Ohne die sozialdemokratischen Führer, die bereits in dem vergangenen Jahrzehnt bei der Ausarbeitung der neokolonialistischen Strategie und Taktik federführend beteiligt waren und die sich auch auf diesem Gebiet Bonner Politik als Erfüllungsgehilfen des westdeutschen Imperialismus erwiesen haben, hätte diese Modifizierung nicht erfolgen können. Durch Ausnutzung ihres Ansehens, das die deutsche Sozialdemokratie einmal bei den Völkern hatte, sollen die revanchistischen und expansionistischen Ziele des westdeutschen Imperialismus glaubwürdiger und lösbarer gemacht werden. Die im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung bereitgestellten finanziellen Mittel für die Entwicklungspolitik dokumentieren ein weiteres Mal, welche Bedeutung Bonn der neuen Phase der neokolonialistischen Expansion in seinem Großmachtstreben zuweist. Diese neue Herausforderung an die Dritte Welt ist in ihrer Gefährlichkeit nicht zu unterschätzen, vor allem deshalb, weil sie auf dem Hintergrund der sich verschärfenden inneren und äußeren politischen und ökonomischen Widersprüche des imperialistischen System erfolgt, die Ausdruck seiner geschwächten Positionen sind. Der dem westdeutschen Imperialismus anhaftende Widerspruch zwischen Schwäche und Gefährlichkeit erfährt auf diese Weise eine weitere Nuancierung.

Angesichts der gegenwärtigen Weltlage, in der sich das Tempo zur Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus der nationalen Unabhängigkeit und des sozialen Fortschritts etwas verlangsamt hat und der Prozeß der fortschrittlichen Entwicklung in der Dritten Welt äußerst konfliktvoll verläuft, ist damit zu rechnen, daß die Bonner Politiker bestimmte zeitweilige Teilerfolge für sich verbuchen, den historisch objektiven Trend ihrer Perspektivlosigkeit aber keineswegs aufhalten können.

Auf der Tagesordnung in den befreiten Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas stehen weiterhin die objektiven Forderungen nach Festigung der Souveränität, Erringung der ökonomischen Unabhängigkeit und Überwindung der technisch-ökonomischen Rückständigkeit. Die gemeinsamen Anstrengungen der jungen Nationalstaaten und der sozialistischen Länder im Kampf gegen die imperialistische Globalstrategie sind die wirksamste Garantie dafür, daß die westdeutschen Neokolonialisten auch mit dieser „neuen“ Strategie und Taktik ihrer Entwicklungspolitik scheitern werden.

Jean Marcel

Die neokolonialistische „Entwicklungshilfe“ des französischen Imperialismus

Aus: *économie et politique*, Paris, April/Mai 1969, Nr. 117/118

Vorbemerkung der Redaktion von „économie et politique“

Das gaullistische Regime hat, ob es sich um Innenpolitik oder um Diplomatie handelt, im Grunde genommen die gleichen Hauptanliegen: Mit den ihm eigentümlichen Mitteln den allgemeinen Interessen der großen Kapitalgruppen gerecht zu werden. Die Beziehungen, die das gaullistische Regime zu den Ländern der „Dritten Welt“ unterhält, beruhen auf einem ähnlichen Prinzip.

Seit dem Zweiten Weltkrieg haben sich diese Beziehungen fühlbar weiterentwickelt, wie es der Aufsatz von J. Marcel zeigt, den er den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und den unterentwickelten Ländern widmet. Das gaullistische Regime kann gewiß nicht den neuen Machtverhältnissen, die sich in der Welt nach 1945 ergeben haben, entfliehen. Doch ist der französische Imperialismus ja heute unter den Großmächten einer der Schwächsten und sein Manövrierfeld in diesem Bereich ist viel begrenzter, als es vor dem Zweiten Weltkrieg der Fall war.

Im Gegensatz dazu kann der französische Imperialismus sich politische Vorteile nutzbar machen, die keine andere kapitalistische Großmacht besitzt. Er bemüht gerne die großen Stunden der französischen Geschichte: Die Revolutionen von 1789 und 1848; die historische Rolle, die der Präsident der Republik zu spielen versteht, seine Außenpolitik, beide tragen in gleicher Weise zur Stärkung der politischen Position des französischen Imperialismus in einer Anzahl von Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas bei. Schließlich die für viele Länder wichtige Tatsache: Frankreich erscheint von allen imperialistischen Großmächten auf Grund seiner relativen Schwäche als am wenigsten gefährlich.

Unter dem Druck dieser Tatsachen ist der französische Imperialismus bestrebt, sich zu wandeln: sicher nicht in seinem Wesen, denn er bleibt Imperialismus, aber doch in seinen Methoden. Er besitzt heute nicht mehr die „wucherischen Charakteristiken“, wie sie von Lenin in „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ herausgestellt werden. Er ist heute nicht mehr eine Ökonomie des Sklavenhandels. Aus dieser Sicht unterstreicht Marcel mit Recht die neuen Formen, die die Beziehungen zwischen dem französischen Imperialismus und seinen ehemaligen Kolonien annehmen: Technische und kulturelle Kooperation, aber auch Entwicklung des Außenhandels und der militärischen Ausrüstung. Marcel zeigt aber auch die Verkettung dieser neuen Formen mit den alten kolonialen Verhältnissen. Diese neokolonialistische Politik ändert tatsächlich nichts an den tradi-

tionellen Methoden des Imperialismus. Aber die Anwendung unterscheidet sich gegenüber den einzelnen Ländern. Sie trägt jetzt den örtlichen Machtverhältnissen und der jedem Lande eigenen Situation Rechnung. Ohne diese einzelnen Aspekte zu vernachlässigen, zeigt der Beitrag von J. Marcel vor allem die Gesamtorientierung der gaullistischen Politik in einem Bereich, in dem sie sich in ganz besonderer Höflichkeit geradezu demagogisch überbietet.

Jean Marcel, Die neokolonialistische „Entwicklungshilfe“ des französischen Imperialismus

Seit dem Ende des Algerienkrieges versucht das gaullistische Regime mit seiner vielfältigen Propaganda, im nationalen wie im internationalen Rahmen, die mit den unterentwickelten Ländern unterhaltenen Beziehungen in einem neuen Licht darzustellen. Es handelt sich um eine Offensive des Neokolonialismus, der die imperialistischen Aspekte der gaullistischen Politik gegenüber diesen Ländern verdecken soll.

Diese Offensive stützt sich auf folgende Argumente:

1. Die Politik der Entwicklungshilfe und der Kooperation des gaullistischen Regimes wird mit Hilfe eines großen Zahlenmaterials und der Prozentrechnung so dargeboten, als sei sie die beste der kapitalistischen Länder. Sie wird sogar über jeden Vergleich erhoben.
2. In den internationalen Wirtschaftsinstitutionen erklären die gaullistischen Minister unaufhörlich, daß die Kosten der Rohstoffe stabilisiert werden müssen, um den Verfall des Außenhandels der unterentwickelten Länder zu stoppen. Am Rande sei vermerkt, daß es falsch und ohne jede Begründung ist, zu behaupten, es könne zu einer radikalen Lösung der Handelsprobleme kommen, betrachtet man auch nur flüchtig die jüngsten Berichte über den Welthandel im Austausch von Rohstoffen. Ist es doch eine bekannte Tatsache, daß die entwickelten Länder immer mehr Rohstoffe importieren, deren unmittelbare Gewinnung wie auch Kommerzialisierung sich die großen Monopole innerhalb der „Dritten Welt“ sichern. In jedem Fall stehen solche Erklärungen von guten Absichten nicht im Einklang mit den Handelspraktiken des französischen Imperialismus. Die Praxis steht in flagrantem Widerspruch zu den Parolen.
3. Die politischen Aspekte dieser Offensive beruhen auf der Ausschöpfung gewisser realistischer Möglichkeiten der französischen Außenpolitik und den Widersprüchen zum amerikanischen Imperialismus.
4. Diese Offensive hat auch einen ideologischen Bereich und gewisse Lobredner des persönlichen Regimes gehen soweit, der Gaullismus sei der Dekolonisator Algeriens und weiter Territorien Afrikas oder, besser noch, schon in den Ursprüngen des Gaullismus sei die Tendenz zum Anti-Kolonialismus zu finden. In diesem Zusammenhang wird oft aus den Erklärungen *de Gaulles* in Brazzaville (1944) zitiert: „... Im Augenblick, als dieser jetzige Weltkrieg begann, wurde bereits die Notwendigkeit deutlich, die Bedingungen für einen guten Stand unseres Afrikas, für den humanen Fortschritt

seiner Bewohner und für die Ausübung der französischen Souveränität auf neuen Grundlagen zu schaffen. . .“

Daß an erster Stelle der „gute Stand auf neuer Grundlage“ genannt wird, zeigt das Bestreben der französischen Monopole, gewisse afrikanische Territorien stärker auszubeuten, als es der französische Imperialismus unter der Voraussetzung kolonialer Reserven vor dem Zweiten Weltkrieg offenbar ungenügend getan hat. In gleicher Weise von „unserem Afrika“ und von der Ausübung der französischen Souveränität zu sprechen, mag heute doppeldeutig erscheinen, aber im kolonialen Zusammenhang jener Zeit kann es nicht als Aufruf zur Emanzipation der afrikanischen Völker ausgelegt werden¹.

Die vorliegende Studie hält sich besonders an die gaullistische Entwicklungshilfe in den unterentwickelten Ländern; aber man kann diese nicht aus dem allgemeinen Zusammenhang des Neokolonialismus herausreißen.

Es ist daran zu erinnern, daß die französische Entwicklungshilfe in den unterentwickelten Ländern die historische Fortsetzung der „Hilfe für die Kolonien“ ist. Sie bleibt übrigens auch weiterhin eine Hilfe für die Kolonien – in dem Maße nämlich, solange ein Drittel der öffentlichen Hilfgelder, die gegenwärtig ausgegeben werden, für die noch bestehenden Kolonien (überseeische Departements und Territorien) bestimmt sind. Die restlichen zwei Drittel dieser öffentlichen Hilfgelder gehen dann vorzugsweise in Gebiete der unterentwickelten Welt, wo die Kolonialgesellschaften und die Monopole Frankreichs immer noch fest sitzen. Seit dem zweiten Weltkrieg hatte man begonnen, von der „Hilfe an die Kolonien“ zu sprechen. Orientierung und Programme der kolonialen Hilfe umfaßten die Entwicklung der Infrastruktur, der Energiegewinnung sowie der Transportmöglichkeiten und, in geringerem Maße, Sozialmaßnahmen wie Bildungs- und Gesundheitswesen, um Arbeitskräfte zu erhalten, die imstande sind, produktiv zu arbeiten. Die „Hilfe für die unterentwickelten Länder“ setzt dieses koloniale Programm fort.

Da der Zusammenhang sich indessen verändert hatte, mußte (mehr oder weniger formell) der politischen Unabhängigkeit der entkolonialisierten Länder Rechnung getragen werden. In gleicher Weise mußte man die politische und wirtschaftliche Ausstrahlung der sozialistischen Länder sowie deren Hilfe für die unterentwickelten Länder berücksichtigen. Denn diese unterscheidet sich durch ihren Uneigennützigkeitscharakter und den entschiedenen Beitrag, den sie einer realen wirtschaftlichen Entwicklung auf Sektoren wie der Landwirtschaft oder der Grundstoffindustrialisierung beibringt, grundlegend von der Entwicklungshilfe der kapitalistischen Staaten. Man ist also gegenwärtig in den monopolistischen Kreisen gezwungen, eine Entwicklungshilfe und Kooperation anzubieten, in deren Rahmen ebenfalls Geldmittel für die Landwirtschaft und für einen bestimmten Grad der Industrialisierung bereitgestellt werden. Die Hilfe an unerentwickelte Länder soll von den Formen der Verwaltung und direkten Beherrschung, wie sie den Kolonialismus kennzeichnen, zu indirekten und verborgenen Formen übergehen, die dem Neokolonialismus eigen sind.

¹ Der Leser findet eine ausgezeichnete Widerlegung der gaullistischen Behauptungen bei J. Arnault *Du colonialisme au socialisme*, Paris, 1968, S. 25–29.

Entwicklungshilfe nach den amtlichen Dokumenten

Die amtlichen Veröffentlichungen über die Entwicklungshilfe beruhen auf folgenden Manipulationstechniken:

1. Finanzmäßige Schätzung aller Leistungen in Kapital, Krediten, Gütern und Dienstleistungen, die im Hilfsprogramm für unterentwickelte Länder durch die Regierung (öffentliche Entwicklungshilfe) ausgewiesen sind. Sorgfältig werden dort auch die privaten Investitionen französischer Firmen in den unterentwickelten Ländern und ebenso die Exportkredite (diese beiden Formen bilden die sogenannte private Entwicklungshilfe) angeführt.

2. Diese Ausgaben der öffentlichen oder privaten Hilfe werden als Grundlage der „Entwicklungshilfe“ angesehen, ohne die Tatsache zu berücksichtigen, daß ein guter Teil dieser Ausgaben in Frankreich getätigt wird oder dorthin nachträglich in Form von Gewinnen der Industriegesellschaften, Handelsunternehmen und Forschungsbüros oder in Form von Rückführung der an die im Rahmen der Zusammenarbeit tätigen Entwicklungshelfer gezahlten Vergütungen zurückfließt.

Die offiziellen Unterlagen unterscheiden zwischen „bilateraler Hilfe“, deren Ausführung der französischen Verwaltung obliegt und zwischen „multilateraler Hilfe“, die über die Sonderorganisationen der Weltbank und ihre Zweigstellen bzw. über die Sonderorganisationen der EWG (Europäischer Entwicklungsfonds) läuft.

Zu dieser offiziellen Darstellung der Hilfe für unterentwickelte Länder zwei Bemerkungen:

Zunächst eine Bemerkung zu der Kluft, die zwischen der Hilfe für die unterentwickelten Länder, wie sie uns dargestellt wird, und der wirklichen Hilfe an diese Länder, existiert. Sicherlich schließt die kapitalistische Hilfe an die unterentwickelten Länder allgemein gewisse Realisierungen in bestimmten Bereichen, die von Bedeutung sind (wichtige Infrastrukturen für den Verkehr, Stauwerke, soziale Einrichtungen) nicht aus, aber sie ist Teil einer Gesamtpolitik, die darauf abzielt, die Verwirklichung von vorrangigen Strukturformen zum Aufbau einer nationalen Wirtschaft zu verhindern. Die grundlegende Unfähigkeit der kapitalistischen Hilfe, die Entwicklung voranzutreiben, ergibt sich gerade aus der Tatsache, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus vor allem das Interesse der Monopole vertritt. Diese jedoch haben ein Interesse daran, die unterentwickelten Länder in einem Zustand der Rückständigkeit ihrer Produktivkräfte und damit in Abhängigkeit zu halten. So konnten sich die neuerdings unabhängig gewordenen Länder, die in erster Linie auf die kapitalistische Hilfe zählten, nicht aus ihrer Abhängigkeit lösen und sind einer echten Hemmung der Entwicklung ihrer nationalen Wirtschaft ausgesetzt. Diese Form der Entwicklungshilfe sichert die Macht der Monopole über die Reichtümer der unterentwickelten Länder und hält diese in der Lage von Rohstofflieferanten und des Kunden für industrielle Produkte.

Die zweite Bemerkung betrifft die „private Hilfe“. Es ist doch seltsam, die privaten Investitionen allein deshalb als „Entwicklungshilfe“ anzusehen, weil sie in Afrika, Asien oder Lateinamerika erfolgen. Tatsächlich vollziehen die Monopole einen Kapitalexport, um erhöhte Profite zu erzielen. Die andere Form „privater

Hilfe“ stellt sich in den Exportkrediten dar. Unserer Meinung nach ist das eher eine Erleichterung für die Exportfirma als für ihren Kunden. Tatsächlich dient diese „private Hilfe“ dazu, die Zahlen der Hilfe für die unterentwickelten Länder mit dem Ziel einer offensichtlichen Ehrenrettung aufzublähen.

Entwicklung des Umfangs der französischen Hilfe

Nach der Bewertung in harter Währung (US-Dollar als Rechnungseinheit) ist die Entwicklung durch folgende Tabelle gekennzeichnet (entnommen den Berichten des Komitees für Entwicklungshilfe der O.E.C.D.)².

Tabelle 1

Gesamtbetrag der französischen Hilfe an die unterentwickelten Länder
(in Millionen Dollar)

	öffentliche Hilfe (total) *	private Hilfe	gesamt
1961	943,3	489	1.432,5
1962	977	430	1.407
1963	850	413	1.264,6
1964	831	550	1.381,5
1965	752	567	1.319
1966	721	568	1.289
1967	744,8	575	1.319

* Unmittelbare, multilaterale öffentliche Entwicklungshilfe

Man kann demnach eine Abwärtsbewegung des Globalvolumens der öffentlichen und privaten Hilfe feststellen. Diese Abwärtsbewegung führt zu der Frage, wie stark die Hilfe tatsächlich gesunken ist, wenn man noch die ständige Erhöhung der Preise und der mit der Hilfeleistung verbundenen Dienstleistungen in Betracht zieht, wie sie sich finanziell ausdrückt.

Nach der O.E.C.D. fiel das Globalvolumen der Hilfe, bezogen auf das Nationaleinkommen, von 2,5 % des Nationaleinkommens 1962 auf 1,7 % im Jahr 1966. Vergleicht man diese Zahlen mit denen anderer westlicher Länder, die Entwicklungshilfe gewähren, dann ergibt sich für Frankreich ein höherer Prozentsatz: USA – Schwankungen um 0,95 %; BRD von 1,32 % (1962) auf 0,65 % (1966). Ebenso zeigt die Tabelle einen ständigen Rückgang der öffentlichen Hilfe und eine bisweilen sprungweise Erweiterung der privaten Hilfe.

² 1961–1964, 1965, 1966, 1967, 1968.

1. Entwicklung der privaten Hilfe, ihre Bedeutung

Wichtig ist zu wissen, wie es sich wirklich mit der Erweiterung der privaten Hilfe verhält; denn diese ist ein Schwerpunkt der gaullistischen Politik. Außerdem muß diese Hilfe in zwei Bestandteile zerlegt werden: einerseits die Exportkredite, von denen 9/10 mit staatlicher Garantie gegeben werden und andererseits die privaten Investitionen.

a) Die Exportkredite

Wir sehen einerseits den geringen Anteil des reinen Beitrages aus dem privaten Sektor, der nicht vom Staat garantiert ist. Das ist im übrigen für uns nicht verwunderlich. Es besteht ein Trend zur Vermehrung der Exportkredite, der sich jedoch nicht in einer konsequenten Vermehrung seiner Nutzen fortsetzt. Die Unternehmerzeitschrift „L'Usine Nouvelle“ berichtet dazu, daß 50 % der seit 1961 auf Grund dieses Budgettitels eröffneten Kredite nicht genutzt wurden. Ebenso gibt der Bericht über die Sonderkosten des Fiskus, wie er bei den Budgetberatungen für 1966 vorgelegt wurde, Auskünfte im gleichen Sinn. Am 30. September 1965 beliefen sich die getätigten Zahlungen auf 667,8 Millionen Franc bei Gesamtverpflichtungen von 1.319 Millionen seit 1960.

Tabelle 2

Exportkredite
(in Millionen Dollar)

	1963	1964	1965	1966
1) mittelfristige Kredite (1–5 Jahre)	65,4	75,2	44,2	24,5
davon mit Staatsgarantie	(55,6)	(67,7)	(40,2)	(22,1)
2) Kredite mit mehr als fünfjähriger Laufzeit	44,9	111	123	179,7
davon mit Staatsgarantie	(38,2)	(100)	(110,7)	(161)

Zu bemerken ist noch, daß Sicherungskredite in größerem Umfang vor allem in Länder des mittleren Ostens, nach Mexiko und Mittelamerika und in geringerem Maße in die drei Länder Nordafrikas gingen. Erst in der jüngsten Zeit beginnen Sicherungskredite sich auf afrikanische Länder zu erstrecken. Das ist im übrigen ein gutes Beispiel von „öffentlicher Finanzierung“ der Monopolaktivität.

b) Die Privatinvestitionen

Sie scheinen sich entsprechend der nachstehenden Tabelle erweitert zu haben.

Tabelle 3

Aufschlüsselung der französischen Privatinvestitionen in den unterentwickelten Ländern

(in Millionen US-Dollar)

	1963	1964	1965	1966	1967
Direktinvestitionen	306,6	364	394		363,7
davon neuinvestierte Gewinne	(151)	(180)	(195)	(189)	(159)
Neuinvestitionen	252,6	184	199	175	204,7

Die eingeklammerten Ziffern veranschlagen die wiederinvestierten Gewinne, die bei 50 % der Direktinvestitionssumme liegen. Hier sehen wir also einen Teil der Monopolgewinne wiedererscheinen. Tatsächlich aber handelt es sich um einen winzigen Teil, vor allem, wenn man bedenkt, daß alle Bedingungen zur Kapitalrückführung nicht nur durch Verträge zwischen der französischen Regierung und den überseeischen Ländern vereinbart sind, sondern auch durch örtliche Investitionsschlüssel, die in Sachen Fiskus und Kapital sehr liberal sind. Diese Zahlen weisen außerdem eine räumliche Ausweitung innerhalb eines Jahres – von 1963 bis 1964 – von 40 % aus. Letztere Ausweitung entspricht aber in Wirklichkeit einer Neubewertung der Direktinvestitionen ab 1964, die einen Vergleich von einem Jahr zum anderen erschwert.

Im übrigen dient die Erweiterung der privaten Hilfe, wie sie dargestellt wird, zur Rechtfertigung der Senkung der öffentlichen Hilfe, wie es ausdrücklich im Memorandum Frankreichs an das Entwicklungskomitee der O.E.C.D. für 1967 erläutert wird. „Man stellt hier eine absolute und relative Senkung der öffentlichen Anweisungen fest, die ausgeglichen werden durch die gleichzeitige Vergrößerung der privaten Hilfe. . . Das ist eine steile Aufwärtsentwicklung, die die Anpassungsanstrengung der französischen Entwicklungshilfe und die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen zur Ausdehnung des Warenstromes und der für die dritte Welt bestimmten Kapitalien bestätigt“.

2. Der Rückgang des öffentlichen Hilfevolumens

Für den offensichtlichen Rückgang der öffentlichen Hilfe seit 1962 können unmittelbar mehrere Ursachen angeführt werden.

Die öffentliche Hilfe für Algerien, die 1962 357 Millionen Dollar betrug, fiel 1966 auf 191 Millionen Dollar (das ist ein Rückgang um 166 Millionen Dollar). Man kann darüberhinaus feststellen, daß das Globalvolumen der öffentlichen Hilfe noch weit stärker rückläufig ist, nämlich um 256 Millionen Dollar zwischen 1962 und 1966 (nach O.E.C.D.).

In der Tat entging die Entwicklungshilfepolitik der gaullistischen Regierung nicht den allgemeinen Maßnahmen des Stabilisierungsplanes (September 1963), durch den gewisse öffentliche Ausgaben in Frankreich selbst und im Ausland beträchtlich gestrichen wurden. Diese Politik findet gegenwärtig eine erneute Rechtfertigung im Sparprogramm, das im November 1968 aufgestellt wurde.

Zur Darstellung dieses tatsächlichen Rückgangs sei die Tendenz der Budgetkredite (in Millionen Franc) geprüft, die im Haushaltsabschnitt 'Entwicklungshilfe' eingeplant sind.

Tatsächlich haben die Kürzungen der Budgetkredite die Militärhilfe nicht berührt und es gibt mehrere Gründe, anzunehmen, daß diese nicht gesenkt wird. Die 'zivile Hilfe' hat jedoch trotz der Erhöhung von 1967 ihren Stand von 1964 nicht mehr erreicht.

Tabelle 4

(in Millionen Franc)

	„Zivilhilfe“	Militärhilfe
1964.	2.576	220
1965.	2.221	218
1966.	2.065	206
1967.	2.221	190
1968(Ansatz).	2.133	217

Weitere, weniger wichtige Erklärungen können in der Prüfung gewisser statistischer Manipulationen gefunden werden (wir lassen jedoch die Optik des Netto-Finanzstromes, der sich am Rande der von uns analysierten Phänomene bewegt, beiseite).

Tabelle 5

Die Aufschlüsselung der öffentlichen Entwicklungshilfe

(in Millionen Dollar)

Quelle: O.E.C.D.

	bilaterale Verpflichtungen	Bruttoeinlagen	anerkannte Abschreibungen	erhaltene Zinsen	Schuldendienst	Netto- Übertragungen
1963.	852,4	852,4	58,9	26	9 %	795
1964.	1.144	859	104,2	25,8	15 %	784
1965.	1.034	786	165	34,6	25 %	689
1966.	968,5	771,2	104	36,8	18 %	657

Neben den ständigen Schwankungen zwischen Verpflichtungen und Zuschüssen, charakteristisches Phänomen aller kapitalistischen Hilfe, läßt sich die bedeutende Vermehrung der Schuldenlasten verzeichnen, die von den unterstützten Ländern übernommen werden müssen. Will man den Schuldendienst als Finanzrückfluß bezeichnen, kann man seine Höhe auf 495 Millionen Dollar für die letzten vier Jahre beziffern (mehr als 120 Millionen Dollar pro Jahr im Durchschnitt) und daraus schließen, daß er in der gleichen Proportion zur Senkung des Volumens der öffentlichen Nettohilfe beiträgt. Es gibt also nicht nur die „Verzögerung der Kreditnutzung“, die durch das französische Memorandum hervorgerufen wurde, sondern auch eine Erschwerung der echten Verschuldungsbedingungen der Länder, die öffentlichen Darlehen erhalten.

Wenn man die Hilfeanstrengungen zu bewerten versucht und sie mit dem von der UNO-Entwicklungskommission beziehungsweise der internationalen Genfer Konferenz über Entwicklungshilfe und Handel (1 % des Nationalprodukts ist an die öffentliche Entwicklungshilfe abzugeben) vergleicht, dann ist festzustellen, daß die Prozentsätze seit 1964 unter dieser Schwelle liegen und fortlaufend weiter sinken. 1963: 1,05; 1964: 0,93; 1965: 0,79; 1966: 0,73; 1967: 0,76

Versucht man in diesem Bereich Voraussagen zu machen, dann erkennt man, daß in Anbetracht der Vergrößerung des Nationalprodukts in den kommenden Jahren und der Entwicklung der Budgetkredite, sich die Schere noch weiter öffnen wird.

Diese Entwicklung muß bekämpft werden. Aus dieser Sicht hat auch Waldeck-Rochet in einem Brief an *„Marchés Tropicaux“* (25. 2. 1967) erklärt: *„Wir setzen uns ab sofort für die Aufrechterhaltung und die Erweiterung der Entwicklungshilfe selbst, so wie sie jetzt geplant ist, ein, denn wir sind uns darüber klar, daß ihre Verminderung oder, um es ganz hart zu sagen, ihre Streichung beträchtliche wirtschaftliche Schwierigkeiten für die betroffenen Länder sowie verstärkte Leiden für deren Bevölkerung mit sich bringt“.*

Die geographische Aufteilung der öffentlichen Hilfe Frankreichs

Die geographische Aufteilung zwingt zu wichtigen Bemerkungen und zeigt einmal mehr, daß die Voraussetzungen der Entwicklungshilfe nicht einfach finanzieller und wirtschaftlicher Natur sind³.

3. Vgl. hierzu die Mitteilung über den monopolistischen Staatskapitalismus, Neokolonialismus und Unterentwicklung in: *économie et politique*, Paris, 1966.

Tabelle 6
Geographische Aufteilung der bilateralen öffentlichen Hilfe

	1962	1963	1964	1965	1966
Überseeische Departements und Territorien	15,5 %	20,8 %	25,2 %	29 %	35 %
Afrikanische Staaten und Madagaskar	33,5 41,5	35,9	34,1	35,7	34,2
Algerien		29,1	22,5	18,6	13
Marokko-Tunesien	5,3	8,7	9,9	8,3	7
Länder außerhalb der Franc-Zone	3,3	5,5	8,3	8,4	9,5

Diese Tabelle zeigt eine immer größere Konzentration der Entwicklungshilfe auf die Departements und Territorien Frankreichs in Übersee, weil ja die Einwohner der überseeischen Länder (Martinique, Guadeloupe, Réunion, Somaliküste) immerhin direkt die Frage nach ihrer Autonomie sowie nach ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation stellen, wobei nicht vergessen sei, welche Anstrengungen der Plan von Constantine für Algerien vorsah. So aber wird unsere Aussage bestätigt, daß die sogenannte Hilfe an die unterentwickelten Länder der verlängerte Arm der Kolonialhilfe bleibt.

Die Stabilität des Prozentsatzes für die Staaten des schwarzen Afrikas und an Madagaskar zeigten deutlich den Wunsch, eine privilegierte Einflußzone nach den Möglichkeiten des französischen Imperialismus sowohl politisch wie strategisch, als auch bezüglich der vorrangigen wirtschaftlichen Interessen, aufrecht zu erhalten.

Der Rückgang von mehr als 222 Millionen Dollar Entwicklungshilfe an Algerien wird teilweise durch die fortschreitende Streichung der Mittel aus dem Plan von Constantine, durch die Kürzung um die Hälfte der wirtschaftlichen und finanziellen Unterhaltshilfe sowie vor allem durch die Liquidation der französischen Privatinvestitionen erklärlich, die sich heute im wesentlichen auf das Erdöl beschränken.

Die Schwankungen der Hilfe an Tunesien und Marokko scheinen einer der Aspekte zu bilden, die sich aus dem inter-imperialistischen Interessenkampf ergeben, wobei der amerikanische wie auch der deutsche Imperialismus ins Spiel kommen. Diese geographische Aufteilung hält sich in einer Korrelation zwischem dem Grad politischer und wirtschaftlicher Beherrschung einerseits und der „Großzügigkeit“ der Gewährung von öffentlicher Hilfe andererseits. Zieht man dazu das Volumen der öffentlichen Hilfe bezüglich der Bevölkerungszahlen in den verschiedenen Entwicklungsländern in Betracht, dann bemerkt man nicht nur die divergierenden Quoten je Einwohner entsprechend der geographischen Zonen, sondern auch eine Unterschiedlichkeit der Quoten für jedes einzelne Land.

Interessant ist es zu vermerken, daß selbst wenn sich die imperialistischen Widersprüche mit der Abschwächung gewisser Herrschaftsbindungen und der errungenen politischen Unabhängigkeit ehemaliger französischer Kolonien verschärfen, sich doch das Verhältnis zwischen den imperialistischen Mächten nicht automatisch zugunsten des amerikanischen Imperialismus verschoben hat. Insbesondere hätte die Tatsache, einst eine Kolonialmacht gewesen zu sein, für den französischen Imperialismus ein Nachteil gegenüber den anderen Mächten sein können, die sich damit schmeicheln, niemals Kolonien gehabt zu haben.

So konnte selbst auf der politischen Ebene der französische Imperialismus und besonders das gaullistische Regime die Lage zu seinen Gunsten ausnutzen, indem es sich als Entkolonisator ausgab.

In den meisten Fällen lassen es die immer noch bestehenden einzelnen Bindungen mit den ehemaligen Kolonien zu, daß sich diese wegen Entwicklungshilfe und technischer Zusammenarbeit fast ausschließlich an die alte Kolonialmacht wenden.

Einzeluntersuchung über die Formen der öffentlichen Hilfe Frankreichs

1. Gesamtanalyse

Allgemeine Ermittlung in großen Kategorien (für alle Länder, Departements und Territorien in Übersee nach dem französischen Memorandum an das Komitee für Entwicklungshilfe der O.E.C.D.):

Tabelle 7
(in Millionen Franc)

	1963	1964	1965	1966	1967
Ausrüstungen	1.038,5	933	780	776	812,4
Kulturelle und technische Kooperation	1.471	1.688,6	1.721	1.788,4	1.972,6
Wirtschaftl. und finanzielle Unterstützung	840	562,3	534	451	455,2
Netto-Darlehen	625	728,4	469,9	352,9	399,5
Konsolidierte Kredite	80	88,4	72,3	57,9	173,7

a) Für die unabhängigen afrikanischen Länder ist die Zahlenermittlung für 1966 wie folgt:

Tabelle 8
(in Millionen Franc)

	Algerien	Schwarzafrika Madagaskar	Marokko	Tunesien
Ausrüstungen	178,8	329	8,2	4,7
Technische und kulturelle Kooperation	182,2	707	79,2	56,6
Wirtschaftl. und finanzielle Unterstützung	130,8	110	0,7	12

Abgesehen vom Fall Algerien, wo die Erdölinteressen eine andere Aufteilung bedingen, zeigen diese Zahlen einen Vorrang der technischen und kulturellen Positionen. Die geringe Höhe in der Position „Ausrüstung“ zeigt in globaler Weise eine von der öffentlichen Entwicklungshilfe getroffene Wahl; dennoch muß der Sinn dieses Ausdrucks näher bestimmt werden, da er, in einer breiten Konzeption genommen, weit mehr die wirtschaftlichen Infrastrukturen als nur die unmittelbar produktiven Ausrüstungen betrifft.

Der Rückgang der Ausgaben „in Kapital“ und der Darlehen betrug für Algerien von 1964 bis 1966 200 % (455 Millionen Franc gegenüber 116) und 66 % für Marokko und Tunesien (233,4 Millionen Franc gegenüber 78,3) und 12 % für die schwarzafrikanischen Staaten und Madagaskar.

Damit ist ganz klar ein Rückzug auf die Departements und Territorien in Übersee hinsichtlich dieser Art von Entwicklungshilfe (267 Millionen Franc 1962 und 472 Millionen 1966) ausgesprochen.

Die sektorielle Aufteilung der Darlehen und somit für die Ausrüstungen kann an Hand einiger Teilgegebenheiten erkannt werden, die einige Länder betreffen (Algerien und afrikanische Länder). Die Investitionen zur sozialen Infrastruktur (Gesundheits-, Unterrichts- und Wohnungsbauwesen) betragen ein Drittel der Ausgaben (30 % für Algerien, 33 % für die schwarzafrikanischen Staaten), die zur Verkehrsinfrastruktur 16 % in Schwarzafrika, 13 % in Algerien.

Die Produktivinvestitionen stellen 40 % im Schnitt aller Investitionen, sie sind aber, außer für Algerien, nicht spezifiziert: in Algerien erhielten die Landwirtschaft 1966 3 % (gegen 10 % 1964), der Bergbau 1966 15 % und die leichtverarbeitende Industrie den Restanteil. Interessant ist, wie sich diese Hilfe auf die Investitionsbudgets der unterstützten Länder bezüglich der Abwärtsbewegung der für die Ausrüstung bestimmten Mittel auswirkt. Im Falle Algeriens kann der Rückgang der auswärtigen Quellen des Investitionshaushaltes im Jahr 1965 der Verringerung der französischen öffentlichen Hilfe angelastet werden wie auch dem geringeren Bemühen der Quellenmobilisierung durch die algerische Regierung. Man kann ganz allgemein eine Kürzung um nahezu 40 % der öffentlichen Investitionen und um 30 % für die Investitionsmaßnahmen der C.E.D.A. (*Caisse d'Equipelement pour le Developpe-*

ment l'Algerie mit der Verwaltung des Anteils aus der öffentlichen Hilfe Frankreichs beauftragte algerische Institution) festhalten.

In Marokko stimmten 1965 die Rückläufigkeit und Senkung der französischen Hilfe mit einer Verringerung der öffentlichen Investitionen um 100 Millionen Franc gegenüber 1964 überein.

b) Die öffentliche Hilfe Frankreichs an Länder der Franc-Zone.

Hier ist eine leichte Erhöhung der öffentlichen Hilfe festzustellen: 13 % der gesamten Entwicklungsgelder 1967 gegenüber 8 % 1965.

Analysiert man sie unter drei Allgemeinsparten, dann erhält man folgende Aufteilung:

Tabelle 9

(in Millionen Franc)

	1964	1965	1966	1967
Ausrüstungen	5,1	22,6	20,8	35,7
Technische und kulturelle Kooperation	150,4	185,7	215,1	261,2
Darlehen	165,7	94	104	95,3

Der starke Anteil der Ausgaben für kulturelle Zusammenarbeit erklärt sich durch die Bedeutung der frankophonen Staaten (ehemalige französische Kolonien in Asien und die Inrechnungstellung der Entwicklungshilfe an die ehemals belgischen Kolonien in Afrika).

Die kulturelle und technische Zusammenarbeit mit den frankophonen Ländern Indochinas (an Budgetkrediten – in Millionen Franc) war wie folgt dargestellt:

Tabelle 10

(in Millionen Franc)

	1964	1965	1966	1967	1968 (Voranschlag)
Kambodscha	10,5	14	14	23,3	22,5
Laos	9,5	9,7	12,5	23,3	23
Südvietnam	12,5	13,2	13,3	14,3	14,7

Für die außerhalb der Franc-Zone liegenden Länder ergibt sich, wie man sieht, ein höherer Anteil an Darlehen, während bei den Ländern innerhalb der Franc-Zone im Rahmen der Entwicklungshilfe die „Schenkungen“ Vorrang haben.

Nach den Zahlungsausweisen des französischen Fiskus unter dem langfristigen Darlehenstitel von 1963–1966 finden wir als hauptsächlich begünstigte Länder:

Tabelle 11

(in Millionen Dollar)

Südvietnam	11 (7,7 in 1964)
Griechenland	8,2
Türkei	6,1 (nur 1964)
Mexiko	3,5
Kambodscha	3,4
Insgesamt	33 Dollar

Die Hilfe an Länder außerhalb der Franc-Zone läuft jedoch zum großen Teil unter der Formel von staatlich garantierten Exportkrediten. Diese beliefen sich für Mittelamerika auf 38,1 Millionen Dollar 1966 (6,15 in 1963) Südostasien auf 14,2 Millionen 1966 (4,2 in 1965) Ägypten und Syrien auf 13,4 Millionen 1966 (20,7 in 1965).

2. Ausgaben zur wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung

Dieser dritte Teil des Globalbetrages für Entwicklungshilfe geht ausschließlich in Länder der Franc-Zone und entspricht dem für den Budgetausgleich einiger Länder notwendigen Betrag (teils für Ausrüstungen, teils für die Verwaltung wie im Falle einiger schwarzafrikanischer Länder) sowie dem Ausgleichsbetrag bei finanziellen Schwierigkeiten, die infolge ungleicher ausländischer Wechselkurse bestehen. Denn diese Länder sind ja mangels größerer Veränderungen ihrer Ertragsstruktur noch immer dem Kolonialstatus verhaftet.

Um diese Art von Entwicklungshilfe genau bestimmen zu können, muß sie für jedes Land einzeln dargestellt werden.

Es ist aufschlußreich, die Probleme, die sich aus dieser Art Entwicklungshilfe in ihrer interventionistischen Art ergeben, wie auch die daraus abzuleitenden Abhängigkeitsbindungen zu prüfen. Hier gibt es mehrere Aspekte:

– Stärkung des Verwaltungsbudgets. Die Hilfe in diesem Bereich ist im höchsten Grade interventionistisch, denn dieser Haushaltsansatz ist ausschließlich Aufgabe des unabhängigen Staates.

– Ausgleich der Exportsubvention landwirtschaftlicher Produkte.

Diese Form der Entwicklungshilfe stellt die Frage nach der Ungleichheit des Austausches und seiner Ursachen. Dazu schiebt der Jeannenet-Bericht, der die Niveaustabilität im Wechselwert hervorhebt, die offensichtliche Feststellung beiseite, daß die Wertbeständigkeit für diese Länder quantitative Exportsteigerungen sowie Importe von höherem Wert erzwingt. Die Geld- und Finanzverhältnisse innerhalb der Franc-Zone sollten auch Bestandteile für die Antwort liefern können, denn wir nehmen doch an, daß es sich nicht nur um die Deckung der Einfuhren durch die Ausfuhren und

um den Stand des kommerziellen Ausgleichs dieser Länder der Franc-Zone handelt, sondern daß diese Verhältnisse eine totale monetäre Abhängigkeit für manche afrikanischen Länder einschließt.

Vergleicht man diesbezüglich die Entwicklungshilfe für und die Zusammenarbeit mit den schwarzafrikanischen Staaten wie Mali oder anderen Ländern der O.C.A.M., so wird es geradezu makaber, insbesondere was den schwarzen Markt und den Schmuggel betrifft, die beispielsweise die monetäre Unabhängigkeit von Mali absichtlich verhindert haben.

3. Die technische und kulturelle Zusammenarbeit

a) Die Entwicklung der französischen Hilfe innerhalb dieses Bereiches über Budgetkredite weist folgende Tabelle aus:

Tabelle 12
(in Millionen Franc)

	1964	1965	1966	1967	1968
Personalausgaben	725,3	772,5	765,72	703	739,50
Stipendiaten- und Praktikantenausgaben	118	136,4	109	134,8	142,40

Trotz einer leichten Ausgabenerhöhung zur Heranbildung einer nationalen Führungsschicht herrscht die technische Hilfe noch klar vor.

b) Entwicklung und Verteilung des Personalstands im Rahmen der Zusammenarbeit.
Ein Teil der Bezüge des Personals geht zu Lasten des Landes, dem das leitende Personal zugeteilt wird.

Tabelle 13

	1964	1967
Lehrkräfte und Lehrbereich	25.205	21.117
Verwaltung	2.468	1.636
Wirtschaft und Finanzen	1.448	988
Gesundheitswesen	2.594	2.250
Landwirtschaft	1.562	1.364
Energie	550	532
Infrastruktur und Fernmeldewesen	4.749	1.882
Gesamt	38.576	29.769
Verhältnis zum Globalbetrag	43.000	37.388

Im Bereich des Bildungswesens scheint der Rückgang der Gesamtzahl eine bestimmte Entwicklung in der Zusammenarbeit zu kennzeichnen (insgesamt verringerte sich die Zahl der Grundschullehrer um 5 000 innerhalb von 4 Jahren). Man sagt, diese Entwicklung sei normal. Doch erhielten die drei nordafrikanischen Länder im Rahmen der Entwicklungshilfe dreiviertel ihres Lehrpersonals und ihre Zahlenentwicklung ist wie folgt:

Tabelle 14

	1964	1967
Grundschullehrer	12.500	4.225
Mittelschul- und technische Lehrer	5.000	6.778
Oberschullehrer	498	440
Schulleiter	1.032	700

In den schwarzafrikanischen Ländern war die Entwicklung wie folgt:

Tabelle 15

	1964	1967
Grundschullehrer	2.500	2.140
Mittelschul- und techn. Lehrer	2.194	2.323
Oberschullehrer	452	532
Leitende Kräfte	512	606

Der Rückgang des Effektivbestandes an Grundschullehrern verdeutlicht eine in Nordafrika noch stärker wahrzunehmende Entwicklung. Im Bereich des höheren Lehrberufes zeigen die Zahlen einen Stillstand.

1964: 18.800; 1965: 16.900; 1966: 16.100; 1967: 16.200; 1968: 16.500 (voraussichtlich). 1965 setzte sich zum Beispiel nach der O.E.C.D. das im Rahmen der Entwicklungshilfe verpflichtete Personal aus 4 000 Beratern und Experten sowie aus 10 000 im Einsatz befindlichen anderen Personen zusammen. Die Aufschlüsselung nach den einzelnen Sektoren gibt ein Bild über die Gesamtkonzeption der öffentlichen Entwicklungshilfe in diesem Bereich.

1967 sah sie so aus:

Tabelle 16

(Quelle: Haushaltsvorlage 1968)

1. Gesundheitswesen	2.250	4. Landwirtschaft	1.364
2. Infrastruktur und öffentliche Arbeiten	1.882	5. Wirtschaft und Finanzen	988
3. Verwaltung	1.636	6. Energie	532

Die O.E.C.D.-Statistik für 1965 stimmt mit dieser Aufschlüsselung überein, wenn man die Zahl der Berater und Experten nimmt:

Tabelle 17

1. Gesundheitswesen	276	4. Landwirtschaft	599
2. Infrastruktur plus Energie	827	5. Wirtschaft und Finanzen	389
3. Verwaltung	686	6. Bergwerk und Industrie	276

Diese Einzelaufschlüsselung erlaubt es, auf zwei Phänomene hinzuweisen:

Die sehr geringe Heranbildung von einheimischen Führungskräften und einheimischem Lehrpersonal läßt die Bedeutung der Entwicklungshilfe im Bereich des Unterrichtswesens, der Gesundheitspflege und der Verwaltung anwachsen.

Die neo-kolonialistischen Hauptaufgaben werden in den Schwerpunkten deutlich: Verkehrsinfrastruktur und Bergwerke. Umgekehrt sind die Landwirtschaft und Industrie durchaus als Randgebiete anzusehen. Andererseits dürfen die Interventionsmöglichkeiten der Berater und Experten, die in den Schlüsselpositionen der Landesverwaltungen sitzen, nicht übersehen werden.

4. Die Bildung der Führungsschicht

Die Gesamtzahl der Führungskräfte entwickelte sich folgendermaßen: 1962: 10.370; 1963: 11.567; 1964: 13.392; 1965: 12.429; 1966: 14.037.

Tabelle 18

Die Aufschlüsselung der Praktikanten und Studenten des höheren Lehramtes ist wie folgt:

1965: Studenten - 3.342	Praktikanten - 7.790
1966: -"- - 4.160	-"- - 9.877

Die Praktikantenzahl stieg etwas rascher an als die der Studenten.

Die Wahl der einzelnen Fachgebiete ist unterschiedlich, aber bei den einen wie bei den anderen erkennbar. Wenn, grob geschätzt, die Berufswahl bei den Praktikanten den Bedürfnissen der einzelnen unterentwickelten Länder entspricht (über 60 % Landwirtschaft, Industrie, Bergbau und Verkehrswesen, 10 % Gesundheitswesen, 10 % Verwaltung und 20 % auf verschiedenen Gebieten), so neigen die Studenten bei ihrer Berufswahl eher zu den Geistes- und Sozialwissenschaften hin.

Tabelle 19

Philologie, Rechtswissenschaft, Schöne Künste	2.000	Studenten
Naturwissenschaften	378	-"
Ingenieurberufe	410	-"
Medizin	542	-"
Agrarwissenschaft	114	-"
Erziehungswissenschaft	87	-"

Die unterentwickelten Länder französischer Sprache ziehen sicherlich reale Vorteile aus dieser Heranbildung von Führungsschichten, aber sie beendet nicht die schwerwiegende Abhängigkeit in diesem Bereich.

Die kulturelle und technische Kooperation kann auch nicht von den allgemeinen Mechanismen der Wirtschaftshilfe getrennt werden. Tatsächlich zielen sowohl die Verkehrsinfrastrukturen und die sozialen Einrichtungen, als auch die intellektuellen Investitionen wenn schon nicht auf eine für die gegenwärtigen Privatinvestitionen oder künftig für die Monopole zu verwirklichende Rentabilität, so doch zum mindesten auf die Erweiterung der Absatzmöglichkeiten für die französische Industrie. Das wird im übrigen in offiziellen Kreisen bestätigt.

„Die uneigennützigsten Investitionen sind nicht solche, die nichts einbringen: Die Mithilfe Frankreichs zur Heranbildung von Führungskräften in ungenügend entwickelten Ländern zielt auf ein günstiges Klima zur Verbreitung unserer Techniken und folglich unserer Waren ab und dies auf Grund der kulturellen Durchdringung“. (Budgetbericht No. 3, Außenministerium 1967, S. 39).

Am Schluß dieser Studie über die wirtschaftlichen Orientierung der öffentlichen Entwicklungshilfe Frankreichs wird klar, daß der auf die technische und kulturelle Kooperation gelegte Schwerpunkt die einzige neue Orientierung ist. **Unserer Meinung nach ist dies der alleinige Unterschied zur alten Kolonialhilfepolitik.** In allen anderen Aspekten bleibt die Entwicklungshilfe den entscheidenden Bereichen der echten wirtschaftlichen Entwicklung fern. Einen sehr greifbaren Beweis liefert dazu das totale Versagen im Bereich der Grundstoffindustrie, die für die unterentwickelten Länder so dringend notwendig ist. Man hat es bis auf den heutigen Tag nicht verstanden, ähnliche Projekte zustandezubringen, wie sie von sozialistischen Staaten in mehreren Ländern Asiens und Afrikas verwirklicht wurden. Dies aber widerspricht

nicht der Entscheidung der gaullistischen Politik, zur Industrialisierung der unterentwickelten Länder nicht beizutragen.

Wenn aber die Entwicklungshilfe nicht der Entwicklung der Länder, denen sie gewährt wird, wozu wäre sie denn dann bestimmt?

Um auf diese Frage zu antworten, müssen die 9/10 der Hilfe für die Länder der Franc-Zone sowie der Handelsaustausch und dessen finanzielle Folge analysiert werden.

Hilfe an und Handelsbeziehungen mit den Ländern der Franc-Zone

Trotz der Tendenz eines relativen Rückganges im Austausch seit 1958 kann man sagen, daß sich der Austausch im absoluten Volumen in zwei Richtungen bewegt:

Tabelle 20

(in Millionen Franc)

	1958	1967
Import aus der Franc-Zone	6.499	7.506
Export in die Franc-Zone	8.071	7.780

1. Die Bedeutung der Länder der Franc-Zone in der Belieferung der französischen Industrie läßt sich aus der nächsten Tabelle entnehmen.

Tabelle 21

- Uran aus Schwarzafrika: 100 % der französischen Importe
- Erdöl (aus Algerien und zusätzlich aus Gaboun): 30 % der französischen Importe
- Phosphate (aus Marokko und Tunesien): 95 % der französischen Importe
- Eisenerz: 33 % der französischen Importe (davon 4/5 aus Mauretanien)
- Andere Metalle und Erze (Magnesium, Blei, Zink, Roh-Aluminium): etwa 30 % der französischen Importe
- Rohhölzer: 66 % der französischen Importe
- Tropische Hölzer: 80 % der französischen Importe

2. Die französischen Ausfuhren nach den Ländern der Franc-Zone

a) Nach den Produktkategorien läßt sich zwischen 1960 und 1966 ein Rückgang des Exportes von Agrarprodukten und Produkten der Lebensmittelindustrie (20 % des

Gesamtexportes 1960, 15 % 1966) feststellen; dagegen haben die chemischen Industrien ihre Exporte um mehr als 20 %, die Plastikindustrie um über 30 %, die pharmazeutische Industrien um über 25 % erhöht.

Die öffentliche Entwicklungshilfe und die Exportkredite wirken sich beträchtlich auf die Exporte der Maschinenindustrie und auf die Bauvorhaben zur Energiegewinnung aus. Man kann sagen daß diese Industriebereiche mehr als nur ihren traditionellen Markt halten, da ihre Exporte 1961 1.037 Millionen Franc, 1966 aber 1.150 Millionen Franc betrugen.

Der Automobil-, Zugmaschinen- und Reifensektor hält seinen Exportstand (und erweitert ihn, wenn man die Montagefabriken im Maghreb mit in Rechnung stellt):
1961: 765 Millionen Franc (50 % in die Länder des Maghreb)
1966: 700 Millionen (nur noch ein Drittel für die Länder des Maghreb)

Was die Exporte in die unterentwickelte Länder insgesamt (ausgenommen Algerien) betrifft, so zeigen die O.E.C.D.-Statistiken, daß die nachstehenden Sektoren ihre Exporte zwischen 1963 und 1966 erweitert haben:

Tabelle 22

Maschinenbau	+ 26 %
Elektronische Ausrüstungen	+ 23 %
Straßenfahrzeuge	+ 21 %
Chemische Erzeugnisse	+ 37 %

Man kann also ganz allgemein sagen, daß die Ergebnisse der Hilfe an die unterentwickelten Länder eine substantielle Hilfe für die französischen Monopole waren und das zu einem Zeitpunkt, als sich die Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Ländern untereinander und im Raum der unterentwickelten Länder verstärkte

b) Der Aufpreis der französischen Exporte in die unterentwickelten Länder

Wenn die Verpflichtung zum Kauf französischer Waren und Dienstleistungen, durch die unterentwickelten Länder, die französische Hilfe erhalten, nur die eine Seite des Problems ist, so ist die andere Seite die Unmöglichkeit, die Preise der ihnen gewährten Güter und Dienstleistungen auszuhandeln. Die französischen Monopole haben sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen, um die unterentwickelten Länder als ihre privilegierten Märkte zu betrachten und so fordern sie höhere Preise als für ihre Exporte in andere, kapitalistische Länder.

Der Einheitswertvergleich (Quotient des Wertes pro Tonnage) der französischen Exporte in unterentwickelte Länder beziehungsweise in andere, kapitalistische Staaten zeigt eine deutliche Preisschere. Nachstehend einige Beispiele aus den O.E.C.D.-Statistiken und solchen der Zollverwaltungen.

Schere des Einheitswertes der französischen Exporte in die unterentwickelten Länder und in andere Länder der O.E.C.D. (1966):

Tabelle 23

Landwirtschaftliche Maschinen	+ 54,7 %
Landwirtschaftliche Zugmaschinen	+ 17,3 %
Lokomotiven	+ 28,5 %
Güterwagen	+ 16,5 %
Eisenbahnschienen	+ 94 %
Metallverarbeitende Maschinen	+ 265 %
Bagger und Planiermaschinen	+ 10,1 %
Lastwagen	+ 2 %
Personenwagen	+ 4 %
Einzelteile	+ 81 %
Reifen	+ 17 %

Die Ausführpreise bei gängigen Konsumgütern zeigen ebenfalls bedeutende Unterschiede beim Export in unterentwickelte Länder (Wäsche + 40 %, Lampen und elektrische Glühlampen + 103 %, Bücher + 10 %). Das heißt, daß die Mehrgewinne unmittelbar mit der Entwicklungshilfe und an die Handelsbeziehungen mit den unterentwickelten Ländern im allgemeinen gekoppelt sind und daß die Entwicklungshilfe zu deren Aufrechterhaltung dient.

Entwicklungshilfe und Finanzbeziehungen mit der Franc-Zone 1967

Erstmals wurde 1968 ein Zahlungsausgleich zwischen Frankreich und den Ländern der Franc-Zone für 1967 erreicht. Obwohl dieser Ausgleich nur unzureichend die echten Bewegungen der finanziellen Transaktionen zwischen den Muttergesellschaften und ihren Filialen einerseits sowie den Banken und ihren Zweigstellen andererseits ausweist, stellten wir uns die Frage: Gleichen die an die Länder der Franc-Zone gewährten öffentlichen Mittel das Handelsdefizit dieser Länder gegenüber Frankreich und die Überweisungsdienste sowie Versicherungen, die Kapitalgewinne und die anderen Maßnahmen zur Geldrückführung, aus?

1. Es zeigt sich, daß der Außenhandel ein Defizit von 900 Millionen Franc ausweist, (das ist über 42 % der öffentlichen, effektiv gezahlten Mittel: 2.114 (Millionen Franc).
2. Die Kosten der Transporte, die von diesen Ländern unter französischer Flagge durchgeführt wurden und die Versicherungssummen bewirken einen Nettotransfer nach Frankreich in Höhe von 847 Millionen Franc (das sind 40 % der Hilfgelder).
3. Die Kapitaleinkünfte sowie die Abgaben für Lizenzen und Patente belaufen sich auf einen Nettobetrag von 1.297 Millionen Franc (das sind über 60 % der Hilfgelder). Im übrigen ist es sehr wahrscheinlich, daß der Posten „Kapitaleinkünfte“ eine der Wirklichkeit nur angenäherte Zahl ist. Die privaten Kapitalbewegungen sollten deshalb im einzelnen geprüft werden.

Private Kapitalbewegungen 1967 mit der Franc-Zone:

Tabelle 24
(in Millionen Franc)

Nach Frankreich		In die Franc-Zone	
Überweisungen	148	Überweisungen	444
Darlehen und rückgeführte Investitionsgelder	339	Investitionsgelder und neuinvestierte Gewinne	774
Kurzfristiges Kapital	668		

4. Gleichmaßen lassen die Länder der Franc-Zone ein Defizit in den Zahlungen von 682 Millionen Franc sichtbar werden. Aber dieses Defizit ist das Resultat einer Verschuldung in Höhe von 341 Millionen Franc bei französischen Banken und 193 Millionen Franc beim französischen Fiskus, aus Transaktionen herrührend, die eingewanderte Arbeitskräfte und die Verwaltungsausgaben der französischen Stellen bewirkt haben.

In globaler Weise kann man also veranschlagen, daß die Eingänge aus dem privaten Sektor (Transportgebühren, Versicherungen, Gewinne und Kapitaleinkünfte, verschiedene Transaktionen, Darlehensrückzahlungen, Investitionen) sich auf 6.500 Millionen Franc für Ausgaben in Höhe von 2.000 Millionen Franc belaufen, wobei nicht sicher ist, daß sie wirklich den Ländern der Franc-Zone zugutekommen.

Dieser kurze Überblick über die Handels- und Finanzverhältnisse, obwohl sie auf die Länder der Franc-Zone allein bezogen sind, zeigen letztlich die Realität der wirtschaftlichen Beziehungen mit den unterentwickelten Ländern und geben sehr wohl den Endzweck der französischen öffentlichen Entwicklungshilfe an.

So kann man genau die endgültige Bestimmung dieses Kapitalegens erkennen, der auf vier Milliarden Franc geschätzt wird (oder etwas weniger in den letzten Jahren). Man sieht auch, wie der monopolistische Staatskapitalismus den Kreislauf der Ausbeutung in den überseeischen Ländern vervollständigt hat, indem er einen Teil der Steuergelder, die im wesentlichen auf dem französischen Arbeiter lasten, vorwegnimmt.

Drei Neuerungen sind in diesem Bereich der gaullistischen Politik zu unterscheiden:

1. — Der formale Respekt vor der politischen Unabhängigkeit des dekolonialisierten Landes und das Verbergen der allzu leicht erkennbaren Aspekte neo-kolonialistischer Einwirkungen.
2. — Der Wille, für die Dauerhaftigkeit neokolonialistischen Unternehmungen zu sorgen, indem man die größten „Entwicklungshilfeausgaben“ für Technik und Kultur ansetzt. Das ist eine auf lange Sicht angelegte Interessenwahrung der französischen Monopole.
3. — Was „Rückentfaltung der Hilfe“ genannt wird, ist nichts anderes als eine ökonomische Manipulation der öffentlichen Entwicklungshilfe für die dekolonialisierten Länder Frankreichs. Diese Manipulation fällt mit dem Rückgang der öffentlichen Hilfe für die Länder der Franc-Zone zusammen.

Harry Magdoff

Ökonomische Aspekte des US-Imperialismus

Aus: "Monthly Review", New York 11/1966, © 1966 by monthly review inc.
New York. Alle deutschen Rechte Verlag Neue Kritik KG, Frankfurt/Main 1970.

Drei ineinandergreifende Meinungen über den ökonomischen Imperialismus und die Außenpolitik der Vereinigten Staaten herrschen heutzutage vor:

1. Ökonomischer Imperialismus ist nicht die Grundlage der Außenpolitik der Vereinigten Staaten. Die primären Antriebskräfte der Außenpolitik liegen vielmehr im Bereich der Politik und der nationalen Sicherheit.
2. Ökonomischer Imperialismus kann nicht das Hauptelement für die Bestimmung der Außenpolitik sein, weil Außenhandel und Auslandsinvestitionen einen verhältnismäßig geringen Beitrag zur US-amerikanischen Volkswirtschaft leisten.
3. Aus der Tatsache, daß die außenwirtschaftliche Tätigkeit für die Volkswirtschaft der Vereinigten Staaten eine verhältnismäßig geringe Rolle spielt, ergibt sich, daß der ökonomische Imperialismus auch keine treibende Kraft in der Außenpolitik zu sein braucht. Daher argumentieren manche liberale und linke Kritiker, daß die gegenwärtige Außenpolitik, soweit sie vom Imperialismus beeinflusst wird, fehlgeleitet ist und im Gegensatz zu den besten wirtschaftlichen Interessen dieses Landes steht. Die Argumentation wird wie folgt fortgesetzt: Würden wir die soziale und wirtschaftliche Entwicklung im Ausland aufrichtig fördern, und zwar bis zur Finanzierung von Nationalisierungen US-amerikanischer Auslandsinvestitionen hin, so würde die steigende Nachfrage der unterentwickelten Länder nach Kapitalimporten einen weit substantielleren und dauerhafteren Ansporn zum Wohlstand schaffen, als das gegenwärtige Volumen des Außenhandels und der Auslandsinvestitionen.

Die Verschleierung ökonomischer und kommerzieller Interessen durch ihre Bämäntelung und Vermischung mit idealistischen und religiösen Motivierungen ist kaum eine neue Erscheinung. Es wurden Kriege geführt, um heidnischen Reichen das Christentum aufzuzwingen – Kriege, die nebenbei auch zur Eröffnung neuer Handelsrouten oder zur Errichtung neuer Handelsmonopolzentren führten. Selbst eine so eindeutig kommerziell motivierte Aggression wie der Opium-Krieg in China wurde der Öffentlichkeit der Vereinigten Staaten durch den "American Board of Commissioners for Foreign Missions" so dargestellt, als sei er „nicht so sehr eine Angelegenheit des Opiums oder der Engländer, als vielmehr das Ergebnis eines großen Plans der Vorsehung, die Sündhaftigkeit der Menschen den Zwecken der Gnade gegenüber China dienstbar zu machen, die Mauer der Absonderung Chinas zu durchbrechen und dieses Reich in einen unmittelbaren Kontakt mit den westlichen und christlichen Nationen zu bringen“¹.

1 American Board of Commissioners for Foreign Missions, 32nd Annual Report (1841), Zit. n.: Richard W. Van Alstyne, "The Rising American Empire", Chicago, Quadrangle Books, 1965, S. 171. Dieses Werk, das zum ersten Mal 1960 von Oxford University Press, New York, verlegt

In einem öffentlichen Vortrag über den Opium-Krieg erklärte John Quincy Adams, daß Chinas Handelspolitik dem Naturrecht und den Grundsätzen des Christentums zuwiderlaufe: „Die moralische Verpflichtung zum Handelsverkehr zwischen den Nationen gründet sich gänzlich und ausschließlich auf die christliche Lehre, seinen Nächsten zu lieben wie sich selbst. . . . Aber China ist keine christliche Nation, und seine Bewohner betrachten sich nicht als an die christliche Lehre gebunden, ihren Nächsten wie sich selbst zu lieben. . . . Es ist dies ein engherziges und unsoziales System. . . . Das Grundprinzip des chinesischen Reiches ist handelsfeindlich. . . . Es erkennt keine Verpflichtung an, Handelsverkehr mit anderen Staaten zu pflegen. . . . Es ist an der Zeit, daß diese ungeheuerliche Beleidigung der Rechte der menschlichen Natur und der Grundprinzipien der Rechte der Nationen aufhört“².

Vielleicht sind der christliche Grundsatz „liebe Deinen Nächsten“ und die etwas modernere ethische Form, wonach eine handelsfeindliche Einstellung ebenfalls unmoralisch ist, bereits zu einem so gewohnten und akzeptierten Denkschema geworden, daß wir die Fähigkeit verloren haben, die verschiedenen Elemente der Außenpolitik auseinanderzuhalten. Möglicherweise liegt die Quelle dieser Schwierigkeit in mangelnden Verständnis dessen, was Bernard Baruch „die wesentliche Einheit der ökonomischen, politischen und strategischen Interessen“ der Vereinigten Staaten nannte³.

Wahrscheinlich wird es nur wenig Meinungsverschiedenheiten über die „Einheit“ der Ziele der Vereinigten Staaten geben, was Politik und nationale Sicherheit betrifft. Die einzige Ratio der nationalen Sicherheit besteht heute in der „Verteidigung“ gegen die Sowjetunion und China. Um absolut sicher zu sein, so wird behauptet, müssen wir uns auch mit der „verdeckten Kriegführung“ befassen, die in der Form von inneren Revolutionen oder von Bürgerkriegen auftreten kann⁴. Es ist wohl nur ein zufälliges Zusammentreffen, daß sozialistische Revolutionen die Einrichtungen des Privateigentums an Produktionsmitteln aufheben und so – indem sie die Freiheit des Handels und des Unternehmertums in großen und wichtigen Gebieten der Erde beseitigen – die christliche Lehre, seinen Nächsten zu lieben, verletzen.

Die „Einheit“ der Ziele der Politik und der nationalen Sicherheit zeigt sich noch deutlicher bei einer Prüfung der politischen Ziele, denn hier sind die Leute, die unsere Politik machen und verteidigen, strikte ökonomische Deterministen. Politische Freiheit wird gleichgesetzt mit Demokratie westlichen Stils. Die ökonomische

wurde, ist sehr empfehlenswert zum besseren Verständnis der Kontinuität der Außenpolitik der USA. Siehe auch Charles A. Beard, "The Idea of National Interest", neu herausgegeben 1966 von Quadrangle Paperbacks mit neuem Material; Lloyd C. Gardner, "Economic Aspects of New Deal Diplomacy", Madison, University of Wisconsin Press, 1964.

2 Niles' National Register, January 22, 1842, S. 327 f.

3 Vorwort zu: Samuel Lubell, "The Revolution in World Trade and American Economic Policy", New York, Harper and Brothers, 1955, S. XI.

4 International Security – The Military Aspect, Report of Panel II of the Special Studies Project of Rockefellers Brothers Fund, Garden City, N. Y., Doubleday & Co., 1958, S. 24.

Grundlage dieser Demokratie ist das freie Unternehmertum. Daher muß das politische Ziel der Verteidigung der freien Welt auch die Verteidigung des freien Handels und des freien Unternehmertums einschließen. Zur ersten Abweichung von diesem starren ökonomischen Determinismus kommt es, wenn es um die politisch instabilen Nationen geht, bei denen die Kunst der Selbstverwaltung offensichtlich noch nicht voll entwickelt ist. In solchen Fällen erlauben und fördern wir Militärdiktaturen um der politischen Stabilität willen, in vollem Vertrauen darauf, daß die Völker dieser Länder schließlich die Kunst der Selbstverwaltung lernen und eine freie Gesellschaft – auf der gesunden Grundlage des freien Unternehmertums – einführen werden.

Während die Leute, die unsere Politik machen und verteidigen, in den allgemeinsten Ausdrücken die „Einheit“ der Ziele der nationalen Außenpolitik und der nationalen Sicherheit beschwören, werden sie für gewöhnlich etwas zurückhaltender, wenn es um das Problem der Einheit dieser Ziele und der wirtschaftlichen Interessen geht. Wir sind mittlerweile weit entfernt von dem sehr aufrichtigen Bulletin, das im Jahre 1922 vom Marine-Nachrichtendienst unter dem Titel „*Die Flotte der Vereinigten Staaten als wirtschaftlicher Aktivposten*“⁵ herausgegeben wurde. Dieser Bericht enthält eine offene und eingehende Schilderung dessen, was die Flotte getan hat zum Schutz amerikanischer Wirtschaftsinteressen und beim Herausfinden günstiger Handels- und Investitionsgelegenheiten, die dann wiederum den amerikanischen Unternehmern durch das Marineministerium zur Kenntnis gebracht werden.

Heute aber sind unsere nationalen Zielsetzungen vermutlich nur auf politische und philosophische Ideale gerichtet. Soweit wirtschaftliche Interessen betroffen sind, hat sich das Blatt gewendet: heute erwartet man von den Unternehmern, daß sie den Bedürfnissen der nationalen Politik dienen. Das Problem besteht darin, wie man private Investitionen im Ausland anregen kann. Private Auslandsinvestitionen werden als ein so notwendiges Instrument der nationalen Politik angesehen, daß bereits verschiedene Formen von Investitionsgarantieprogrammen ausgearbeitet wurden, um diejenigen, die im Ausland investieren, gegen Verluste infolge von Enteignungen und Kriegen sowie gegen die Unsicherheiten der Währungsconvertibilität zu schützen.

Unternehmerisch orientierte Beobachter sehen die Wechselbeziehungen zwischen ökonomischen Interessen und auswärtiger Politik klarer. So berichtet uns der frühere Präsident und Vorsitzende der Weltbank, Eugene R. Black, daß „unsere

5 Der volle Titel lautet: „*The United States Navy as an Industrial Asset – What the Navy has done for Industry and Commerce*“, verfaßt vom Marine-Nachrichtendienst im Oktober 1922 und veröffentlicht 1923 durch das „US-Government Printing Office“, Washington, D. C. Folgender Auszug ist typisch: „*Im asiatischen Raum patrouilliert ständig eine Kanonenbootflotille auf dem Yangtse Fluß. Diese Kanonenboote können von der Flußmündung bis fast 2000 Meilen aufwärts in das Innere Chinas vordringen. Amerikanische Geschäftsleute haben offen erklärt, daß sie das Land sofort verlassen müßten, wenn die Vereinigten Staaten diesen Patrouillendienst einstellen würden. Unsere Flotte schützt nicht nur unsere eigenen Staatsbürger und deren Eigentum, sondern schützt auch ständig die Menschheit im allgemeinen und stellt tatsächlich oft die Banditenhorden, die diese Region unsicher machen, zum Kampf*“. (S. 4)

Auslandshilfeprogramme einen ausgesprochenen Gewinn für die amerikanischen Unternehmer darstellen. Die drei Hauptvorteile sind folgende:

1. *Die Auslandshilfe schafft einen substantiellen und unmittelbaren Markt für US-amerikanische Waren und Dienstleistungen;*
2. *die Auslandshilfe fördert die Entwicklung neuer überseeischer Märkte für US-amerikanische Unternehmen;*
3. *die Auslandshilfe orientiert die Volkswirtschaften der betreffenden Länder auf ein System des freien Unternehmertums, in welchem die Firmen der Vereinigten Staaten gedeihen können*“⁶.

Noch genauer erklärt ein „Assistant Secretary of Commerce for Economic Affairs“ vor Unternehmern: „*wenn diese (militärischen und ökonomischen) Hilfsprogramme nicht fortgesetzt würden, wären private Investitionen eine Verschwendung, denn Sie hätten nicht genug Sicherheit dafür*“⁷.

Auf einer weit höheren Ebene sagt uns ein Fachmann für internationale Geschäftspraxis, Dozent am „Massachusetts Institute of Technology“ und an der Harvard-Universität: „*Es hat den Anschein, daß es außerordentlich dringlich ist, westliche Wirtschaftskonzepte im internationalen Maßstab lebensfähig zu machen, wenn die Menschenwürde – und nebenbei auch ein profitables privates Unternehmertum – gewahrt bleiben sollen*“⁸.

Und als ein Indiz dafür, wie manche einflußreiche Unternehmer tatsächlich die „Einheit“ der ökonomischen, politischen und Sicherheitsinteressen sehen, hier die Ansicht, die der für den Bereich Fernost zuständige Vizepräsident der „Chase Manhattan Bank“ 1965 äußerte: „*In der Vergangenheit waren diejenigen, die im Ausland investierten, etwas behutsam in ihrer Beurteilung der gesamtpolitischen Aussichten für die (südostasiatische) Region. Ich muß jedoch sagen, daß die diesjährigen US-amerikanischen Aktionen in Vietnam, die gezeigt haben, daß die Vereinigten Staaten weiterhin den freien Nationen dieser Region einen wirksamen Schutz geben werden, sowohl die asiatischen als auch die westlichen Investoren beträchtlich beruhigt haben. Tatsächlich sehe ich einigen Grund zu hoffen, daß die gleiche Art ökonomischen Wachstums in den freien Volkswirtschaften Asiens stattfinden kann und wird, wie sie in Europa nach der Verkündung der Truman-Doktrin und nach der Errichtung des NATO-Schutzschildes stattfand. Das gleiche geschah auch in Japan, nachdem die Intervention der Vereinigten Staaten in Korea die Zweifel der Kapitalanleger beseitigt hatte*“⁹.

6 Eugene R. Black, „*The Domestic Dividends of Foreign Aid*“, in: „*Columbia Journal of World Business*“, Vol. 1, Fall 1965, S. 23.

7 Ansprache des Assistant Commerce Secretary Andrew F. Brimmer bei einem Treffen der „Tax Foundation, Inc.“, laut Bericht der New York Times, 5. Dezember 1965.

8 Richard R. Robinson, „*International Business Policy*“, New York, Holt Rinehart and Winston, 1966, S. 220.

9 „*Economic Considerations in Foreign Relations – An Interview with Alfred Wentworth*“ in „*Political*“, Vol. I, No. 1, July 1965, S. 45 f.

Der Umfang des ökonomischen Engagements im Ausland

Aber selbst wenn wir einräumen, daß die ökonomischen, politischen und Sicherheitsinteressen ineinandergreifen, welche Priorität sollen wir dann den ökonomischen Interessen zuweisen? Wie kann man insbesondere behaupten, daß der ökonomische Imperialismus eine *Hauptrolle* in der Politik der Vereinigten Staaten spielt, wenn die gesamten Exporte weniger als 5 % des Bruttosozialprodukts ausmachen und die Investitionen im Ausland weit weniger als 10 % der Kapitalanlagen im Inland?

Hier ist zunächst zu bemerken, daß die Größenverhältnisse nicht schon an sich ein angemessener Indikator der Motive der Außenpolitik sind. Viele Kriege und militärische Operationen zielten darauf ab, die Kontrolle über Chinas Märkte zu erlangen – zu einer Zeit, als diese Märkte nur 1 % des gesamten Welthandels darstellten. Gesamtangaben in Prozenten müssen analytisch geprüft werden: die strategisch und politisch wichtigen Bereiche der Wirtschaft müssen gesondert betrachtet werden.

Vor allem ist es wichtig zu bedenken, daß das Volumen der außenwirtschaftlichen Tätigkeit der Vereinigten Staaten um ein vielfaches größer ist, als das Volumen der US-amerikanischen Güterausfuhr. Der Grund dafür liegt darin, daß die Akkumulation des US-amerikanischen Auslandskapitals schneller verlaufen ist als das Wachstum der Exporte. Der einzigartige Vorteil des Kapitals besteht darin, daß es sich selbst reproduziert. Das heißt: die Erträge direkt investierten Kapitals sind groß genug, um nicht nur die Kosten der Arbeitskräfte und Rohstoffe, sondern auch den Verbrauch an Kapital und natürlichen Ressourcen zu decken und darüberhinaus noch Profite zu erbringen. Der jährliche Abfluß von Kapital ins Ausland ist daher additiv: er vergrößert die vorhandene Produktionsbasis. Noch wichtiger ist, daß die US-amerikanischen Firmen im Ausland die Möglichkeit haben, für ihre Operationen ausländisches Kapital zu mobilisieren. Das Nettoergebnis des Kapitalabflusses ins Ausland und des durch amerikanische Firmen mobilisierten ausländischen Kapitals besteht in folgendem: 1950 erreichte die Produktion im Ausland, die auf US-amerikanischen Investitionen beruht, das 4 1/2fache Volumen der US-amerikanischen Exporte, im Jahre 1964 das 5 1/2fache. Diese Beobachtungen gründen sich auf Schätzungen einer neueren Studie der "National Industrial Conference Board"¹⁰:

10 The Conference Board Record, Vol. III, No. 5, May 1966, S. 28. Siehe auch Judd Polk, Irene W. Meister und Lawrence A. Veit, "US Production Abroad and the Balance of Payments: A Survey of Corporate Investment Experience", New York, National Industrial Conference Board, 1966.

Tabelle 1

	Erlöse in Mrd. Dollar	
	1950	1964
Produktionserlöse im Ausland aufgrund US-amerikanischer Investitionen		
Direktinvestitionen *	24	88
Sonstige Investitionen **	20	55
Insgesamt (I)	44	143
Exporterlöse (II)	10	25
(I) + (II)	54	168

* nach der Begriffsbestimmung des Handelsministeriums gelten als Direktinvestitionen solche Filialen oder Unternehmen, in denen Firmen aus den Vereinigten Staaten mindestens 25 % des stimmberechtigten Kapitals besitzen.

** „Sonstige Investitionen“ sind hauptsächlich Aktien und Schuldverschreibungen ausländischer Firmen im Besitz US-amerikanischer Firmen und Einzelpersonen.

Wenn das Handelsministerium die wirtschaftliche Bedeutung von Exporten mißt, so vergleicht es sie mit den Daten für die gesamte inländische Produktion an beweglichen Gütern – also: Absatz von Agrar-, Bergbau- und Industrieprodukten, Frachteinnahmen. Der geschätzte Gesamtwert der Produktion der Vereinigten Staaten an beweglichen Gütern im Jahre 1964 war 280 Mrd. Dollar¹¹. Aus technischen Gründen ist es wenig sinnvoll, die 168 Mrd. Dollar Produktions- und Exporterlöse im Ausland mit den 280 Mrd. Dollar der Inlandsproduktion an beweglichen Gütern zu vergleichen. So enthalten z. B. unsere Exporte Lieferungen von Einzelteilen und Halbfabrikaten für US-amerikanische Firmen im Ausland. Wenn wir diese Exporte dem Absatz US-amerikanischer Firmen im Ausland hinzurechnen, zählen wir doppelt. Unter Berücksichtigung dieser und anderer Fälle, die einen direkten Vergleich unmöglich machen, ergibt eine vorsichtige Schätzung, daß die Größe des Auslandsmarktes (für inländische Firmen und solche ausländischen Firmen, die amerikanisches

11 Diese Summe besteht aus (a) Bareinnahmen aus dem Verkauf landwirtschaftlicher Produkte zuzüglich Eigenkonsum von landwirtschaftlichen Produkten durch die Produzenten, (b) Nettoproduktionswert der verarbeiteten Industrie, (c) Wert der Bergbauproduktion, und (d) Frachteinnahmen.

Eigentum sind) ungefähr zwei Fünftel der Inlandsproduktion der Landwirtschaft, der Industrie und des Bergbaus erreicht¹².

Wenn dies jemanden überraschen sollte, der in den Begriffen des Bruttosozialprodukts zu denken gewöhnt ist, so ist daran zu erinnern, daß letzteres die Staatsausgaben, private und öffentliche Dienstleistungen, den Handel sowie die Tätigkeit von Banken, Immobiliengesellschaften und Börsenmaklern einschließt. Soweit es jedoch Landwirtschaft, Industrie und Bergbau betrifft, erreicht der Auslandsabsatz gegenüber dem Inlandsabsatz ein durchaus bemerkenswertes Volumen. Und das ist noch nicht alles. Diese Daten umfassen nicht den beträchtlichen Auslandsabsatz jener ausländischen Firmen, die aufgrund von Urheberrechts- und Patentverträgen tätig sind, die sie mit Firmen in den Vereinigten Staaten abgeschlossen haben. Als ein Beispiel sei ein Unternehmen auf den Philippinen genannt, das folgende Markenartikel nach beschränkten Lizenzen US-amerikanischer Firmen erzeugt: „Crayola“-Pastellstifte, „Wesco“-Farben, „Old-Town“-Kohlepapier und Farbbänder, „Mongol“-Bleistifte, „Universal“-Farben und „Parker“-Füllfedertinte.

Die wachsende Bedeutung der außenwirtschaftlichen Tätigkeit

Die wachsende relative Bedeutung der außenwirtschaftlichen Tätigkeit wird deutlich anhand der Erfahrung der verarbeitenden Industrie, wie in Diagramm 1 und Tabelle 2 zu sehen ist. Hier vergleichen wir für den Bereich der verarbeitenden Industrien die gesamte Inlandserzeugung einerseits mit den Exporten und dem Absatz US-amerikanischer Unternehmen im Ausland andererseits. Die Daten sind im Diagramm auf eine halblogarithmische Skala aufgetragen. Somit zeigt die Verringerung des Abstandes zwischen den beiden Kurven, daß der Auslandsmarkt schneller wächst als der Inlandsmarkt.

Ebenso bedeutungsvoll ist der Vergleich der Ausgaben für Anlagen und Ausrüstungen bei den im Ausland ansässigen und bei den inländischen Industrieunternehmen (Diagramm 2 und Tabelle 3). Wie in Diagramm 1 gibt die Verringerung des Abstandes zwischen den beiden Kurven ein genaues Bild der wachsenden relativen Bedeutung der außenwirtschaftlichen Tätigkeit. Die Ausgaben für Anlagen und Ausrüstungen US-amerikanischer Tochtergesellschaften und Filialbetriebe im Ausland betrugen 1957 etwa über 8 % der entsprechenden Ausgaben inländischer Firmen. 1965 machten sie bereits 17 % aus.

12 Das Handelsministerium schätzt, daß 1964 Exporte im Wert von 6,3 Mrd. Dollar an ausländische Filialbetriebe amerikanischer Firmen verschifft wurden. Die Nichtvergleichbarkeit ergibt sich ferner aus folgendem: (a) die schätzungsweise 168 Mrd. Dollar umfassen auch den Absatz von Handelsgesellschaften, der öffentlichen Dienste und anderer Bereiche außerhalb der Güterproduktion; (b) die Daten über den Absatz der inländischen verarbeitenden Industrie wurden auf der Basis der Nettoproduktion errechnet, der Absatz der ausländischen Filialen auf der Basis des Versandwertes. Vorsichtige Schätzungen der Korrekturen, die notwendig sind, um die Vergleichbarkeit herzustellen, vermindern die 168 Mrd. Dollar auf 110 Mrd. Dollar.

Diagramm 1
Absatz der verarbeitenden Industrie

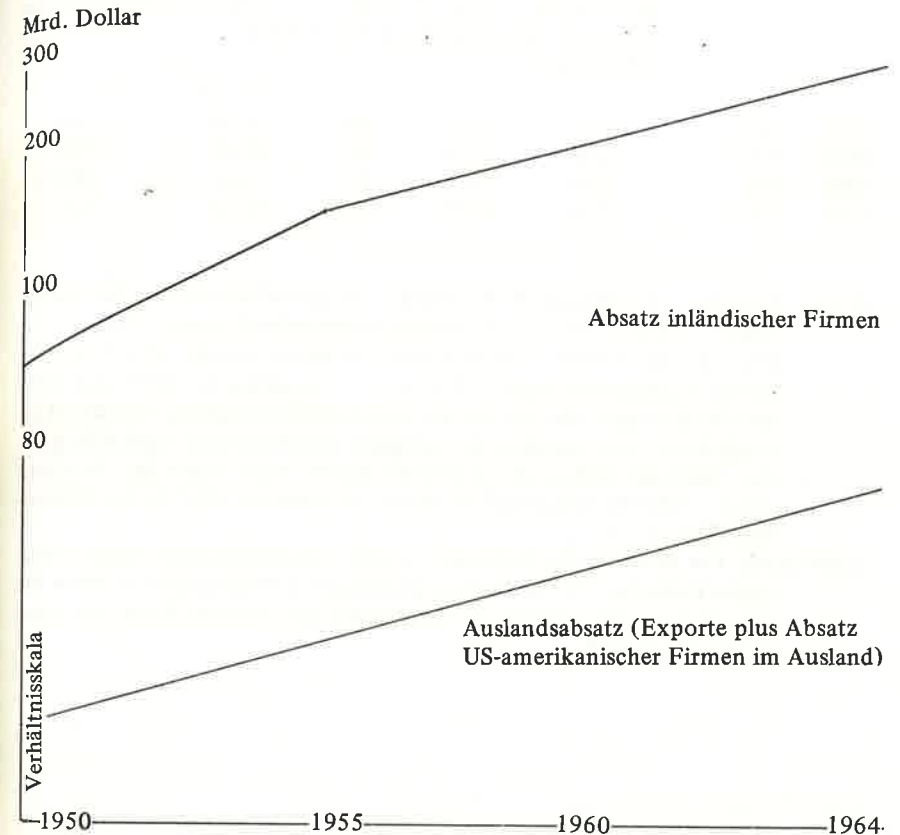


Tabelle 2

Auslands- und Inlandsabsatz der verarbeitenden Industrie
(in Mrd. Dollar)

(1) Jahr	(2) Exporte	(3) Absatz von im Ausland ansässigen US-Firmen	(4) Auslandsabsatz (2) + (3) Absolut 1950 = 100	(5) Absatz der inländischen verarbeitenden Industrie Absolut 1950-100
1950	7,4	8,4	15,8	100
1955	12,6	13,9	26,5	168
1960	16,1	23,6	39,7	251
1964	20,6	37,3	57,9	367
				203,0
				226

Quellen: Exporte – U.S.Bureau of the Census, "Statistical Abstract of the United States": 1965, S. 877, 773. Absatz inländischer Firmen 1964 – U. S. Bureau of the Census, "Annual Survey of Manufactures, 1964". Absatz der im Ausland ansässigen US-Firmen – die Daten für 1950 und 1955 sind Schätzungen, die sich auf das Durchschnittsverhältnis zwischen Auslandsabsatz und -investitionen gründen. (Nach diesem Verfahren geht der "National Industrial Conference Board" vor). Daten für 1960 und 1964 – "Survey of Current Business", September 1962, S. 23, November 1965, S. 18.

Anmerkung: Die Daten in den Kolonnen 4 und 5 sind nicht genau vergleichbar (siehe Fußnote 12). Die Nichtvergleichbarkeit beseitigt jedoch nicht die Gültigkeit eines Vergleichs der Differenzen zwischen den Wachstumsraten der beiden Reihen.

Diagramm 2

Ausgaben der verarbeitenden Industrie für Anlagen und Ausrüstungen

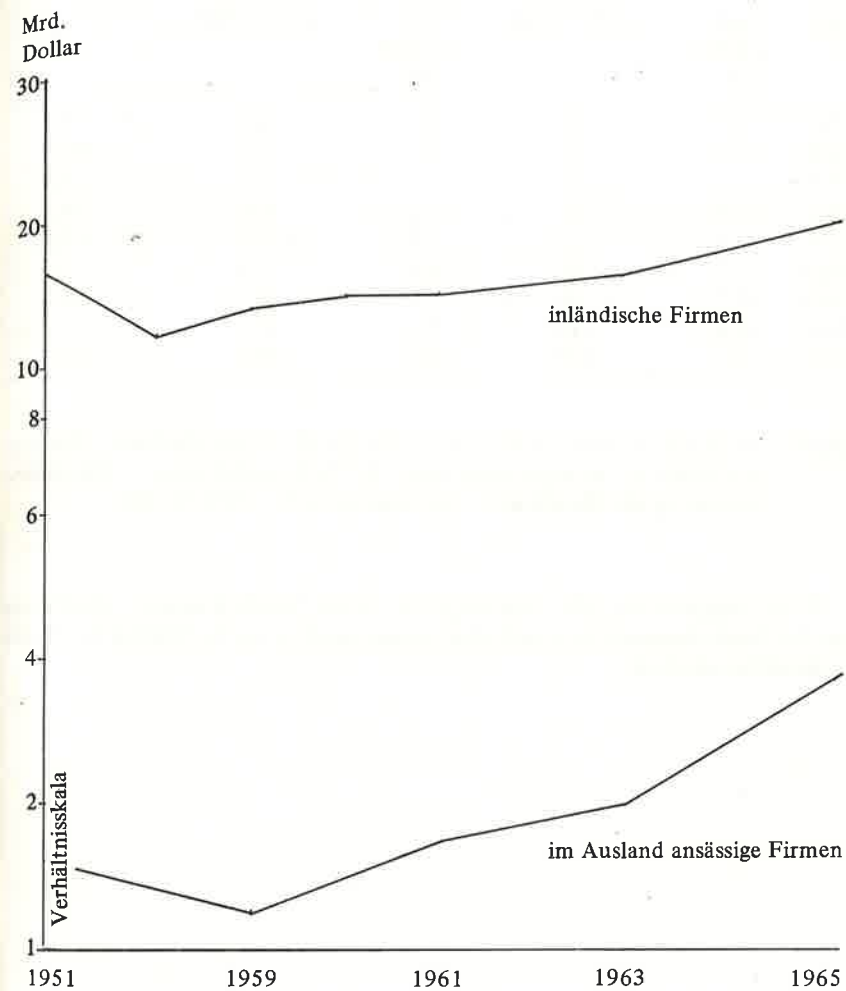


Tabelle 3
Ausgaben der verarbeitenden Industrie für Anlagen und Ausrüstungen

Jahr	Inländische Firmen		Im Ausland ansässige Firmen		(II) in % (I)
	Mrd. Dollar (I)	1957 = 100	Mrd. Dollar (II)	1957 = 100	
1957	16,0	100	1,3	100	8,1
1958	11,4	71	1,2	92	10,5
1959	12,1	76	1,1	85	9,1
1960	14,5	91	1,4	108	9,7
1961	13,7	86	1,8	139	13,1
1962	14,7	92	2,0	154	13,6
1963	15,7	98	2,3	177	14,7
1964	18,6	116	3,0	231	16,1
1965	22,5	141	3,9	300	17,3

Quelle: Im Ausland ansässige Firmen – *“Survey of Current Business”*, September 1965, S. 28; September 1966, S. 30. Inlandsfirmen – *“Economic Report of the President”*, Washington, D. C., 1966, S. 251.

Es überrascht nicht, daß – wie Diagramm 3 und Tabelle 4 zeigen – die Profite aus den Auslandoperationen auch einen immer wichtigeren Bestandteil der Profite insgesamt ausmachen:

Diagramm 3
Profite in- und ausländischer Herkunft

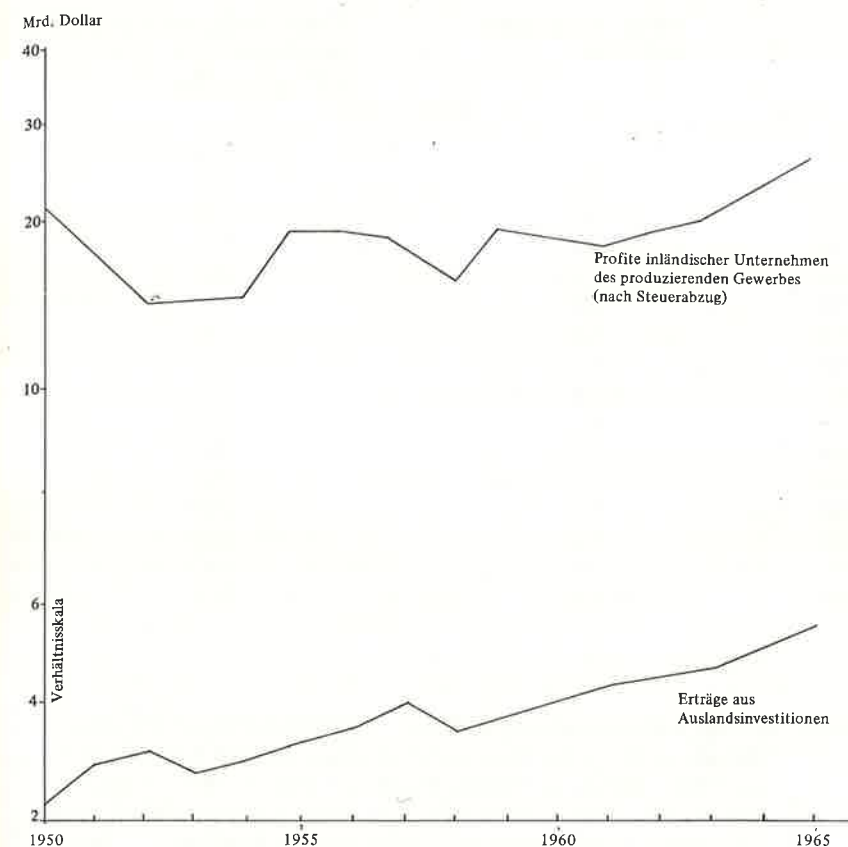


Tabelle 4
Erträge aus Auslandsinvestitionen und Profite inländischer Gesellschaften

	Erträge aus Auslands- vestitionen	Profite inländischer Unternehmen des produzierenden Gewerbes (nach Steuerabzug) (Mrd. Dollar)
1950	2,1	21,7
1951	2,6	18,1
1952	2,7	16,0
1953	2,6	16,4
1954	2,8	16,3
1955	3,3	22,2
1956	3,8	22,1
1957	4,2	20,9
1958	3,7	17,5
1959	4,1	22,5
1960	4,7	20,6
1961	5,4	20,5
1962	5,9	23,9
1963	6,3	26,2
1964	7,1	31,3
1965	7,8	36,1

Quelle: Erträge aus Auslandsinvestitionen – US Departement of Commerce, "Balance of Payments Statistical Supplement Revised Edition", Washington 1963; "Survey of Current Business", August 1962, August 1963, August 1964, September 1965, Juni 1966, September 1966. Profite inländischer Unternehmen des produzierenden Gewerbes – "Survey of Current Business", September 1965, Juli 1966.

Anmerkung: Die Erträge umfassen (a) Erträge aus Direktinvestitionen im Ausland, (b) Gebühren und Tantiemen aus Direktinvestitionen, überwiesen an Kulturgesellschaften in den USA, (c) Einkünfte aus „sonstigen“ Investitionen (andere als direkte), überwiesen an die Besitzer in den USA.

Im Jahre 1950 stellten die Erträge aus Auslandsinvestitionen ungefähr 10 % aller versteuerten Profite der inländischen Unternehmen des produzierenden Gewerbes dar. Im Jahre 1964 kamen bereits 22 % der entsprechenden inländischen Profite aus ausländischen Einnahmequellen. Wenn wir die Bedeutung dieser Tatsache einschätzen, sollten wir auch folgendes berücksichtigen:

1. die Unterbewertung der Auslandserträge, weil diese nicht alle Zahlungen für Dienstleistungen mitenthalten, die seitens ausländischer Filialen an die inländischen Muttergesellschaften geleistet werden;
2. die finanziellen Vorteile, die darin liegen, daß die Kostenverteilung zwischen den inländischen Muttergesellschaften und ihren ausländischen Filialen so vorgenommen werden kann, daß die Steuern auf ein Minimum gesenkt werden. Außerdem vergleichen wir hier die Auslandserträge mit den Erträgen aller Unternehmen des produzierenden Gewerbes – und zwar mit den reinen Inlandsfirmen und mit den Firmen, die sowohl im Ausland als auch in den Vereinigten Staaten tätig sind. Wenn wir die Auslandserträge mit den Gesamterträgen nur jener Industrien vergleichen würden, die im Ausland operieren, so wäre der Auslandsanteil natürlich weit größer als ein Viertel.

Die Bedeutung der letzten drei Tabellen besteht darin, daß sie das rapide Wachstum des Auslandssektors erkennen lassen. Während der Zeit, da die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate sich verlangsamte, bildeten die Auslandsmärkte eine wichtige Expansionsquelle. So stieg z. B. in der verarbeitenden Industrie während der letzten zehn Jahre der Inlandsabsatz um 50 %, während sich der Auslandsabsatz der US-amerikanischen Fabriken um über 110 % vermehrte.

So weit es also das warenproduzierende Gewerbe betrifft, sind die Auslandsmärkte zu einer wichtigen wirtschaftlichen Interessensphäre geworden und haben ihre wachsende Bedeutung für die US-Wirtschaft dadurch bewiesen, daß sie einen Ausgleich für die Stagnationstendenzen der Inlandsmärkte bilden.

Für die amerikanischen Unternehmer ist dies offensichtlich. Der Leiter der Finanzabteilung der *General Electric Company* hat dies wie folgt formuliert, als er „die Notwendigkeit, daß die amerikanischen Unternehmer ihre Auslandsoperationen weiterhin ständig ausdehnen“ betonte:

„In dieser Hinsicht meine ich, daß die Wirtschaft an einem Punkt angelangt ist, von dem es kein Zurück mehr gibt. Die hervorragende Technologie und die unermesslichen Kapitalressourcen der amerikanischen Industrie haben uns befähigt, den größten Aufschwung an Friedensprosperität in der Geschichte der Nation zu vollbringen. Um diesen Zustand aufrechtzuerhalten, haben wir seit einigen Jahren zusätzliche Absatzmöglichkeiten auf Auslandsmärkten gesucht. Für viele Gesellschaften, einschließlich der *General Electric*, bieten diese Auslandsmärkte die vielversprechendsten Gelegenheiten zur Expansion, die wir sehen können“¹³.

¹³ John D. Lockton, "Walking the International Tightrope", Ansprache beim National Industrial Conference Board, 21. Mai 1965, veröffentlicht von General Electric Co., Schenectady, New York, 1965, S. 4 f.

Offensichtlich sind die Auslandsmärkte, wenn sie für das warenproduzierende Gewerbe so wichtig sind, auch für die anderen Interessengruppen von erstrangiger Bedeutung: sowohl für jene, deren Profite und Prosperität vom Stand der Gütererzeugung abhängen, als auch für jene, die ihre Gewinne aus der Vermittlung von Dienstleistungen für Handels- und Investitionsgeschäfte auf Auslandsmärkten beziehen, also für Investitions- und Handelsbanken, Börsenspekulanten, Transport- und Versicherungsgesellschaften usw.

Militärausgaben und Exporte

Um das ökonomische Engagement auf den Auslandsmärkten voll zu ermessen, muß man auch die Auswirkung der Militärausgaben – des „Verteidigungsprogramms“ – berücksichtigen. Das Wachstum unserer Binnen- und Auslandsmärkte war seit der Gründung der Republik, sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten, mit dem (tatsächlichen oder angedrohten) Einsatz militärischer Gewalt verbunden. Professor William T. R. Fox formuliert hier sehr vorsichtig: „*die Armee der Vereinigten Staaten wurde in Friedenszeiten, fast das ganze 19. Jahrhundert hindurch, eingesetzt, um den Westen Nordamerikas zu erobern, insbesondere zur Unterdrückung des Widerstandes der Indianer gegen die Erschließung neuer Siedlungsgebiete. Unsere Flotte und das Marinecorps, die anfangs nur gegen die Piraterie zum Einsatz gelangten, wurden ebenfalls dazu benutzt, in entlegenen Gegenden die Sicherheit der Existenz und der Investitionen amerikanischer Bürger zu garantieren*“¹⁴.

Während die militärische Aktivität heute vermutlich den Bedürfnissen der nationalen Sicherheit untergeordnet ist, so besteht doch die „Einheit“ der nationalen Sicherheitsinteressen und der Wirtschaftsinteressen weiterhin fort. Der Umfang der „freien Welt“ und der Grad ihrer „Sicherheit“ bestimmen die geographischen Grenzen, innerhalb derer das Kapital verhältnismäßig frei investieren und Handel treiben kann. Die weithin verstreuten Militärstützpunkte, die weitreichenden militärischen Aktivitäten und der sie begleitende Komplex von Ausgaben im In- und Ausland dienen vielen Zwecken, die für die Unternehmer von besonderem Interesse sind:

1. Schutz der gegenwärtigen und potentiellen Rohstoffquellen;
2. Sicherung der ausländischen Märkte und Investitionen;
3. Erhaltung der Handelswege zur See und in der Luft;
4. Erhaltung der Einflußsphären, wo die US-amerikanischen Unternehmer für Investitionen und Handel einen Wettbewerbsvorteil haben;
5. Gewinnung neuer ausländischer Abnehmerkreise und Investitionsgelegenheiten durch militärische und wirtschaftliche Auslandshilfe;

¹⁴ William T. R. Fox, „*Military Representation Abroad*“, in: „*The Representation of the United States Abroad*“ ein Bericht von „*The American Assembly*“, Handelshochschule an der Columbia Universität, New York, 1956, S. 124 f.

6. und noch allgemeiner: Erhaltung der Struktur der kapitalistischen Weltmärkte nicht nur unmittelbar für die Vereinigten Staaten, sondern auch für deren Juniorpartner unter den Industrienationen – Länder, in denen sich die US-amerikanischen Unternehmer immer stärker engagieren.

Aber selbst dies alles schöpft noch nicht den Begriff der „Einheit“ von Unternehmerinteressen und militärischen Aktivitäten aus, denn wir müssen berücksichtigen, welches Interesse die Unternehmer an Ausmaß und Art der Militärausgaben als einer Quelle neuer Aufträge und Profite haben.

Ebenso wie bei den Exporten wird die Bedeutung der Militärausgaben für die Unternehmer und die Wirtschaft insgesamt gewöhnlich stark unterschätzt. Man hört oft, daß die Militärausgaben weniger als 10 % des Bruttosozialprodukts betragen und daß unter entsprechenden politischen Verhältnissen vergleichbare staatliche Ausgaben für friedliche Zwecke die gleichen wirtschaftlichen Auswirkungen hätten. Eine Hauptschwäche dieser Betrachtungsweise liegt in ihrer unkritischen Annahme des Bruttosozialprodukts als eines „Dings an sich“. Da das Bruttosozialprodukt ein nützliches statistisches Werkzeug ist, das sich unserer Denkweise eingeprägt hat, neigen wir dazu, jene zugrundeliegenden strategischen Beziehungen zu vernachlässigen, die Entwicklungsrichtung und -grad des Wirtschaftsprozesses bestimmen. Anstatt die Erfordernisse der Industriestruktur und die dynamischen Elemente des ökonomischen Verhaltens zu prüfen, neigen wir dazu, die Wirtschaft als in Blöcke zu Milliarden Dollar eingeteilt zu betrachten, die innerhalb der verschiedenen Kategorien, die von den Statistikern zur Messung des Bruttosozialprodukts benützt werden, nach Belieben verschoben werden können.

Um den entscheidenden Einfluß der Auslandsmärkte und Militärausgaben auf die Inlandswirtschaft voll ermessen zu können, muß man ihre außergewöhnlich große Bedeutung für die Kapitalgüterindustrien erkennen. Hier sei zunächst einiges über die Kapitalgüterindustrien und den Konjunkturzyklus gesagt. Es gibt verschiedene Erklärungen des Konjunkturzyklus, doch ist die Tatsache unbestreitbar, daß sein Mechanismus – wenn man so will, sein Transmissionsmechanismus – in den Höhe- und Tiefpunkten der Investitionsgüterindustrien zu finden ist. Bestimmte Zyklen hängen in erster Linie mit Ebbe und Flut der Lagerbestände zusammen, jedoch sind diese Zyklen für gewöhnlich kurzlebig, solange die Nachfrage nach Investitionsgütern nicht zusammenbricht.

Während eines zyklischen Nachlassens kann die Nachfrage nach Konsumgütern für einige Zeit mit gewissen Hilfsmitteln aufrechterhalten werden, wie etwa durch Arbeitslosenunterstützung, sonstige Wohlfahrtszahlungen und Ausschöpfung der Konsumentensparnisse. Aber mit Ausnahme der wesentlichsten Ersatzbedürfnisse können die Ausgaben für Investitionsgüter theoretisch auf Null absinken. Natürlich werden die Unternehmer nicht investieren, wenn sie keine Profite erwarten. Das Resultat der unterschiedlichen Entwicklung bei Produktionsmitteln und Konsumgütern wurde in der Depression der dreißiger Jahre auf geradezu klassische Weise demonstriert. Während dieser wahrscheinlich ärgsten Depression unserer Geschichte sanken die Käufe von Konsumgütern nur um 19 % (zwischen 1929 und 1933). Man vergleiche dies mit den beiden Haupttypen der Investitionsgüter während der gleichen Periode: die

Ausgaben für den Wohnungsbau fielen um 80 %, fixe Investitionen außerhalb des Wohnungsbaus um 71 %.

Nun wollen wir auf diesem Hintergrund für die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg das Verhältnis zwischen

a. Exporten und militärischer Nachfrage und

b. einer Hauptinvestitionskategorie, nämlich den fixen Investitionsgütern außerhalb des Wohnungsbaus

betrachten. In Tabelle 5 sind die Industrien aufgeführt, die Investitionsgüter außerhalb des Wohnungsbaus herstellen. Hier ist zu bemerken, daß eine Anzahl dieser Industrien auch zur Herstellung von Konsumgütern (so z. B. Stahl und Maschinen für Automobile) sowie zum Wohnungsbau beiträgt. Diese Tabelle zeigt die Prozentsätze der gesamten (direkten und indirekten) Nachfrage, die auf Exporten sowie auf Käufen der Bundesregierung beruht, die fast ausschließlich dem militärischen Bedarf dienen. Die Daten beziehen sich auf das Jahr 1958, das letzte Jahr, für das eine vollständige input-output-Analyse der US-amerikanischen Volkswirtschaft vorhanden ist.

Wie aus Tabelle 5 ersichtlich ist, betrug die Summe der auf Exporten und Militärausgaben beruhenden Nachfrage nur in einem einzigen Industriezweig – nämlich in der Branche landwirtschaftliche Maschinen und Ausrüstungen – weniger als 20 % der gesamten Nachfrage. Das andere Extrem bildet die eigentliche Rüstungsindustrie, die Heeres- und Luftfahrtgerät produziert. Bei allen anderen Industrien beträgt 1958 der Anteil der Export- und der militärischen Nachfrage am Absatz zwischen 20 und 50 %.

Die verfügbaren statistischen Daten beziehen sich nur auf ein einziges Jahr. Gleichwohl legt die Nachkriegsentwicklung der Exporte und Militärausgaben den Schluß nahe, daß diese Aufstellung eine ziemlich verlässliche Übersicht über die Lage seit dem Korea-Krieg gibt und die durch den Vietnam-Krieg entstandene Situation bestimmt weit untertreibt. Für eine gründlichere Analyse wären mehr Informationsmaterial und weitere Studien erforderlich. Inzwischen aber können meiner Meinung nach schon die verfügbaren Daten folgende Bemerkungen rechtfertigen:

1. Die Exporte und Militärausgaben üben einen bestimmenden Einfluß auf die Wirtschaft aus, denn sie stärken ein strategisches Zentrum der bestehenden industriellen Struktur. Dies ist besonders bemerkenswert, weil die Investitionen der Unternehmer nicht, wie man nur zu oft meint, einen frei fließenden Strom bilden. Es gibt eine ganz bestimmte gegenseitige Abhängigkeit zwischen (a) dem gegebenen Stand der Löhne, Preise und Profite, (b) der gegebenen Industriestruktur (also den Typen der zueinander in Beziehung stehenden Industrien, von denen jede so aufgebaut ist, daß sie entsprechend der Größe der erreichbaren Inlands- und Auslandsmärkte Profite erwirtschaftet), (c) der Richtung profitabler Neuinvestitionen. Einfacher ausgedrückt: Es gibt triftige wirtschaftliche Gründe dafür, daß die Investitionen in jene Richtung fließen, in die sie tatsächlich fließen, und nicht in jene Richtung, in der sie fließen müßten, um die potentiellen Bedürfnisse unseres Landes zu befriedigen – also beispielsweise um die Armut zu beseitigen, um die Industrie aufzubauen, die den Negern gleiche Lebenschancen geben würde, um die unter-

Tabelle 5

Anteil der Exporte und der Käufe der Bundesregierung an der Gesamterzeugung (1958)

Industriezweig	Anteil an der Erzeugung in %		
	Exporte (I)	Regierungskäufe (II)	(I) + (II)
Erzbergbau: Eisen und Stahlveredler	13,5	12,8	26,3
Erzbergbau: Nichteisenmetalle	9,1	35,6	44,7
Kohlebergbau	19,1	6,3	25,4
Militärische Ausrüstung	1,7	86,7	88,4
Eisenschaffende Industrie	10,1	12,5	22,6
Hüttenindustrie: Nichteisenmetalle	10,1	22,3	32,4
Gepreßte und gedrehte Metall- erzeugnisse	7,1	18,2	25,3
Sonstige bearbeitete Metallerzeugnisse	8,6	11,9	20,5
Motoren und Turbinen	14,8	19,7	34,5
Landwirtschaftlicher Maschinen und Ausrüstungen	10,0	2,9	12,9
Maschinen für Baugewerbe, Bergbau und Ölförderung	26,9	6,1	33,0
Steuerungsgeräte für Maschinen und Ausrüstungen	9,4	17,2	26,6
Maschinen und Ausrüstungen für Metallbearbeitung	14,0	20,6	34,6
Spezialmaschinen und -aus- rüstungen für die Industrie	17,5	4,3	21,8
Erzeugnisse des allgemeinen Maschinenbaus	13,4	15,3	28,7
Erzeugnisse der mechanischen Werkstätten	7,0	39,0	46,0
Elektrische Industrieausrüstungen und -apparate	9,8	17,0	26,8
Elektrische Beleuchtungseinrichtungen und Kabel	5,5	14,5	20,0
Rundfunk-, Fernseh- und Fernmeldeausrüstungen	4,8	40,7	45,5
Elektronische Bauteile und Zubehör	7,6	38,9	46,5
Verschiedene elektrische Maschinen, Ausrüstungen und Geräte	8,9	15,1	24,0
Flugzeuge und Flugzeugteile	6,1	86,7	92,8
Sonstige Transportmittel (ohne Automobile)	10,1	20,9	31,0
Wissenschaftliche und Meßgeräte	7,3	30,2	37,5

Quelle: "The Interindustry Structure of the United States", "Survey of Current Business", November 1964, S. 14.

entwickelten Regionen der Vereinigten Staaten zu entwickeln oder um ein angemessenes Wohnungswesen zu schaffen. Was noch wichtiger ist: Die Unternehmer können nicht für diese Zwecke investieren und gleichzeitig die erforderlichen Profite, Wachstumsraten und Sicherheiten für das investierte Kapital erlangen. Andererseits sind Exporte von Kapitalgütern und Rüstungsaufträge für die Produzenten von Kapitalgütern einzigartig vorteilhaft, weil sie die vorhandene Investitionsstruktur stärken und profitabler machen; sie tragen auch zu einer Expansion jener Industrien bei, die mit der gegebenen Zusammensetzung des Kapitals am meisten harmonisieren und am retabelsten für sie sind.

2. Die außenwirtschaftliche Tätigkeit – ob sie militärische oder zivile Güter betrifft – ist von einzigartiger Bedeutung, da sie die Ausweitung begrenzter Rezessionen zu umfassenden Depressionen verhindert. Sie erreicht dies, indem sie einen strategisch ausschlaggebenden Wirtschaftszweig, nämlich die Investitionsgüterindustrie dadurch stärkt, daß sie, wie wir gesehen haben, 20–50 % des Marktes für diese Güter schafft.

3. Wir müssen auch berücksichtigen, daß es die monopolistische Industrie ist, die Volumen und Richtung der Investitionen beherrscht und daß diese monopolistischen Unternehmen charakteristischerweise ihre Investitionspolitik auf „sichere Dinge“ richten, nämlich dahin, wo Profite und Sicherheit für die Investitionen garantiert scheinen. Hier nun erhält die Verbindung von staatlicher Tätigkeit und Außenpolitik ihre eigentliche Bedeutung. Der Markt für Rüstungsgüter hat in der Regel den entscheidenden Vorteil, daß er durch langfristige Verträge bestimmt ist, die zudem häufig Garantieklauseln enthalten zur Minderung, ja Ausschaltung jedes Risikos bei der Errichtung von zusätzlichen Anlagen und Ausrüstungen, die auch für zivile Zwecke benützt werden können. Hinzu kommt, daß militärische Kontrakte auch die entsprechenden Forschungs- und Entwicklungskosten abdecken, was wiederum die Risiken normaler Investitionsprogramme verringert. Weiterhin bieten die militärische Präsenz der Vereinigten Staaten, ihre Außenpolitik und ihr Engagement für nationale Sicherheit einen wertvollen Schutz für die im Ausland getätigten Investitionen. Diese Auslandsinvestitionen tragen zusammen mit der durch staatliche Auslandshilfe geschaffenen Nachfrage bedeutend zum Export der Kapitalgüter- und sonstigen verarbeitenden Industrie bei. Das Vertrauen in die Beständigkeit der staatlichen Außenpolitik und der sie ergänzenden Militärpolitik kann und muß sicherlich als ein wertvoller Bezugsrahmen für die in- und ausländische Investitionstätigkeit der Monopole angesehen werden.

4. Der zusätzliche Absatz von 20 bis 50 %, der sich aus Exporten und Rüstungsaufträgen ergibt (wie es für die Schlüsselindustrien aus Tabelle 5 hervorgeht) erbringt einen weit höheren Prozentsatz der Gesamtprofite dieser Unternehmen. Ein Unternehmen der verarbeitenden Industrie benötigt ein bestimmtes Ausmaß an Produktion, bevor es Profite abwerfen kann. Die Bruttogemeinkosten – Abschreibung der Maschinen, Betrieb der Anlage, Verwaltungskosten – bleiben bei einer gegebenen Kapazität ziemlich konstant. Bis die Produktion den Stand erreicht, wo zum Marktpreis des Endproduktes hinreichend Erlöse erzielt werden, um die Gemeinkosten und direkten Produktionskosten zu decken, arbeitet ein Unternehmen mit Verlust. Sobald hier der Umschlag erreicht ist, steigt die Rentabilität des Unternehmens,

bis die Grenze der Produktionskapazität erreicht ist. Natürlich unterscheidet sich die Rentabilitätskurve von Industrie zu Industrie und von Unternehmen zu Unternehmen. Aber die Existenz eines Umschlagpunktes und das Ansteigen der Profite nach Überschreiten desselben ist ein gemeinsames Merkmal der gesamten verarbeitenden Industrie. Dies bedeutet, daß für viele Unternehmen der Kapitalgüterindustrien die Herkunft von 20 bis 50 % ihrer Nachfrage aus Militärlieferungen und Exporten wahrscheinlich den größten Teil ihrer Profite ausmacht, und in nicht wenigen Firmen vielleicht sogar 80 bis 100 % der Profite.

Monopole und Auslandsinvestitionen

Eine der häufigsten Begründungen für die Ansicht, der ökonomische Imperialismus übe nur einen unbedeutenden Einfluß auf die Außen- und Militärpolitik aus, lautet, daß lediglich ein kleiner Teil der US-amerikanischen Unternehmen in ihrer Existenz von außen- oder rüstungswirtschaftlicher Tätigkeit abhängig ist. Dies könnte eine bedeutsame Beobachtung sein, wenn die ökonomischen Ressourcen weit gestreut wären und wenn die Mehrheit der binnenorientierten Unternehmen tatsächlich gegen eine Politik mobilisiert werden könnten, die von der kleinen Minderheit der auslandsorientierten Unternehmungen gefördert wird. Die Wirklichkeit der Konzentration des Kapitals aber läßt genau auf das Gegenteil schließen. In der verarbeitenden Industrie sind über 15 % des gesamten Netto-Kapitalvermögens im Besitz von fünf Konzernen (Stand von 1962). Die 100 größten Konzerne besitzen 55 % des gesamten Netto-Kapitalvermögens¹⁵. Dies bedeutet, daß eine kleine Anzahl von Unternehmen – aus eigener Kraft und mit der Kraft ihrer Verbündeten in der Finanzwelt und bei den Massenmedien – über eine überwältigende wirtschaftliche und politische Macht verfügen kann, insbesondere wenn diese verhältnismäßig kleine Gruppe eine Interessengemeinschaft bildet.

Und gerade unter den Mammutkonzernen finden wir die Hauptzentren der außen- und rüstungswirtschaftlichen Tätigkeit. Eine oberflächliche Untersuchung der 50 größten Industriekonzerne zeigt folgende Firmentypen, die hochgradig im Bereich der Außenwirtschaft und der Rüstung tätig sind: 12 Ölkonzerne, fünf Flugzeugkonzerne, drei Chemiekonzern, drei Stahlkonzerne, drei Automobilkonzerne, acht Elektro- und Elektronikkonzerne, drei Gummikonzerne. Diese 37 Gesellschaften repräsentieren über 90 % des Kapitals der erwähnten 50 Industriekonzerne.

Die außen- und militärpolitische Interessenidentität dieser industriellen Giganten wird durch Verhältnisse begründet, die aus den herkömmlichen statistischen Kategorien nicht immer klar ersichtlich sind. Erstens sind diese Konzerne über die Machtzentren der Hochfinanz miteinander verbunden. Zweitens stehen sie miteinander in direkten Geschäftsverbindungen. Während nur fünf Konzerne allein ein Viertel

¹⁵ Hearings, Subcommittee on Antitrust and Monopoly of the Committee on the Judiciary, US Senate, 88th Congress, 2nd Session, Part I, Washington, D. C., 1964, S. 115.

aller Rüstungsaufträge und 25 Konzerne mehr als die Hälfte erhalten, wird ein großer Teil dieser Aufträge an andere Unternehmen weitergegeben, die als Zulieferer der Hauptlieferanten fungieren¹⁶. Wie aus Tabelle 2 ersichtlich, bestreiten beispielsweise die Buntmetallindustrien, die nur sehr wenige direkte militärische Aufträge erhalten, dennoch über 22 % ihres Umsatzes mit dem Rüstungsgeschäft. Und drittens haben infolge des starken Wachstumspotentials und anderer Vorzüge der militärisch und nach außen orientierten Wirtschaftszweige die Nachkriegsfusionen der Industriegiganten zu einer Vermischung der hauptsächlich binnenorientierten mit den hauptsächlich außenorientierten Unternehmen geführt. Unternehmen, bei denen dies für besonders unwahrscheinlich gehalten werden mag, stehen heute mit beiden Füßen im Auslands- und Rüstungsgeschäft. So kaufen beispielsweise traditionelle Hersteller von Mühlenprodukten, von Installations- und Heizungsanlagen Produktionsstätten für wissenschaftliche Instrumente auf; Fleischkonservenfabriken erwerben Betriebe des allgemeinen Maschinenbaus usw.

Die Konzentration wirtschaftlicher Macht, die so charakteristisch für die inner-amerikanische Szenerie ist, zeigt sich auf dem Gebiet der Auslandsinvestitionen noch weit stärker. Die verfügbaren Grunddaten hierzu entstammen der Erhebung über die Auslandsinvestitionen des Jahres 1957:

Tabelle 6

Direkte Auslandsinvestitionen der USA nach Größenklassen (1957)

Direktinvestitionen nach Größenklassen (in Mio. Dollar)	Anzahl der Firmen	Anteil am gesamten Investitionsvolumen in %
100 und darüber	45	57
50–100	51	14
25–50	67	9
10–25	126	8
5–10	166	5
insgesamt	455	93

Quelle: *"United States Business Investments in Foreign Countries"*, US Department of Commerce, 1960, S. 144

Diese Daten beziehen sich nur auf Direktinvestitionen und enthalten keine Portfolio-Investitionen oder solche ökonomischen Bindungen, die durch Lizenzierung von Patenten, Verfahrenstechniken und Schutzmarken entstehen. Wir sehen aus Tabelle 6, daß 45 Firmen allein für fast drei Fünftel aller Direktinve-

¹⁶ Background Material on Economic Aspects of Military Procurement and Supply: 1964, Joint Economic Committee of Congress, Washington, D. D., 1964, S. 11.

stitutionen im Ausland aufkommen. 80 % dieser Investitionen kommen von 163 Firmen. Das Beweismaterial ist noch schlagender, wenn wir die Konzentration der Investitionen nach Industriezweigen untersuchen:

Tabelle 7

Industriezweig	Anzahl der Unternehmen	Anteil an den Auslandsinvestitionen in %
Bergbau	20	95
Ölindustrie	24	93
Verarbeitende Industrie	143	81
Öffentliche Dienste	12	89
Handel	18	83
Finanz- und Versicherungswesen	23	76
Landwirtschaft	6	83

Diese Daten sind unter dem Gesichtspunkt der gesamten Auslandsinvestitionen der Vereinigten Staaten dargestellt. Würden wir die Situation vom Standpunkt der Empfängerländer aus betrachten, so könnten wir einen noch höheren Konzentrationsgrad US-amerikanischer Wirtschaftstätigkeit feststellen. Von beiden Perspektiven aus ist jedoch die Konzentration der Auslandsinvestitionen nur eine Erweiterung der monopolistischen Tendenzen im Inland. Diese schaffen die Gelegenheit, den Reichtum zu akkumulieren, der für weitreichende Auslandsinvestitionen erforderlich ist, und sie schaffen auch den Anporn zu diesen Investitionen.

Die Frage der Kontrolle ist von zentraler Bedeutung für das Verständnis der strategischen Faktoren, die die Struktur der Auslandsinvestitionen maßgeblich bestimmen. In ihrer reinsten und offensichtlichsten Form ist diese Kontrolle erkennbar in den Wirtschaftsbeziehungen mit den unterentwickelten Ländern – in der Rolle dieser Länder als Rohstofflieferanten für die Erzeugung industrieller Massenprodukte und als Quelle dessen, was man zutreffend als finanzielle Tributleistungen bezeichnen kann.

Betrachten wir zunächst die Verteilung der Auslandsinvestitionen laut Tabelle 8. Hier sehen wir zwei verschiedene Bilder. In Lateinamerika, Asien und Afrika investieren überwiegend die extraktiven Industrien. Obwohl Kanada bedeutende Vorkommen an Erzen und Erdöl besitzt, gehen nur 35 % der US-Investitionen in die extraktive Industrie, aber 45 % in die verarbeitende Industrie. Die Investitio-

nen in der extraktiven Industrie Europas sind minimal; die Daten über Erdöl betreffen Raffinerie und Vertrieb, nicht aber die Förderung.

Tabelle 8
Prozentuale Verteilung der direkten Auslandsinvestitionen nach Regionen und Industriezweigen (1964)

Industriezweig	Alle Regionen	Kanada	Europa	Anteile in %				Ozeanien
				Lateinamerika	Afrika	Asien		
Bergbau	8,0	12,1	0,4	12,6	21,9	1,1		6,3
Ölindustrie	32,4	23,4	25,6	35,9	51,0	65,8		28,1
Verarbeitende Industrie	38,0	44,8	54,3	24,3	13,8	17,5		54,1
Öffentliche Dienste	4,6	3,3	0,4	5,8	0,1	1,8		0,1
Handel	8,4	5,8	12,2	10,7	5,7	7,8		5,5
Sonstiges	8,6	10,6	7,1	10,7	7,5	6,0		5,9
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0		100,0

Quelle: Berechnet aus Daten in "Survey of Current Business", September 1965, S. 24

Die ökonomische und damit die politische Kontrolle über ausländische Rohstoffquellen ist für die monopolistisch organisierten Industrien des Inlands von vorrangiger Bedeutung. Bei Industriezweigen wie Stahl, Aluminium und Öl ist die Fähigkeit, die Rohstoffquellen zu kontrollieren, wesentlich für die Kontrolle der Märkte und der Preise für die Endprodukte, sie dient als ein wirksamer Sicherheitsfaktor zum Schutz der großen Investitionen für die Weiterverarbeitung und für die Verteilung des Endprodukts. Die sich daraus ergebende Ausschaltung des Wettbewerbs tritt in zwei Formen auf. Erstens wird, wenn Preis und Vertrieb der Rohstoffe kontrolliert sind, die Handlungsfähigkeit des Konkurrenten eingeschränkt; ohne eine verlässliche Rohstoffquelle zu praktischen tragbaren Preisen kann er nicht lange existieren. Zum zweiten ist eine Machtgruppe, die einen möglichst großen Teil der Weltvorräte eines bestimmten Rohstoffs an sich reißt, im Stande, sowohl einen schwächeren Konkurrenten daran zu hindern, unabhängiger zu werden, als auch mögliche neue Konkurrenten abzuschrecken. Wie angenehm ist es doch, daß eine beschränkte Anzahl von Ölgesellschaften der Vereinigten Staaten zwei Drittel des Öls der „freien Welt“ kontrolliert!¹⁷.

17 A. George Gols, "Postwar US Foreign Petroleum Investment", in: Raymund F. Mikesell, ed. "US Private and Government Investment Abroad", University of Oregon Books, Eugene, Oregon, 1963, S. 417.

Bei diesem Stand der Monopolisierung wird die Verflechtung der Unternehmerinteressen und der US-Außenpolitik immer enger. Die Sicherung der Kontrolle über die Rohstoffe in den meisten Regionen ist nicht einfach eine wirtschaftliche Angelegenheit wie jede andere, sondern steht ganz oben auf der Prioritätsliste, wenn es darum geht, die industrielle und finanzielle Macht zu erhalten. Und die Träger dieser Macht müssen, wenn sie ihre Positionen halten wollen, alle erdenklichen Anstrengungen unternehmen, dafür zu sorgen, daß jene Bezugsquellen immer zu den günstigsten Bedingungen verfügbar sind; die entsprechenden Lieferungen aus dem Ausland erbringen nicht nur hohe Profite, sondern sie bilden gleichsam die Versicherungspolice für die monopolistische Position im eigenen Land.

Der Druck zum Erwerb ausländischer Rohstoffquellen hat während der letzten zwei Jahrzehnte eine neue Dimension erhalten und verspricht immer schärfer zu werden. Obwohl das US-Kapital hinsichtlich einer Anzahl wichtiger Metalle (so beispielsweise Bauxit, Chrom, Nickel, Mangan, Wolfram, Zinn) immer auf ausländische Bezugsquellen angewiesen war, so konnte es sich doch selbst versorgen und exportierte bis in die jüngste Zeit hinein zahlreiche Rohstoffe. Hierauf vor allem stützten sich jene Leute, die behaupteten, der US-amerikanische Kapitalismus brauche nicht imperialistisch zu sein. Aber selbst auf dieses Argument, so schwach wie es schon in der Vergangenheit gewesen sein mag, kann man sich nicht länger stützen. Der wachsende Druck auf dem Rohstoffmarkt, der besonders seit den vierziger Jahren deutlich wurde, veranlaßte Präsident Truman dazu, eine Kommission für Fragen der Rohstoffpolitik einzusetzen, um die Größenordnung des Problems zu untersuchen. Der Bericht dieser Kommission unter dem Titel "Resources for Freedom" (Washington, D.C., 1952) faßte die dramatischen Veränderungen in der Versorgung mit Rohstoffen, ausgenommen Nahrungsmittel und Gold, in folgendem Vergleich zusammen: Um die Jahrhundertwende erzeugten die Vereinigten Staaten ungefähr 15 % mehr an Rohstoffen als im Inland verbraucht wurde; dieser Überschuß hatte sich 1950, als die US-amerikanische Industrie 10 % mehr Rohstoffe verbrauchte, als die entsprechende Inlandsproduktion betrug, in ein Defizit verwandelt. Extrapoliert man diese Tendenz, so ergibt sich aus 1975 ein Gesamtdefizit an industriellen Rohstoffen von ungefähr 20 %.

Vielleicht hat das Bewußtsein dieser Entwicklung dazu beigetragen, daß Präsident Eisenhower in seiner ersten Inauguraladresse am 20. 1. 1953 die Nation auf die Einheit der politischen und wirtschaftlichen Interessen hinwies: „Wir wissen . . ., daß wir mit allen freien Völkern nicht nur durch eine edle Idee, sondern durch eine einfache Notwendigkeit verbunden sind. Kein freies Volk kann sich lange Zeit hindurch an ein Privileg klammern oder irgendwelche Sicherheit genießen, wenn es wirtschaftlich allein bleibt. Selbst wir mit aller unserer materiellen Macht benötigen Märkte in der Welt für die Überschüsse unserer Landwirtschaft und Industrie. Und für die gleiche Landwirtschaft und für die gleiche Industrie benötigen wir lebenswichtige Materialien und Erzeugnisse aus entfernten Ländern. Dieses Grundgesetz der gegenseitigen Abhängigkeit, das im friedlichen Handelsverkehr so deutlich zutage tritt, wird mit tausendfacher Kraft im Krieg wirksam“.

Wie dies so oft der Fall ist, harmonisieren die wirtschaftlichen Interessen einträchtig mit den politischen und den Sicherheitszielen, da ja so viele der grundlegenden Rohstoffe als wesentlich für eine wirksame Kriegsvorbereitung gelten. In durchaus verständlicher Weise leistet der Staat hier seinen Beitrag zur Sicherheit der Nation wie zur Sicherheit des Unternehmertums mittels diplomatischer Manöver, mittels Aufrechterhaltung entsprechender Militärstützpunkte in verschiedenen Teilen der Welt, mittels Militärhilfe zur Erhaltung stabiler Regierungen und nicht zuletzt mittels eines Auslandshilfeprogramms, das eine feine Mischung aus humanitären Proklamationen über die Notwendigkeit der Industrialisierung einerseits und aus einer realistischen Einschätzung andererseits bildet, wonach ein derartiger Fortschritt die Fähigkeit der Lieferländer zur Aufrechterhaltung eines entsprechenden Rohstoffstromes nicht beeinträchtigen dürfe. Um eine angemessene Versorgung mit Rohstoffen angesichts der möglichen Erschöpfung von bereits ausgebeuteten Lagern sicherzustellen und im Hinblick auf die eventuellen Bedürfnisse für Raketen und Raumfahrtprogramme kann der Staat seinen größten Beitrag dadurch leisten, daß er so viel von der Welt als möglich „frei“ und sicher für die Erzförderung erhält. Clarence B. Randall, Präsident der *Inland Steel Company* und Berater für Auslandshilfe in Washington, kommentierte zur Zeit der Entwicklung der Atombombe den glücklichen Umstand der Existenz von Uranlagerstätten in Belgisch-Kongo folgendermaßen: „*Was für eine Erleichterung war es für uns, daß das Mutterland auf unserer Seite war! Und wer kann heute voraussehen, welches der weiten unerforschten Gebiete der Welt ebenfalls irgendein einzigartiges Lager eines seltenen Rohstoffes besitzt, das, wenn die Zeit gekommen ist, für unsere Industrie oder unser Verteidigungsprogramm sehr dringend gebraucht werden wird?*“¹⁸

Die Integration wenig entwickelter kapitalistischer Gesellschaften in den Weltmarkt als verlässliche und ständige Lieferanten ihrer natürlichen Ressourcen führt mit seltenen Ausnahmen zu einer ständigen Abhängigkeit von den Zentren der monopolistischen Kontrolle, die durch die Marktstruktur, welche sich eben aus dieser Abhängigkeit ergibt, sanktioniert und untermauert wird. Die Integration in die kapitalistischen Weltmärkte hat fast einheitliche Wirkungen auf die Lieferländer:

1. Sie entfernen sich vom Weg der Entwicklung, der Unabhängigkeit und Eigenständigkeit verlangt, oder betreten diesen Weg niemals;
2. sie verlieren die Fähigkeit zur Selbstversorgung und werden in ihrer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit von den Exporten abhängig;
3. ihre industrielle Struktur paßt sich den Bedürfnissen einer spezialisierten Exportwirtschaft an, deren Preisgefüge der Zustimmung der auswärtigen Abnehmer unterliegt; hierdurch wird die Flexibilität der Produktivkräfte vermindert, die zur Diversifizierung und Erhöhung der Produktion notwendig ist.

Das vertraute Symptom dieses Vorganges sieht man noch immer in Lateinamerika, wo trotz der Industrialisierungsanstrengungen und trotz der stimulierenden Wirkung zweier Weltkriege weit über 90 % der gesamten Exporte der meisten Länder aus

18 Clarence B. Randall, „*The Communist Challenge to American Business*“, Little Brown and Company, Boston 1959, S. 36.

Produkten der Landwirtschaft und des Bergbaus bestehen¹⁹. Diese extreme Abhängigkeit vom Export – und von einer sehr begrenzten Anzahl von Exportprodukten noch dazu – hält diese Volkswirtschaften in einem außerordentlichen Ungleichgewicht und schafft fortwährend die Notwendigkeit der Kreditaufnahme. Schulden aber erzeugen wachsende Schulden, denn der Zinsendienst für die Anleihen führt zu zusätzlichen Schwierigkeiten in der Zahlungsbilanz. Und all diese Kreditgeschäfte laufen über internationale Finanzkanäle, die sich in den Händen der ausländischen Investoren, ihrer Geschäftspartner und ihrer staatlichen Agenturen befinden.

Die Ketten dieser Abhängigkeit können durch die politischen, finanziellen und militärischen Machtmittel der Herrschaftszentren, mit Hilfe von Marineinfanterie, von Militärstützpunkten, Bestechungen, CIA-Operationen, Finanzmanövern und dergleichen manipuliert werden. Aber die materielle Basis dieser Abhängigkeit besteht in einer industriellen und finanziellen Struktur, die durch die sogenannten normalen Marktoperationen die Bedingungen der ökonomischen Abhängigkeit reproduziert.

Ein entscheidender Marktmechanismus, der dazu beiträgt, den Status der unterentwickelten Länder als abhängige Rohstofflieferanten zu verewigen, ist der finanzielle Tribut an das ausländische Kapital, das nicht nur natürliche Ressourcen ausbeutet, sondern hierbei auch ansehnliche Profite macht. Der folgende Vergleich für die Periode 1950 bis 1965 gibt ein klares Bild dieses Prozesses und bezieht sich nur auf eine einzige Art der finanziellen Auszehrung, nämlich auf das Einkommen aus Direktinvestitionen, das in die Vereinigten Staaten transferiert wird²⁰:

19 Joseph Grunwald, „*Resource Aspects of Latin American Development*“, in: Marion Clawson ed. „*National Resources and International Development*“, John Hopkins Press, Baltimore, 1964, S. 315.

20 Dies sind Summierungen von Daten, die für 1950 bis 1960 in einer Veröffentlichung des US-Handelsministeriums erschienen, und zwar in: *Balance of Payments Statistical Supplement*. Revised Edition, Washington D. D., 1963. Die Daten für 1961 bis 1965 erschienen in den Berichten über Auslandsinvestitionen in verschiedenen Ausgaben des „*Survey of Current Business*“, von 1962 bis 1966. Die erste Zeile in der Texttafel stellt den Netto-Kapitalabfluß von Direktinvestitionen aus den USA dar. Die zweite Zeile ist die Summe der Dividenden, Zinsen, und Profite der Zweigniederlassungen, (nach Abzug der ausländischen Steuern) die durch direkte Investitionen im Ausland produziert werden. Sie umfaßt nicht die Einkünfte von Tochtergesellschaften (zum Unterschied von Zweigniederlassungen), die im Ausland verbleiben.

Tabelle 9

	Kapitalbewegungen in Mrd. Dollar			
	Europa	Kanada	Lateinamerika	Sonstige Regionen
Abfluß von Direktinvestitionen aus den USA	8,1	6,8	3,8	5,2
In die USA transferiertes Einkommen aus diesem Kapital	5,5	5,9	11,3	14,3
Netto-Kapitalfluß	+2,6	+0,9	- 7,5	9,1

Aus den unterentwickelten Regionen wurde fast dreimal soviel Geld herausgezogen wie investiert worden war. Darüberhinaus hatten die Investoren noch die Gelegenheit, den Wert ihrer Kapitalanlagen in diesen Ländern auf ein Vielfaches zu erhöhen: in Lateinamerika stiegen die US-amerikanischen Direktinvestitionen während dieser Periode von 4,5 auf 10,3 Mrd. Dollar an, in Asien und Afrika von 1,3 auf 4,7 Mrd. Dollar.

Die gegensätzliche Struktur der Kapitalbewegungen zwischen den USA und Europa ist typisch für die Entwicklung seit dem zweiten Weltkrieg. Das schnelle Anwachsen der Investitionen in Europa betraf die verarbeitende Industrie und die Mineralölverarbeitung. Die Entwicklung der Auslandsinvestitionen in der verarbeitenden Industrie steht in engem Zusammenhang mit der üblichen privatkapitalistischen Praxis, a) Märkte zu kontrollieren und b) die Produktionskosten auf ein Minimum zu senken. Die hierbei angewandten Methoden variieren entsprechend dem Industriezweig und den Bedingungen des jeweiligen Landes. Entscheidende Gründe, Kapitalinvestitionen dem Exporthandel vorzuziehen, sind:

1. Wenn die bei der Produktion im Ausland erzielbare Profitrate größer ist als bei der Erweiterung der Produktion im Inland.
2. Wenn es hierdurch erleichtert wird, einen größeren und sichereren Anteil eines gegebenen Auslandsmarktes zu gewinnen.
3. Wenn hierdurch die Exportkanäle jenes Landes benutzbar werden, in dem die Investition erfolgt. So werden 10 % der britischen Exporte durch US-amerikanische Unternehmen getätigt, die in England ansässig sind²¹.
4. Wenn es möglich ist, sich auf diese Weise von vornherein einen Industriezweig zu sichern, der auf neuen technologischen Entwicklungen beruht, die gewöhnlich durch Patentrechte gesichert sind. Zu den bemerkenswertesten Erscheinungen unserer Zeit gehört das Vordringen der US-Industrie in die Elektronische Datenverarbeitung, die Kernenergie und die Raumfahrttechnik der Industriestaaten. Das

21 John H. Dunning. "American Investment in British Manufacturing Industry", London 1958.

rapide Vordringen auf diesen Gebieten ist sicherlich durch unmittelbare Profit-erwartungen motiviert. Doch zweifellos soll auf diese Weise auch jener technologischen Vorsprung aufrechterhalten und voll ausgenutzt werden, der die US-amerikanischen Unternehmer derzeit auszeichnet und der ein Ergebnis der umfangreichen Investitionen ist, die durch die Regierung der Vereinigten Staaten im Bereich der Forschung und Entwicklung erfolgten. Die Vormachtstellung in diesen Technologien kann entscheidend dafür sein, dann eine größere Kontrolle der übrigen Wirtschaft zu erhalten, sobald die neue Technik zum Schlüssel der Produktivkräfte einer Gesellschaft wird.

Die Investitionen, die das US-Kapital in der verarbeitenden Industrie der unterentwickelten Länder tätigt, betreffen in erster Reihe Lateinamerika, wo der Anteil der verarbeitenden Industrie an den gesamten US-amerikanischen Investitionen 24 % ausmacht. Diese Investitionen erfolgen hauptsächlich in der Leichtindustrie, einschließlich der Verarbeitung inländischer Nahrungsmittel. Die Erzeugung von langlebigen Gebrauchsgütern, wie Kraftfahrzeugen, erfolgt in Montagebetrieben. Dies garantiert den Exportmarkt für Kraftfahrzeugteile und trägt damit auch dazu bei, den Markt für diese US-Erzeugnisse zu stabilisieren. Es ist weitaus einfacher für ein Land mit starken Zahlungsbilanzschwierigkeiten, den Import von Luxusgütern zu verbieten, als den Import von Rohmaterialien und Montageteilen, weil das letztere zu Arbeitslosigkeit und Betriebsstillegungen führen würde.

Die außenwirtschaftliche Expansion der verarbeitenden Industrie der Vereinigten Staaten in der Nachkriegszeit führte zur Umwandlung vieler US-amerikanischer Riesenunternehmen in eine neue Form multinationaler Organisation. Der Typ des internationalen Konzerns beschränkt sich nicht mehr auf die Öligiganten. Auch *General Motors* oder *General Electric*, wo 15 bis 20 % des Umsatzes auf Auslandsgeschäften beruhen und wo alle Anstrengungen gemacht werden, diesen Anteil zu erhöhen, gehören zu jener Kategorie. Es ist das offen ausgesprochene Ziel dieser internationalen Unternehmen, auf weltweiter Basis zu den geringsten Stückkosten zu produzieren. Ein weiteres, wenn auch nicht unbedingt offen erklärtes Ziel, besteht darin, in der Fusionsbewegung innerhalb der EWG an die Spitze zu gelangen und auf dem Weltmarkt einen ebenso großen Anteil zu kontrollieren wie auf dem US-amerikanischen Markt. Für die Vorstandsmitglieder dieser Konzerne ist die „Einheit“ der wirtschaftlichen und nationalen Interessen offensichtlich. Der Präsident der *General Electric* hat es wie folgt formuliert: „Wir sollten uns dessen bewußt sein, daß es über den Gemeinsamkeiten und Mißverständnissen zwischen Unternehmern und Staat, noch eine breitere Ebene gibt – einen „Konsens“, wenn Sie wollen, nämlich da, wo öffentliche und private Interessen zusammentreffen, zusammenwirken, zueinander in Beziehung treten und zum nationalen Interesse werden“²².

Unnötig zu betonen, daß sich der Ausdruck „private Interessen“ auf das private Unternehmertum bezieht. Für einen anderen leitenden Angestellten der gleichen

22 Rede von Fred J. Borch, Präsident der General Electric Company, "Our Common Cause in World Competition" vor dem "Economic Club of New York", 9. November 1964, gedruckt von General Electric Company, Schenectady, New York.

Gesellschaft stellt sich die Identität privater und nationaler Interessen folgendermaßen dar: „Somit stellt uns unser Profitstreben genau in eine Linie mit der nationalen Politik, den internationalen Handel als ein Mittel zur Stärkung der freien Welt in der Konfrontation des Kalten Krieges gegen den Kommunismus zu fördern“²³.

Also ebenso, wie der Kampf gegen den Kommunismus dem Profitstreben nutzt, so nutzt das Profitstreben dem Kampf gegen den Kommunismus. Kann man sich eine noch vollkommenere Interessenharmonie vorstellen?²⁴

23 Rede von John D. Lockton, Leiter der Finanzabteilung der General Electric Company, „*The Creative Power of Profits*“, beim Macalester College, St. Paul, Minn., 22. April, 1964, gedruckt von General Electric Company, Schenectady, New York.

24 Der vorliegende Beitrag erschien zunächst in der „*Monthly Review*“ Nr. 11, 1966. Eine erweiterte und überarbeitete Fassung dieses Artikels erschien zusammen mit vier weiteren Aufsätzen des Autors 1969 in der Monthly Review Press, New York-London unter dem Titel „*The age of imperialism*“. Die deutsche Ausgabe dieses Buches erschien unter dem Titel „*Das Zeitalter des Imperialismus. Die ökonomischen Hintergründe der US-Außenpolitik*“ 1970 im Verlag Neue Kritik KG, Frankfurt/Main.

Ali Yata

Der Neokolonialismus in Afrika

Aus: *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, Prag, 1/1967

1

Das kämpfende und sich befreiende Afrika sucht seinen Weg, ist im Aufbau begriffen, aber es stößt auf große Schwierigkeiten. Es hat zu stark unter der versimpelnden Idealisierung, unter dem allzu sorglosen Optimismus, unter einigen schädlichen Überschätzungen gelitten, die es glauben ließen, alles gehe gut voran, alles sei möglich und leicht zu machen, Afrika ständen alle Wege offen, um rasch auf einer Straße ohne Hindernisse und Fallen zur sozialen Gerechtigkeit, zu Wohlstand und Glück zu gelangen.

Es bestand die Meinung, daß sich die nationale Befreiungsbewegung nur permanent stürmisch und unüberwindlich, ohne Aufenthalt und Rückzüge entwickeln könne, daß es stets und überall eine revolutionäre Situation gäbe. Daraus wurden auf strategischer Ebene falsche Schlüsse gezogen, wurde eine taktische Linie eingeschlagen, die nicht zum Erfolg führen konnte.

Es gab die Tendenz, auf eine exakte Bestimmung der Etappen der historischen Entwicklung zu verzichten, außer acht zu lassen, was jede von ihnen geben kann und was von ihr zu erwarten ist. So wurde z. B. der Übergang zum Sozialismus verkündet, ohne daß die Mittel für seinen Aufbau vorhanden waren, und das beschwor die Gefahr seiner Diskreditierung in den Augen der afrikanischen Massen herauf.

Es gab die Tendenz, Losungen auszugeben, die an und für sich gewiß schön und erhaben waren, die aber keinen Widerhall bei den Massen finden, sie nicht mobilisieren und erst recht nicht konkrete Gestalt annehmen konnten, weil sie den dringenden Wünschen und Bedürfnissen der afrikanischen Völker nicht entsprachen. Das trifft unter anderem für die Losung der Bildung einer einheitlichen afrikanischen Regierung zu.

Wir müssen folglich die afrikanische Wirklichkeit in ihrer ganzen Vielfalt und Kompliziertheit genauer studieren, wir dürfen uns nicht scheuen, die Wahrheit zu sagen, auch wenn sie für uns bitter ist, wir müssen übermäßige Ansprüche meiden und dürfen uns nur solche Aufgaben stellen, die erfüllt werden können. Natürlich müssen wir dabei weiterhin in dem Sinne wirken, daß den Völkern lichte Perspektiven eröffnet werden, deren Realisierung durch die Entwicklungsgesetze der Gesellschaft und des Kampfes garantiert wird.

Im Zusammenhang damit sei gesagt, daß die wichtigste Eigenschaft jeder wahrhaft revolutionären afrikanischen Organisation der Sinn für die Realität ist.

Mit diesen Vorbemerkungen wollen wir nicht den Eindruck erwecken, daß wir in der Einschätzung der gegenwärtigen Lage und der nächsten Zukunft Afrikas pessimistisch seien. Wir möchten bloß auf die, nach unserer Ansicht, größte Schwäche

der afrikanischen revolutionären und fortschrittlichen Bewegung aufmerksam machen, die sich in den letzten Jahren offenbart hat.

Wenn wir das sagen, müssen wir betonen, daß das Hauptmerkmal Afrikas nach dem zweiten Weltkrieg der stürmische Prozeß des Zerfalls der wichtigsten Kolonialreiche ist, die fast den ganzen Kontinent unter ihrer Kontrolle gehalten haben.

Dieser Zerfall war für die afrikanische Völker keine Überraschung. Er war das Ergebnis jahrzehntelangen Kampfes, der je nach dem Land und den Umständen des Kampfes mehr oder minder erbittert war. Im Verlauf des Kampfes sammelten die Teilnehmer, die zuweilen ideologisch ungenügend vorbereitet waren und die die anderen revolutionären Bewegungen in der Welt, insbesondere die internationale Arbeiterbewegung und die Große Sozialistische Oktoberrevolution, kaum oder überhaupt nicht kannten, ihre eigenen Erfahrungen.

Wir müssen unsere Hochachtung allen bekannten und unbekannten Helden Afrikas zollen, die auf diesem Kontinent großartige Traditionen des antiimperialistischen Kampfes geschaffen haben; diese haben bereits zur Erringung der politischen Unabhängigkeit in vielen Ländern geführt. Diese Traditionen gilt es zu pflegen und zu entwickeln, damit sie zur Befreiung der afrikanischen Länder führen, die sich noch unter ausländischem Joch befinden.

Aber errungen werden konnte dieser Sieg nur dank der Entwicklung der fortschrittlichen Kräfte in der Welt, die den Faschismus, den extremen Ausdruck der Ideologie des Ultrakolonialismus und Rassismus, zerschlagen haben; dieser Sieg wurde dank der Herausbildung des ununterbrochen wachsenden sozialistischen Weltsystems möglich. Die Bourgeoisie der europäischen Länder ist aus dem zweiten Weltkrieg sehr geschwächt hervorgegangen; sie war nicht mehr fähig, ihre traditionelle Herrschaft in Afrika zu behaupten.

Indessen übernahm ein neuer Konkurrent – die amerikanische Bourgeoisie und die internationalen Monopole – die ökonomische und politische Führung der kapitalistischen Welt.

Der Kampf der afrikanischen Völker – offen oder versteckt, bewaffnet oder friedlich – hat folglich den Sieg über eine bestimmte Art der imperialistischen Herrschaft, über die direkte koloniale Verwaltung durch das imperialistische Europa, errungen. Aber dieser Sieg kann nicht die wahre und vollständige nationale Befreiung bedeuten.

Der afrikanische Kontinent bleibt auch heute ein Erdteil, dessen wichtigstes historisches Charakteristikum nach wie vor der Widerspruch zwischen dem nationalen Streben der Völker nach voller Unabhängigkeit einerseits und den Herrschaftsgelüsten des Imperialismus andererseits ist.

Dieser ständig wirkende Faktor ist hervorzuheben, weil er von der Permanenz und der Kontinuität des Kampfes der afrikanischen Völker zeugt, weil er den lebendigen und politisch konkreten Faden darstellt, der die verschiedenen Arten des auf dem ganzen Kontinent geführten Kampfes miteinander verknüpft.

Man kann kein vollständiges Bild von der afrikanischen Wirklichkeit vermitteln, ohne auch auf Erscheinungen einzugehen, die als Folge der Herrschaft des Imperialismus in ihrer klassischen Form entstanden sind. Außerdem zeigt eine Analyse, daß

der Neokolonialismus die klassische Kolonialstruktur ebenfalls stark beeinflusst, ihr eigene Wesenszüge verleiht und sie modernisiert.

Der traditionelle Imperialismus wurde in mehr oder minder breitem Umfang vom Neokolonialismus abgelöst. Ausdruck hierfür ist die *Eisenhower-Doktrin* von der „Ausfüllung des Vakuums“. In einigen Fällen führte diese Ablösung zu heftigen Konflikten sowohl zwischen den Imperialisten verschiedener Staaten als auch zwischen rivalisierenden imperialistischen Gruppen eines Landes. Die Folgen dieser imperialistischen Konkurrenz verspürten und verspüren am eigenen Leibe vor allem solche Länder wie Marokko und Kongo.

Aber sehr oft unternahmen die Neokolonialisten Versuche, ihr Vorgehen und ihre Herrschaft zu tarnen. Als Beispiel dafür kann die Französische Gemeinschaft dienen. Auch der amerikanische Einfluß gewinnt auf Umwegen und über Strohmänner an Breite, in der Frage der Investitionen ebenso wie bei bewaffneten Interventionen.

Ein Ergebnis dieser verkappten Tätigkeit war eine Unterschätzung des Neokolonialismus nicht nur durch einige afrikanische Parteien, Organisationen und Regierungen, sondern zum Teil auch durch die fortschrittlichen Kräfte in der Welt, die – durch den sensationellen Zerfall des klassischen Imperialismus beeindruckt – nicht immer imstande waren, die Möglichkeiten des neuen Imperialismus mit allen sich daraus ergebenden taktischen und politischen Folgen voll zu berücksichtigen.

Oft kann man die schematische und simplifizierte Auffassung hören, der Neokolonialismus sei eine Folge der Schwächung des Imperialismus, ein Beweis seiner Unfähigkeit, die ausschließlich auf Gewalt beruhenden Beziehungen zu den ehemals kolonialen Ländern wie das in der Vergangenheit der Fall war, aufrechtzuerhalten.

Diese These widerspiegelt, wie uns scheint, eine gewisse Unterschätzung des Imperialismus. So wird z. B. die bewaffnete Aggression in Vietnam als Ausdruck der Schwäche des Imperialismus angesehen; in allem glaubt man Schwächen des Imperialismus zu sehen und stellt ihn immer wieder in der Defensive dar, während er vielfach zur Offensive übergegangen ist. Davon zeugen die Ereignisse der letzten zwei Jahre auf unserem Kontinent. Die imperialistische Gegenoffensive, die zu einem gewissen Rückzug der afrikanischen revolutionären und fortschrittlichen Bewegung geführt hat, tastet das Kräfteverhältnis, das sich im Weltmaßstab nach wie vor zugunsten des Fortschritts und des Sozialismus gestaltet, nicht an.

Eine Ursache für die Unterschätzung des Neokolonialismus besteht unserer Ansicht nach darin, daß eine auf der marxistischen Theorie beruhende, tiefeschürfende Analyse seines Wesens fehlt, obgleich es klare und aktuelle Hinweise *Lenins* über die imperialistische Tendenz des Kapitalismus gibt. Bereits im Jahre 1920 betonte *Lenin* „... die Notwendigkeit, unter den breiten Massen der Werktätigen aller, insbesondere aber der zurückgebliebenen Länder unentwegt jenen Betrug aufzudecken und anzuprangern, den die imperialistischen Mächte systematisch begehen, indem sie scheinbar politisch unabhängige Staaten schaffen, die jedoch wirtschaftlich, finanziell und militärisch vollständig von ihnen abhängig sind...“

Das bleibt in gewissem Maße auch heute richtig, zu einer Zeit, da die afrikanischen Völker die amerikanischen Hegemoniegelüste nicht genügend kennen und da

die internationalen Monopole über ein weitverzweigtes Netz verfügen, das nicht ausreichend bloßgelegt wird.

2

In ihrem tagtäglichen Kampf müssen die Völker Afrikas auf verschiedene Formen des Imperialismus stoßen, und der Kampf, den sie gegen den Neokolonialismus führen, birgt einige spezifische Schwierigkeiten in sich.

Wir wollen vor allem betonen: Der Grundzug des Neokolonialismus ist keineswegs der Pazifismus im Gegensatz zum Terror der direkten kolonialen Verwaltung, sondern die finanzielle Übermacht in der Wirtschaft des Landes sowie die indirekte Einwirkung entweder durch eine klassische Kolonialstruktur oder durch den einheimischen bürokratischen Staatsapparat. Die Methoden, mit denen die neokolonialistische Herrschaft errichtet und behauptet wird, können je nach den Bedingungen gewaltsam oder gewaltlos sein.

War früher die koloniale Diktatur, nachdem sich die Imperialisten über die koloniale Aufteilung verständigt hatten, Sache eines Eroberers, so herrscht heute das imperialistische Kapital teilweise wie auch ungeteilt in vielen afrikanischen Ländern entweder über die Monopole, die ein weitverzweigtes Netz von Filialen besitzen, oder über die von den USA kontrollierten internationalen Organisationen wie die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (International Bank for Reconstruction and Development), die Internationale Finanzgesellschaft (International Finance Corporation), der Internationale Währungsfonds (International Monetary Fund), die Internationale Agentur für Entwicklung (International Development Agency) usw.

War die Aggression des klassischen Kolonialismus eine peripherische Erscheinung und mußte er sich das Land erst militärisch und politisch unterwerfen, um dessen Wirtschaft kontrollieren zu können, so ist der Neokolonialismus mächtig genug und verfügt über große Mittel für den Versuch, mit einem Schlag eine allumfassende Finanzkontrolle zu errichten.

Eine Methode, der sich der Neokolonialismus weitgehend bedient, um sich die afrikanischen Länder finanziell und ökonomisch unterzuordnen, ist der wachsende Kapitalexport aus den imperialistischen Ländern, besonders aus den USA und aus Westdeutschland.

Charakteristisch für die amerikanischen Investitionen ist, daß sie in der Regel nicht in die verarbeitende Industrie gelenkt werden. So wurden z. B. von der Gesamtsumme der amerikanischen Investitionen im Jahre 1964, die sich auf 1629 Mill. Dollar beliefen, 830 Mill. Dollar in die Erdöl- und Erdgasförderung, vor allem in Libyen,

350 Mill. Dollar in die Förderung anderer Bodenschätze,

225 Mill. Dollar in die verarbeitende Industrie investiert, aber von dieser Summe wurden 192 Mill. in Südafrika und nur 33 Mill. im übrigen Afrika angelegt;

122 Mill. Dollar wurden in andere Zweige investiert, u. a. in die Produktion von Rohkautschuk in Liberia.

Bei der Anlage ihres Kapitals in Afrika pumpen die Imperialisten der USA, Großbritanniens, Westdeutschlands und anderer Mächte wesentlich höhere Summen in Form von Dividenden, Profiten und Zinsen aus den afrikanischen Ländern heraus. Nach Daten, die auf der Konferenz der UNO für Handel und Entwicklung in Genf (1964) genannt wurden, belief sich die Profitausfuhr aus Afrika, Asien und Lateinamerika in die Investorenländer im Zeitraum 1950–1961 auf insgesamt 20,9 Md. Dollar, während die langfristigen Privatinvestitionen im selben Zeitraum nur 10,3 Md. Dollar ausmachten. Dieser gewaltige „Abfluß“ finanzieller Mittel, der für die Länder der „dritten Welt“ insgesamt wie auch für einzelne Kontinente, darunter auch für Afrika, charakteristisch ist, macht für die Entwicklungsländer die Vorteile aus den Kapitalinvestitionen imperialistischer Mächte im Grunde zunichte.

Ein wichtiges Mittel des amerikanischen Eindringens in Afrika ist die „Hilfe“, die einen stärkeren politischen Druck ermöglicht und zugleich weniger belastend und riskant ist. Nach offiziellen Angaben belief sich die amerikanische „Hilfe“ für Afrika in den Jahren 1946 bis 1965 auf 3062 Mill. Dollar.

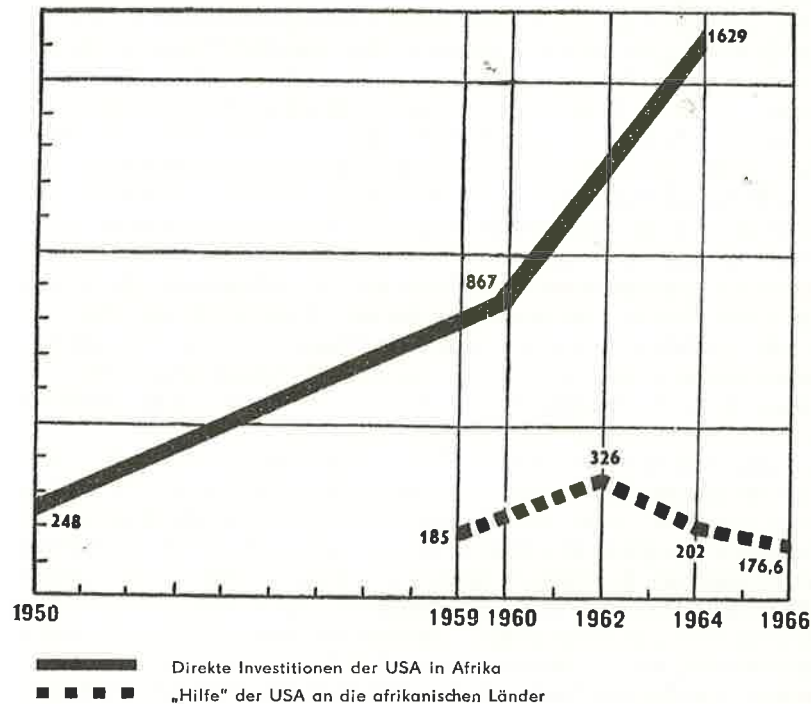
Die europäische Hilfe für den afrikanischen Kontinent ist mehr als doppelt so groß wie die amerikanische „Hilfe“, aber man muß feststellen, daß die gesamte westliche „Hilfe“ für Afrika nur etwa einem Fünftel des Nationaleinkommens allein Frankreichs entspricht. Das zeugt davon, wie begrenzt diese Hilfe ist, gemessen an den Erfordernissen der Entwicklung eines solchen unterdrückten und ausgebeuteten Kontinents und der Sicherung der Zukunft so vieler Völker.

Das neokolonialistische Eindringen entwickelt sich zu einer Zeit, da die direkte Kolonialherrschaft noch aufrechterhalten wird. Es erfolgt entweder durch monopolistische Ableger des noch fortbestehenden Kolonialismus oder mit neuen Mitteln.

Unser Land, Marokko, bietet in dieser Hinsicht zahlreiche Beispiele. So herrschte in der Zeit des französischen Protektorats die *Banque de Paris et des Pays-Bas* im überwiegenden Teil der nationalen Wirtschaft. Ihr Einfluß blieb im Lande erhalten, und sie kontrolliert immer noch einige Zweige des Bergbaus, nachdem sie zu sehr günstigen Bedingungen auf ihre Vorherrschaft in einigen anderen Zweigen (Energiewirtschaft und Eisenbahnen) verzichtet hat. Neu in ihrer Tätigkeit ist die Entfaltung des Fremdenverkehrs. Sie gründet mit Hilfe amerikanischen Kapitals Fremdenverkehrsunternehmen und entwickelt ihre Tätigkeit in Investitionsgesellschaften.

Einen wichtigen Platz nimmt in der Wirtschaft der frei gewordenen Länder der Außenhandel ein. Dieser Bereich wird in den meisten Ländern noch immer vom Neokolonialismus kontrolliert, der die Weltmarktpreise festsetzt, über die Handelsflotte verfügt und die Märkte kommandiert. Diese Kontrolle wird nicht allein durch einfache kommerzielle Konkurrenz gesichert. Eine äußerst wichtige Rolle spielen hierbei die Banken: Neben der allgemeinen Finanzkontrolle und dem ständigen Druck, die dank der Politik der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und ihrer Filialen möglich werden, sind wir Zeugen des zunehmenden Eindringens neokolonialistischen Kapitals in die Kommerzbanken und des Zerfalls der für den wirtschaftlichen Aufbau zuständigen staatlichen Organisationen. Zu den obengenan-

Tabelle 1



Dynamik der amerikanischen Investitionen in Afrika (in Mill. USA-Dollar)

Die nebenstehende Graphik veranschaulicht die verstärkte Expansion des amerikanischen Kapitals in Afrika. Eine charakteristische Tendenz der Wirtschaftspolitik der USA in Afrika war dabei in den letzten Jahren (seit 1962) die Zunahme der Investitionen des Privatkapitals amerikanischer Monopole bei gleichzeitiger Kürzung der indirekten Kapitalinvestitionen im Rahmen der sogenannten „Hilfe“.

Der überwiegende Teil der „Hilfe“ für Afrika sowie der direkten Investitionen der Monopole imperialistischer Mächte auf dem Kontinent entfällt auf Südafrika (RSA) sowie einige Länder Tropisch- und Nordafrikas, die bis in die letzte Zeit hinein im Fahrwasser der imperialistischen Politik segelten. So kamen 60 Prozent der gesamten „Hilfe“ der USA für Afrika im Jahre 1964 nur fünf afrikanischen Staaten zu: Liberia, Nigeria, Tunesien, Marokko und Kongo (Kinshasa). 40 Prozent aller privaten Investitionen Westdeutschlands in Afrika entfallen auf die RSA (28 Prozent) und Liberia (rund 12 Prozent).

ten Methoden kommt noch die Korruption hoher Beamter und Wirtschaftsfunktionäre hinzu, die so weit gegangen ist, daß sich eine regelrechte Klasse der „bürokratischen“ Bourgeoisie, eines sich rasch bereichernden Komplizen des Neokolonialismus, herausgebildet hat. Die Neokolonialisten halten ihre schützenden Hand über ihre ehemaligen Helfershelfer bei der direkten Okkupation, die erneut eine antinationale Rolle spielen und das Rückgrat der Kompradorenklasse bilden.

Die Rolle der Kompradoren beschränkt sich nicht auf den Geschäftsbereich. Sie reicht weit in das Gebiet der Politik hinein. Zahlreiche Beispiele weisen darauf hin, daß es in Afrika Militärklüngel gibt, derer sich bereits der klassische Kolonialismus bediente, die jetzt mit Leib und Seele dem Neokolonialismus ergeben sind und einige reaktionäre Staatsstreiche vollbracht haben.

Das neokolonialistische Eindringen erfolgt auch mittels der ausländischen technischen und kulturellen „Hilfe“, durch die französischen und holländischen „Verfechter des Fortschritts“ und die sattsam bekannten Agenten der „moralischen Neuaufrüstung“ usw.

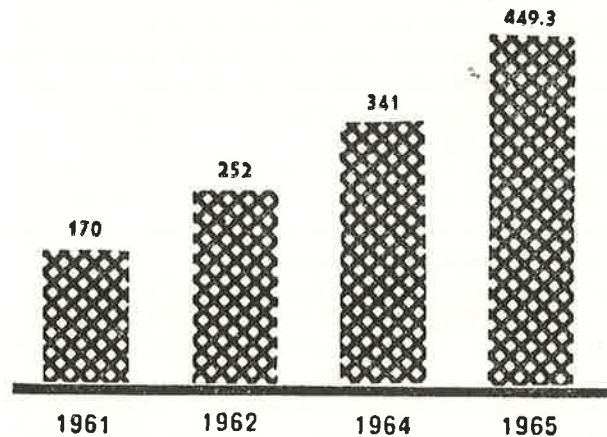
Eine andere Waffe aus dem neokolonialistischen Arsenal ist die Religion, die als eine Art „Gegengift“ gegen Patriotismus und fortschrittlichen Nationalismus angewandt wird.

Schließlich verdient bei der Behandlung der Frage des neokolonialistischen Eindringens das militärische Problem in Afrika besonderes Augenmerk. In erster Linie wäre hervorzuheben, daß die Imperialisten bis heute kein einziges afrikanisches Land in einen militärischen Pakt oder ein militärisches Bündnis von der Art der NATO in Europa, der SEATO in Asien oder der CENTO im Nahen Osten einbezogen haben.

Aber Afrika ist von verschiedenen militärisch-aggressiven Systemen umgeben, zu denen die US-Flotten, die Stützpunkte auf den Kanarischen Inseln und den Azoren, auf der Insel Ascension usw. und Israel einerseits sowie die aus der Zeit der kolonialen Besetzung verbliebenen strategischen Punkte andererseits gehören. Viele Brückenköpfe wurden aufgegeben, aber einige bleiben weiterhin in Kampfbereitschaft und werden durch die Vereinigten Staaten von Amerika oder durch die NATO modernisiert. In der letzten Zeit, da die Vereinigten Staaten in der NATO auf ernste Schwierigkeiten stoßen, planen sie allen Ernstes die Schaffung strategischer Reservepositionen in Afrika und zeigen besonderes Interesse für die Möglichkeiten, die sich ihnen in den letzten spanischen Besitzungen auf diesem Kontinent, und zwar in Rio del Oro, bieten. Gleichzeitig denken sie immer noch daran, die ehemaligen Atomstützpunkte in unserem Lande zurückzugewinnen, um in Afrika weitere Stützpunkte von der Art des Wheelus Field in Libyen zu besitzen.

Frankreich und England haben ihre Stützpunkte in einigen ehemaligen Kolonien noch behalten. Diese Mächte haben es verstanden, militärische Bedingungen auszuhandeln, die sie zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten junger Staaten berechtigen. Und sie lassen sich keine Gelegenheit entgehen, um von diesem Recht Gebrauch zu machen. Außerdem eröffnet die Ausbildung afrikanischer Offiziere an den Militärakademien neokolonialistischer Mächte eine weitgehend genutzte Möglichkeit für Korruption.

Tabelle 2



Direkte Investitionen Westdeutschlands in Afrika (in Mill. D-Mark)

Für die letzten zwei Jahrzehnte ist das verstärkte Eindringen Westdeutschlands in Afrika charakteristisch. Eine Kennziffer hierfür ist das stetige Wachstum der Investitionen westdeutscher Monopole in den afrikanischen Ländern. Dem Tempo des Kapitalexports nach ist Westdeutschland gegenwärtig auf den zweiten Platz vorgerückt und steht darin lediglich den USA nach.

Eine Form der Expansion Westdeutschlands nach Afrika ist die sogenannte Entwicklungshilfe. Der Gesamtumfang dieser „Hilfe“ belief sich im Jahre 1961 auf 330 Mill. Mark, im Jahre 1962 auf 677 Mill. Mark, im Jahre 1963 auf 387 Mill. Mark und im Jahre 1964 auf 299 Mill. Mark. Einen beträchtlichen Teil der westdeutschen „Entwicklungshilfe“ macht die militärische „Hilfe“ aus, der sich Bonn weitgehend bedient, um den eigenen Einfluß in den afrikanischen Ländern zu verstärken.

Die militärische Bedrohung wird häufig durch die geringe Stärke der stationierten fremden Truppen getarnt, da die modernen technischen Mittel ohne große Stützpunkte auskommen gestatten. Wie in der französischen Zeitschrift „La Revue juridique des Problèmes d’Outre-mer“ betont wurde, „hängt heute die militärische Einmischung nicht mehr unbedingt von der im voraus gesicherten Anwesenheit militärischer Einheiten ab. Man kann deshalb behaupten, daß die Erfüllung der von uns gemäß den Verträgen über die Verteidigung übernommenen Verpflichtungen weit mehr den Besitz der für die Einmischung notwendigen Kräfte als die Anwesenheit großer Kontingente an Ort und Stelle erfordert.“

Daraus wird deutlich, welche Gefahr die mit den Imperialisten geschlossenen Verträge über die „Verteidigung“ für die afrikanischen Staaten heraufbeschwören,

unabhängig davon, ob es sich bei den Vertragspartnern um die ehemaligen Kolonialisten oder um die Vereinigten Staaten von Amerika handelt, die Geheimabkommen vorziehen. Die Vereinigten Staaten von Amerika, Westdeutschland und Israel erweisen afrikanischen Ländern ebenfalls militärisch-technische Hilfe.

Die kongolesische Tragödie war ein Beispiel für schamloseste imperialistische Intervention unter Einsatz von Söldnern, die unter dem Abschaum kolonialistischer Länder gedungen wurden, von belgischen Revanchisten, amerikanischen Agenten und UNO-Truppen, die so operierten, daß die Positionen der Neokolonialisten behauptet und verstärkt wurden. Auf dem Gebiet militärischer Operationen haben die neokolonialistischen Kräfte genügend Ressourcen, was durch Militärputsche bestätigt wird.

3

Eine ganze Serie von Staatsstreich in Afrika, deren Zeugen wir unlängst wurden, erfordert ein gründliches Studium und eine gründliche Analyse.

Manche sind der Ansicht, daß diese Staatsstrieche ausschließlich durch innere Faktoren des jeweiligen Landes bedingt waren, während andere sie ausschließlich vom Einfluß neokolonialistischer Kräfte ausgehend zu erklären trachten. Wir sind der Ansicht, daß man sich vor Verallgemeinerungen hüten sollte. Gewiß haben sich alle diese Ereignisse im gleichen historischen Zeitabschnitt abgespielt, der durch zunehmende Aggressivität des Imperialismus gekennzeichnet ist. Nicht minder gewiß ist aber auch, daß es jeweils unter besonderen, einem jeden Lande eigenen Bedingungen geschah.

Zugleich darf man einige elementare Fakten nicht außer acht lassen, die allgemein anerkannt wurden, ob es sich nun um Ghana, Dahomey, Obervolta, die Zentralafrikanische Republik, um Kongo oder Nigeria handelte:

1. Überall hatte — je nach dem konkreten Fall mehr oder minder verschleiert — der Neokolonialismus seine Hand im Spiel.
2. Überall rissen Militärs die Macht an sich.
3. Durch die Militärputsche wurden sowohl fortschrittliche Regimes, die den Weg der nichtkapitalistischen Entwicklung gingen, als auch solche Regimes gestürzt, die ihr Schicksal an das des Neokolonialismus geknüpft hatten.
4. Die Putsche gingen sehr leicht vor sich: Die Völker dieser Länder reagieren nur schwach oder überhaupt nicht darauf.

Die Mitwirkung des Neokolonialismus, wie ihre Form und ihr Grad auch gewesen sein mag, ist durch die Zunahme der Aggressivität des Imperialismus im internationalen Maßstab bedingt. Diese Zunahme der Aggressivität ist unbestreitbar und wird durch das Wort Eskalation treffend gekennzeichnet. Eskalation in Vietnam, Eskalation in Afrika. Diese dem Imperialismus wesenseigene Aggressivität erklärt sich daraus, daß er gewisse zeitweilige Schwierigkeiten in der weltumspannenden revolutionären Bewegung nutzen möchte, um das Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten zu verändern, um die Entwicklung des sozialistischen Weltsystems aufzuhalten, um

die nationale Befreiungsbewegung zu bremsen. Mag der Imperialismus „Punkte“ gewonnen haben, er vermag das Rad der Geschichte nicht zurückzudrehen.

Bei einigen Staatsstreichern, wie z. B. in Ghana, war es Aufgabe der Neokolonialisten, vor allem einem Probefall der nichtkapitalistischen Entwicklung ein Ende zu setzen, dessen Ausbreitung zu verhindern und verlorengegangene ökonomische Positionen wiederzugewinnen. Bei anderen Staatsstreichern in den vom Neokolonialismus unmittelbar kontrollierten Ländern mußten gefügige, aber nicht mehr in die Zeit passende Politiker entfernt werden aus Furcht, ihre Untauglichkeit könnte ein Anstoß für ein Anwachsen des Kampfes der Völker dieser Länder sein und die imperialistischen Privilegien gefährden.

Eines der ernstesten und besorgniserregendsten Merkmale dieser Staatsstreiche ist die Tatsache, daß die Volksmassen sehr schwach darauf reagierten und die Reaktionen ihr schmutziges Werk verrichten konnten, wobei sie nur bei wahren revolutionären Kämpfen auf Opposition stießen.

Das erklärt sich, unserer Meinung nach, aus zweierlei Ursachen:

1. Ursachen, die wir Tiefenursachen nennen, weil sie mit dem kolonialen Erbe verbunden sind;

2. unmittelbare Ursachen, die direkt mit den Fehlern und Mängeln der fortschrittlichen revolutionären Bewegung zusammenhängen.

Es erübrigt sich, solche Tiefenursachen, wie die auf grauenhafte koloniale Ausplünderung zurückzuführende Schwäche der afrikanischen Wirtschaft, das äußerst niedrige Kulturniveau der Massen, das Analphabetentum, den Mangel an nationalen Kadern, in allen Einzelheiten zu schildern.

Zweifellos ist ein Staat, der konsequent die Politik der Industrialisierung betreibt, dessen Entwicklung trotz großer Schwierigkeiten gleichmäßig verläuft, und der, wie z. B. die Vereinigte Arabische Republik, seine Freiheit vor relativ langer Zeit erungen hat, weniger anfällig als so ein junger Staat wie Ghana.

Nicht minder offenkundig ist auch die Tatsache, daß die Folgen einer jahrhundertelangen kolonialen Ausbeutung nicht in drei, fünf oder selbst zehn Jahren zu überwinden sind. Und man muß ohne Umschweife sagen, daß diese Wahrheit oft der Anmaßung oder Demagogie den Vortritt ließ. Die vom Enthusiasmus der Befreiung trunkenen Massen, denen mehr oder minder offen in kurzer Frist ein Lebensstandard wie etwa der ihrer ehemaligen Kolonialherren versprochen wurde, glaubten daran. Einige Elemente, denen der Imperialismus ein Minimum an Bildung gegeben hat, beschritten den Weg des Karrierismus und bildeten eben jene bürokratische Zwischenschicht, deren Rolle – die in der Unterstützung der Putschisten zum Ausdruck kam – bestimmend wurde. Die übrigen, d. h. die breiten Volksmassen, die im Befreiungskampf und beim Aufbau eines besseren Lebens schwere Opfer auf sich nahmen, waren entweder enttäuscht oder glaubten betrogen zu sein. Die fortschrittliche und revolutionäre Führung, die isoliert war und unter den Volksmassen keine effektive Unterstützung besaß, ließ die Tür für allerlei Abenteuer offen. Die Putschisten spielten einen hohen Trumpf aus, als sie die Mängel der Revolution aufdeckten, und konnten sich sogar Überspitzungen leisten, um so mehr, als sich in einigen Staaten die Widersprüche zwischen den Stämmen verstärkten.

Uns ist natürlich klar, daß die hemmungslose Demagogie, wie sie von den neuen Regimes betrieben wird, ihnen nicht lange nützen kann. Die ungelösten Probleme werden noch stärker in Erscheinung treten, da die Verschärfung der neokolonialistischen Ausbeutung und die wachsenden Gelüste der neuen Bourgeoisie nur zu einer beschleunigten Degradation führen können.

Das alles schafft nicht die Tatsache aus der Welt, daß den Volksmassen neue Prüfungen, noch stärkere Verarmung bevorstehen, was nicht unbedingt zum Anwachsen ihres revolutionären Potentials führen muß. Im Gegenteil, eine solche Sachlage droht zur Verzweiflung und Passivität zu führen, falls es den fortschrittlichen und revolutionären Parteien und Organisationen nicht gelingt, den Massen eine bessere Erkenntnis der neuen Situation zu vermitteln. Deshalb ist es außerordentlich wichtig, daß die werktätigen Massen, die afrikanischen Völker die Fähigkeit aufbringen, ihre Feinde sowohl innerhalb der eigenen Länder als auch außerhalb derselben zu erkennen.

In der ersten Etappe des Kampfes um die politische Unabhängigkeit barg die nationale Einheit gesellschaftliche Widersprüche in sich, was durchaus gesetzmäßig ist. Es bestand die Meinung, daß diese nationale Einheit auch nach Erreichung des gemeinsamen Zieles – der nationalen Unabhängigkeit – fortbestehen würde. Für die Thesen, daß es in Afrika keine sozialen Klassen gäbe, ließen sich aufrichtige Politiker gewinnen, die vom „afrikanischen Sozialismus“ sprachen, dessen Spezifik daraus zu erklären wäre, daß der Klassenkampf angeblich fehlte. Tatsachen zerstreuten diese Illusionen.

Derartige Ansichten haben ernsten Schaden angerichtet, weil sie häufig den antidemokratischen Charakter neokolonialistischer Regimes, die sich als Anhänger des Sozialismus aufspielten, zu tarnen ermöglichten.

Die unklaren ideologischen Konzeptionen einiger fortschrittlicher Führer bedingten eine falsche Einschätzung der Rolle der werktätigen Massen, die der bestimmende Faktor bei der Verteidigung der Errungenschaften der Revolution sind. So wurde z. B. die Rolle der Arbeiterklasse, die als eine im Vergleich zu den breiten Massen der armen Bauernschaft privilegierte Klasse angesehen wurde, herabgesetzt, den Gewerkschaften Mißtrauen entgegengebracht.

Gerade diese Mißachtung oder dieser Verzicht auf die Untersuchung der Probleme des Klassenkampfes haben der afrikanischen fortschrittlichen und revolutionären Bewegung am meisten geschadet. Dadurch wurde die Schaffung wahrhaft demokratischer Avantgardeparteien, die die Massenorganisationen revolutionär zu leiten und die Kader ideologisch auszubilden vermögen, verhindert bzw. deren Entwicklung verzögert.

An Avantgardeorganisationen aus Kämpfern, die im Sinne der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus erzogen sind, die durch Opfer ihre Treue zur Sache der Revolution bewiesen haben und in enger Verbindung zu den breiten Arbeiter- und Bauernmassen stehen, hätten sich die Putschisten und ihre neokolonialistischen Auftraggeber die Zähne ausgebissen.

Es gab freilich auch noch andere Fehler, unter anderem den Personenkult, übermäßiges Vertrauen einiger Führer auf die eigene Popularität, Anwendung autori-

tärer Methoden, allerlei geheime Kombinationen. Und schließlich gelangte überall, wo sich Putsche ereigneten, die Armee an die Macht. Die Armee hat nicht überall die gleiche Rolle gespielt, doch der Fäulnisprozeß in der Armee ist oft identisch.

Diese Armeen waren mit den Volksmassen ungenügend verbunden und durch den Staat schlecht kontrolliert; in ihre Reihen wurden viele Einheimische aufgenommen, die in der ehemaligen Kolonialarmee gedient hatten. Viele ihrer Offiziere waren in den Militärschulen des Imperialismus erzogen worden und blieben unter starkem Einfluß westlicher technischer Berater. Sie gingen den Geheimagenten des Imperialismus, die ihren persönlichen Ehrgeiz aufstachelten, die sie in verschiedenen Klubs zweifelhaften Charakters mit korrupten Politikern des alten Regimes oder Reaktionären aus den Nachbarländern zusammenführten, auf den Leim.

Zusammenfassend können wir sagen, daß die Militärputsche dem Neokolonialismus breitere Möglichkeiten für sein Vorgehen in Afrika erschlossen haben. Man muß jeden Putsch als eine verlorene Schlacht für die fortschrittliche und revolutionäre afrikanische Bewegung, für einen Rückzug dieser Bewegung ansehen. Dessen muß man sich voll und ganz bewußt sein, ohne zugleich das Wichtigste zu vergessen: Einerseits geht die allgemeine Bewegung der Völker in Richtung auf vollständige Befreiung und Sozialismus, und andererseits dauert der Untergang des Imperialismus trotz der von ihm entwickelten Aggressivität an, was uns die heilige Pflicht auferlegt, den Kampf gegen den Imperialismus in seinen neuen Formen zu verstärken. Es gilt die materiellen, transportmäßigen und strategischen Positionen des Imperialismus zu untergraben, die vom Imperialismus einigen Staaten aufgezwungenen militärischen Bedingungen zu kündigen, den Armeen der afrikanischen Länder einen nationalen Charakter zu verleihen, die positive Neutralität unseres Kontinents zu entwickeln und zu festigen.

Der Imperialismus, der die Bedeutung des Patriotismus im Kampf für die nationale Befreiung sehr wohl erkannt hat, machte nicht davor halt, Pseudostaaten auf der Basis administrativer Gebilde zu schaffen, die bereits formierten Ländern mit Gewalt aufgezwungen worden waren. So wurden große Nationen zerteilt, entstanden Staaten mit geometrischen Konturen, wurde die Stammesteilung verankert und verstärkt.

4

Wir haben versucht, die Gefährlichkeit des Neokolonialismus und seinen zutiefst afrikafeindlichen, antinationalen und volksfeindlichen Charakter zu zeigen. Afrika ist tatsächlich in Gefahr, weil der Imperialismus auf die Aggression nicht verzichtet und – wie man feststellen muß – auf verschiedenen Gebieten über zahlreiche Möglichkeiten für Umtriebe verfügt. Es wäre zumindest nicht realistisch, das außer acht zu lassen.

Man kann jedoch dieser Gefahr vorbeugen.

Vor allem muß man die großen Traditionen des antiimperialistischen Kampfes der afrikanischen Völker nutzen und den Neokolonialismus, der nach außen hin

harmlos tut, entlarven. Diese Aufklärungsarbeit kann nur durch die Proletarisierung der afrikanischen Massen erleichtert werden, die mit dem nationalen und Klassenfeind direkt konfrontiert werden. Dieses Prinzip bestimmt die Linie des Verhaltens der fortschrittlichen Bewegungen, der Arbeiterparteien und der Gewerkschaftsorganisationen Afrikas.

Der Neokolonialismus wurde in den zurückliegenden Jahren nicht immer wirksam genug entlarvt, weil Afrikas historische Erfahrungen in dieser Hinsicht noch unzureichend waren. Wir wissen aber, daß das Bewußtsein und die Weisheit der Massen gerade mit den historischen Erfahrungen zugleich anwachsen.

Nun haben sich im Kampf gegen den Neokolonialismus genügend Erfahrungen für eine Auswertung angesammelt, und wir stellen mit Befriedigung beträchtliche Fortschritte im Bewußtsein einiger Völker fest, die entweder Lehren aus eigenen Erfahrungen gezogen oder Erfahrungen der Nachbarvölker beherzigt haben.

Außerdem hat unser Kontinent wichtige Vorzüge aufzuweisen, wie die Selbständigkeit unserer Arbeiterklasse und ihre Befreiung von der Abhängigkeit, die der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) dem afrikanischen Proletariat aufzuzwingen versuchte. Das ist die Gewähr für seine ideologische und revolutionäre Entwicklung.

Gleichzeitig sei festgestellt, daß die afrikanische Gewerkschaftseinheit bei weitem noch nicht hergestellt ist. Der Allafrikanische Gewerkschaftsbund (All African Trade Union Federation – AATUF) entstand unter den Bedingungen des Aufschwungs der Befreiungsbewegung und der fortschrittlichsten Kräfte in einigen afrikanischen Ländern, des Aufschwungs, der gleichzeitig die Casablanca-Gruppe ins Leben rief. Doch die nicht genügend selbständige Arbeiterbewegung dieser Länder war, nachdem einige Regierungen der Casablanca-Gruppierung ihren Kurs geändert hatten, zu einer elastischen Politik nicht imstande. Seit jener Zeit ist in der Arbeit dieser Gewerkschaftsvereinigung zur Lösung gesamtafrikanischer Probleme eine gewisse Stagnation zu beobachten.

Zugleich sind die christlichen Gewerkschaften bemüht, in Afrika neben ihrer Religion auch antirevolutionäre Thesen zu verbreiten. In engem Kontakt mit ihren reformistischen und reaktionären Partnern in Europa und in Verbindung mit den sogenannten religiösen, in Wirklichkeit aber neokolonialistischen Missionen aus Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika (man zählt in Afrika etwa 7300 amerikanische Missionare) setzen sie ihre Arbeit fort, um die Kräfte der Arbeiterklasse zu spalten und zu neutralisieren.

Folglich ist auf Gewerkschaftsebene eine große Arbeit zu leisten, die nur dann erfolgreich sein kann, wenn die Doppelaufgabe – Entwicklung des Kampfgeistes innerhalb eines jeden Landes und Erweiterung der Einheit im gesamtafrikanischen Maßstab – voll gelöst wird.

Die Formen der gewerkschaftlichen Organisation in Afrika entsprechen nicht mehr den realen Erfordernissen. Sie erfassen ganz ungenügend die Bauernschaft und lassen außer acht, daß die Arbeiterklasse infolge der Migration der Dorfbewölkerung und der trotz allem vor sich gehenden Industrialisierung eine beträchtliche Entwicklung erfahren muß.

Die Geschichte zeigt, daß sich der Neokolonialismus, ähnlich wie der klassische Kolonialismus, vor allem auf die rückschrittlichsten Schichten stützt, denen die Kolonialisten einen Schein der Macht verliehen hatten: Stammesführer, Feudalherren, verschiedene reaktionäre Führer. Deshalb muß der Kampf gegen den Neokolonialismus ergänzt und verstärkt werden durch den politischen und den Klassenkampf gegen den privilegierten Schichten und Agenten des Neokolonialismus. Der Sieg in diesem Kampf hat die Herstellung der inneren und gesamtafrikanischen Einheit zur Voraussetzung.

Versuche zur Herstellung einer zwischenstaatlichen Einheit hat es bereits gegeben, doch ohne die gewünschten Ergebnisse. Die Gründe dafür wollen wir an dieser Stelle nicht näher untersuchen, aber auch hier hatte der Neokolonialismus seine Hand im Spiel. Wir meinen insbesondere die Mißerfolge der Casablanca-Gruppierung, die derzeitigen Schwierigkeiten der Organisation für Afrikanische Einheit und die Probleme der Liga der arabischen Länder, die viele afrikanische Länder betreffen. Die Ursache für die fehlende Einheit im Kampf gegen den Neokolonialismus liegt, unserer Ansicht nach, darin, daß der Einfluß der fortschrittlichen Kräfte auf die Regierungspolitik ungenügend ist und daß die innere Demokratie fehlt, was einigen Regierungen ermöglicht, den Willen und die Forderungen des Volkes zu ignorieren.

Man kann in der Tat kaum annehmen, daß die Regierung wirksam eine antiimperialistische Außenpolitik betreiben kann, wenn sie den Kampf gegen den Imperialismus im eigenen Haus nicht mit aller Konsequenz und Entschlossenheit führt. Folglich müssen die revolutionären und fortschrittlichen Kräfte eines jeden Landes die Regierungen zu einer konsequenten antiimperialistischen Politik zwingen, die die Perspektive der so dringend erforderlichen antiimperialistischen Einheit Afrikas erschließen wird.

Auf der Tagesordnung steht das Problem der Einheit der revolutionären und fortschrittlichen Kräfte Afrikas. Das Niveau dieser Einheit muß man jetzt konkretisieren, realisieren, verstärken und erhöhen, um die afrikanische Solidarität zu festigen, um eine tiefere Einsicht in die Probleme und die Mittel des Kampfes zu erreichen. Gleichzeitig ist jede unvorsichtige Aktion zu vermeiden, die als Einmischung in die inneren Angelegenheiten angesehen werden und letztlich dem antiimperialistischen Kampf und der afrikanischen Einheit schaden könnte.

Die afrikanische Solidarität kann und muß sich schon heute in einer wirksamen Unterstützung unserer Brüder, die gegen die direkte Okkupation kämpfen oder Opfer verschiedener Manöver des Neokolonialismus werden, äußern. Unbedingte politische und materielle Unterstützung muß den Völkern der portugiesischen Kolonien und Südafrikas, den Völkern „Spanisch-Guineas und „Französisch“-Somalilands erwiesen werden. Ernste Sanktionen müssen gegen Portugal angewandt werden, z. B. das Verbot, seine Häfen anzulaufen. In Südafrika muß die afrikanische Bevölkerung, die unter dem Joch der weißen rassistischen Minderheit ächzt, unterstützt werden. Diese Unterstützung muß eine ständige sein und jene Formen annehmen, die das Leben fordert. Mit allen Mitteln zu fördern ist die weitere Isolierung der Regierung der Republik Südafrika, den mit ihr sozialökonomisch verbundenen Ländern muß gehol-

fen werden, sich von Kontakten mit der RSA zu befreien. Man muß vor allem in wachsendem Umfang die Rolle der Vereinigten Staaten von Amerika in Südafrika und ihre Unterstützung für die Kolonialpolitik Portugals und Spaniens entlarven.

Die Entlarvung der Politik des amerikanischen Imperialismus, die auf die Erhaltung des alten Kolonialismus und wütenden Rassismus gerichtet ist, seine Einmischung in die Angelegenheiten Lateinamerikas, seine Aggression gegen Vietnam, seine neokolonialistischen Manöver in Afrika, die Bewaffnung Israels für Provokationen gegen das Volk Palästinas und andere arabische Völker, seine Versuche, konterrevolutionäre Pakte zusammenzuzimmern – diese Entlarvung muß zu einer Aufgabe auf lange Sicht, zur unwandelbaren Losung, zum ständigen Appell werden, der zum Kampf und zur Wachsamkeit aufruft.

Seit Beendigung des zweiten Weltkrieges sind in Afrika bedeutende Veränderungen – historische und entscheidende Veränderungen – vor sich gegangen. Aber diesem Erdteil stehen noch größere Veränderungen bevor, die schneller herbeigeführt werden können, wenn die revolutionären und fortschrittlichen Kräfte Afrikas in Zusammenarbeit mit der internationalen Arbeiterbewegung und mit Unterstützung der sozialistischen Welt die Einheitsfront im nationalen Maßstab wie auch auf dem ganzen Kontinent herstellen.

Laßt uns die Reihen schließen gegen den gemeinsamen Feind – den Neokolonialismus –, uns scharen um die afrikanischen Bastionen der Revolution, die der neokolonialistischen Aggression gegenüberstehen. Diesen Bastionen müssen alle revolutionären und fortschrittlichen Kräfte Afrikas die erforderliche Unterstützung erweisen.

Durch Kampf und Einheit werden wir siegen!

Tran Duc Thao / Nguyen Van Ba

Ursachen und Verlauf des militärischen Mißerfolgs der USA in Vietnam

Aus: *Vietnamese Studies*, No. 16, Hanoi

Angesichts des offenkundigen Mißerfolgs des „Spezialkriegs“, der mit einer halben Million Mann der Saigon-Armee, geleitet von 25 000 US-„Beratern“, geführt wurde, mußte der US-Imperialismus 1965 seine eigenen Truppen in den Heizkessel Südvietnam werfen. General *Maxwell Taylor*, Befürworter des Spezialkriegs, wurde abberufen. Eine neue Phase des US-Aggressionskriegs in Vietnam begann, mit massiver Intervention von US-Truppen in Südvietnam und von US-Luft- und Seestreitkräften in Nordvietnam: die Phase des „lokalen Kriegs“. Da der US-Führungsstab beträchtliche Feuerkraft und eindrucksvolle technische Mittel zu seiner Verfügung hatte, glaubte er, die regulären Kräfte der NFL¹ liquidieren, viele Gebiete zurückerobern, die NFL zur Rückkehr zum reinen Guerillakrieg zwingen und die Moral der Saigoner Verwaltung und Armee stützen zu können. Das auf diese Weise gestärkte Saigon-Regime würde wohl imstande sein, das Land zu „befrieden“ und sich die patriotischen und revolutionären Kräfte vom Halse zu schaffen. Und die neokolonialistische Herrschaft der USA über Südvietnam würde so auf sicheren Grundlagen beruhen.

Der Bevölkerung und den bewaffneten Kräften Südvietnams wurde ein besonders dringliches Problem gestellt: Was sollte angesichts dieser US-Kriegsmaschinerie getan werden? Sich mit vorübergehendem Bodenverlust abfinden, sich in sichere Basen zurückziehen, die Guerillakriegführung fortsetzen, oder im Gegenteil, die Offensive in Verbindung aller Formen des bewaffneten und politischen Kampfes weiterführen? Wie sollte man die relative Stärke der beiden Seiten bewerten, um die künftige Strategie und Taktik bestimmen zu können? Nach einer eingehenden Analyse der Situation kam die Führung der NFL zu wichtigen Schlußfolgerungen, deren Richtigkeit durch die mehr als zwei Jahre des siegreichen Widerstands in besonders augenfälliger Weise bestätigt wurde.

Wer hatte die Initiative?

Hinter der vermeintlichen Stärke des Feindes wurde eine große Schwäche spürbar. Die US-Imperialisten intervenierten nicht nach einem siegreichen Feldzug, sondern in dem Versuch, eine halbe Million Marionettentruppen vor der Katastrophe zu retten. Ihr Expeditionskorps wurde unvorbereitet in ein Einsatzgebiet geschickt, wo sich der Gegner an allen Gefechtsfronten festgesetzt und seine Truppen in allen

strategischen Zonen Stellung bezogen hatten: das Mekongdelta, die Küstenebenen, die Gebirgsregionen und sogar die Städte.

Die lange Erfahrung des über zwanzigjährigen politischen und bewaffneten Kampfes gegen den imperialistischen Aggressor – seit November 1940 hatte die südvietnamesische Bevölkerung praktisch nicht aufgehört zu kämpfen – hatte der Bevölkerung absolutes Vertrauen zu sich selbst und organisatorische Fähigkeiten für alle Situationen gegeben. Politische wie bewaffnete Kräfte aller Art waren einsatzbereit. Durch die direkte Teilnahme am Kampf warfen die Amerikaner nur ihre Maske weg, der Zorn des vietnamesischen Volkes wurde noch erbitterter und verstärkte seinen einmütigen Willen, für nationale Unabhängigkeit und Freiheit zu kämpfen. Dieser Kampf wurde immer kraftvoller. Lange Jahre der Erfahrung hatten die ungeheuren Möglichkeiten des revolutionären Volkskrieges gezeigt.

Nach neun Kriegsjahren hatte das vietnamesische Volk das französische Expeditionskorps geschlagen; von 1961 bis 1965, während des „Spezialkriegs“, hatten die Befreiungstreitkräfte und die Bevölkerung Südvietnams die Saigon-Armee von 500 000 Mann geschlagen, die mit US-Waffen neuesten Modells ausgerüstet waren, von US-Beratern geleitet wurden und Taktiken anwandten, die der US-Führungsstab ausgearbeitet hatte. Amerikanische Waffen und Taktiken waren deshalb nicht völlig neu für die Bevölkerung Südvietnams und die NFL. Es gab keinen Grund, an der Möglichkeit zu zweifeln, die Yankee-Aggressoren auf dem militärischen Sektor zu schlagen. Die Bevölkerung und die NFL beschlossen deshalb, die Generaloffensive stärker denn je fortzuführen, was der Widerstandsbewegung Sieg auf Sieg brachte.

Das Yankee-Expeditionskorps dagegen hatte seit seiner Landung in Südvietnam Niederlage auf Niederlage erlitten. General *Westmoreland*, der noch dem Truppenmangel die Schuld an seinen Rückschlägen gab, forderte nachdrücklich immer mehr Verstärkung an. 1965 glaubte der US-Führungsstab, den Sieg mit 200 000 GI's erringen zu können; Ende 1966 hatte er 400 000 Mann US-Truppen zu seiner Verfügung und gegenwärtig über eine halbe Million. Zu dieser Anzahl kamen dann noch 50 000 Mann Satellitentruppen (aus Südkorea, Australien und anderen Ländern) hinzu, Einheiten der 7. US-Flotte und die in den US-Basen in Thailand und Guam stationierten Soldaten. Viele US-Beamte glaubten, daß Truppen von einer Million Mann notwendig wären.

Die technischen Mittel der USA wurden im selben Tempo verbessert. Jeden Monat, jede Woche brachte das Pentagon neue Maschinen, verbesserte Waffen, neue Flugzeugtypen, Hubschrauber usw. auf die Schlachtfelder. Elektronische Ausrüstungen wurden in beispiellosem Umfang benutzt. Washington hatte ein Drittel der taktischen Luftstreitkräfte der USA in die Schlacht geworfen, das sind über 4 000 Flugzeuge, einschließlich der strategischen Bomber B 52. Von den 17 Flugzeugträgern der US-Marine wurden 13 in Vietnam eingesetzt. Das Kriegsbudget hatte fast 30 Milliarden Dollar im Jahr erreicht.

Trotz dieser eindrucksvollen Mittel verschlechterte sich die Situation des US-Expeditionskorps. 1965 war General *Westmoreland* mit 200 000 GI's in der Lage, Angriffsoperationen in mehreren Gebieten zu beginnen, und tönte, daß er nahe

¹ NFL: Nationale Betreuungsfront (National Front for Liberation)

darin wäre, den fast sicheren Sieg zu erringen; ein Jahr später, mit 400 000 Mann zu seiner Verfügung, beschränkte er seine Angriffsoperationen auf wenige, sorgfältig ausgewählte Regionen und legte bei seinen Erklärungen viel mehr Zurückhaltung an den Tag; Ende 1967 blieb der US-Führungsstab mit neuen Verstärkungen in der Defensive, und es war die NFL, welche die Angriffsstellen bestimmte. Das US-Ziel, „dem Vietcong das Rückgrat zu brechen“, d. h. die regulären NFL-Kräfte auszulöschen und ausgedehnte Gebiete zu „befrieden“, lag weiter entfernt denn je; Pessimismus breitete sich selbst in Washington aus und schlich sich in das Herz des Pentagons und des Weißen Hauses ein, wo Meinungsverschiedenheiten über die in Südvietnam zu verfolgende Strategie, Taktik und Politik offenkundig wurden.

Die strategische Lage des US-Expeditionskorps und der Saigon-Armee wurde schwächer und schwächer, und das genau zu dem Zeitpunkt, als sich die Anzahl der US-Truppen erhöht hatte und immer mehr technische Mittel zum Einsatz kamen.

Wie ist diese scheinbar paradoxe Tatsache zu erklären?

Der Mißerfolg der neokolonialistischen Politik

Ein solches Ergebnis kann nur mit fundamentalen Widersprüchen in der US-Politik erklärt werden, Widersprüche, die sich weiter verschärften, als Washington verstärkte Anstrengungen zu ihrer Überwindung machte. Dies sind Widersprüche, die jedem imperialistischen Aggressionskrieg innewohnen, aber in Südvietnam spitzten sie sich besonders zu auf Grund der historischen Bedingungen, unter denen die US-Aggression und der Kampf des vietnamesischen Volkes stattfanden.

Bis 1965 hatte der US-Imperialismus den Deckmantel des Saigon-Regimes benutzt, um seine Herrschaft über Südvietnam zu errichten, ein Versuch, auf diese Weise den Widerspruch abzuschwächen, der ihn in Gegensatz zum vietnamesischen Volk und zu den Weltkräften der nationalen Unabhängigkeit, der Demokratie und des sozialen Fortschritts, bringt.

Die Invasion Südvietnams durch US-Truppen und die wiederholte Bombardierung Nordvietnams entlarvte gänzlich das grausame Aggressionsgesicht des US-Imperialismus und veranlaßte die gesamte vietnamesische Nation zur Erhebung gegen die Aggressoren und Verräter. Die Imperialisten und ihre Lakaien sehen sich jetzt einer heroischen, unbezwingbaren Nation gegenüber, einem kampferfahrenen Volk, das fester geeint und entschlossener denn je ist. Diese nationale Begeisterung hob den traditionellen Mut, den Scharfsinn und die Ausdauer des vietnamesischen Volkes auf eine hohe Stufe.

Die offene US-Aggression gegen die nördlichen und südlichen Zonen Vietnams hat der ganzen Welt gezeigt, wie grausam und barbarisch der US-Imperialismus sein kann; niemals erschien seine Rolle als internationaler Gendarm aufdringlicher. Der Vernichtungskrieg zur Luft und zur See gegen die DRV ist ein Anschlag gegen die bloße Existenz einer sozialistischen Nation, eines Mitglieds der Gemeinschaft der sozialistischen Länder.

Der US-Imperialismus hat so den Widerspruch extrem verschärft, der ihn in Gegensatz bringt zum sozialistischen Lager, zur nationalen Befreiungsbewegung und zu den Kräften des Friedens und des sozialen Fortschritts in der Welt. Die Barbarei, mit der die Yankees ihren Krieg führen, die angewandten Mittel und Waffen – Folterungen, Konzentration der Bevölkerung, rücksichtsloses Bombardieren, Gebrauch von Napalm, Phosphor, Giftgasen und Chemikalien, Stahlkugelnbomben – empören das Weltgewissen.

Die sozialistischen Länder fühlen sich verpflichtet, dem vietnamesischen Volk, das ebenso von allen friedens- und fortschrittsliebenden Völkern in der ganzen Welt unterstützt wird, jede nur mögliche Hilfe zu gewähren. In den USA erwacht allmählich die öffentliche Meinung und erkennt die Unmenschlichkeit, Ungerechtigkeit und enormen Kosten des Krieges, der den Traditionen und der Verfassung des Landes zuwiderläuft; die Opposition gegen den Krieg breitet sich in immer wichtigeren Bevölkerungsschichten aus und nimmt immer heftigere Formen an.

Alle Tarnungen der neokolonialistischen US-Politik, die viele Jahre lang sorgfältig und mühsam ausgearbeitet wurden, sind auseinandergerissen: niemals waren die Widersprüche zwischen Taten und Worten so offensichtlich, niemals waren Prestige und Glaubwürdigkeit der US-Regierung, zu Hause wie im Ausland, so gering.

Washington sagt, es wünsche Frieden, aber immer noch führt es den barbarischsten Aggressionskrieg aller Zeiten; es spricht von der Verteidigung der Unabhängigkeit und Freiheit Vietnams, aber immer noch zwingt es dem Land die Anwesenheit eines Expeditionskorps auf, das bei weitem mächtiger ist als irgendeine Armee, die jemals von Kolonialmächten über ihre Grenzen hinaus geschickt wurde; es spricht von friedlicher Koexistenz, aber immer noch greift es zynisch ein Mitglied des sozialistischen Lagers an; es spricht von Menschlichkeit und Gerechtigkeit, aber immer noch gebraucht es die barbarischsten Waffen und Kriegsmittel; es beruft sich auf die UNO und das Völkerrecht, aber immer noch verletzt es unverschämte alle internationalen Konventionen und Gesetzesklauseln.

Die Widersprüche in der US-Strategie

Die oben genannten Widersprüche, die dem US-Imperialismus und dem von ihm geführten verbrecherischen Krieg innewohnen, finden in Vietnam ihren konkreten Ausdruck in den Widersprüchen innerhalb der US-Strategie, die mit einem unlöslichen Dilemma und einem nie endenden Teufelskreis verbunden ist.

Das Pentagon glaubte, größere Vorteile in diesem Krieg zu haben: eine viel höhere Truppenzahl als sein Gegner, stärkere Feuerkraft und außergewöhnliche Beweglichkeit infolge des Einsatzes von Flugzeugen und Hubschraubern. Diese Mittel sollten es ermöglichen, einen Blitzkrieg zu führen, bei dem in erster Linie eine große Anzahl von Kampftruppen konzentriert wurde, um den regulären Kräften der NFL einen tödlichen Schlag zu versetzen.

Aber in Wirklichkeit war der US-Führungsstab nicht fähig, seine Truppen zu konzentrieren, er wurde vielmehr gezwungen, sie weit zu zerstreuen, und der erwartete schnelle, „saubere“ Krieg wurde zu einem Sumpf, der immer mehr Menschen und Geld verschlang. Was ist geschehen?

Das US-Expeditionskorps landete in einem Land, wo der allgemeine Widerstand ein hohes militärisches Niveau erreicht hat. Schon zu Beginn mußten sich die US-Truppen auf drei verschiedene Regionen verteilen: Ost-Nam Bo, die Tay Nguyen Hochebene und Zentral-Trung Bo. Der rasche Fortschritt der LAF² zwang den US-Führungsstab, seine Truppen zu verlegen; in den von ihnen besetzten Gebieten mußten die US-Truppen in zahlreiche Basen und Posten zersplittert werden, um der ständigen Ausweitung des Volkskrieges gewachsen zu sein. Die Verteidigungsgürtel ihrer Basen mußten erweitert werden, als die Reichweite der LAF-Waffen zunahm: Granatwerfer mit einer Reichweite von wenigen Kilometern, dann schwerere Waffen, die fast 15 km entfernte Ziele treffen können. Die zum Schutz der US-Basen verwandten Truppen mußten deshalb beträchtlich verstärkt werden. Die Sicherung von Hunderten von Kilometern Landstraßen, die für eine motorisierte Armee unentbehrlich sind, erforderte ebenfalls bedeutende Kräfte.

Wo auch immer sich US-Truppen aufhalten, werden sie entweder von Guerillas gestört oder von regulären LAF angegriffen, ihren Basen und Verbindungslinien droht zu jeder Zeit Vernichtung, zusammen mit sehr wertvollem Material (Flugzeuge, Hubschrauber, elektronische Einrichtungen, Treibstoff- und Munitionsdepots) und geschultem Personal (Piloten, Techniker).

Eine weitere Ursache des Truppenmangels liegt in den Widersprüchen zwischen der US-Armee und der Marionettenarmee. Herren und Lakaien mußten einander Beistand leisten, aber je massiver die US-Intervention wurde, desto mehr zersetzte sich die Saigon-Armee. Die Konflikte zwischen beiden Armeen wurden immer schärfer. Die Amerikaner und die Marionetten gaben sich gegenseitig die Schuld an der mangelnden militärischen Wirksamkeit, während man den Kampfespflichten auszuweichen suchte. Die massive Anwesenheit der US-Truppen entlarvte völlig den antinationalen Charakter des Krieges, und das Nationalgefühl der Soldaten wurde allmählich geweckt, während sich die Marionettenoffiziere, um den Schein der Unabhängigkeit zu wahren, immer mehr von den Amerikanern entfernten. Der Krieg wurde völlig „amerikanisiert“, gänzlich von den Amerikanern übernommen. Verachtet und schlecht bezahlt, sehen die Marionettensoldaten und -offiziere, wie die Amerikaner überall die besten Häuser, Wagen und Mädchen bekommen; ihre eigenen Lebensbedingungen und die ihrer Familien sind durch Inflation beeinträchtigt, ihre Dörfer, Verwandten und Freunde leiden sehr unter den barbarischen Zerstörungen durch US-Waffen. Fälle von Desertion, Meuterei und Gehorsamsverweigerung nehmen zu. Immer mehr Soldaten der Saigon-Armee gehen auf die Seite der NFL über.

Die Zersetzung der Marionettenarmee zwang die Amerikaner, nicht nur die Last der Angriffsoperationen zu übernehmen, sondern auch einen wachsenden Teil der

„Pazifizierungs“operationen; sie müssen sogar den Schutz der jetzt in den Hintergrund getretenen Marionettenarmee sicherstellen. Die Marionettenarmee trotz ihrer Unbrauchbarkeit aufrechtzuerhalten, bleibt nach wie vor eine dringliche Aufgabe der neokolonialistischen US-Politik, und diese Armee ist mehr zu einer Belastung als zu einem Vorteil geworden.

Der US-Führungsstab möchte seine Kräfte für große Offensiven konzentrieren, aber er ist gezwungen, sie zu zersplittern, nicht nur um häufig wechselnde und immer zahlreichere Stellungen zu besetzen, sondern auch um ständig schwierigere Aufgaben zu übernehmen. Dieser strategische Widerspruch zwischen Konzentration und Zersplitterung macht das US-Expeditionskorps immer unfähiger, die vom Pentagon erarbeitete Offensivstrategie in die Praxis umzusetzen.

Außerdem ist die US-Kriegsmaschinerie zu schwerfällig. Sie erfordert beträchtliche technische Mittel, riesige Vorräte an Munition, Treibstoff, Ersatzteilen, sowie eine komplizierte Infrastruktur; ihre Basen sind ständig gefährdet; für US-Truppen müssen Lebensbedingungen mit beispiellosem „Komfort“ geschaffen werden, was zu einer schweren Belastung der Nachschubdienste führt. Während seiner letzten Inspektionsfahrt bemerkte McNamara, daß von sieben GI's nur einer zur kämpfenden Truppe gehörte. Die einjährige Dienstpflicht in Vietnam bringt einen schnellen Wechsel der Truppen mit sich und eine begrenzte Kampfkraft, die in keinem Verhältnis zu ihrer Anzahl steht.

All diese Widersprüche zeigten sich in der Tatsache, daß sogar Angriffsoperationen einen zunehmend defensiven Charakter annahmen; gegenwärtig ist das US-Expeditionskorps in den meisten Einsatzgebieten praktisch in die Defensive gedrängt worden.

Eine Aggressionsarmee verliert gänzlich ihren Sinn, wenn sie innerhalb von Festungen bleibt, und das um so mehr, als sie gerade dort vor Angriffen nicht sicher ist. Bis jetzt haben die Pentagonstrategen nur einen Ausweg aus dieser Sackgasse gefunden: die Truppenzahl zu erhöhen und mehr Material heranzuschaffen. Aber die dabei gemachte Erfahrung zeigte: je mehr US-Truppen hingeschickt werden, um so schwerer ihre Verluste und um so schlechter ihre strategische Lage.

Die in Vietnam eingesetzten Truppen und Ausrüstungen haben das, was man für ausreichend hielt, um einen „lokalen Krieg“ zu gewinnen, bei weitem überschritten. Im Sumpf von Vietnam gefangen, sehen die Amerikaner ihre Positionen in anderen Teilen der Welt bedeutend geschwächt, was den Widerspruch zwischen ihrer „lokalen Kriegs“strategie und ihrer Globalstrategie verschärft. Selbst die schlimmsten „Falken“ wagen nicht, eine unbegrenzte Erhöhung der US-Truppen in Vietnam zu verlangen. Sie schreien nur nach verstärkter Bombardierung Nordvietnams, wodurch sie den Landkrieg im Süden zu gewinnen hoffen; aber offensichtlich beruht dies mehr auf Illusionen als auf militärischen Realitäten.

2 LAF: Befreiungstreitkräfte (Liberation Armed Forces)

Die besten Techniken erweisen sich als unwirksam

Schon von Anfang an wurde deutlich, daß nicht das US-Expeditionskorps die Auswahl hatte, auf welchen Schlachtfeldern und Terrains der Kampf stattfinden sollte, sondern die LAF und die Bevölkerung Südvietnams, die den Feind in jedes gewünschte Gebiet locken und ihn zwingen konnten, unter ihren eigenen Bedingungen zu kämpfen. Dies führt in einem Krieg ohne klare Frontlinie und ohne fest umrissene Objekte dazu, daß die GI's niemals ihren Gegner finden, wenn sie ihn suchen, sondern nur in den unvorhergesehensten Augenblicken, und so unweigerlich vernichtet werden.

Unter diesen Bedingungen verliert die große Feuerkraft der US-Flugzeuge und -Artillerie fast ihre ganze Wirksamkeit, denn diese Kriegsmaschinerie ist für Gefechte bestimmt, in denen moderne Armeen an klar umrissenen Frontlinien mit leicht erkennbaren Objekten kämpfen. Die modernsten Ortungsmittel werden unwirksam bei einem extrem beweglichen, in zahllose kleine Einheiten aufgeteilten Gegner, der in jedem Moment verschwinden und wiederauftauchen kann, der überall und nirgends ist.

Die gewaltige amerikanische Maschinerie ist nur dazu bestimmt, gegen einen Feind angewandt zu werden, der die US-Linien aus der Ferne sieht. Aber in Südvietnam sind die LAF ebenso bei den rückwärtigen Stellungen wie an den Flanken der US-Truppen, und wenn diese herauskommen, sind sie ihnen so nahe, daß US-Flugzeuge und -Artillerie den Amerikanern selbst gefährlich werden. GI's werden häufig von US-Bomben und -Granaten getroffen. „*Vermeidet den Nahkampf*“, lautet der Rat eines amerikanischen Generals an seine Männer, aber er sagt nicht wie.

Der US-Führungsstab versucht derzeit, aus der Erfahrung Lehren zu ziehen. Die Ausarbeitung der US-Taktik leidet jedoch an einem inhärenten, unverbesserlichen Fehler: sie beruht gänzlich auf einem blinden Vertrauen zur Technik und stellt nicht die Fähigkeiten des Menschen in Rechnung. Für die Yankee-Generale können alle Kampfprobleme durch Feuerkraft, Beweglichkeit und raffinierte Ortungsgeräte gelöst werden. Sie werfen die verschiedenartigsten Maschinen in die Schlacht, feuern zahllose Bomben und Granaten ab und wenden unzählige Manöver an: motorisiert, aus der Luft, usw. Auf dem Schlachtfeld werden ihre Verbindungs- und Einkreisungsmanöver mit Schnelligkeit und Präzision durchgeführt.

Aber die meiste Zeit fallen aus Mangel an genauer Information Bomben und Granaten auf leere Stellen, schließen sich Zangenbewegungen und Fallen um ein Vakuum. Und wenn ein Kampf stattfindet, muß der Infanterist, egal wie heftig das vorbereitende Beschießen und Bombardieren und wie ausgeklügelt die Transporttechniken waren, die letzte Strecke des Anmarschweges selbst zurücklegen und mit seinen eigenen Waffen kämpfen.

Hier zeigt die US-Armee all ihre Schwächen. „Überraschungsangriff“, „Flankenoffensive“, „tiefer Vorstoß“, „Einkreisung“ – der US-Führungsstab spart nicht mit hochtönenden Ausdrücken und Formeln, aber nirgendwo in Südvietnam hat die US-Infanterie diese Manöver erfolgreich durchgeführt, außer auf dem Exerzierplatz. Was die Verteidigung betrifft, so trachtet General *Westmoreland* danach,

flexibel zu sein und sofortige Gegenschläge miteinzubeziehen, in der richtigen Annahme, daß Angriff die beste Verteidigung ist. Aber seine Truppen sind unfähig, solche Anweisungen auszuführen, denn wenn sie angegriffen werden, sind sie schnell desorganisiert.

Dieser augenfällige Widerspruch zwischen Theorie und Praxis, zwischen den gewaltigen Mitteln und ihrer Wirkungslosigkeit, ist leicht erklärt. Der amerikanische Soldat will nicht kämpfen, denn er hat gar keinen Grund dazu, und er weiß nicht, wie er kämpfen soll, da ihm gelehrt wurde, sich ausschließlich auf Maschinen zu verlassen.

GI's, die zunächst an die Behauptungen der US-Propaganda glauben mögen, erkennen sofort, sobald sie in Vietnam sind, den ungerechten Charakter des Krieges und kommen nicht umhin, sich selbst ernste Gewissensfragen zu stellen, angesichts der Grausamkeiten, die man ihnen auszuüben befiehlt. Bei vielen führt der Mangel an Kampfbereitschaft zu Gehorsamsverweigerung, Aufruhr, Desertion und sogar Selbstmord. Gar nicht selten sieht man, daß ehemalige Vietnam-Soldaten nach ihrer Rückkehr in die Vereinigten Staaten begeisterte Friedenskämpfer werden.

Die Gewissenskonflikte sind noch heftiger bei Negersoldaten, die ungefähr 20 % des Expeditionskorps ausmachen und verhältnismäßig schwerere Verluste erleiden als die Weißen. Sie kommen nicht umhin, über ihre Lage als Unterdrückte nachzudenken, die von ihren Herren benutzt werden, um ein anderes Volk zu unterdrücken.

Ohne triftigen Grund zum Kämpfen und in seinem Gewissen beunruhigt, zeigt der amerikanische Soldat wenig Kampfgeist und ist abgeneigt, Gefahren auf sich zu nehmen. Es ist wahr, daß die ersten Einheiten, die 1965 ankamen, Eliteeinheiten waren, sorgfältig ausgebildet und trainiert: die Marinesoldaten, die „Big Red One“-Division, die I. Luftkavallerie, die 173. und die 101. Fallschirmjäger-Brigade. Die Männer gingen nach Vietnam, stolz auf ihre Ausrüstung und ihr Training, und glaubten, sie wären im Begriff, den Feind auszulöschen. Aber schon nach wenigen Monaten des Kampfes verging ihnen die Arroganz, und entgegen ihren Traditionen waren die Marinesoldaten gezwungen, Infanterietruppen, die sie geringschätzten, zu ihrer Rettung zu rufen.

Wie steht es mit der Moral der Verstärkungstruppen, die geschickt wurden, um jene „Eliteeinheiten“ zu retten? Der Kampf überschritt die Grenzen, die einem „lokalen Krieg“ gesetzt waren, wodurch das Pentagon gezwungen wurde, weniger gut trainierte Einheiten nach Vietnam zu senden, die nicht solche „Traditionen“ besaßen und viel schneller demoralisiert waren.

Dem amerikanischen Soldaten, ob er nun zu einer Eliteeinheit gehört oder nicht, wird auf keinen Fall beigebracht, sich auf die eigenen Kräfte zu verlassen, sondern auf Artillerie und Luftunterstützung. Er wird zu einer „bloßen Hilfskraft der Luftwaffe und Artillerie“, wie ein AP-Korrespondent bemerkte (4. Februar 1967). Die Beförderung im Lastwagen und Hubschrauber gewohnt und auf Radar und elektronische Maschinerie vertrauend, weiß er nicht, wie man läuft, kriecht, Geländevorteile nutzt und seine Augen und Ohren gebraucht. In schlammigen Reisfeldern und unentwirrbarem Dschungel, behindert durch seine Ausrüstung, gequält von Hitze, Moskitos und Blutegeln, sich vorwärtsbewegend auf einem Boden voller Minen und

Fallen, fühlt sich der GI verloren, kämpft er unbeholfen, wird er ein leichtes Ziel für einen erfahrenen Gegner.

Wenn die Gegner sich wirklich einander zu Gesicht bekommen, so sind es Kampfgeist, Geschicklichkeit, Erfahrung, Wille zum Sieg und Unternehmungslust, die zählen, kurz gesagt, der Mensch entscheidet, nicht die Technik. Oft wird der Yankee-Soldat in die Flucht geschlagen oder getötet. Häufig läßt er, auch wenn er eindeutig der Stärkere ist, den Gegner entkommen, da er weder willens noch fähig ist, seine Vorteile auszunutzen. Bedeutende technische Mittel erzeugen oft Knechtschaft; wenn ein Radiosender zerstört wird, Hubschrauber abstürzen und Panzer in die Luft fliegen, würde eine ganze Operation scheitern.

Die besten US-Armeeeinheiten – die I. Infanterie-Division, hoch mechanisiert, auf kombinierte Operationen mit Panzern, Artillerie und Flugzeugen spezialisiert, oder die I. Luftkavallerie-Division, von *McNamara* besonders für Überraschungsangriffe vorgesehen – haben trotz modernster Ausrüstung und ausgeklügelter Taktik bittere Niederlagen erlitten. In ihren Kommunikés, die die Verluste ihrer Gegner immer stark übertreiben, können sich die Amerikaner niemals rühmen, irgendeine LAF-Einheit ausgelöscht zu haben, sowohl die Vernichtung nennenswerter LAF-Kräfte ihr erklärtes Ziel ist. Ihre Taktik der „starrten Verteidigung“, verbunden mit der „Säuberung“ von Gebieten in der Umgebung ihrer Basen, hat sich als unwirksam erwiesen, denn die US-Stellungen bleiben immer noch dicht umzingelt von Guerillas. Ihre Taktik der „Pazifizierung“, die die barbarischsten Mittel benützt und die „Drei-alles“-Politik (alles töten, alles verbrennen, alles zerstören) anwendet, verstärkt den Haß der Bevölkerung nur noch mehr und ruft heftige Gegenstöße hervor.

Die meisten Operationen sind gescheitert, weil zwischen dem US-Führungsstab, der von Offensiven träumt, und dem GI im Felde, der keine Gefahr auf sich nehmen will, eine deutlich wahrnehmbare Mißstimmung herrscht. Es ist nicht ersichtlich, wie das Pentagon diesen Widerspruch jemals lösen kann, zumal es einem geeinten, entschlossenen und erfahrenen Volk gegenübersteht.

Der Volkskrieg

Im Gegensatz zur US-Kriegsmaschinerie sind das vietnamesische Volk und seine bewaffneten Kräfte in mehr als zwanzig Jahren des nationalen Kampfes erprobt. Im Gegensatz zu der vom Pentagon ausgearbeiteten Strategie und Taktik ist der Volkskrieg, der die jahrhundertealten Traditionen der vietnamesischen Nation mit einer revolutionären politischen und militärischen Linie verbindet, richtig und erfolgreich.

Das vietnamesische Volk kann stolz sein auf eine lange Geschichte des Kampfes gegen fremde Aggression, die durch denkwürdige Episoden aus den vergangenen zwanzig Jahrhunderten gekennzeichnet ist. Fast ein Jahrhundert lang kämpfte es ununterbrochen gegen den französischen Kolonialismus, der am Ende vollständig besiegt wurde. Es entwickelte in diesem Kampf zahlreiche Formen der politischen

und militärischen Aktion, an denen alle Bevölkerungsgruppen teilnahmen. Weitreichende Reformen wurden durchgeführt, insbesondere die Landverteilung an Bauern. Auf dem militärischen Sektor wurden drei Kategorien bewaffneter Kräfte aufgebaut: lokale Selbstverteidigungskräfte, die hauptsächlich die Guerillakriegsführung anwenden, regionale Kräfte, die in bestimmten Regionen operieren, und die gut trainierten, gut ausgerüsteten, extrem beweglichen regulären Kräfte, die zum Kampf auf jedem Schlachtfeld geeignet sind. Diese drei Kategorien bewaffneter Kräfte operierten immer in enger Koordinierung, wodurch eine große Beweglichkeit und eine ihren Gegner verblüffende Allgegenwart erreicht wurde; regionale und reguläre Truppen rekrutierten sich aus kampferprobten Guerillas, die unerschöpfliche Reserven bildeten.

Nach jahrelangem antifranzösischen Widerstand führte die Bevölkerung Südvietnams einen schwierigen politischen Kampf gegen die blutige Diktatur *Ngo Dinh Diems*, dann, den politischen mit dem bewaffneten Kampf verbindend, stürzte sie diese und brachte danach den US-„Spezialkrieg“ zum Scheitern.

Der politische Kampf entwickelte sich in den verschiedensten Formen. Tausende, Zehntausende von Männern, Frauen, Kindern und alten Leuten belagern US-Militärposten und Dienststellen der Marionetten und fordern ein Ende der Bombenüberfälle, Erntevernichtungen durch Chemikalien und Folterungen; marschierende Truppenkolonnen werden von Leuten bestürmt, die die Soldaten zurückzuhalten versuchen; Frauen legen sich mit ihren Kindern vor Panzern nieder. Häufig schießen Yankees oder Marionettenpolizisten auf die Menge, viele Opfer fallen, aber die Demonstranten wogen vorwärts, und schließlich müssen die Marionettentruppen und auch die Yankees ihnen den Weg räumen.

Unter den Saigon- wie unter den US-Truppen wird, individuell oder kollektiv, Aufklärungsarbeit geleistet über die Ungerechtigkeit des Krieges, den sie führen, über die Grausamkeiten, die man ihnen auszuüben befiehlt, und über die nachsichtige Politik der NFL. Der Yankee-Soldat wird sich allmählich seiner Übeltaten bewußt, ein Gefühl, das bald unerträglich wird, während im Marionettensoldaten das Nationalbewußtsein erwacht. Wie eine Säure zerfrißt und zersetzt diese Aufklärungsarbeit, dieser langfristige politische Kampf in den verschiedensten Formen die US- und Marionettenarmeen.

Es ist nicht länger ein spontaner politischer Kampf mit Explosionen, denen lange Perioden der Untätigkeit folgen; in Südvietnam hat das Volk, besonders auf dem Lande, sich selbst zu einer politischen Massenarmee organisiert, die sich in enger Koordinierung mit dem bewaffneten Kampf ständig im Einsatz befindet. In diesem politischen Kampf spielen die Frauen eine höchst wichtige Rolle, dank ihrer Kampfbereitschaft und organisatorischen Fähigkeiten; die Demonstrationen bringen oft tausende, zehntausende Frauen zu perfekt organisierten Aktionen zusammen. Es ist kein Zufall, daß Frau *Nguyen Thi Dinh*, die vor langer Zeit den politischen Kampf der Frauen in ihrer Provinz geleitet hatte, stellvertretender Belehshaber der NFL-Streitkräfte wurde.

In den Städten führt die Bevölkerung trotz barbarischer Unterdrückung und eines dichten Polizeinetzes fast ständig Demonstrationen gegen das Saigon-Regime und

die US-Aggression durch. Opposition breitet sich sogar unter den Soldaten und Zivilbeamten der Marionetten aus. In Südvietnam steht das US-Expeditionskorps nicht einer kleineren und weniger gut gerüsteten Armee gegenüber, sondern dem ganzen Volk; hier ist jede Frau, jedes Kind und jeder Greis ein politischer oder bewaffneter Kämpfer. Jeder versteht es, den Umständen entsprechend die richtige Waffe zu benutzen: sei es eine Mine, eine Falle oder sogar eine höchst moderne Waffe; dies mag geradezu ein Protest sein gegen das Niederbrennen des eigenen Hauses.

Aber niemand wartet, bis er moderne Waffen hat, um den Gegner anzugreifen: eine Bambusspitze, ein vergifteter Pfeil, eine Falle oder sogar abgerichtete Hornissen sind so wirksam wie Granatwerfer oder Raketen neuesten Typs. Während amerikanische Ingenieure sich Tag und Nacht abmühen, die zerstörerischsten Kriegsmaschinen zu entwerfen, erfinden Millionen Menschen in Südvietnam täglich Waffen, die für das Gelände und den Charakter des Kampfes bestens geeignet sind.

Diese Vielfalt an Waffen und Kampfformen macht es somit möglich, ein ganzes Volk zu mobilisieren und jedem entsprechend seinen Fähigkeiten und seiner Lage eine Aufgabe zu stellen. Und je länger der Kampf dauert, desto mehr wächst seine Erfahrung und desto besser wird seine Bewaffnung, Technik und Taktik. Der durch den vietnamesischen Widerstand erreichte Fortschritt überwiegt die US-Verstärkungen. Für die USA ist die militärische Sackgasse ausweglos.

Unabhängigkeit, Freiheit, Frieden

Den Feind in eine Sackgasse zu treiben, entschlossen eine Offensivstrategie durchzuführen gegen einen besser ausgerüsteten Gegner – all das scheint zunächst undurchführbar. Diese Strategie war nur möglich, weil der vietnamesische Kämpfer – Guerilla, Soldat der regulären Kräfte oder einfacher Bürger, der dem Feind mit bloßen Händen begegnet – Heroismus, Scharfsinn und Ausdauer in jeder Situation zeigte. Sogar der US-Führungsstab spricht mit Respekt von den „Vietcong“, von ihren Kampffähigkeiten und ihrem Heroismus.

Während politischer Bankrott den US-Führungsstab in eine militärische Sackgasse getrieben hat, ermöglichte die richtige politische Linie der NFL eine wirksame Strategie: jeder militärische Erfolg fördert die Stärkung seines politischen Prestiges, was wiederum einen günstigen Einfluß auf den bewaffneten Kampf ausübt. Letzten Endes ist es hauptsächlich der politische Bewußtseinsstand, der über den Wert eines Kämpfers entscheidet.

Im Gegensatz zum Yankee-Soldaten weiß der südvietnamesische Kämpfer, daß er für die Unabhängigkeit seines Vaterlandes, für seine eigene Freiheit kämpft. Er lernte die koloniale Sklaverei kennen, die Jahre der Diktatur *Ngo Dinh Diem*; er empört sich zutiefst über die US-Herrschaft, die sich in der Anwesenheit dieses gewaltigen, arroganten und barbarischen Expeditionskorps verkörpert. Er weiß, daß es für ihn und seine Kinder keine Zukunft geben wird, solange das Land unter fremder Herrschaft bleibt. Keine Tarnung, kein Versprechen könnte je die südvietnamesische

Bevölkerung täuschen; denn der Neokolonialismus der Yankees erwies sich, verglichen mit dem französischen Kolonialismus, als viel schlimmer.

Die südvietnamesischen Feudalherren und reaktionären Abenteurer, Lakaïen des US-Imperialismus, begannen, sobald sie an die Macht gekommen waren, eine Offensive im Großmaßstab gegen alle demokratischen Rechte, die sich das vietnamesische Volk während des antifranzösischen Widerstandskampfes erobert hatte, zu führen. Besonders die Bauern haben gesehen, wie sich rücksichtslose Gutsbesitzer und Dorf-tyrannen jene Landparzellen aneigneten, die sie von der Widerstandsbewegung erhalten hatten; und in den Städten herrscht der Faschismus. Die nationale Unabhängigkeit ist an die elementarsten Freiheiten und an sozialen Fortschritt gebunden, was die Erfahrung der zwölf Jahre US-Herrschaft in Südvietnam sehr deutlich gezeigt hat. Im Falle eines US-Sieges würde für die Masse aus allen Gruppen der Bevölkerung eine koloniale Sklaverei herrschen, die viel schlimmer als die frühere wäre. Und das könnte niemand akzeptieren.

Für die werktätigen Klassen, Arbeiter und Bauern, für die fortschrittlichen Intellektuellen, für alle Patrioten, die sozialen Fortschritt wünschen, hat der sozialistische Aufbau in Nordvietnam dem Patriotismus einen neuen Inhalt gegeben. Das vietnamesische Volk hat nicht nur eine Vergangenheit, sondern auch eine Zukunft zu verteidigen. Durch den Angriff auf Nordvietnam hat der US-Imperialismus seinen Wunsch gezeigt, alle Fortschrittsbemühungen zu ersticken und dem vietnamesischen Volk alle Zukunftsaussichten zu blockieren. Bei ihrer Hilfeleistung für ihre Blutsbrüder in Südvietnam wissen die Nordvietnamesen, daß sie ihre eigenen Errungenschaften verteidigen; bei ihrem Kampf gegen die Amerikaner wissen die Südvietnamesen, daß sie ihre eigene Zukunft verteidigen. Der nationale Kampf erhält, als Folge davon, noch größere Impulse. Präsident *Ho Chi Minhs* Appell „*Nichts ist wertvoller als Unabhängigkeit und Freiheit*“ erklingt tief in allen Herzen, im Norden wie im Süden.

Dieser Wille, Unabhängigkeit und Freiheit bis zum Ende zu verteidigen, ist um so stärker, als die amerikanischen Verbrechen und Grausamkeiten tiefen Haß in jedermann geweckt haben. Jeder hat einen Vater, eine Mutter, einen Bruder, einen Freund zu rächen; Erinnerungen an Dörfer, die eingeebnet und niedergebrannt, an Kinder, die von Napalm zerfressen, an Reisfelder, die durch Chemikalien vernichtet wurden, und an gefolterte Gefangene entfachen in jedem unauslöschlichen Haß und erhöhen gewaltig seine Kampfbereitschaft.

Jeder südvietnamesische Kämpfer und Bürger sieht auch über die nationalen Grenzen hinaus. Jeder weiß, daß die nationale Anstrengung, den Aggressor zu besiegen, grundlegend ist, daß sich die ganze Nation zuallererst auf ihre eigenen Kräfte verlassen muß, um einen langen Kampf zu führen; aber alle sind sich bewußt, daß die Hilfe und Unterstützung durch die Kräfte des Friedens, der nationalen Unabhängigkeit und des sozialen Fortschritts in der ganzen Welt unerläßlich ist, wenn der Sieg errungen werden soll. Jeder kennt die wirksame Hilfe, die Vietnam von den sozialistischen Ländern geleistet wird, und die Unterstützung, welche die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die jetzt noch für ihre eigene Unabhängigkeit

kämpfen, und die fortschrittlichen Kräfte in allen Ländern, einschließlich der USA, für die gerechte Sache des vietnamesischen Volkes geben.

Das vietnamesische Volk weiß ebenso, daß es durch seinen eigenen Kampf zur Sicherung des Weltfriedens, zur Verteidigung des sozialistischen Lagers und zur Befreiung anderer Völker beiträgt. Patriotismus und Internationalismus sind eng verbunden, festigen und stärken einander.

Für das vietnamesische Volk kann es keinen echten Frieden ohne nationale Unabhängigkeit geben. Achtung vor den grundlegenden nationalen Rechten des vietnamesischen Volkes – Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Unversehrtheit, muß die Basis für eine Friedensregelung sein. Ein Frieden, der diese nationalen Interessen verletzen würde, ist unannehmbar, weil er zu den schlimmsten Abenteuern führen würde.

Unter dem Banner der NFL

Im nationalen und Volkskampf geboren, vereinigt die NFL alle Parteien, Organisationen, Persönlichkeiten, ethnischen und religiösen Gruppen, die sich der US-Herrschaft entgegenstellen. Historisch gesehen führt sie den Kampf für Unabhängigkeit fort, der vor fast einem Jahrhundert gegen den Kolonialismus begann; vom nationalen Gesichtspunkt aus hat sie die verschiedensten sozialen Schichten, Richtungen und ethnischen Gruppen vereinigt; militärisch besiegte sie die kolossale US-Kriegsmaschinerie; territorial kontrolliert und verwaltet sie 4/5 des Landes mit 2/3 der Bevölkerung. Weitreichende soziale Reformen, eine ungeheure Anstrengung auf kulturellem und medizinischem Gebiet und wirtschaftlicher Aufbau haben trotz der Zerstörungen durch den Feind die befreite Zone in ein starkes Hinterland verwandelt.

Das politische Programm der Front verkörpert das tiefste Verlangen des ganzen Volkes. Es bestätigt seinen unerschütterlichen Willen, zur Wiedererlangung der nationalen Unabhängigkeit bis zum Ende zu kämpfen. Es ruft auf zur breitesten Vereinigung aller Volksschichten, aller Parteien und Organisationen, sucht Meinungsaustausch und Zusammenarbeit mit Gruppen außerhalb der Front und befürwortet sogar die Vereinigung mit Männern der Saigon-Armee, die ihre Vergangenheit wiedergutmachen und sich dem Volkskampf anschließen wollen. Während sie in Angriff genommene soziale Reformen durchführt, anerkennt und sichert sie die legitimen Interessen aller sozialen Gruppen (nationale Bourgeoisie, patriotische Gutsbesitzer, fremde Staatsangehörige); sie tritt ein für die Gewährung demokratischer Freiheiten (Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit usw.), für die Gleichheit aller ethnischen Gruppen, für die Wahl einer repräsentativen Nationalversammlung und für die Errichtung einer Regierung der breiten nationalen Einheit.

Was die Wiedervereinigung des Landes betrifft, so erklärt das NFL-Programm, daß es sich hier um eine interne Angelegenheit handelt, die vom vietnamesischen Volk ohne irgendeine fremde Einmischung geregelt wird; das Volk im Norden und

im Süden wird Zeitpunkt und Verfahrensweise für die Wiedervereinigung des Landes bestimmen.

In der auswärtigen Politik tritt die NFL für Unabhängigkeit und Neutralität ein, Verteidigung des Weltfriedens und Unterstützung nationaler Unabhängigkeitsbewegungen. Die NFL ist bereits von vielen Regierungen und internationalen Organisationen anerkannt.

Dieses Programm hat sogar in den von den Amerikanern kontrollierten Städten großen Widerhall gefunden; es hat die Zustimmung der Weltmeinung.

Durch ihre Stärke, ihre Zusammensetzung und ihr Programm ist die NFL unzweifelhaft die einzig wahre Vertreterin des südvietnamesischen Volkes; nur die Front hält die Zukunft Südvietnams in ihren Händen, und jede Lösung würde illusorisch sein, solange die entscheidende Stimme der NFL nicht gehört worden ist. Die Gründung der NFL ist für das südvietnamesische Volk die Garantie seines Sieges; keine Macht auf Erden könnte die Wünsche des südvietnamesischen Volkes ersticken und das Rad der Geschichte zurückdrehen.

Heft 3 des Marxismus-Digest zum Thema

Ökonomische Reformen in den sozialistischen Staaten

wird voraussichtlich Mitte Juli erscheinen und u. a. folgende Beiträge enthalten:

V. Ivancenko

Die Wirtschaftsreform und die Arbeitsproduktivität (Moskau 1969)

D. Allachverdjan

Die Wirtschaftsreform und Fragen der wirtschaftlichen Rechnungsführung (Moskau 1968)

Kurt Groschoff

Zu Grundfragen des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und seiner Entwicklung in der DDR (Berlin 1970)

G. Petrou

Der Staatshaushalt unter den Bedingungen des neuen Systems der Leitung der Volkswirtschaft (Sofia 1968)

B. Lsikos-Nagy

Die ersten Erfahrungen bei der Durchsetzung der Wirtschaftsreform in Ungarn (Budapest 1969)

J. G. Liberman

Die optimale Leitung der Wirtschaft und die Effektivität der materiellen Stimulierung (Moskau/Berlin 1969)

Heft 4 des Marxismus-Digest zum Thema

Wissenschaftlich-technische Intelligenz und Angestellte im Spätkapitalismus

wird voraussichtlich Ende Oktober erscheinen und u. a. folgende Beiträge enthalten:

Serge Monegar

Die Rolle der Ingenieure in Produktion und Gesellschaft (Paris, 1969)

Der Kapitalismus von heute, wissenschaftlich-technische Revolution und Arbeiterklasse (Prag, 1969)

Joe Metzger

Bewußtseinslage und gesellschaftliche Stellung von Ingenieuren und Führungskräften (Paris, 1969)

kürbiskern

LITERATUR

Mahmud Darwesch: Verhör

Christian Geissler: Altersgenossen

Toni Donhauser: Der erste Tag

J.P. Stössel, O. Sahmann, J. Holle, E. Dahl, G. Buhles,

L. Fischer, J. Theobaldy, L. Ranner: Gedichte

Klaus Konjetzky: Perlo Peis...

R. Limpert: Der letzte Ofen wird gedrückt

Rolf Schneider: Wruck modelliert Flick

KRITIK UND KLASSENKAMPF

Friedrich Hitzer: Kultur im Klassenkampf

K. Maase: Germanistik - völkisch oder für das Volk?

M. Buselmeier: Die Funktion des Theaters...

André Müller: Es geht doch um Mitbestimmung

K. H. Poppe: Eine Chronik der CIA

Jürgen Alberts: Der Tübinger Studentenprozeß

Jurij Woronow, Che Lan Vien: Zwei Gedichte

Dokumentation: Mit Arbeitern der Praga-Werke

Erich Fried: Demokratisierung oder Demontage?

In allen Buchhandlungen und beim Verlag
kürbiskern 8 München 13, Hohenzollernstraße 144

2/70

Wilhelm Breuer / Bernd Hartmann / Herbert Lederer

Revolution in Lateinamerika

157 Seiten, glanzkartoniert, DM 9,80

Ausgehend von einer Analyse der Stellung Lateinamerikas in der heutigen Welt, untersuchen die Autoren die tiefgreifende Krise der ökonomischen Strukturen der lateinamerikanischen Länder, die durch kapitalistische Reformen nicht zu beseitigen ist, sondern sich ständig verschärft. Auf der Grundlage der Widersprüche zwischen überholten Produktionsverhältnissen und den sich entwickelten Produktivkräften und zwischen den gesellschaftlichen Klassen werden die Triebkräfte aufgezeigt, die zu einer revolutionären Umwälzung dieses Subkontinents führen: Die Revolution steht in Lateinamerika auf der Tagesordnung der Geschichte.

Nach einer Darstellung der bisherigen Erfahrungen der antiimperialistischen Befreiungsbewegung der Völker Lateinamerikas schließt das Buch mit einer Auseinandersetzung der „neo-marxistischen“ Revolutionstheorie von Debray und anderen.

Pahl-Rugenstein Verlag
5 Köln, Barbarossaplatz 2

prv

Neuerscheinungen April/Mai 1970 im IMSF

Informationsbericht Nr. 5

Wissenschaft im Dienste des Kapitals

Eine Stellungnahme zur Untersuchung von Friedrich Fürstenberg „Die Soziallage der Chemiearbeiter, industriesoziologische Untersuchungen in rationalisierten und automatisierten Chemiebetrieben“, verfaßt von Frank Deppe und Hellmuth Lange.

16 Seiten, geheftet, Schutzgebühr DM 5.-

Die Untersuchung Fürstenbergs wurde im Auftrag des Arbeitsringes der Arbeitgeberverbände der deutschen chemischen Industrie durchgeführt. Sie dient mehr und mehr den Unternehmerorganisationen zur Begründung ihrer Betriebspolitik gegenüber den Arbeitern und Angestellten und ihren Gewerkschaften, insbesondere der Ablehnung der gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderung. Der vorliegende Informationsbericht nimmt zu den methodischen und inhaltlichen Seiten der Untersuchung Stellung. Er schätzt die Untersuchungsergebnisse kritisch ein und geht insbesondere der Frage nach, welche Funktion diese für die Politik des Großkapitals besitzen. Ferner hebt er jene Möglichkeiten hervor, die für die Gewerkschaftspolitik Bedeutung besitzen.

Arbeitsmaterialien der IMSF Nr. 1

Materialien zu „Armut in der BRD“

Veröffentlichung von Ergebnissen eines Arbeitskreises des IMSF, Preis auf Anfrage
Die Studie enthält u. a. folgende Beiträge:

Harry Gräser: Einkommensverhältnisse und Armut in der BRD

Arthur Böpple: Renten und Sozialleistungen

Erwin Pape: Obdachlose und Nichtseßhafte; benachteiligte Jugend

Eduard Parow: Armut im Alter

Statistisches Material zum Problemkomplex

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), 6 Frankfurt/Main, Liebigstr. 6

Pahl-Rugenstein Verlag · Köln

Neuerscheinungen I. Halbjahr 1970

Hans Dieter Bamberg

Militärseelsorge in der Bundeswehr

Kleine Bibliothek Politik Wissenschaft Zukunft, Band 6, ca. 200 Seiten, engl. broschiert, ca. DM 9.60

Wilhelm Raifund Beyer

Vier Kritiken: Heidegger, Sartre, Adorno, Lukács

Kleine Bibliothek Politik Wissenschaft Zukunft, Band 5, ca. 200 Seiten, engl. broschiert, ca. DM 9.60

Eberhard Czichon

Der Bankier und die Macht. Hermann Josef Abs in der deutschen Politik

330 Seiten, glanzkartoniert, DM 14.-

Rainer Rilling

Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD

Kleine Bibliothek Politik Wissenschaft Zukunft, Band 8, ca. 200 Seiten, engl. broschiert, ca. DM 9.60

Günther Rose

Konvergenz der Systeme. Legende und Wirklichkeit

Kleine Bibliothek Politik Wissenschaft Zukunft, Band 4, ca. 200 Seiten, engl. broschiert, ca. DM 9.60

Hans Karl Rupp

Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer

Sammlung Junge Wissenschaft, ca. 300 Seiten, glanzkartoniert, DM 22.80

Günther Wallraff

Berichte aus der Bundeswehr

ca. 260 Seiten, glanzkartoniert, ca. DM 9.80

Stephan Leibfried (Hrsg.)

Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule

388 Seiten, glanzkartoniert, 17. Tausend, DM 6.90

Pahl-Rugenstein Verlag

5 Köln, Barbarossaplatz 2

prv

In Kürze erscheint

Marxistisches Geschichtsbild

– Volksfront und antifaschistisch-demokratische Revolution

Zur Geschichte der marxistischen deutschen Geschichtswissenschaft (1933/35–1945/46)

Von Prof. Dr. Werner Berthold

Etwa 388 Seiten – gr. 8° – Leinen etwa M 35,50

Vorliegende Monographie stellt einen wichtigen Beitrag zur Vorgeschichte und Geschichte der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik dar, wofür der Autor größtenteils unbekanntes Material aus staatlichen und Parteiarchiven sowie aus dem Privatbesitz von politischen Persönlichkeiten ausgewertet hat.

Im Mittelpunkt der Darstellung steht die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei, die in den verschiedenen Emigrationszentren entscheidende Grundlagen für das Entstehen eines neuen Geschichtsdenkens und Geschichtsbildes schuf und sich dabei vor allem mit den faschistischen Geschichtsfälschungen und sektiererischen Miserekonzeptionen auseinandersetzte.

Dialektik – Logik – Erkenntnistheorie

Lenins philosophisches Denken – Erbe und Aktualität

Von P. V. Kopnin

(Übersetzung aus dem Russischen)

In deutscher Sprache herausgegeben vom Zentralinstitut für Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin

Etwa 480 Seiten – 8° – Leinen etwa M 18,50

Dieses Werk ist eine der ersten bedeutsamen Monographien, die in der Sowjetunion auf philosophischem Gebiet aus Anlaß des 100. Geburtstages Lenins erschienen sind. Es stammt aus der Feder des auch bei uns in der DDR gut bekannten marxistischen Philosophen P. V. Kopnin. Die Arbeit ist eine fundierte Monographie zur Wahrung und Weiterentwicklung des philosophischen Erbes W. I. Lenins. Dem Autor geht es vorwiegend um Grundfragen der marxistisch-leninistischen Philosophie; Zentralprobleme sind die Ausarbeitung der dialektischen Logik und der Leninschen Konzeption der Einheit von Dialektik, Erkenntnistheorie und Logik.

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN
Deutsche Demokratische Republik

SOZIALISTISCHE POLITIK

Politisch-Ökonomische Beiträge zur

-Kritik des Monopolkapitalismus

-Entwicklung der sozialistischen Bewegungen

Bisher erschienene Ausgaben der SOZIALISTISCHEN POLITIK

1/69 (April)

J. Agnoli: Parlamentarismus-Diskussion / O. K. Flechtheim: Politik der Zukunft I / E. Hobsbawm: Imperialismusdebatte / W. Müller: Arbeitswerttheorie bei Habermas / B. Rabehl: Räte Demokratie

2/69 (Juni)

E. Altwater: Krise der europäischen Währungen / O. K. Flechtheim: Politik der Zukunft II / P. Gibbon, F. Unger: Nordirland / ISO: Palästina-Problem / U. Kadritzke: Studentenbewegung in der empirischen Sozialforschung /

3/69 (Okt.)

B. Blanke: Faschismus-Diskussion / S. Herkommer: Politisierung technischer Intelligenz I / P. Hess: Kapitalistisches Wachstum / H. Hüppauf: Fordstreik und der Mythos der Militanz / F. Unger: New Left in Großbritannien

4/69 (Dez.)

A. Blechschmidt: Zum BRD-Imperialismus / R. Damus: Habermas und der 'heimliche Positivismus' bei Marx / D. Haensch: Zerschlagt die Kleinfamilie? / S. Herkommer: Politisierung technischer Intelligenz II / C. Rolshausen: Technik und Wissenschaft als Ideologie / A. Schubert: KP Kubas / F. Unger: Zur Übergangsgesellschaft / B. Tibi: Militär und Nationalismus in den arabischen Ländern

5/70 (März)

E. Altwater: Zur Konjunkturlage Westdeutschlands Anfang 1970 / E. Hildebrandt: Septemberstreiks 1969 / P. R. Schilling: Brasilien: Der beschleunigte Ausverkauf / A. Schubert: Warenzirkulation und die Formen des Geldes

In den Ausgaben Nr. 6 und Nr. 7 (Juni bzw. Sept.) der
SOZIALISTISCHEN POLITIK wird u.a. zu lesen sein:

Elmar Altwater: Bildungsökonomie

Klaus Busch: Neuere Imperialismustheorien

Peter Costas: Jugoslawien – Dritter Weg zum Kapitalismus

E. Hildebrandt: Zur Streikentwicklung in Italien

H. Hüppauf: Shop-Stewards und Streik

Kreipe/Haupt: Politik der französischen Bourgeoisie

Müller/Neusüß: Sozialstaat und Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital

A. Schubert: Politik der KP Kubas

Verlag und Vertrieb SOZIALISTISCHE POLITIK

1 Berlin 33, Ihnstraße 21

Postscheckkonto Berlin-West 62010

Anzeigenpreisliste 1/69

Einzelheft DM 3,-; Jahresabonnement incl. Porto DM 12,-; ermäßigtes Abonnement DM 8,- (Studenten, Schüler, Lehrlinge u.a. gegen Nachweis). Abonnementlieferungen nur direkt über die Redaktion.



Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse in der BRD

Ab Juni/Juli 1970 wird das Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) regelmäßig (viermal im Jahr, zusätzlich Sonderberichte) „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse in der BRD“ herausgeben. Diese „Informationen“ wenden sich in erster Linie an die in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung tätigen Kollegen und an Betriebsräte. Sie sollen in allgemein verständlicher Darstellung zuverlässige und für die ökonomischen und sozialen Auseinandersetzungen wichtige Informationen vermitteln.

Die „Informationen“ erscheinen als Beilage zur Zeitschrift

nachrichten

Informationen und Kommentare
zur Wirtschafts- und Sozialpolitik

6 Frankfurt/Main, Friedberger Landstr. 307

Eine erste Sondernummer dieser „Informationen“ ist in der Zwischenzeit unter dem Titel

Zur währungspolitischen Situation 1969/70

erschienen (18 Seiten, Schutzgebühr DM 2.50), Bezug dieser Nummer nur über das IMSF, 6 Frankfurt/Main, Liebigstr. 6

Die Frankfurter Schule im Lichte des Marxismus

Materialien einer wissenschaftlichen Tagung aus Anlaß des 100. Geburtstages von W. I. Lenin, veranstaltet vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) am 21./22. Februar 1970 in Frankfurt/Main
ca. 300 Seiten, Preis voraussichtlich etwa DM 9.50
erscheint im Laufe des SS 1970 im
Verlag Marxistische Blätter GmbH, 6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11

Im gleichen Verlag erschienen bereits folgende im IMSF erarbeitete Publikationen:

Lenin über Trotzki. Mit einer Einleitung von Josef Schleifstein und Johannes von Heiseler.
208 Seiten, 2. Auflage, DM 3.—

Handbuch für Arbeiter und Angestellte
zur betrieblichen und gesellschaftlichen Praxis
368 Seiten, Plastikeinband, 2. Auflage, DM 7.50

Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution

Band 1: Südvietnam

Band 2: Nordvietnam

Herausgegeben von Jutta von Freyberg und Kurt Steinhaus, jeder Band 184 Seiten, je Band DM 3.—

Heinz Schäfer

Lohn, Preis und Profit heute. Mit einem ausführlichen statistischen Anhang aus der Wirtschaft der BRD.

117 Seiten, 3. Auflage, DM 3.—

Veröffentlichungen des
Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Frankfurt/Main

Beiträge des IMSF

Nr. 1 Die Septemberstreiks 1969

Darstellung, Analyse, Dokumente der Streiks in der Stahlindustrie, im Bergbau, in der metallverarbeitenden Industrie und anderen Wirtschaftsbereichen.

406 Seiten, davon 129 Seiten Dokumente im Faksimile-Druck, 2. Auflage, DM 55.—

Für Arbeiter-, Gewerkschaftsorganisationen, Betriebsräte, Studentische Organisationen
DM 30.—

Nr. 2 Mitbestimmung im Interesse der Arbeiter und Angestellten

Etwa 400 Seiten, ca. DM 30.—

Auslieferung voraussichtlich im Juli 1970. Auf Bestellungen, die bis Ende Mai 1970 im Institut eingehen, wird ein Subskriptionsrabatt von 10 % eingeräumt. Fordern Sie bitte Sonderprospekt an.

Seit der Veröffentlichung des Gutachtens der „Biedenkopf-Kommission“ ist die Intensivierung der Diskussion über die Mitbestimmung absehbar. Für die Arbeiter und Angestellten, die Betriebsräte, die gewerkschaftlichen Vertrauensleute und die Gewerkschaften rücken die Fragen in den Mittelpunkt, von welchen Zielvorstellungen die Mitbestimmungsforderungen ausgehen und wie sie angelegt sein müssen, damit sie zu einer Ausweitung der demokratischen Rechte und einer Stärkung der Position der Arbeiter und Angestellten und ihrer Vertretungen und Organisationen führen. Diese Fragen untersucht die hier vorgelegte IMSF-Studie.

Kernstück der Arbeit sind die Ergebnisse einer empirischen Untersuchung in jeweils einem Konzerngroßbetrieb der chemischen, der Automobil- und der Stahlindustrie.

Darüber hinaus untersucht diese Arbeit die wichtigsten theoretischen und ideologischen Gesichtspunkte der gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die Mitbestimmung. Sie versucht ferner, gewonnene Einsichten und bisher vorliegende Erfahrungen im Kampf um die Erweiterung der Rechte der Arbeiter und Angestellten am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen und in der Gesamtwirtschaft zusammenzufassen.

IMSF-Informationsberichte

Nr. 3 SYSTEMS 69

Internationales Symposium über Zukunftsfragen mit Ausstellung neuer Techniken. München 10. bis 15. November 1969

40 Seiten, geheftet, Schutzgebühr DM 5.—

Nr. 4 Welche Ziele verfolgen die Empfehlungen der Biedenkopf-Kommission?

Eine Stellungnahme zum Gutachten der Mitbestimmungskommission

16 Seiten, geheftet, Schutzgebühr DM 5.—

Aus dem Inhalt:

Überblick

Gesellschaftspolitische Zielsetzung der Biedenkopf-Kommission

Die Praxis der Mitbestimmung nach der Argumentation der Kommission

Richtung der Empfehlungen

Mitbestimmung im Interesse der Arbeiter und Angestellten

Die angezeigten Veröffentlichungen sind ausschließlich über das Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) zu beziehen.

I M
S F

Institut für
Marxistische
Studien und Forschungen (IMSF)
6 Frankfurt/Main, Liebigstr. 6